

ISSN 0939-3013 | € 9,90
ISBN 978-3-89472-598-3

PER SPEK TIVEN

D perspektivends
S Zeitschrift für
Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
Auf der Suche nach
der verlorenen
Sozialdemokratie

34. Jahrgang

2

17

SCHÜREN

perspektiven des demokratischen
sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
34. Jahrgang 2017 Heft 2
ISBN 978-3-89472-598-3
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e.V.
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga
Grebing (†), Leo Kießler, Richard Saage und
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Klaus Kost, Jens Kreibaum, Hendrik Küpper,
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber,
Roland Popp, Lisa Price, Sibylle Reinhardt,
Lars Rensmann, Moritz Rudolph, Walter Reese-
Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen
Scherer, Wolfgang Schroeder, Joachim Spangen-
berg, Heinrich Tiemann
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen Scherer
(verantw.), Kira Ludwig, Klaus Faber, Horst Hei-
mann, Hendrik Küpper
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 € incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: druckhaus köthen, Köthen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Auf der Suche nach der verlorenen Sozialdemokratie

perspektivends
2/17

INHALT

Editorial	5	Klaus Faber Wissenschafts- und Infrastruktur- perspektiven sowie ostdeutsche Interessen nach dem Scheitern des Jamaika-Projekts	55
SCHWERPUNKT: AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN SOZIAL- DEMOKRATIE			
Gero Neugebauer Außer Spesen nichts gewesen? Das Wahlresultat der SPD	7	Christian Krell Was die moderne Sozialdemokratie von Bernstein lernen kann	60
Carsten Koschmieder Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017	14	Horst Heimann Das Elend linker Theorie und Diskurskultur – Ursache für den politischen Absturz der Sozialdemokratie	64
Alexander Petring Die Bundestagswahl 2017 im Rückblick	28	Phillip Kufferath Über Peter von Oertzen (1924–2008)	87
Richard Meng Sympathie, Stärke, Wirkung – viele Analysen zur Lage der SPD greifen zu kurz	33	Armin Pfahl-Traughber Die Erfolge des Jeremy Corbyn und der Labour Party	94
Dierk Hirschel Vorwärts und nicht vergessen	38	Dokumentation Aufruf der HDS zur Bundestagswahl 2017	105
Marco Bülow Klartext. Haltung. SPD. Eine Positionierung	42	ERINNERUNGEN AN HELGA GREBING (1930–2017)	
Wolfgang Wiemer Mit uns ging die neue Zeit...	45	Stefanie Schüler-Springorum Für Helga Grebing	110
Volker Riegger Wahlkampf in Dr. Merkels Schlaflabor. Wie kommen wir da wieder raus?	51	Dietmar Süß Trauerrede für Helga Grebing	114

Richard Saage Nachruf auf Helga Grebing	118	JUNGE PERSPEKTIVEN	
Ralf Stegner Helga Grebing wird uns mächtig fehlen!	120	Hendrik Küpper Postdemokratische Verhältnisse und autoritäre Regression	167
Klaus-Jürgen Scherer Was Sternberg uns heute zu sagen hat	123	Gespräch mit Susan Neiman «Hoffnung ist der Versuch, Tatsachen zu verändern»	169
Nils Diederich Fritz Sternberg: Rezension, Erinnerung, kritische Auseinandersetzung	130	Fedo Hagge-Kubat Alter Wein in neuen Schläuchen? – Zur Postdemokratie und Ihren Wurzeln	174
BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN		Katharina Hellbach Ist das Private noch politisch? Zur Notwendigkeit feministisch formulierter Anliegen in der androkratischen Postdemokratie	178
Peter Brandt Zwischen Reformsozialismus und Rätedemokratie: Die USP	138	Moritz Rudolph Multipolare Weltunordnung. Internationale Politik bei Chantal Mouffe	181
Richard Saage Ist das bedingungslose Grundeinkommen eine utopische Idee? – Diskussionsbeitrag zu Hermann Adam	148	Merle Stöver Zum Verhältnis von Kritik und Demokratie. Wider das Postulat des «Positiven»	185
Lisa Price Zwischenruf: Von der EEG-Abgabe zur EEG-Steuer	151	Jöran Klatt Online-Strategien ersetzen keine politische Botschaft	188
HOCHSCHULPERSPEKTIVEN		Carsten Schwäbe Die SPD und den Demokratischen Sozialismus kann es ohne Streit nicht geben	192
Max Meisenheimer Es geht ums Ganze – 5 Thesen zur Lage der Wissenschaft und Hochschulen	154	Robert Budras Die SPD auf der Suche nach dem roten Faden	196
Ralf Ludwig Der Traum von Open Access	161		

Mark Fischer Reformvorstellungen für die Sozialdemokratie am Beispiel der Initiative SPD++ und Sektion 8 der SPÖ Alsergrund/Wien	200	Toni Kraus Rezension zu: Erik Olin Wright, <i>Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus</i>	217
Julia Müller Analyse und Vision. Demokratischer Sozialismus für das 21. Jahrhundert	203	Christian Fischer Rezension zu: Giacomo Corneo, <i>Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient?</i>	219
Juso-Hochschulgruppe an der FU Berlin Wie gelingt ein neuer linker Aufbruch im 21. Jahrhundert?	206	Siegfried Heimann Rezension zu: Uli Schöler, <i>Herausforderungen an die Sozialdemokratie</i>	220
Mia Thiel Zum Verhältnis von Sozialismus und Feminismus innerhalb des Erneuerungsprozesses der Sozialdemokratie	210	Kira Ludwig Rezension zu: Philipp Ther, <i>Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa</i>	222
REZENSIONEN		AUTORINNEN UND AUTOREN	225
Mathis Römer Rezension zu: Ulrike Herrmann, <i>Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung</i>	214		

EDITORIAL

Auf der Suche nach der verlorenen Sozialdemokratie? Ganz so schlimm ist es hoffentlich nicht. Total verloren und verschwunden, das ist die SPD doch noch nicht. Sie wird sogar zur Mehrheitsbildung wieder gebraucht. Aber die Angst, dass sie mit der Union Angela Merkmals von Mal zu Mal stärker in den Sog ihres Untergangs gerät, sitzt tief – und ist angesichts der Marginalisierung von Sozialdemokratien in anderen Ländern Europas alles andere als irrational. Auch wenn sich die SPD – «ergebnisoffen» (so der Berliner Parteitag 7.–9. 12. 2017) – staatspolitischer Verantwortung nicht entziehen will, auch wenn sie tatsächlich wieder einmal wichtige Essentials ihres Programms durchzusetzen vermag, weiß sie doch: Nach der tiefen Zäsur der Bundestagswahl 2017 kann es kein einfaches Weitermachen des «business as usual» mehr geben!

Das schlechteste Ergebnis der SPD seit 1945 (20,5%), mit der rechten AfD fast schon im Nacken (12,6%) und in Ostdeutschland gar eine AfD mit 22,5% deutlich vor der SPD (14,3%), die SPD dort nur auf dem vierten Platz: welch eine Wahlkatastrophe! Bereits jetzt ist der SPD ihr Volksparteienstatus in vielen Regionen verloren gegangen. Werden die demokratischen Volksparteien auch in Deutschland durch einen neuen Typus populistischer «Bewegungsparteien» verdrängt: durch die Rechtsaußen-AfD, aber auch die neue Lindner-FDP, beides eher seilschaftsorientierte Protestparteien?

Was kann getan werden, dass sich der historische Niedergang der SPD nicht fortsetzt? Die Verantwortung für die Demo-

kratie bleibt eine doppelte: das Land nicht unregierbar zurückzulassen, aber auch so zu agieren, dass die SPD – und nicht die postdemokratische Antipolitik – mehrheitsfähig ist.

Bekanntlich ist *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit* der große, schier endlose lebensgeschichtliche Roman des französischen Romanciers Marcel Proust (1871–1922). Der Ich-Erzähler widmet sich seiner allegorischen Suche nach der Wahrheit und bemerkt, dass die Vergangenheit einzig in seiner Erinnerung existiert. Ist die Zeit vergeudet und unwiederbringlich verloren? Bleibt es nur, sie in der Erinnerung zu konservieren? Oder kann sie dadurch, dass sie aufgeschrieben wird, wieder neue Imagination oder gar Zukunftsbilder hervorrufen? – Assoziationen hin zum Schwerpunkt dieses Heftes mit dem Titel *Auf der Suche nach der verlorenen Sozialdemokratie* sind da nicht zufällig.

Auch wenn ihr aktives Personal mittlerweile überwiegend zur mobilen Elite, zu den Gewinnern der Globalisierung gehört, muss die SPD Themen wie den Anstieg der Kinderarmut, den Höchststand an Leiharbeit, die jährlichen Einkommensverluste der unteren 40%, den Pflegenotstand, die Wohnungsnot, sinkende Renten usw. in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, sie darf sich nicht nur an den Aufsteigern einer imaginären «Mitte» orientieren, sondern muss sich gerade um die prekär Lebenden, die Nichtmobilen, die wenig Gebildeten und diejenigen, die sich im Stich gelassen fühlen, kümmern. Globalisierung, digitaler Kapitalismus und die kulturelle Wende ins Singuläre erfordern aufs Neue die Parteinahme

für Arbeit, Zusammenhalt, Sicherheit und Gleichheit (was ohne aktualisierte Kapitalismuskritik kaum gehen wird).

Die SPD braucht trotz allen Alltagsstresses Zeit und Muße zur tiefgreifenden Aufarbeitung und längeren Selbstreflexion. Dabei können ihr nahestehende, wie wohl unabhängige Orte wissenschaftlicher, publizistischer und politischer Analysen (wie die *perspektivends!*) helfen.

Sehen wir nicht in ganz Europa einen strukturell-epochalen Megatrend, der überall zum Schrumpfen der Sozialdemokratien, dem Ende der Volksparteien, wie wir sie kannten, führt (so Wolfgang Merkel)? Oder verlor die SPD 2017 selbstverschuldet durch eigene Fehler, hätte also mit einem anderen personellen und inhaltlichen Wahlkampf die Bundestagswahl durchaus gewinnen können (so Olaf Scholz)? Wie weit gingen der SPD Programmatik, Orientierung, Erzählung und Identität verloren: in der öffentlichen Wahlkampfkommunikation, aber darüber hinaus sogar der innere Kompass? Wieweit hat dies gar mit der gewandelten sozialen Logik in der Spätmoderne zu tun, mit der «Gesellschaft der Singularitäten» (so Andreas Reckwitz)? Wie weit muss (Grundsatz-)Programmatik in globalisierten, individualisierten und digitalisierten Zeiten neu erarbeitet werden? Oder würde nicht gerade die historische Selbstvergewisserung, also die Erinnerung an die programmatische Substanz und eigene Vergangenheit, gewissermaßen im Proustschen Sinne, weiterhelfen? Interessant auch, dass uns in der Auseinandersetzung mit Fritz Sternberg (und dahinter mit Karl Marx) Fragestellungen

begegnen, die in der Wachstums- und Wohlstandsepoche und den neoliberalen Jahren alt aussahen, die aber jetzt im Kontext des digitalen Kapitalismus erneut diskutiert werden.

Die Herausgeberin der *perspektivends*, unsere Helga Grebing, wichtigste Historikerin der deutschen Arbeiterbewegung, ist verstorben. Bis zuletzt war sie wissenschaftlich und politisch aktiv, die *perspektivends* 1/17 enthielten einen ihrer letzten Texte (zum Umbruch 1918/19). Wir ehren und würdigen sie in diesem Heft mit einem zweiten Schwerpunkt.

Wieder enthält dieses Heft einen umfangreichen Teil *junge Perspektiven*, diesmal von Hendrik Küpper betreut. Dort wird vieles erfrischend quergedacht: Auch, was Widerspruch herausfordert, könnte neue Debatten links der Mitte befördern!

Neu in den Vorstand der HDS e.V. wurden gewählt: Klaus Kost, Hendrik Küpper, Ralf Ludwig, Lars Rensmann, Hans-Joachim Schabedoth, Wolfgang Schroeder und Heinrich Tiemann. Zudem blieben Nils Diede- rich, Klaus Faber, Horst Heimann, Kira Ludwig, Andreas M. Müggenburg, Lisa Price, Sibylle Reinhardt, Klaus-Jürgen Scherer Vorstandsmitglieder. Ein um Hermann Adam und Richard Saage erweiterter *Herausgeberkreis*, ein neu eingerichteter *Redaktionsbeirat*, dem auch der HDS-Vorstand angehört – für eine solche klare Strukturierung unserer Visitenkarte hatte auch noch Helga Grebing geworben.

Für die Redaktion Kira Ludwig,
Klaus-Jürgen Scherer

SCHWERPUNKT: AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN SOZIALDEMOKRATIE

Gero Neugebauer

Außer Spesen nichts gewesen? Das Wahlergebnis der SPD und einige seiner Gründe

Als die Sondierungen zur Jamaika-Koalition Ende November 2017 platzten und begonnen wurde, Druck auf die SPD mit dem Ziel auszuüben, diese zu veranlassen, ihren Verzicht auf eine Regierungsbeteiligung zu widerrufen und stattdessen entweder in eine Koalition mit der Union einzutreten oder eine, von dieser geführte, Minderheitsregierung zu tolerieren, reagierten Personen und Kreise in der Partei unterschiedlich. Manche wurden nervös und distanzieren sich vom Beschluss des SPD-Präsidiums, vorerst keine Koalition mit der Union zu bilden. Offensichtlich hatten sie vergessen oder wollten nicht wahrhaben, dass eine wesentliche Ursache für die erneute hausgemachte Niederlage gegenüber der Union die Rolle der SPD in den beiden Koalitionen 2005 bis 2009 und 2013 bis 2017 gewesen und die Parteiführung unisono zu der Auffassung gelangt war, die Ergebnisse der letzten Wahlen zu analysieren, um Aufschluss über ihre Ursachen zu finden.

Doch bevor es dazu kam, tauchten bereits kurz nach der Wahl von Angehörigen der Parteiführung verfasste Analysen auf, die sich auf inhaltliche Fragen konzentrierten, Schwächen der Kampagne thematisierten und Forderungen nach programmatischen Veränderungen erhoben. Ihre analytischen Grundlagen blieben oft unklar – wie auch die Rollen der Autoren in der und ihre Bedeutung für die Parteipolitik. Darin offenbarte sich ein spezifisches Problem parteiinterner Akteure. Denn wer in der SPD politisch sozialisiert und beruflich integriert – oder wie mancher Altvordere, dem keine Ambitionen mehr unterstellt werden können, gewesen – ist, dem fällt es schwer, die Partei und sich selbst aus der Distanz heraus zu betrachten. Selbst der von «außen» gekommene Martin Schulz ist davon nicht völlig verschont.

Wahlentscheidungen sind von diversen Faktoren beeinflusste Reaktionen auf Angebote von Parteien. Die Angebote umfassen

Programmatik und Personal, aber auch die Leistungen bzw. Kompetenzen einer Partei. Deren Voraussetzungen sind vielfältig und abhängig vom Zustand der Parteiorganisation, der sozialen Verankerung und den politischen Erfolgen, den Beurteilungen ihrer Leistungen und ihres Personal sowie ihrem Image.

Wie also ist die SPD in den Wahlkampf 2017 gegangen?¹ Hat sie wesentliche Bedingungen für einen Erfolg erfüllt? Welchen Eindruck hat sie mit ihrer Leistungsfähigkeit gemacht? Wie wurde ihr Personal bewertet und ihr Image wahrgenommen? Hat sich die SPD überhaupt in einem Zustand befunden, der für einen Erfolg versprechende Kampagne notwendig war?²

Die soziale Verankerung einer Partei wird durch die Mitgliederentwicklung und durch Wahlergebnisse bestimmt. Die Zahl der SPD-Mitglieder ist, außer in den Wahljahren 2009, 2013 und 2017, ständig gesunken: von 792.773 (1996) über 561.239 (2006) bis auf 432.706 (2016), also um rund 360.000 seit 1996.³ Zwischen 1990 und 2016 verlor die SPD in Westdeutschland (einschl. Berlin) 55,2 Prozent, in Ostdeutschland 11,7 Prozent ihrer Mitglieder. In den Landesverbänden (LV) verlief die Ent-

wicklung unterschiedlich, aber mit einer Ausnahme in allen LV negativ.⁴ Allein vier von ihnen haben seit 2000 mehr als 40 Prozent ihrer Mitglieder (Saarland, NRW, Hessen und Sachsen-Anhalt) verloren. Zugleich ist das Durchschnittsalter auf knapp über 60 Jahre (2016) angestiegen, wobei in der Gruppe der über 75-Jährigen (Gesamt-Anteil: 19,8%) eine deutliche Steigerung um knapp 7 Prozent zu verzeichnen war. Folgen dieser Entwicklungen sind sowohl eine reduzierte soziale Verankerung als auch das – im Westen noch – langsame Verschwinden der Partei aus der Fläche. Weniger Mitglieder, nicht nur im aktiven Arbeitsleben, bedeuten insgesamt weniger Multiplikatoren sowie geringere Potenziale für Mobilisierungskampagnen, z. B. bei Wahlen, von Kandidaten für Mandate und Funktionen ganz abgesehen. Das alles kann neben politischen Problemen als eine Erklärung für die schwache Performanz bei den letzten Wahlen dienen.

Die schwächer gewordene soziale Verankerung zeigt sich ebenfalls in den Wahlergebnissen seit 2002 im Bund wie in den Ländern, insbesondere nach den BTW 2009 bis 2017. Nach dem fatalen Ergebnis von 2009 im Bund (Verlust von 11,2 Prozentpunkten – hinfort PP – gegenüber 2005) glaubten 2013 nach der Steigerung von 23,0 Prozent (2009) auf 25,7 Prozent an einen Wiederaufstieg. Trotz einer rhetorischen Aufrüstung und ständigen Verweisen auf die Leistungen in der Koalition verflög diese Illusion 2017. Anders ausgedrückt: Zwischen 2002 und 2009 verlor die SPD 10,2 Mio. Wähler*innen, gewann 2013 1,3 Mio. und verlor 2017 erneut (1,7 Mio..

1 Ausführlich dazu Gero Neugebauer, Du hast (keine) Chance! Nutze sie! Zur Situation der SPD Anfang 2017, in: Carsten Koschmieder (Hg.): *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen*, Wiesbaden 2017, S. 197–226.

2 Die Erwartungen der Wähler*innen an eine Partei beziehen sich nicht nur auf ihr programmatisches und ihr politisches Profil und ihre Kompetenzen, sondern u. a. auch auf ihre Tatkraft und ihre Vertrauenswürdigkeit bzw. auf die ihres Spitzenpersonals.

3 Vgl. zu diesen und den weiteren Zahlen: Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften, <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/PPMIT17-NEU.pdf>.

4 Zwischen 1990 und 2016 hat sich die Situation gegenüber 2015 nur im LV Berlin gebessert: die Mitgliederzahl ist dort auf 17.145 (+240) gestiegen.

In den Ländern hatte sich nach 2009 die Wahlbilanz der SPD mit wenigen Ausnahmen positiv entwickelt, um sich dann nach 2014 de facto umzukehren. Hatte die SPD bis 2013 noch in elf von 16 Landtagswahlen gewonnen, gelang ihr das zwischen 2014 und 2017 nur noch bei drei von 15. Insgesamt waren die Zugewinne zu gering, um wirkliche Begeisterung zu erzeugen, und auch nicht nachhaltig genug, um von einem Dualismus der Machtverhältnisse – im Bund dominiert die Union, in den Ländern die SPD – sprechen zu können. Zudem zeigte sich bei den Wahlergebnissen ein Nord-Süd-Gefälle mit faktisch abgehängten Ländern wie Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen sowie eine zunehmende Differenz zwischen ostdeutschen und westdeutschen Ländern. Es half der SPD kaum, dass sie Verluste dadurch in Siege verwandelte, indem sie den Verbleib in Landesregierungen als Gewinn ausgab, weshalb sie bis 2016 nur eine wirkliche Niederlage, die in Baden-Württemberg, bilanzierte, bis sie dann 2017 in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen nicht nur die Wahl verlor, sondern auch dort – wie im Vorjahr in B-W – aus den Regierungen flog. Am Ende des Jahres 2016 saß sie noch in 13 Landesregierungen; in neun davon stellte sie zugleich den Ministerpräsidenten. Im September 2017 war sie

nur noch an elf Regierungen beteiligt, in sieben davon stellte sie den MP.

Erste Bilanz: Es fehlte der SPD im Wahljahr 2017 sowohl an organisatorischer als auch institutionalisierter politischer Stärke, obwohl sie in den meisten Landesregierungen und in der Bundesregierung saß. Dass «spin-off»-Effekte von der Landesebene fehlten, mag angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen von Bund und Ländern einerseits sowie den verschiedenen Koalitionsstrukturen andererseits nicht verwundern. Dass sich die Regierungsarbeit für die SPD nicht auszahlte, konnte nur die «SPD in Government» erstaunen: Erfolge eignete sich die Repräsentantin der Koalition an, Initiativen der SPD wurden beschnitten oder verhindert und auf Seiten der SPD fehlte, bedingt durch eine unkritische Akzeptanz einer behaupteten Abneigung der Öffentlichkeit gegen Konflikte, die begrenzte Bereitschaft dazu. So z. B. in Sachen Einwanderung, weshalb dann die Partei keine eigene Flüchtlingspolitik vorweisen konnte.

Die Regierungsarbeit wertete zudem die Kompetenzen der SPD nicht nachhaltig auf, wie der Vergleich zwischen September 2013 und August bzw. September 2017 zeigt; in Sozialpolitik und sozialer Gerechtigkeit baute sie sogar ab.

Kompetenz	CDU 2013	SPD 2013	Diff.	CDU 2017	SPD 2017	Diff.
Wirtschaft	58	16	-42	49	17	-32
Arbeitsplätze	38	21	-7	38	25	-13
Sozialpolitik	33	33	0	29	29	0
Soz. Gerechtigkeit	26	39	+3	22	36	+14

Tabelle: Parteikompetenzen (in %, bzw. PP) und Differenzen zugunsten der SPD⁵

Da die «thematisch bedeutendsten Wahlmotive in den Bereichen Soziale Gerechtigkeit, Bildung und Alterssicherung» FGW, Politbarometer August I, Kw-32) lagen, kann der Kampagne der SPD und ihrem Protagonisten Martin Schulz nicht vorgeworfen werden, mit dem Feld Soziale Gerechtigkeit auf das falsche Pferd gesetzt zu haben. Jedoch wurde der sozialdemokratische Gerechtigkeitsbegriff de facto nur in der Renten- und der Bildungspolitik – hier allerdings ohne eine massive Unterstützung aus sozialdemokratisch regierten Ländern, beispielsweise für Reformen, die über die Lockerung des Kooperationsverbots hinausgingen – evaluiert. Weitere Dimensionen des Gerechtigkeitsbegriffs in den Feldern Arbeit, Einkommen oder soziale Sicherheit wurden suboptimal thematisiert. Das galt auch für das Thema Europa, obwohl hier bereits 2015 ein anregendes Papier aus der Partei vorlag⁶.

Und sonst? Die Einschätzung und Bewertung von Leistungsfähigkeit und Kompetenzen sowie der Arbeit als Regierungspartei oder des Ansehens ihres Spitzenpersonals zeigten für die SPD ein differenziertes Bild.

Auffällig bei der Bewertung der Arbeit der SPD in der Bundesregierung war, dass sie dafür von den eigenen Anhängern keineswegs durchweg gute Noten erhielt. Ende Januar 2017 bewerteten nur 47 Prozent der SPD-Anhänger die Regierungsar-

beit ihrer Partei positiv, 52 Prozent waren damit jedoch nicht zufrieden⁷. So kann es wenig erstaunen, dass am Ende der Regierungszeit sich mehr als ein Drittel der SPD-Anhänger wünschten, die SPD sollte stärker linke Politik machen. Weniger als ein Fünftel hielten dagegen und der Rest meinte, dass keine Änderungen nötig wären⁸.

Eine sehr differenzierte Bewertung erfuhr auch die SPD-Mitglieder in der Regierung. Sigmar Gabriel wurde bei der FGW «nach Sympathie und Leistung» auf einer Skala von minus bis plus 5 lange Zeit unter 1 und gegen Ende der Koalition mit 1,5 (Merkel 1,9) bewertet. Martin Schulz war im Januar 2017 mit 2,0 bewertet worden, im August nur mit 0,6 und vor der Wahl mit 1,1.

Die Umfragewerte für die SPD gingen insgesamt und bezogen auf die erzielten Wahlergebnisse sowohl auf- als auch abwärts. Bei der BTW 2005 erzielte die SPD 34,1 Prozent; danach lagen die Umfragewerte stets darunter: im Mittel bei 27,6 Prozent. Nach der BTW 2009 (23,0%) lag der Durchschnitt bei 27,1 Prozent, doch nur 25,7 Prozent wählten im September 2013 die SPD. Und es ging bis zum Resultat von 20,5 Prozent im September 2017 weiter abwärts, obwohl ein zwischenzeitlicher kurzer Aufschwung in den Umfragen die Hoffnung auf eine Kanzlerperspektive für den neuen Vorsitzenden Martin Schulz und

5 http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/. Im Februar 2017 hatte die SPD in der Gerechtigkeitskompetenz 32PP Vorsprung (48:16) vor der Union; in der Sozialpolitik im März 2017 noch 18 PP (25%:43%).

6 Vgl. Gesine Schwan et. al., Manifest für ein europäisches Europa, ZEITONLINE:AUSLAND, 1.10.2015, abgedruckt in: *perspektivends*, 2/2015.

7 <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/index.html>. Soweit nicht anders vermerkt, stammen die folgenden Zahlen aus Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (FGW).

8 Soweit nicht anders angegeben, stammen diese und andere Angaben und Daten aus dem Wahlbericht der Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 2017. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 24. September 2017, Berichte der FGW e.V. Nr. 170, hier S. 22.

eine Machtperspektive für die SPD genährt hatte.⁹ Die Hoffnung zerbrach endgültig, nachdem die Union 2017 in drei Landtagswahlen gewonnen und das förmliche Ende des Streits zwischen der CSU und der CDU über die Flüchtlingspolitik das Bild der Union als einer handlungsfähigen Partei wieder hergestellt hatte; zudem hatte sich die Bewertung der Kanzlerin wieder verbessert.¹⁰

Zusammengefasst: Die SPD ging in keiner befriedigenden Verfassung in den Wahlkampf 2017. Trotz mancher programmatischer Vorarbeiten auf diversen Politikfeldern konnte sie kein perspektivisches Angebot unterbreiten.¹¹ Sie war sozial und politisch in der Gesellschaft und in den politischen Institutionen schwach verankert, ihre Leistungen sowie ihre Leistungsträger in der Koalition genossen insgesamt nur geringe Anerkennung, und sie wurde von einem Vorsitzenden angeführt, der in der Anhänger- und Wählerschaft nur ungenügend Vertrauen bilden konnte. Das verschaffte ihr ein Image, das die Partei als verzagt und mutlos erscheinen ließ. Als Martin Schulz dann die Rolle des Kanzlerkandidaten und des Parteivorsitzenden übernahm, kreierte er eine Hoffnung, die den

Erwartungen faktisch nicht gerecht werden konnte. Er bewegte sich bald auf dünnem Eis – und brach ein, als sich dessen mangelhafte Tragfähigkeit zeigte, weil wesentliche Bedingungen für einen Erfolg der Kampagne fehlten und die Machtperspektive nicht über ihre Ankündigung hinauskam.¹² Denn letztlich gelang es der SPD nicht, mit ihrem Angebot die politischen wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs so zu durchbrechen, dass durch dessen Kommunikation eine Nachfrage erzeugt wurde, die den Einfluss dieser Bedingungen konterkarieren konnte.

Diese Rahmenbedingungen bewirken, dass die SPD auf Bundesebene im Parteienwettbewerb seit 1949 grundsätzlich gegenüber den Unionsparteien durch eine beträchtliche Asymmetrie¹³ benachteiligt ist: bei 16 der 19 Bundestagswahlen zwischen 1949 und 2017 erzielte die CDU/CSU ein teilweise wesentlich besseres Resultat als die SPD. Nur 1972 und 1998 siegten die Sozialdemokraten mit 0,9 bzw. 5,7 PP Vorsprung; 2002 herrschte ein Patt – und seitdem liegt die SPD wieder hinten.

Die zwar nach jeder Wahl von der SPD-Führung angekündigten, aber letztlich unterlassenen Analysen, wären sie über die Lektüre der Zahlen der Umfrageinstitute und deren Erläuterungen hinausgegangen, hätten sie sowohl grundsätzliche, als auch temporäre Ursachen für die Ergebnisse erkennen lassen. So ist die Asymmetrie einmal das Ergebnis des durch den sozi-

9 Die FGW hatte im Januar 2017 36 % für die Union und 21 Prozent für die SPD ermittelt (Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer, KW 02/17. Emnid ermittelte am 19.02.2017 für die SPD 33 Prozent und für die CDU/CSU 32 Prozent (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/emnid.htm>).

10 Zur Kampagnenführung und ihren Fehlern vgl. Das Progressive Zentrum (Hg.), *Discussion Paper 4_2017*, E. Wiesendahl, Strategische Fehler aus dem Wahlkampf 2017, November 2017.

11 Vgl. Starke Ideen für Deutschland 2025 – Impulse für eine sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt <https://perspektivkongress.spd.de/doc/impulspapier.pdf>.

12 Vgl. Richard Stöss, Der Niedergang der SPD ist hausgemacht (und daher umkehrbar), <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emposz/team/stoess/publikationen/Wahlana-Stoess.pdf>.

13 Dauerhafte deutliche Zweitstimmendifferenz der beiden größten Parteien eines Systems.

alen Wandel und den Wertewandel sowie die Zunahme der Zahl der Abwanderer in das Lager der Nichtwähler verursachten Abschmelzens der «klassischen» Wählerschaft der SPD. Zum anderen sind die geringen Wahlchancen der politischen Kultur der Bundesrepublik geschuldet: Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung sowie die regionalen Traditionen und Mentalitäten begünstigen einen moderaten Konservatismus. Reformen werden nur dann akzeptiert, wenn sie unabweisbar sind. Helmut Kohl gelang das letztlich nicht mehr; rot-grün unter Gerhard Schröder unter Ausnutzung der Nachfrage nach Reformen dagegen schon, allerdings zuungunsten der tradierten Wertorientierungen der SPD.

Unter den jetzt gegebenen Bedingungen kann die SPD nur dann wieder eine maßgebliche politische Kraft werden, wenn sie ihre Wettbewerbsnachteile durch besondere Anstrengungen bei der Gestaltung und der Kommunikation ihres Angebots ausgleicht. Dabei sind einige für den Erfolg notwendige und über die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Organisation hinausreichende Bedingungen zu beachtenden. Dazu zählen:

- ein sozialdemokratisches Reformkonzept zur Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen Veränderungen der ökonomisch-sozialen und der politisch-kulturellen Verhältnisse. Dazu muss die SPD Konzepte und Kompetenzen in den für die Adressaten der SPD besonders wichtigen Politikfeldern Wirtschaft, Arbeit und Soziales entwickeln.¹⁴ Zugleich muss sie als Partei, die um die

14 Vgl. Starke Ideen für Deutschland 2025 – Impulse für eine sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt <https://perspektivkongress.spd.de/doc/impulspapier.pdf>.

Bedeutung des Politikfeldes Europa weiß, gegen die der von Rechtspopulisten und völkisch-nationalistischen Kräften angestrebte politische und kulturelle Re-Nationalisierung angehen. Gleichzeitig muss sie kompetentes, populäres und möglichst auch charismatisches Personal herausstellen, das ihren Markenkern überzeugend verkörpert.

Eine weitere Erfolgsbedingung erfordert von der SPD, ihre politischen und persönlichen Planungen langfristig und nachhaltig zu gestalten und dem Führungspersonal die Chance zu geben, vielfältige politische Erfahrungen zu sammeln, sich zu bewähren, verlieren wie siegen zu lernen und Vertrauen im Wahlvolk aufzubauen.

Die Meinungsbildung über Programm, Politik, Personal und Performanz einer Partei erfolgt permanent und ist Schwankungen ausgesetzt. Deshalb sollte die SPD ihre Kernbotschaft kontinuierlich kommunizieren und politisch glaubhaft praktizieren. Die Partei wird ihre Wettbewerbsnachteile nicht ausgleichen können, wenn sie ihre Anhänger durch dauernde Personen-, Themen- oder gar Meinungswechsel irritiert.

Will sie einen Machtwechsel herbeiführen, benötigt die SPD eine realistische Machtperspektive. Machtwechsel¹⁵ zugunsten der SPD gab es 1969 und 1998, weil die Partei auf eine realistische Machtperspektive (Koalition mit der FDP bzw. mit den Grünen) verweisen und sich dadurch sowohl programmatisch als auch machstrategisch gegenüber der Union profilieren konnte. Seit 2017

15 Bei einem Machtwechsel geht das Amt des Regierungschefs von einer Partei auf eine andere über. Bei einem Regierungswechsel ändert sich lediglich die Zusammensetzung der Regierungskoalition, wobei das Amt des Regierungschefs bei derselben Partei bleibt.

gibt es sechs Parteien im Bundestag – und damit kaum noch Chancen auf eine kleine Koalition. Als zweitstärkste Partei in einem Sechsparteiensystem kann sie nur dann den Regierungschef stellen, wenn sie von zwei Parteien unterstützt wird. Die Machtperspektive der SPD besteht nicht darin, sich koalitionsmäßig nach mehreren Seiten offen zu geben, weil sie sich dann programmatisch auf unterschiedliche Konstellationen einstellen muss und keinen potenziellen Bündnispartner vor den Kopf stoßen darf. Dann würde sie als profillos und machtbesessenen wahrgenommen werden.

Die besondere Pflege ihrer Stammwähler ist eine weitere Erfolgsbedingung. Die Devise «Stammwähler halten – Wechselwähler gewinnen» hat allgemeine Gültigkeit: alle Parteien wollen anderen Parteien Wähler abwerben und zugleich die eigenen Wähler bei der Stange halten. Stammwähler verkörpern ein stabiles und kontinuierliches Wahlverhalten, repräsentieren Traditionen und Werte der Parteien und sorgen für die feste und dauerhafte Verankerung der Parteien in der Bevölkerung. Wählerwanderungen sind auch eine Folge des Mangels an Profil und an Polarisierung im Parteiensystem. Analysen zeigen, dass der Anteil der Stammwähler in der Wählerschaft der SPD nach 1998 über 70 Prozent betrug, 2013 jedoch zehn Punkte weniger und 2017 wieder 62 Prozent¹⁶. Der Niedergang der SPD beruht somit auch darauf, dass sie die Pflege der Stammwähler vernachlässigt hat. Wenn Wahlentscheidungen dann oft zwangsläufig nach Gefühlslage getroffen werden, werden Wahlen durch Stimmungen entschieden. Und weil Stimmungswähler von den Parteien realistischerweise als

volatil, entscheidungsträge und stark von der Medienberichterstattung beeinflusst angesehen werden, setzen Wahlkampfmanagern vorrangig auf symbolische Politik, Inszenierungen und Ereignismanagement und scheuen deutliche inhaltliche Positionierungen, um ja keine potenziellen Adressaten zu vergraulen. Dadurch werden die Stammwähler vernachlässigt.

Eine weitere Erfolgsbedingung resultiert aus der Erkenntnis, dass die Mitwirkung als Juniorpartner an einer Großen Koalition der SPD schadet. Große Koalitionen sind in demokratietheoretischer Hinsicht außerordentlich problematisch und werden in der Regel nicht explizit angestrebt, sondern gelten nur als Notlösung. Zwar könnte sich die SPD aus staatspolitischen Gründen zum Eintritt in eine unionsgeführte Koalition veranlassen sehen oder meinen, dass tiefgreifende Reformen auf der Tagesordnung stehen, die breite gesellschaftliche Mehrheiten voraussetzen. Damit schreibt sie ihr Handicap im Parteienwettbewerb fest und trägt zum Fortbestand der Dominanz der Unionsparteien bei. Denn in der Koalition bestimmt der Kanzler deren politische Richtung wie die öffentliche Wahrnehmung, eignet sich die Erfolge an und definiert die Rolle der jeweiligen Partner. Wenn, wie Frau Merkel in der letzten Sitzung des 18. Bundestags sinngemäß erklärt hat, die SPD nur das hätte tun können, was sie und die Union ihr erlaubt hätten, dann erinnerte sie den Juniorpartner SPD daran, dass diese die zweite Erfolgsbedingung, die langfristige politische und personelle Planung, ebenso wenig erfüllen wie sie es schaffen konnte, sich im folgenden Wahlkampf gegenüber der Union politisch abzugrenzen. Eine Profilbildung gemäß der ersten Erfolgsbedingung – ein sozialdemokratisches Reform-

¹⁶ Vgl. in der Wahlanalyse (Anm.1) Tabelle 4.

konzept – ist unter solchen Bedingungen nahezu unmöglich. Insofern dürfte die SPD mehr als nur eine Legislaturperiode benötigen, um sich von den belastenden Nachwirkungen einer Großen Koalition zu befreien.

Fazit: Die SPD muss die Nachteile, die ihr aus der asymmetrischen Verteilung der Machtchancen im Parteienwettbewerb erwachsen, durch ein überzeugendes und langfristiges Programm-, Politik- und Personalangebot ausgleichen. Durch die politisch-programmatische Fixierung auf grundlegende Ziele bzw. Wertorientierungen kann sie sich einen unverwechselbaren

Markenkern erarbeiten. Der sollte eine Reformperspektive für die gerechte, solidarische und humane Gestaltung der Globalisierung bieten. Sie muss ihr Reformangebot dauerhaft und nachhaltig kommunizieren, um sowohl treue Anhänger an die Partei zu binden als sich auch neue Wählerschichten zu erschließen. Dabei ist der Stammwählerpflege besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Zudem ist eine realistische Machtperspektive geboten. Kommen eine Stärkung der Organisation und Wahlerfolge dazu, kann der Niedergang aufgehalten und ein neuer Aufstieg in Angriff genommen werden.

Carsten Koschmieder

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 Zum Abschneiden der SPD, zur Zukunft im Sechs-Parteien-System und zum Umgang mit der AfD¹

Bei dem sehr breiten Thema «Bundestagswahl 2017» gäbe es natürlich mehr zu sagen als ich heute darstellen kann. Ich möchte daher auf drei Punkte eingehen, die mir besonders wichtig sind: (1) Das Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl ist ganz offensichtlich, was hier von Interesse sein dürfte. (2) Dann will ich darauf eingehen, wie es in einem Sechsparteiensystem aussehen wird, das wir erstmal und vermutlich auch mittelfristig haben werden. (3) Dazu kommt der Umgang mit der AfD, weil dies gerade auch für die Sozialdemokratie besonders wichtig ist, obwohl wir in der

Wahlanalyse gesehen haben, dass in absoluten Zahlen die Union am meisten an die AfD verloren hat.

Abschneiden der Schulz-SPD

Ich will Sie nicht mit Zahlen, Grafiken und empirischen Analysen ermüden, weil es erstens nicht besonders spannend ist und weil ich mir zweitens sicher bin, da Sie alle politisch interessiert sind, dass Sie sich am Wahlabend oder in den Tagen danach

1 Vortrag auf der Herbsttagung der HDS e.V. in Birkenwerder 10.-12. November 2017.

genau mit diesen Dingen schon beschäftigt haben. Zum Abschneiden der SPD möchte ich mich ein bisschen positionieren und auch ein paar Thesen vertreten, die anschließend vielleicht zu einer spannenden Diskussion führen können, da nicht alle von Ihnen diese teilen werden.

Es gibt die Erzählung, dass in einer eigentlich ganz guten Situation und mit dem Rückenwind des sogenannten *Schulz-Effekts* das Abschneiden der SPD bei der Wahl viel besser hätte laufen können, wenn nicht entweder unglückliche Umstände, Pech und Fehler des Kandidaten oder ein handwerklich schlechter Wahlkampf (oder, wie es Kollegen genannt haben, *der schlechteste Wahlkampf aller Zeiten*) dazwischengekommen wären.

Um diese Erzählung bewerten zu können, möchte ich zunächst erläutern: Warum gab es überhaupt diesen Schulz-Effekt? Was genau war der Schulz-Effekt eigentlich? Weiterhin möchte ich Belege für die These vorstellen, dass es einen inhaltlich und handwerklich schlechten Wahlkampf gab. Dann möchte ich dazu kommen, warum sich der Schulz-Effekt nicht gehalten hat. Damit will ich dann darauf zu sprechen kommen, dass es möglicherweise auch längerfristige Ursachen gibt, die eine größere Rolle spielen.

Warum gab es diesen Schulz-Effekt? Martin Schulz wird zum Kanzlerkandidaten und zum Vorsitzenden und die SPD steigt in unglaublich kurzer Zeit in den Umfragen, aber auch im öffentlichen Meinungsklima. Sie gewinnt neue Mitglieder hinzu. Wie ist das zu erklären?

Das Wichtigste ist der Medienhype, der entstanden ist. Ich habe über innerparteiliche Partizipation am Beispiel der Pira-

tenpartei promoviert. Das war strategisch vielleicht nicht klug, ich finde es aber immer noch spannend. Deswegen kam mir dieser selbst verstärkende Medienhype sehr bekannt vor. Am Anfang fragen die Journalisten noch nicht kritisch nach. Schulz ist erstmal neu. Schulz ist eine Geschichte. Es gibt viel zu berichten. Allein diese Medienaufmerksamkeit, die sehr breite Berichterstattung, die vielen Bilder sorgen schon mal für Aufmerksamkeit und damit auch für Zustimmung dann auch zur Partei.

Begünstigt wurde dies auf jeden Fall dadurch, dass Schulz wie ein Neuanfang für die Partei wirkte, der irgendwie von außen kommt. Dass er schon lange im Präsidium der SPD sitzt, ist für die Öffentlichkeit nicht so ein relevantes Thema. Er galt als bundespolitisch nicht vorbelastet. Die Leute kannten ihn zwar irgendwie aus Europa, haben aber nichts Innenpolitisches mit ihm verbunden. Und er ist nicht verantwortlich für die Agenda 2010 und Rente mit 67 und andere Probleme, die der SPD in den Augen von einigen noch anhängen.

Dadurch, dass er von außen kommt, hat er dieses Image von einem Heilsbringer, von einem Retter. Das hätte natürlich nicht funktioniert, wenn es, beispielsweise, Heiko Maas gewesen wäre. Dieses Image entstand auch deswegen, weil Martin Schulz tatsächlich von vielen – das zeigen auch empirische Befragungen – als authentisch und glaubwürdig wahrgenommen wurde. In den Medien wurde auch sehr viel über seinen persönlichen Lebensweg, seine eigenen biographischen Erfahrungen gesprochen, die das verstärkt haben und ihn als glaubwürdig gerade beim Thema soziale Gerechtigkeit wirken ließen. Die Menschen haben ihm geglaubt, wenn er darüber gesprochen hat, dass auch er nachts

aufwacht und sich Sorgen macht und dass er die Menschen und ihre Sorgen versteht. Er hat mit seiner Ansprache die Leute tatsächlich erreicht.

Er wirkte gerade bei dem Thema soziale Gerechtigkeit authentisch und hat sich dann auch diese als Schwerpunkt auf die Fahne geschrieben, was natürlich für die Partei sehr günstig war. Leute, die in der SPD sind, sind an sozialer Gerechtigkeit interessiert. Das hat die Partei hinter ihm geeint, und das ist ein Thema, über das viele sagen, dies habe die SPD in den letzten zehn, zwanzig Jahren vernachlässigt und dass sie sich darauf wieder konzentrieren müsse.

Das hat dazu geführt, dass die Partei sehr stark hinter ihm stand. Das 100-Prozent-Wahlergebnis ist allen sicherlich noch in Erinnerung. Aber auch Leute im Umfeld der Partei waren euphorisiert und sind eingetreten oder haben die SPD anderweitig unterstützt. Das alles hat zur Mobilisierung der Partei geführt, die dadurch in der öffentlichen Diskussion wieder präsenter war, die wieder das Momentum auf ihrer Seite hatte.

Und weil Martin Schulz – abgesehen von sozialer Gerechtigkeit – am Anfang noch nicht viel gesagt hat und verständlicherweise, als er neu war, noch kein komplettes Programm, auch nicht zur sozialen Gerechtigkeit, hatte, konnte er relativ gut als Projektionsfläche für ganz viele unterschiedliche Wünsche und Erwartungen stehen. Alle, die sich schon immer gewünscht haben, dass die SPD endlich wieder *Folgendes* macht, und da konnte man sich quasi aussuchen, was man sich schon immer gewünscht hat, haben sich erhofft, dass Martin Schulz es mit der SPD jetzt endlich umsetzen wird.

Er ist auch am Anfang bewusst vage geblieben. Bis die Archive geöffnet werden, ist es noch eine offene Debatte, wie stark er auch noch im Wahlkampf in NRW und Schleswig-Holstein bewusst vage geblieben ist und wer sich gewünscht hat, dass er nicht zu konkret wird. Ob er sich das selber überlegt hat oder Parteistrategen im Willy-Brandt-Haus oder ob die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen sich das gewünscht haben, das ist noch offen. Auf jeden Fall hat dieses Vage, dieses Bieten einer Projektionsfläche der SPD sehr geholfen.

Es konnte der SPD auch deswegen helfen bzw. die Sehnsucht nach dem, was viele Menschen in die SPD oder in Martin Schulz projiziert haben, war auch deswegen so groß, weil zu dieser Zeit die Unionsparteien extrem schwach waren. Das persönliche Ansehen von Merkel war im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise sehr stark gesunken, aber auch aufgrund der zwei Jahre andauernden Streitigkeiten innerhalb der Unionsparteien. Die Angriffe von Seehofer, von der CSU, aber auch von Teilen der CDU, haben dem persönlichen Ansehen von Merkel deutlich geschadet, sodass es teilweise so eine Art Überdross in Bezug auf die Kanzlerin gab. Die Leute haben bei Schulz gesagt, *da kommt einer, der ist ein ernstzunehmender Gegner, tatsächlich eine Alternative. Es gibt einen, der sagt, er wird Kanzler, und ist auf dem aufsteigenden Ast. Die SPD wird stärker. Er kann es vielleicht tatsächlich schaffen* – jedenfalls im persönlichen Vergleich mit Merkel.

Aber auch die Unionsparteien waren in den Umfragen deutlich gesunken. Es gab dort kein einheitliches Bild. Es gab diesen permanenten Streit. Es war auch völlig unklar, wie sich der auflösen lässt, wenn

Seehofer beharrte: *Auf jeden Fall Obergrenze, sonst unterschreibe ich den nächsten Koalitionsvertrag nicht.* Demgegenüber Merkel: *Obergrenze mache ich auf keinen Fall mit.* Das wirkte wie festgefahren, und diese Schwäche der Unionsparteien konnte die SPD in dieser Zeit sehr gut ausnutzen.

Das Ganze führt dann zu einer Aufwärtsspirale. Das hat erstens auch wieder etwas mit den Medien zu tun. Es gibt in der Medienberichterstattung immer stärker diesen *horse race journalism*. Es wird nicht mehr über Inhalte berichtet, sondern über den Stand. Wer liegt gerade vorn? Wer ist bei wie viel Prozent? Wie sehen die Umfragen aus? – Und wenn man dann ständig liest, *die SPD wieder zwei Punkte rauf, Merkel und die CDU wieder einen Punkt runter*, dann führt das zu einer Aufwärtsspirale. Es gibt den Effekt, dass viele den, der gerade im Kommen und am Gewinnen ist, sympathisch findet. Das lässt sich auch nach Wahlen messen: Die Leute wollen zum Sieger gehören. Ich will nicht sagen, dass Schulz damals schon wie der Sieger aussah, aber er war der, der das Momentum hatte.

Dann geht es weiter mit der Aufwärtsspirale. Die Partei freut sich über die gestiegenen Umfragewerte und feiert den Kandidaten. Dann wird darüber in den Medien berichtet, wie positiv das alles aussieht. Dann ist irgendwie Krisensitzung bei der CDU. Die gucken alle grimmig, darüber wird berichtet, und das wirkt dann wieder negativ. – Also, es entwickelt sich eine Eigendynamik, die man nicht mehr allein aus dem Ausgangssetting erklären kann.

Da sind die Gründe dafür, dass die SPD plötzlich bei dreißig Prozent in den bundesweiten Umfragen gelegen hat, in einer Umfrage sogar vor der CDU. Das behalten wir jetzt im Hinterkopf und sehen uns Fol-

gendes an: Die SPD liegt in den Umfragen vor der CDU. Warum hat sie die Wahl am Ende dann doch nicht gewonnen?

Eine These ist: Es war hauptsächlich der schlechte Wahlkampf. Dazu werden zwei unterschiedliche Dinge gesagt. Es gebe einerseits die ganz grundsätzlichen Organisationsfehler schon im Vorfeld des Wahlkampfes und andererseits die handwerklichen Fehler, die während des Wahlkampfes gemacht wurden. Ich glaube nicht, dass es an der grundsätzlichen Organisation lag, dennoch möchte ich dazu ein paar Sätze sagen, weil das Argument, dass es diese Fehler gab, nicht von der Hand zu weisen ist.

Das Wichtigste ist, dass es zum dritten Mal in Folge keine geplante – in Anführungszeichen – *Inthronisierung* des Kanzlerkandidaten, der Kanzlerkandidatin gab und diese weder als Medienereignis inszeniert, noch geplant wurde. Dieses Mal geschah es durch ein Interview von Sigmar Gabriel und beim letzten Mal geschah es, weil kein anderer mehr übrig war. Das ist keine besonders gute Strategie, um in den Wahlkampf zu starten und dem Kandidaten etwas Positives mitzugeben.

Damit trifft zusammen, dass es keine inhaltliche Vorbereitung gab. Als Martin Schulz aus dem Hut gezaubert wurde, ging der Wahlkampf im Prinzip sofort los. Viele sagen, das war eh schon zu spät. Martin Schulz kommt von außen. Er muss sich eigentlich erstmal ein Image aufbauen. Die Leute müssen ihn kennenlernen. Dafür braucht man mehr als nur ein halbes Jahr. Eigentlich müsste man das vorher machen. Aber wenn man es so kurzfristig macht, muss man es natürlich vorbereiten. An dem Tag, an dem er als Heilsbringer verkündet wird, muss klar sein, was er macht. Wer ist für was zuständig? Was passiert? Wie läuft

die Kampagne an? Also eine organisatorische Vorbereitung, aber natürlich auch eine inhaltliche Vorbereitung ist erforderlich. Was präsentiert er? Worum geht es ihm? Welche Themen besetzt er? usw.

Möglicherweise hatte er sich das schon mal privat überlegt, aber so etwas muss natürlich in einer recht großen Organisation, wie es die SPD immer noch ist, vorbereitet und abgestimmt werden.

Dazu kommen die personellen Probleme, die man grundsätzlich vorher schon hätte angehen können. Aber auch nach der Nominierung hätte man ja noch Zeit gehabt, um beispielsweise die Personen besser zu organisieren. Es gab wohl Unstimmigkeiten zwischen dem Willy-Brandt-Haus und Martin Schulz und dem Wahlkampfteam, das er gerne gehabt hätte, und den Leuten, die für die Partei schon gearbeitet und früher Wahlkampf organisiert haben. Und die, die am Ende den Wahlkampf organisiert haben, waren möglicherweise – ich will nicht sagen «nicht die Richtigen» –, aber sie waren unerfahren in dem Metier Wahlkampfleitung.

Man kann nun nicht messen, es hätte zwei Prozent mehr gegeben, wenn jemand Erfahreneres den Wahlkampf gestaltet hätte, aber all das sind auf jeden Fall grundsätzliche Organisationsfehler eines Wahlkampfes: dass man nicht plant, dass man da nicht vorher überlegt, wer macht es wie, warum, dass sich die Verantwortlichen nicht einig sind, wer für was zuständig ist und warum und wer wo ein Büro bekommt und wer was zu sagen hat usw. Das ist natürlich ein grundsätzlicher Fehler, der dem Wahlkampf nicht zuträglich ist.

Es gab dann zweitens im Wahlkampf eine Reihe von handwerklichen Fehlern, einige, die auch wirklich richtig peinlich sind. Ich will da nicht allzu viel zu sagen, aber wir

erinnern uns sicherlich beispielsweise an die Szene, als das Wahlprogramm vorgestellt wurde und da der falsche Titel draufstand. Das sind Dinge, die nicht passieren dürfen. – Man kann sagen, *okay, so etwas passiert mal*. Aber es gab auch Sachen, die länger geplant waren. Ich habe zum Beispiel überhaupt nicht verstanden, warum am Tag nach der Schleswig-Holstein-Wahl Martin Schulz seine wichtige Grundsatzrede zum Thema Wirtschaft vorgestellt hat. Diese drang am Tag nach der Niederlage wenig überraschend nicht durch, das ist einfach handwerklich schlecht gemacht.

Es gibt also gute Gründe zu sagen, der Wahlkampf war ganz grundsätzlich organisatorisch und handwerklich nicht besonders gut.

Ich glaube aber trotzdem nicht, dass man jetzt einfach sagen kann: *Eigentlich lief es ganz gut und wir hätten dreißig Prozent bekommen, wenn nicht diese handwerklichen Fehler gewesen wären... und beim nächsten Mal macht man es einfach besser, tauscht Leute aus, plant das ein bisschen und dann läuft es*. – Das halte ich für einen Trugschluss.

Es gibt natürlich Leute, die ein Interesse daran haben zu sagen, *ach, eigentlich ist es ganz gut gelaufen*. Für andere ist es vielleicht Bequemlichkeit. Aber ich halte das nicht für sinnvoll, weil es nicht zu einem besseren Ergebnis führt und weil ich das Gefühl habe, dass nach der letzten und vorletzten Wahl die Aufarbeitung des schwachen Wahlergebnisses ähnlich gelaufen ist, nämlich eher gar nicht.

Und das beschränkt sich nicht auf die Bundesebene: Auch in Berlin ist es beispielsweise so gewesen, dass nach dem historisch schlechten Abschneiden der SPD bei der Landtagswahl im letzten Jahr zwar

irgendeine Kommission irgendein Papier erarbeitet hat, das dann aber kaum diskutiert wurde und im Prinzip einfach nichts passiert ist.

Warum hat sich der Schulz-Effekt nicht gehalten, sich vielleicht auch nicht halten können? Es war von Anfang an unrealistisch anzunehmen, dass es einfach immer so weitergeht und dass die SPD irgendwie bei dreißig Prozent stehenbleibt.

Ich hatte gesagt, dass mit zum wichtigsten Grund für den Schulz-Effekt der Medienhype gehört hat. So ein Medienhype hört irgendwann auf. Ein Hype kann nicht ewig weitergehen. Irgendwann lässt die Berichterstattung nach, die JournalistInnen fangen an kritischer nachzufragen und die erste Euphorie, die auch sie erfasst hatte, nimmt ab. Das Ganze ist ja auch nicht mehr neu. Medien erzählen neue Geschichten und nicht immer das Gleiche noch einmal. Wenn dann die Berichterstattung und die Aufmerksamkeit nachlassen, ist es nicht mehr spannend, auch nicht für die Leserinnen. Dann fällt die Zustimmung zur Partei wieder ganz automatisch.

Damit ist ganz stark verbunden, dass Martin Schulz kein Staatsamt innehatte. Man könnte sagen, das war ein strategischer Fehler. Er hätte ja einfach Außenminister werden können. Aber das hätte natürlich auch wieder Nachteile gehabt. Dann wäre er in die Koalitionsdisziplin eingebunden, hätte mit Merkel am Regierungstisch sitzen und *unter ihr* arbeiten müssen, hätte im TV-Duell weniger angreifen können (so harmonisch wie das lief, ist das vielleicht ein schlechtes Argument). Jedenfalls war die strategische Überlegung, er ist dann freier und unabhängiger.

Aber das hat natürlich dazu geführt, dass – während die Merkel den Papst und

Obama und ich weiß nicht wen alles getroffen hat und es davon immer schöne Bilder in der Tagesschau gab – Schulz niemanden getroffen hat bzw. nur in Wanne-Eickel in der Fußgängerzone unterwegs war, was überhaupt nicht ehrenrührig ist, aber was es nicht jedes Mal in die Tagesschau schafft.

Das hat natürlich auch mit dazu geführt, dass die Medienberichterstattung, der Medienhype nachgelassen hat und dann war Schulz einfach weniger sichtbar und damit verblasste auch der Schulz-Effekt, der ja darauf basierte, dass er jeden Tag und sehr prominent in den Medien zu sehen war.

Ein weiteres wichtiges Ereignis, was dazu geführt hat, dass der Medienhype und damit der Schulz-Effekt abgeflaut sind, ist die Wahrnehmung: *Schulz ist gar nicht der große Messias*. Eine große Rolle spielt dabei die Saarlandwahl.

Ich habe das tatsächlich nicht verstanden, warum die Geschichte über die Saarlandwahl als «verlorene Saarlandwahl» erzählt wurde. Für mich eine falsche Rezeption. Die SPD hat bei der Saarlandwahl im Vergleich zu der Wahl vorher verloren. Aber den Schulz-Effekt kann man natürlich nicht anhand von fünf Jahren vorher messen. Stattdessen war bemerkenswert, dass die SPD im Dezember und im Januar in den Umfragen im Saarland relativ schlecht ausgesehen hatte, sie dann, als Schulz übernommen hat, dramatisch nach oben gegangen ist, bevor sie, weil der Schulz-Effekt schon ein bisschen weniger wurde, wieder ein bisschen abfiel.

Aber die SPD im Saarland hat doch wesentlich besser abgeschnitten, als es zu Jahresanfang nach den Umfragen noch zu erwarten war, weswegen ich im Deutschlandradio, wo ich am Wahlabend war, auch kommentiert habe: *Okay, der Schulz-Effekt*

ist nicht so, dass die SPD alles gewinnt, aber man kann schon sehen, es gibt ihn. Aber die Geschichte in den Medien war im Anschluss aus irgendeinem Grund, dass Schulz nicht gewonnen hat: *Der Schulz-Zug ist entgleist oder er hält nicht in Saarbrücken.* Das war die Mediengeschichte, und ich möchte hier keine Verschwörung insinuieren: *Schulz stieg auf. Das ist vorbei. Jetzt war er am Fallen, denn er hat im Saarland nicht gewonnen.* Das wurde dann als ein Argument oder ein Beweis genommen, dass der Schulz-Hype nicht mehr funktioniert und dass Schulz und die SPD doch nicht gewinnen können usw. In der bundesweiten Medienrezeption ging es im Anschluss an die Wahl flächendeckend vor allen Dingen erstmal darum: *Der Schulz-Effekt ist zu Ende. Der Schulz-Zug Richtung Kanzleramt ist entgleist usw.*

Im Saarland gab es ja eine Große Koalition. Auch da könnte man sagen: In der Regel verliert die SPD nach einer Großen Koalition deutlicher, als es im Saarland der Fall war. Die Ausgangsbedingungen waren eigentlich gar nicht gut. Auch da würde ich deswegen sagen, dass der Schulz-Effekt keineswegs so ausgeblieben ist, wie das gesagt wurde. Die Koalitionsfrage ist auch tatsächlich ein weiterer wichtiger Punkt, der dann insbesondere nach der Saarlandwahl auftrat.

Die zweite fatale Erzählung nach der Saarlandwahl war nämlich: Weil die SPD die Koalition mit der Linkspartei offen gelassen hat, hat sie verloren.

In meiner Wahrnehmung hat die SPD da überhaupt nicht verloren. Aber die Rezeption danach war, das ist im Willy-Brandt-Haus oder bei den Strategen oder Freundinnen von Schulz so angekommen, dass die signalisierte Bereitschaft zu einer Koa-

lition mit den «Kommunisten» dazu geführt habe, dass die Gegenseite gut mobilisieren konnte und ein stärkeres Wahlergebnis bekommen hat.

Das führte dazu, dass in Panik gesagt wurde, *oh Gott, auf Bundesebene können wir uns das, eine Koalition mit der Linkspartei, überhaupt nicht vorstellen.* Dadurch wieder blieb für die Bevölkerung die Frage offen: *Wie soll denn die SPD überhaupt an die Macht kommen?* Schulz sagt, er will Kanzler werden, aber bitte nicht mit der LINKEN. Dann wurde über die FDP geredet, was die FDP, die zu der Zeit noch ungefähr bei vier Prozent dümpelte, völlig unnötig stark gemacht hat. Als Konsequenz haben sich die Leute aber natürlich gefragt: Schulz redet ausschließlich über soziale Gerechtigkeit und nun sagte er, er will dies mit der FDP umsetzen? Ich werde nachher noch dazu kommen, dass Koalitionsfähigkeit und Koalitionsoffenheit ein wichtiger Faktor ist, aber natürlich passt das – soziale Gerechtigkeit mit der FDP – in diesem Fall einfach nicht zusammen.

Der nächste Punkt ist die Unbestimmtheit, mit der Schulz am Anfang relativ gut punkten konnte, die aber nach einiger Zeit einfach aufhören muss. Erstens, weil er natürlich im Wahlkampf irgendetwas Konkretes sagen muss, weil es ein Wahlprogramm gibt usw. Und zweitens auch, weil die JournalistInnen nach ein paar Wochen natürlich anfangen zu fragen: *Wo ist denn Euer Programm? Was willst Du denn eigentlich?*

Schon sein Verweis, dass er ja nicht die SPD ist und dass in einer Partei Parteiprogramme nicht vom Vorsitzenden verkündet werden, wurde in den Medien kritisch aufgenommen, das seien *Ausflüchte*. Irgendwann musste die Unbestimmtheit nachlas-

sen. Er musste sich festlegen. Dann ist diese wunderbare Projektionsfläche natürlich weg. Er muss beantworten, ist er für oder gegen die Vermögenssteuer? Und schon hatte er die Hälfte der Leute verloren, ist die Hälfte potenzieller WählerInnen unzufrieden mit seiner Entscheidung. So muss er ganz, ganz viele kleine Entscheidungen treffen, wo immer wieder Leute sagen: *Ach, das hätte ich mir jetzt aber anders vorgestellt, als ich mich so gefreut habe, dass er Kandidat wurde...*

Der letzte Punkt ist, dass sich die Unionsparteien zusammengerauft haben und erstens Gegenstrategien speziell gegen den Schulz-Wahlkampf entwickelt haben, aber sich einfach auch wieder besser vertragen haben und die Werte von Merkel gestiegen sind. Kleiner Einschub: Selbst auf dem Hoch des Schulz-Hypes waren Merksels Werte immer besser als die von Martin Schulz. – Jedenfalls haben sich die Unionsparteien irgendwie geeinigt, es gab einen Kompromiss, und die CSU hat aufgehört zu meckern. Seehofer fand plötzlich, Merkel sei eine gute Kanzlerin, und daher wollte er sie wieder unterstützen.

Der Wahlkampf der Union bestand ja hauptsächlich aus zwei Sachen. Es war der Wohlfühlwahlkampf – uns geht es doch eigentlich gut, deswegen müssen wir über die soziale Gerechtigkeit gar nicht so viel reden. Deswegen ist es auch unsinnig, dass die SPD darauf setzt. Zweitens stand die Kanzlerin in diesen stürmischen Zeiten als Krisenmanagerin, als Garantin für Stabilität. Diese beiden Strategien haben dem Schulz-Hype relativ gut den Wind aus den Segeln genommen.

Ich hatte schon angedeutet, dass ich der Meinung bin, dass es längerfristige Ursachen gibt. Betrachten wir die Mitglieder-

entwicklung der Parteien. Da sah es in den letzten Jahren und Jahrzehnten für die SPD nicht besonders gut aus, für andere Parteien auch nicht. Durch den jahrzehntelangen Niedergang der Mitgliederzahlen oder die deutlichen Verluste an Wählerstimmen über Jahre hinweg ist aber offensichtlich, dass die SPD nicht nur in diesem Wahlkampf gerade irgendwie ein bisschen Pech hatte.

Auf ein paar der längerfristigen Probleme möchte ich eingehen. Das wichtigste Problem ist ein programmatisches. Die SPD hat es bisher nicht geschafft, eine ausreichende programmatische Antwort auf die großen Themen – nämlich wirtschaftliche Liberalisierung und vor allem Globalisierung – zu geben. Um nicht von der eigentlichen Stoßrichtung des Beitrages abzulenken, versuche ich mich mit der Frage zurückzuhalten, ob das eher eine linke, eine rechte oder Seeheimer- oder was auch immer für eine Antwort sein müsste: Es müsste nur eine konsistente Antwort sein. Ich mache auch keine Programmarbeit. Wie die Antwort genau aussieht, will ich gar nicht skizzieren, aber es müsste diese Antwort geben, die beispielsweise in den Blick nimmt, dass zwar die Leute, die in der SPD unter den Mitgliedern am meisten vertreten sind, von der Globalisierung enorm profitieren, aber dass die, die die SPD vor einigen Jahrzehnten hauptsächlich als WählerInnen-Gruppe im Blick hatte, nicht unbedingt profitieren oder zumindest berechnete Ängste haben.

Das hätte Martin Schulz nicht im Wahlkampf schaffen können. Das ist nichts, das man kurz mal beschließt, sondern etwas, das man langfristig diskutiert, mit gesellschaftlichen Gruppen, in der Partei, mit den Mitgliedern usw. vorbereitet. Das müsste sehr viel langfristiger angegangen werden.

Das nächste, was langfristiger passieren müsste, ist eine Personalplanung. Damit meine ich vor allen Dingen, dass es nicht besonders sinnvoll ist, sich kurzfristig auf einen Kanzlerkandidaten zu einigen, weil gerade kein anderer bereit ist. Der macht es und nach der verlorenen Wahl ist er dann auch wieder weg, wird nicht mal Oppositionsführer. Man könnte stattdessen sagen, eine Kandidatin kann auch mal eine Wahl verlieren und muss nicht sofort abserviert werden. (Es sei denn, sie hat die Wahl verloren, weil sie völlig ungeeignet war, aber dann hätte man sie natürlich gar nicht erst aufstellen sollen...)

Wenn man aber sagt, dass es nicht an der Kandidatin lag oder dass die SPD nun mal nicht jede Wahl gewinnt, dann kann man sie auch mal dran lassen. Ich will nicht mit Pathos an Willy Brandt erinnern, der auch zunächst Wahlen verloren hat, aber es gibt auch aktuell Beispiele. Julia Klöckner in der CDU verliert beispielsweise laufend ihre Wahlen und ist trotzdem weiterhin eine wichtige Spielerin in der Partei. Ich glaube also, dass es ein Problem der SPD ist, dass es keine langfristige Personalplanung gibt. Man muss natürlich im Hinterkopf behalten, die SPD ist eine Partei, da wird das Personal gewählt. Man kann also nicht einfach sagen, wir setzen den jetzt mal für zehn Jahre an die Spitze. Das geht natürlich nicht.

Das nächste ist die mangelnde programmatische Stetigkeit. Wenn beispielsweise der Vorsitzende irgendwie alle paar Wochen oder Monate etwas anderes erzählt, was nicht zu dem passt, was er vorher gesagt hat, oder einfach ständig neue Themen aufmacht, dann ist das natürlich auch nicht besonders gut. Gerade wenn man sich beispielsweise Themen sucht, für die

man steht, für die man aus Überzeugung kämpft, dann sollte man die nicht wegen der Umfragewerte ständig ändern.

Dazu noch ein wichtiger Hinweis: Es wird immer gesagt, die Leute entscheiden sich immer später, wen sie wählen. Das stimmt auch. Wir sehen empirisch, dass sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl und am Wahltag – je nach Umfrage – zwanzig bis dreißig Prozent entscheiden. Aber das heißt natürlich nicht, dass diese Leute quasi am Wahltag wie eine Tabula Rasa die Zeitung aufschlagen und fragen, *welche Partei hat heute irgendwas gemacht*, sondern auch diese Leute haben natürlich die letzten vier oder noch mehr Jahre im Hinterkopf und überlegen schon die ganze Zeit und entscheiden sich dann. Es heißt nicht, dass das, was vorher passiert ist, keine Rolle spielt. Ich glaube, das wird manchmal vergessen, dass man nicht in den letzten Tagen nochmal irgendwas ganz Neues erfinden oder in TV-Duellen etwas erzählen kann, was vom Vorstand ganz anders beschlossen wurde, um in den letzten Tagen nochmal Leute zu überzeugen. Ich glaube, das ist nicht besonders vernünftig. Historisch gesehen verliert die SPD fast immer, wenn sie aus einer Großen Koalition kommt, bei Bundes- und Landtagswahlen, wenn sie mitregierende Partnerin ist.

Noch wichtiger finde ich, wenn es um längerfristige Probleme der Partei geht, die Kritik, dass die Koalitionsoptionen nicht vorbereitet sind. Man kann nicht nach der Wahl eine Koalition nach dem Motto machen: *oh, wir treffen uns heute mal. Vorher haben wir es immer ausgeschlossen. Oder unsere Strategie ist, wir schließen es nicht aus, aber wir reden nicht darüber. Und schon gar nicht reden wir mit denen.* – Das geht nicht.

Das heißt ja nicht, dass man schon langfristige irgendwie ein Projekt entwerfen und

sagen sollte, *oh, unsere Lieblingspartei, wir treffen uns mit denen, weil wir die so mögen*, sondern dass man einfach inhaltlich und personell Koalitionen vorbereitet und vor der Wahl auch sagen kann, wir können uns diese und jene Koalition vorstellen. Die ist durchaus möglich. Nur so erhält man eine Machtperspektive. Diese fehlt ohne eine langfristige Vorbereitung von möglichen Koalitionen völlig, auch wegen dieses Problems, man will nicht mit der Linkspartei gesehen werden.

Die SPD im Sechsparteiensystem

Was bedeutet dies? Was ist in einem Sechsparteiensystem anders als vorher im Bonner Dreiparteiensystem? In einem Sechsparteiensystem gibt es ganz offensichtlich keine Alleinregierung und vermutlich auch absehbar erstmal keine Zweiparteienregierung mit der SPD, d. h. diese mit einer kleinen Partei. Realistischerweise muss die SPD sich zwei Partnerinnen suchen. Da ist es nochmal wichtiger, dass solche Machtoptionen vorbereitet werden, dass man sich also vorher überlegt, mit wem könnte man, und dass man mit denen spricht und das auch noch nach außen kommuniziert, also nicht sagt, *oh Gott, niemals mit denen*. Denn dann sagt man im Prinzip, *okay, wir wollen nicht regieren*.

Also, zu sagen, wir setzen auf unsere eigene Stärke, wir wollen stärkste Partei werden und dann den Kanzler stellen, klingt erstmal vielleicht gut, aber die Leute denken sich dann, *das ist doch keine realistische Machtoption. Warum sollen wir euch wählen?* Die SPD braucht eine realistische Machtoption. Die muss sie vorbereiten. Das bedeutet, sie muss mit zwei Parteien koalitionsfähig sein. Damit meine ich nicht, sie soll inhaltlich beliebig werden, um jetzt mit

AfD und FDP zusammenzuarbeiten, aber sie muss sich vorher überlegen und vorbereiten, wie sie das machen will, und darauf auch bestimmte Dinge ausrichten, mit denen beispielsweise sprechen.

Um das möglich zu machen, muss sie einerseits im Wahlkampf oder auch schon davor klare programmatische Aussagen treffen. Sie muss sagen, was sie machen will, aber sie darf nicht zu viele rote Linien ziehen, nach dem Motto *wir werden auf keinen Fall*.

Ein Beispiel, das nicht die SPD betrifft: Kurz vor der Wahl hatten GRÜNE und FDP noch einmal Parteitage. Die FDP hat gesagt, *wir werden auf keinen Fall einen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem das Ende des Verbrennungsmotors steht*. Und die Grünen haben am gleichen Wochenende auf dem Parteitag gesagt: *Wir werden auf keinen Fall einen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem nicht das Ende des Verbrennungsmotors steht*.

Offensichtlich schloss sich das gegenseitig aus. Und offensichtlich hätte beiden schon vor der Wahl klar sein müssen, dass es nicht ganz unwahrscheinlich ist, dass die beiden anschließend miteinander reden. Jetzt muss einer von beiden entweder diese rote Linie einfach über den Haufen werfen oder man findet einen absurden Kompromiss, der am Ende zwei sich ausschließende Positionen scheinbar zusammenführt. Kompromisse sind eigentlich super. Aber die Grünen mussten jetzt diese rote Linie beerdigen. Deswegen warne ich vor diesen roten Linien. Natürlich muss jede Partei ihren Markenkern bewahren. Die SPD kann sagen, *wir werden auf keinen Fall den Sozialstaat abschaffen oder die Rente privatisieren*. Aber nicht zu konkrete Prozente oder Jahreszahlen festlegen, ohne die es über-

haupt nicht gehen kann. Also: Klare eigene programmatische Positionen betonen, aber keine roten Linien ziehen, die man dann später in Koalitionsverhandlungen abreißen muss, weil Koalitionen eben Kompromisse bedeuten.

Genau wie mit programmatischen Aussagen ist es wichtig, dass man vorher die Koalitionspräferenz deutlich macht, also nicht sagt, mir ist es egal, mit wem ich Kanzler werde, sondern schon: *Ich möchte, weil es eine inhaltliche Übereinstimmung gibt, mit Hilfe dieser Parteien Kanzler werden.* Die «Ausschließeritis» ist auf jeden Fall schädlich, weil man sie im Zweifel dann entweder zurücknehmen muss und dann Ypsilanti-mäßig darüber fällt, oder weil man dann eben trotz der Möglichkeit, die Regierung zu übernehmen, in die Opposition oder die Große Koalition geht, weil man vorher gesagt hat, *oh, das machen wir nicht.*

Das ist natürlich schädlich für die Partei, für die Wahlchancen der Partei und auch dem Sechsparteiensystem nicht angemessen. Was dafür aber passieren muss, und das ist nicht nur eine Aufgabe der SPD, sondern sozusagen der gesamten Bevölkerung, der Medien usw., ist ein Wandel der politischen Kultur: Die Notwendigkeit, sich in einem Sechsparteiensystem so zu verhalten und kompromissbereit zu bleiben, muss auch die Bevölkerung noch lernen. Und JournalistInnen müssen aufhören, den Kandidaten vorher zu fragen: *Ja, jetzt schließen Sie doch mal aus – FDP, Linkspartei, ja oder nein.*

Zu einer demokratischen Gepflogenheit gehört natürlich dazu, dass es nach der Wahl möglich ist, mit Parteien zu koalieren, mit denen man inhaltlich nicht so viel Übereinstimmung hat. Und dass man dann Kompromisse schließt, weil man vorher keine roten Linien gemacht hat, sondern gesagt

hat, *ich will das und das.* Dann schließt man einen Kompromiss. Ich persönlich halte den Kompromiss für die beste Erfindung seit dem Rad, und dass muss man offen vertreten: *Ja, wir schließen Kompromisse. Damit wir das und das machen können, geben wir hier nach.* – So funktioniert Politik in einer Demokratie. Und es ist sehr gut, dass sie so funktioniert. Aber das ist nicht eine Sache, die die SPD oder eine Partei alleine machen kann, sondern da muss sich die politische Kultur im Land den Gegebenheiten des Sechsparteiensystems anpassen.

Über die WählerInnen der AfD

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen will, hängt sehr stark mit dem Wahlergebnis und dem inhaltlichen Hauptpunkt zusammen, warum die SPD schon längerfristige Probleme hat. Das ist die Frage nach dem Umgang mit der AfD. Ich spreche sehr gerne auch über die Frage nach dem Umgang mit Repräsentanten der AfD, warum man sie beispielsweise nicht an Schulen zu Diskussionsveranstaltungen usw. einladen sollte. Das ist aber heute nicht das Thema, sondern heute geht es mir um die Frage nach dem Umgang mit den WählerInnen der AfD.

Dazu frage ich, was es für Motive gibt, die AfD zu wählen, damit wir danach gucken können, wie wir mit denen umgehen.

Erstens sind es ganz häufig enttäuschte und heimatlose Konservative. Die Union hat am meisten an die AfD verloren. Es gibt sehr viele, die sagen, *ich würde lieber die CSU wählen, wenn es sie in meinem Bundesland gäbe.* Die CDU ist in die Mitte gerückt. Es gibt diese enttäuschten Konservativen, die auf der Suche nach einer neuen Heimat sind. Die AfD ist ganz offensichtlich keine konservative Partei, aber in der Wahrneh-

mung der Leute trotzdem die richtige Partei, um der CDU irgendwie einen Denkzettel zu verpassen und sie wieder weiter nach rechts zu zwingen.

Es gibt zweitens in der AfD auch überzeugte Rechtsextreme. Wir sehen, dass teilweise die Hälfte der AfD-Wähler in den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung den rechtsextremen Items zustimmen – deutlich stärker als die Wähler anderer Parteien. Aber das heißt eben auch, dass man es damit nicht ausschließlich erklären kann, weil eben umgekehrt deutlich mehr als die Hälfte der AfD-WählerInnen keine rechtsextremen Einstellungen oder kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Rechts extremismus reicht zur Erklärung nicht aus. Es gibt ihn in der Partei und wir sehen beispielsweise auch, dass bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die AfD die NPD aufgesogen hat, die Hälfte der Stimmen der NPD bekommen hat. Das sagt ja auch etwas aus. Aber das reicht natürlich nicht aus, um den Erfolg zu erklären.

Wir haben drittens die Unzufriedenen, ganz offensichtlich die Unzufriedenheit mit einem konkreten Thema. In der Regel ist es das sogenannte Flüchtlingsthema, bei dem viele sagen: *Die CDU oder persönlich auch Angela Merkel hat mich enttäuscht und ich will jetzt eine Partei wählen, die das zum Ausdruck bringt. Ich glaube auch nicht, dass die AfD das lösen kann, aber ich will irgendwie deutlich machen, dass entweder Merkel umkehrt oder dass ich ihr einen Denkzettel verpasse.* Es gibt auch die, die sagen, *ich bin mit dem politischen System im Allgemeinen unzufrieden.*

Es gibt also diese sehr unterschiedlichen Gruppen von Wählerinnen und Wählern der AfD. Aber ich glaube, dass es ein überge-

ordnetes Motiv gibt, was diese Wählergruppen größtenteils – natürlich immer mit Ausnahmen – eint, was dahintersteht. Das ist die Angst vor der Zukunft.

Es gibt eine Reihe von empirischen Untersuchungen, die an ganz unterschiedlichen Fragen zeigen, dass die Wähler der AfD ganz überproportional stark auf Fragen antworten: *Ich mache mir Sorgen um meine eigene finanzielle Zukunft. Ich mache mir Sorgen um die Zukunft des Landes. Ich sorge mich vor steigender Kriminalität.* – Das sind also ganz allgemeine Fragen. Ich glaube, die Infratest-Frage war: Geben Ihnen die Verhältnisse im Bund eher Anlass zur Zuversicht oder zur Beunruhigung? Also ganz pauschal. Die AfD-Wähler haben mit überwältigender Mehrheit, mehr als 90 Prozent *Beunruhigung* gesagt, während alle anderen Parteien mit deutlicher Mehrheit *Zuversicht* gesagt haben. (Bei der Linkspartei lag *Beunruhigung* auch, aber nur knapp, vorne.) Da gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die das zeigen. Ich glaube, dass das das verbindende Motiv dieser Wähler ist.

Die Frage ist, wenn man diese Analyse teilt, wie man damit umgeht, welche Schlussfolgerungen man zieht. Es gibt diesen schönen Satz, *die Sorgen oder die Ängste der Menschen ernst nehmen.* Das ist auch nach jeder Landtagswahl wieder neu erzählt worden, dass man das tun müsse, aber hat man das nicht schon immer getan?

Ich frage mich dann: Was bedeutet es eigentlich? Um die Sorgen oder Ängste der Menschen ernst nehmen zu können, muss ich mir erst einmal überlegen: Was sind das für Ängste. Wovor sorgen sich die Leute? Ich würde diese Ängste in drei unterschiedliche Kategorien einteilen.

Die erste Angst hat einen schimärischen Charakter, ist sozusagen eine Wahnvorstel-

lung. Es geht irgendwie darum, dass die Homo-Lobby hier zu viel Einfluss hat, dass die Islamisierung kommt oder dass wir durch das Impfen von der Regierung kontrolliert werden. Das ist die erste Kategorie von Ängsten, die in der Realität keine Entsprechung finden.

Die zweite Angst sind materielle Ängste. Es kann entweder sein, dass Leute schon materiellen Abstieg erfahren haben oder dass sie zumindest fürchten, dass er kommt. Wir wissen aus der Forschung zu rechtsextremen Einstellungen, dass es schon reicht, sich davor zu fürchten. Rechtsextreme Einstellungen sind nicht mit den ganzen Armen und Arbeitslosen deckungsgleich, sondern sie korrelieren mit dem *befürchteten* materiellen Abstieg. Dahinter stehen offensichtlich Dinge, vor denen die Leute sich ganz realistischerweise, das unterscheidet das von der ersten Kategorie, fürchten können: vor steigenden Mieten, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Altersarmut usw. Auch die Angst vor Kriminalität fällt in diese Kategorie. Das sind Dinge, die es in der Realität tatsächlich gibt und vor denen man berechtigterweise Angst hat – auch wenn man beispielsweise prekär an der Universität beschäftigt ist.

Die dritte Angst hat mit sozialen Veränderungen zu tun. Die Leute fürchten sich davor, dass sich ihr Land oder ihr Lebensumfeld verändert. Zum einen, weil viele Menschen grundsätzlich Veränderung nicht möchten, schon gar nicht Veränderungen, die so umfangreich sind wie aktuell, wo beispielsweise die Digitalisierung oder die Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse so vieles radikal verändern. Und zum anderen, weil solche sozialen Veränderungen die Identität vieler Menschen infrage stellen können.

Ein Beispiel, an dem das festgemacht werden kann, ist der Wandel der Sprache. Die AfD beschwert sich in ihrem Wahlprogramm darüber, dass die Leute heute nicht mehr so reden wie die Großeltern. Der Niedergang des ländlichen Raumes, gerade in Teilen von Mecklenburg-Vorpommern, wo dann kein Bus mehr fährt, spielt auch eine Rolle. Alle diese sozialen Veränderungen machen den Leuten Angst.

Die Frage ist jetzt, wie man die Ängste der Menschen ernst nehmen und sich damit auseinandersetzen kann. Das ist meiner Meinung nach ein wichtiger Punkt gerade für Sozialdemokraten, denn wenn wir uns nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa angucken, dann leiden eigentlich in Europa alle linken oder sozialdemokratischen Parteien darunter, dass die Rechtsextremen, Rechtsradikalen, Rechtspopulisten, wie immer man sie nennen will, sehr stark die einfachen Arbeiter abwerben. Sie treten zur SPD oder den linken Parteien in Konkurrenz, die unter dieser Abwanderung am meisten leiden. Deswegen es ist wichtig, dass man darauf reagiert. Aber wie? Ängste der Menschen ernst nehmen: Gegen die erste Angst hilft natürlich kein politisches Angebot. Da hilft Bildung. Da hilft Aufklärungsarbeit, das persönliche Gespräch. Aber das ist keine Aufgabe von Politik. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, sich mit solchen Leuten auseinanderzusetzen.

Dann bleiben also die beiden anderen Probleme. Ich glaube, dass die Politik ganz offensichtlich gegen die Angst vor materiellem Abstieg eine Menge machen kann. Wenn sich jemand mit einem sehr guten Einkommen vor Altersarmut fürchtet, kann Politik natürlich weniger machen als bei einer alleinerziehenden teilzeitbeschäftig-

ten Mutter, die ganz realistisch, sozusagen objektiv berechtigt Angst vor Altersarmut haben muss. Da kann Politik natürlich viel stärker eingreifen als bisher, und das sollte sie auch tun. Ähnlich verhält es sich mit der Angst vor Kriminalität oder der Angst vor steigenden Mieten – die klassische Aufgabe von politischem Handeln wäre es, hier einzugreifen.

Das dritte Problem stellt die Angst vor sozialen Veränderungen dar. Ich glaube, dass Politik da wenig oder gar nichts machen kann. Den Wandel der Sprache kann Politik nicht aufhalten. Oder Dinge wie Landflucht könnte die Politik nur mit sehr autoritären Maßnahmen aufhalten. In so einem Staat möchte ich nicht leben. Man kann natürlich sagen, wir verbessern die Infrastruktur auf dem Land und dann ziehen ein paar Leute weniger weg. Aber dass junge Leute aus den Dörfern in die Städte ziehen, weil sie da studieren können, kann Politik nicht aufhalten in einem freien demokratischen Staat.

Ich glaube, der Fehler ist, dass zu viele Parteien, insbesondere die konservativen, aber auch die linkeren Parteien, den Leuten versprechen, dass sie gegen das alles etwas unternehmen können. Sie versprechen das entweder, ohne zu sagen, wie, oder dass sie wie Seehofer autoritäre Maßnahmen ankündigen, wie sie das verändern wollen, die sie aber natürlich in unserem Rechtsstaat nie umsetzen können, was dann zu noch mehr Frustration führt.

Deswegen wäre meiner Meinung nach die Lösung, das ist auch insgesamt ein wichtiger Hinweis für die Sozialdemokratie, dass man gegen die zweite Angst, die Angst vor materiellem Abstieg, tatsächlich mit politischen Maßnahmen vorgeht und bei der dritten Angst, also der Angst vor sozialen Veränderungen, nicht die sozialen Veränderungen bekämpft, sondern die Angst davor. Man müsste den Leuten erklären, warum sich das verändert, die Leute dabei begleiten und sagen: *Okay, es gibt die Digitalisierung, aber wir sorgen dafür, dass du deinen Arbeitsplatz nicht verlierst oder dass du trotzdem in ein soziales Netz fällst oder dass du eine andere Arbeit findest* – solche Sachen beispielsweise. Wir sagen nicht, wir halten das auf. Auch bei Landflucht: Wir sorgen dafür, dass es trotzdem noch Jobs oder trotzdem noch Nahverkehr und Krankenpflege auf dem Land gibt, aber wir halten es nicht auf, dass der soziale Wandel passiert. Ich glaube, dass im Moment der große Fehler ist, dass dies den Leuten fälschlicherweise versprochen wird.

Wenn sich die Sozialdemokratie in ihrer Politik wieder stärker den materiellen Sorgen der Bevölkerung zuwendet, dann hat sie eine Chance, den Stimmenverlust in Richtung der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien aufzuhalten oder sogar umzukehren. Und insgesamt wäre das vielleicht auch der Beginn einer programmatischen Antwort auf die großen Veränderungen unserer Zeit.

Die Bundestagswahl 2017 im Rückblick

Die SPD hat bei der Bundestagswahl ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik eingefahren. Auf drei Ebenen lassen sich Gründe für das historisch schlechte Abschneiden identifizieren: eine langfristige Zerfaserung der Gesellschaft, eine spezifische Stimmungslage und Themenkonjunktur in Deutschland, sowie Probleme innerhalb der SPD-Kampagne.

1 Der tiefgreifende Prozess der Individualisierung

Seit den 1980er-Jahren sind mehrere parallele Entwicklungen im Wählerverhalten und in den Parteiensystemen Westeuropas zu beobachten. So ist die Volatilität angestiegen. Immer mehr Wählerinnen und Wähler wechseln von Wahl zu Wahl ihre Parteipräferenz. Feste Parteibindungen nehmen ab. Ebenfalls seit den 1980er-Jahren steigt die Anzahl der in den Parlamenten vertretenen Parteien an. Der Anteil der Stimmen der beiden größten Parteien zusammen sinkt kontinuierlich. 1976 konnten in Deutschland Union und SPD noch sage und schreibe 91,2% der Zweitstimmen auf sich vereinen. 2017 kommen beide zusammen nur noch auf 53,4%. Nach der Bundestagswahl sitzen 6 Fraktionen im Parlament. Nur nach der ersten Bundestagswahl 1949 waren es noch mehr.

Individualisierung, Heterogenisierung und das Auflösen fester Organisations- und damit auch Parteibindungen ist überall in Westeuropa zu beobachten. Diese Entwicklungen betreffen die politischen Parteien und nahezu alle gesellschaftlichen Großorganisationen: Kirchen, Gewerkschaften, Verbände.

Auch jenseits von Großorganisationen lässt sich die schwindende Bindekraft von formellen und informellen Institutionen beobachten. Ein Beispiel hierfür ist die Vielfalt von Familienmodellen mit und ohne eigener Kinder. Weitere Beispiele? Fand sich früher die Nation vorm Lagerfeuer der Samstagabendshows von ARD und ZDF zusammen, werden Filme und Serien heute wann immer es passt bei Netflix, Amazon oder Sky gestreamt. Auch die sportliche Freizeitbetätigung findet längst nicht mehr nur in «ordentlichen» Vereinen statt, sondern in Tanz- und Yogakursen und Fitnesscentern, die wie die Streaming-Anbieter gänzlich ohne Erwartung lebenslanger Mitgliedschaft Kündigungen zum Monatsende ermöglichen.

So vielfältig die Phänomene der Individualisierung sind, so schwierig ist ihre normative oder gar moralische Bewertung. Den begrüßenswerten individuellen Freiheitsgewinnen steht offenkundig ein Verlust von kollektiver Gemeinschaftserfahrung gegenüber, der sich im Großen wie im Kleinen, im Politischen wie im Privaten zeigt. Gerade die Zerfaserung des Medienkonsumverhaltens wirkt dabei auch unmittelbar auf die Anforderungen einer Wahlkampagne: «Bild, BamS und Glotze» sind zwar noch immer wichtig, aber eben längst nicht mehr alles. Die Anzahl relevanter Kommunikationskanäle hat enorm zugenommen.

Der Wunsch nach mehr Zusammenhalt und Gemeinsinn ist nur eine der Folgen der vielfältigen Individualisierungsphänomene. Bei einer Minderheit geht dieser Wunsch biswei-

len mit einer stark nationalen oder gar ethnischen Komponente einher. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft ist offenkundig eine weitere Folge der Individualisierung. Doch auch hier ist die normative Bewertung nicht trivial, denn die parlamentarische Zersplitterung repräsentiert immerhin weitgehend zutreffend den Zustand der Gesellschaft. So oder so – die Zersplitterung der Gesellschaft mit all ihren für das Individuum positiven und negativen Seiten stellt für Volksparteien und andere Großorganisationen eine so massive Herausforderung dar, dass aus vielfältigen Gründen Wahlergebnisse jenseits der 40%-Marke für einzelne Parteien auf Bundesebene in absehbarer Zeit unrealistisch sind.

2 Themenkonjunktur ohne Zyklus

Diese langfristige gesellschaftliche Entwicklung traf im Bundestagswahlkampf 2017 auf eine konkrete Stimmung- und Gemütslage in Deutschland, die zumindest im europäischen Vergleich als speziell zu bezeichnen ist. So waren über 80% der Meinung, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut. Fast 80% fanden darüber hinaus, dass auch ihre eigene wirtschaftliche Lage gut sei. Trotz dieser im europäischen Vergleich besonderen ökonomischen Wohlfühlumgebung war gleichzeitig eine weit verbreitete Unzufriedenheit festzustellen, die wiederum in vielen anderen Ländern ebenfalls vorherrscht. Nur eine verschwindend kleine Minderheit war der Auffassung, dass der Wohlstand in Deutschland gerecht verteilt sei. Es gab bei über zwei Dritteln der Wählerinnen und Wähler das Gefühl, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften. Exemplarisch dafür werden oft die Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt genannt. Sie werden von vielen so wahrgenommen, dass die Lebenswelten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen immer

weiter auseinanderdriften. Es entstehen unüberwindbare finanzielle und kulturelle Mauern in der konkreten Alltagserfahrung vieler Menschen. Neben dem Wohnungsmarkt sind Altersarmut nach langjähriger Beschäftigung und Zwei-Klassen-Medizin in den Augen vieler Menschen weitere Indizien für die Ungerechtigkeiten des ökonomisch so erfolgreichen Deutschlands.

Dementsprechend hatten viele Menschen einen Wunsch nach einer gesellschaftspolitischen «Vision». Diese Vision sollte die wahrgenommenen Probleme aufnehmen und einordnen. Aus ihr sollten sich politische Veränderungen ableiten lassen. Dass Parteien diesen Wunsch erfüllen, sehen die wenigsten Menschen in Deutschland. Es herrscht ein bis weit in die Mittel- und Oberschicht reichendes Misstrauen gegenüber den etablierten Formen der Politik vor. Inkompetenz, Faulheit, Korruption und Eigeninteresse werden nahezu pauschal unterstellt. Deswegen erfreuen sich Vorschläge nach mehr direkter Mitsprache und einer Ausweitung direktdemokratischer Elemente regelmäßig großer Beliebtheit – nicht, weil Menschen sich davon ernsthaft Verbesserungen versprechen, sondern weil die institutionellen Formen der Politik abgelehnt werden. In der direkten Demokratie sehen viele ein Ventil zur Artikulation von Sorgen und Wünschen. Und auf einer noch fundamentalen Ebene gibt es viele Zweifel, ob demokratische Politik in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung überhaupt noch Gestaltungsmacht besitzt.

Unterhalb dieser übergeordneten Stimmungen gab es konkrete Politikfelder und Themen, in denen sich die Wählerinnen und Wähler politisches Handeln und Veränderungen gewünscht haben. Durchgehend auf Platz 1 der Themenliste rangierte das Flüchtlingsthema, das einen relativ

heterogenen Themenmix umfasste. Innerhalb dieses Bereiches gab es die Sorge vor einer Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ebenso wie die Sorge vor einer Zunahme von Kriminalität, die Sorge um Wohnraumverknappung und Sorgen vor einer Zunahme des Einflusses des Islam in Deutschland. Generell beunruhigend war für viele der 2015 und 2016 wahrgenommene Kontrollverlust von Politik.

Nach dem Flüchtlingsthema rangierte das Thema soziale Ungleichheit auf Platz 2, was mit dem bereits beschriebenen generellen Gefühl eines Auseinanderdriftens der Gesellschaft korrespondierte. Danach folgten mit einigem Abstand die Themen Rente, innere Sicherheit, Bildung sowie Löhne und Lohngleichheit mehr oder weniger gleichauf.

Aufgrund der relativ begrenzten Zuschreibung von Problemlösungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit gegenüber allen Parteien hat sich die Wahlentscheidung vieler Bürgerinnen und Bürger jedoch nur begrenzt an dieser Themenrangliste orientiert. Stabilität und ein «weiter so» – personifiziert durch die Amtsinhaberin mit ihrem präsidentiellen Politikstil der vergangenen Jahre – waren für viele Wählerinnen und Wähler der Mitte angesichts des Fehlens einer realistischen Alternative die naheliegende Lösung. Denn die Chancen für die SPD als stärkste Partei den Kanzler zu stellen, wurden bereits ab Mai zunehmend geringer. Das machte die Wahlentscheidung für all jene, die eine dezidierte anti-Merkel-Wahlentscheidung jenseits der AfD treffen wollten, auch nicht leichter. Doch dazu später mehr.

3 Vier Probleme der Kampagne

Zweifellos ließen sich wie in jeder Kampagne handwerkliche Fehler benennen. Diese handwerklichen Fehler waren aber nicht der

Grund für Niederlage. Es waren vier grundsätzlichere Probleme, die zu dem bekannten Ergebnis geführt haben. Wir haben unter der Überschrift «Zeit für mehr Gerechtigkeit» mit den Themen Rente, Bildung, Familie, Lohngleichheit und Europa den Wahlkampf geführt. Die Zukunft der Pflege hat sich im Lauf der Kampagne als zusätzliches Thema entwickelt.

Die SPD hat mit dem Thema Gerechtigkeit das nach dem Flüchtlingsthema zweitwichtigste Problem ins Zentrum zu rücken versucht. Offenkundig ist es uns aber nicht gelungen, diesen Nerv zu treffen und an die vorhandene Stimmung anzuknüpfen.

Mangelnde Unterscheidbarkeit

Ein Grund hierfür war, dass für viele Wählerinnen und Wähler nicht hinreichend klar wurde, wofür wir genau stehen. Diesem Befund entsprechen sowohl die Wahlergebnisse in unterschiedlichen Alters- und Berufsgruppen, die Verluste in diesen Gruppen im Vergleich zur letzten Wahl sowie die Wählerwanderungen zu anderen Parteien.

Die Verluste im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2013 sind nämlich in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen relativ gleich verteilt. Es lässt sich keine Gruppe identifizieren, bei der die Verluste besonders groß oder klein waren. Wir haben keine besondere Anziehungs- oder Abstoßungseffekte ausgelöst. Sie waren auch hinsichtlich der Wählerwanderungen relativ ausgeglichen. Im Saldo haben wir rund 360.000 Stimmen von vormaligen Nichtwählern hinzugewonnen. Bei der CDU/CSU halten sich unsere Zugewinne und Abflüsse ungefähr die Waage. An Grüne, Linke, FDP und AfD haben wir in ungefähr gleichem Ausmaß Stimmen verloren. Wir haben also nicht nur gleichmäßig in den unterschiedlichen sozi-

odemographischen Gruppen verloren. Wir haben auch gleichmäßig an die politischen Lager rechts und links der SPD verloren.

Das legt den Schluss nahe, dass in keinem der zentralen Politikfelder des SPD-Wahlkampfes – Familie, Rente, Bildung, Europa, Lohngleichheit – ein Vorschlag vorhanden war, der in spezifischen Teilen der Bevölkerung oder bei bestimmten Anhängern anderer Parteien besonders polarisiert hat. Unsere Politikangebote waren offensichtlich zu unscharf und zu wenig unterscheidbar von den politischen Mitbewerbern. Vielmehr herrschte bis zuletzt bei einem nicht unerheblichen Teil der Wählerschaft die Meinung vor, dass nicht klar sei, wofür die SPD stehe und wo sie sich von der CDU unterscheide. Für die «asymmetrische Demobilisierung» Angela Merkels hatten wir auch 2017 kein erfolgreiches Gegenmittel.

Themenhopping

Wir drangen mit unseren Themen nicht durch. Angela Merkel und die CDU/CSU ignorierten selbst jene Vorschläge, denen die Union in Verhandlungen niemals zustimmen würden. Ohne Streit fällt es ungleich schwerer, mediale Aufmerksamkeit zu erhalten und zu mobilisieren. Wir haben also versucht, neue Konzepte zu veröffentlichen und immer wieder neue Thema zu setzen. Wir versuchten endlich ein Mobilisierungsthema zu finden, um eine Wahlkampfauseinandersetzung führen zu können. Diese Versuche fühlten sich jedoch so an, als würden wir Quecksilber schaufeln. Wir haben malocht und geschuftet. Aber wenn man glaubte, die Schaufel sei voll, zerann schon im nächsten Augenblick alles. So erhielten die Wählerinnen und Wähler den Eindruck, die SPD treibe jeden Tag eine «neue Sau durch das Dorf».

Glaubwürdigkeit und Vertrauen

Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der SPD haben wir es zudem mit einem Auseinanderdriften von Selbst- und Fremdwahrnehmung der SPD-Bilanz in der GroKo zu tun. Während die SPD selbst der Meinung ist, dass wir einige wichtige Projekte erfolgreich umsetzen konnten, mit denen wir das Land zumindest ein Stück gerechter machen konnten (Mindestlohn, abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren und vieles mehr), herrscht in der Bevölkerung keineswegs dieser Eindruck vor. Über 90% bescheinigen nicht nur CDU/CSU sondern auch der SPD, dass sie sich in den vergangenen Jahren nicht ernsthaft bemüht hätten, den Wohlstand gerechter zu verteilen.

Die Tatsache, dass wir in 15 der vergangenen 19 Jahre mitregiert haben, führte zusätzlich bei nicht wenigen zu der Frage, warum wir die Vorschläge für eine gerechtere Politik denn nicht längst in die Tat umgesetzt hätten. Der Kompromiss als Kern und Wesen der Demokratie hat in diesen Zeiten keinen leichten Stand.

Fehlende Machtperspektive

Befördert wurde das mangelnde Zutrauen durch die in den letzten Monaten vor der Wahl fehlende Machtoption. Den Bundeskanzler zu stellen und damit die Richtlinien der nächsten vier Jahre zu bestimmen, wurde ab dem Sommer immer unwahrscheinlicher. Dieser Umstand wurde durch ein Trommelfeuer von veröffentlichten Umfragen allzu deutlich. Weder Rot-Rot-Grün noch eine Ampel hatten Chancen auf eine auch nur rechnerische Mehrheit. Medial ging es dementsprechend in den letzten Wochen fast nur noch um die Frage, wer drittstärkste Partei würde: Sollte es tatsächlich die AfD schaffen? Kann die Lindner-erneuerte FDP

das Rennen machen? Oder überzeugen die Grünen mit ihren unübersehbaren Avancen mehr Wählerinnen und Wähler, als sie dadurch vergraulen? Das waren die spannenden Fragen – das Rennen um die Kanzlerschaft war von Journalisten und Demoskopen bereits für beendet erklärt. Die Kritik an Martin Schulz, angesichts dessen zu lange am Anspruch festgehalten zu haben, Kanzler werden zu wollen, ist so richtig wie wohlfeil. Denn was waren die Alternativen? Ein klares Bekenntnis zur großen Koalition wäre die einzige Ansage mit Machtperspektive für die SPD gewesen und hätte niemanden überzeugt, am wenigsten die eigenen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Das Rennen für entschieden erklären und trotzdem für die SPD-Stimme werben? Wenig überzeugend. Gar nichts dazu sagen, obschon man regelmäßig von Journalisten gefragt wird, ist eine ebenso bekannte wie von Wählerinnen und Wählern verhasste Strategie: Politikergeschwurbel eben.

4 Ausblick

Die SPD muss auf allen beschriebenen Ebenen Antworten finden, wenn sie wieder Wahlen gewinnen will. Die Individualisierung unserer Gesellschaft wird sich nicht ohne weiteres Umkehren lassen. Allerdings wird die SPD Angebote entwickeln müssen, um Engagement und Mitarbeit unter den veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen wieder attraktiver zu machen. Die ersten Vorschläge hierzu – dezentrale, ortsunabhängige Ergänzungen zur Arbeit im Ortsverein wie z.B. Online-Themenforen – sind gemacht und es werden weitere Maßnahmen zur organisationspolitischen Erneuerung hinzukommen müssen.

Die zweite Aufgabe besteht darin, die Unterscheidbarkeit gegenüber den politi-

schen Konkurrenten zu stärken, ohne dabei der populistischen Versuchung zu erliegen. Dieses Ziel erfordert vor allem ein Ausbuchstabieren der sozialdemokratischen Vorstellung einer gerechten und guten Gesellschaft unter den gegenwärtigen Herausforderungen von Globalisierung, Migration, Digitalisierung und Demokratieskepsis. Dazu gehören immer auch konkrete, umsetzbare politische Maßnahmen. Vor der Entwicklung neuer Maßnahmen muss aber die Diskussion über die Konturen der Gesellschaft stehen, die das Ergebnis sozialdemokratischer Politik sein soll. Die Erzählung von einer Gesellschaft, für die es sich lohnt, die Sozialdemokratie zu wählen und niemanden sonst.

Die dritte Aufgabe besteht darin, eine glaubwürdige Machtoption jenseits einer großen Koalition zu entwickeln. Das ist ebenfalls keine leichte Aufgabe und wird in einem 6-Parteien-System nicht leichter. Ohne eine klare Machtoption jenseits der großen Koalition wird es aber auch nicht gelingen, einer noch so brillanten Kampagne und einer noch so überzeugenden Vision Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ohne den Anspruch, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, wird jegliche sozialdemokratische Programmatik nicht über die Anmutung eines Korrektur- und Reparaturbetriebs hinauskommen.

Das sind die zentralen Aufgaben, die einen langen Atem verlangen. Die gegenwärtig turbulenten Zeiten machen es zudem nicht einfacher, sich diesen Fragen ernsthaft zu stellen und die Erneuerung auch in die Tat umzusetzen. Darauf zu warten, dass die Umstände von alleine besser werden, war jedoch nie sozialdemokratische Haltung und wird es hoffentlich auch niemals werden.

Richard Meng

Sympathie, Stärke, Wirkung!

Frühestens nach den nächsten Wahlen wird das strategische Patt aufgelöst – und viele Analysen zur Lage der SPD greifen zu kurz

Man wünscht sich die ganze Verantwortung – und meidet doch (nach Kräften) die halbe? Das ist nicht selten im Leben, auch im politischen. Verantwortung zu teilen funktioniert nur, wenn beide Seiten Kraft und Lust zur Zusammenarbeit haben. Andernfalls wird's Krampf. Was der SPD seit der Bundestagswahl im Herbst 2017 widerfährt, ist deshalb vom Prinzip her so ungewöhnlich nicht.

Jede noch so verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Union und SPD wird viel Krampf mit sich bringen. Denn noch nie war so wenig echter gemeinsamer Elan wie diesmal. Es ist glasklar, dass es sowohl bei der Union als auch bei der SPD überwältigende eigene Interessen gibt, die mit der eigenen Rolle in der Zukunft zu tun haben. Und genau deshalb macht es wenig Sinn, die aktuelle Lage und ihre strategischen Optionen nur von der Gegenwart her zu denken. Wann immer sie kommt: Erst die nächste Wahl kann das machtpolitische Patt auflösen.

Seit September 2017 hat in Deutschland eine Übergangszeit begonnen. Die Ära Merkel geht zu Ende, wie schnell auch immer. Was danach passiert, ist völlig offen. Auf der Rechten ist nicht entschieden, ob und wann Union und AfD zu kooperieren beginnen und wie weit vorher die Union – speziell in Bayern und Sachsen – noch abschmilzt. Auf der Linken wird rot-rote Normalisierung immer dringender. Grün entwickelt sich

mainstreamig und bündnisoffen, die FDP setzt auf arroganten Soft-Populismus. Aber das Entscheidende ist doch: Die beiden großen Volksparteien schrumpfen zwar, aber nur sie können auch weiterhin die politische Führungsfrage, die Entscheidung über die jeweilige Regierungsspitze, untereinander auskämpfen.

Für die SPD heißt das zweierlei. Erstens: In einer so zukunfts-offenen Situation gilt es stets, eigene Führungsfähigkeit zu zeigen, egal aus welcher aktuellen Rolle heraus. Zweitens: Die Chance, die Zukunft des Landes von der Spitze her zu bestimmen, wird nur dann kommen, wenn die Menschen spüren, dass dies der Kern des sozialdemokratischen Anspruchs ist. Zu oft sind diese beiden zentralen Erfolgskriterien in den Debatten seit der Bundestagswahl wieder in den Hintergrund gerückt, um des guten Gefühls oder der Tagestaktik willen.

Das beginnt bei dem, was man Aufarbeitung der Niederlage nennt. Künftig doch besser Sicherheit statt Gerechtigkeit als Oberthema? Oder ganz einfach mehr innerparteiliche Basisdemokratie? Oder am besten «gründliche personelle Erneuerung»? Jedenfalls «die Menschen ernst nehmen». Bloß keine große Koalition mehr, möglichst. Und intern erst einmal alle ausführlich diskutieren lassen. Das kommt aufarbeitungstaktisch professionell daher. Aber es ist doch viel zu oberflächlich.

Denn was entscheidet Wahlen wirklich? Kaum der Wahlkampf selbst, der hatte an den prognostizierten Mehrheitsverhältnissen diesmal überhaupt nichts mehr geändert. Es ist aber genauso wenig das Programmatische alleine, der Wortlaut an sich, und mag das eigene Steuerkonzept noch so durchdacht und sozial sein. Sonst wäre Angela Merkels Programmlosigkeit nicht lange so erfolgreich gewesen.

Im Jahr 2017 gab es viele Wahlen, national wie international. Saarland und Großbritannien, Schleswig-Holstein und Frankreich, NRW und Österreich, Deutschland und Tschechien. Natürlich gibt es da nicht die eine, alles erklärende Mechanik. Aber es gibt gerade in diesen Zeiten der großen Verunsicherung wiederkehrende Muster – und zwar unabhängig von Inhalten und Programmen. Sie legen nahe, die Grundlagen für politisches Vertrauen (darum geht's bei Wahlen am Ende) umfassender zu sehen als in den Aufarbeitungreflexen im Inneren der politischen Zirkel üblich, bei denen Selbstbetrug stets groß in Mode ist. Umfassender aber auch, als Demoskopie und Journalismus es meistens analysieren.

Vor allem drei Faktoren sind bei Wahlerfolgen erkennbar: Sympathie, Stärke, Wirkung. Es sind nach klassischem Verständnis eher sekundäre, abgeleitete Kriterien. Abzuleiten aus Interessenslagen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, Machtverhältnissen. Aber stimmt das mit der Ableitung noch? Es geht ums Bewusstsein, wohl wahr. Ums Bewusstsein aber in einer bildzentrierten, momenthaften, personalisiert wahrnehmenden, direkt miteinander kommunizierenden Welt, in der persönliche Meinungsbildung nur ganzheitlich zu verstehen, was mehr ist als rein rational.

Zunehmend ist es so, dass die individuelle Bereitschaft, konkrete politische Kon-

zepte gut zu finden, ihrerseits eher wie ein sekundärer, abgeleiteter Faktor daher kommt. Abgeleitet aus Gefühlen und Emotionen, die angesprochen oder ignoriert oder sogar abgestoßen wurden. Und da beginnt das Problem. Die inneren Gefühlswelten der Parteien haben mit deren gewachsenen Selbstbildern, gewohnten Rollen und bekannten Personen zu tun. Aber von außen fühlt sich all das oft sehr anders an, die SPD hat es gerade wieder erlebt.

Sympathie, Stärke, Wirkung: Letzteres, die Aussicht bzw. Hoffnung auf Wirkung durch die Stimmabgabe, wird im Dreieck dieser Faktoren zu einer Art Grundprinzip für Wahlzustimmung – soweit nicht die Faktoren Sympathie und Stärke massiv gegenläufig wirken. Das bedeutet: Im Zweifel votieren insbesondere klassische Wechselwähler oder vormalige Nichtwähler gerne für Veränderungsoptionen, außer sie trauen den dafür stehenden Parteien keine starke Staatsführung zu oder deren Spitzenpersonal erscheint nicht sympathisch genug.

In inhaltlich sehr unterschiedlicher Weise siegte speziell in Frankreich und Österreich die Wirkungserwartung, in Tschechien sowieso. Wobei Wirkung auch heißen kann: Entschleunigung statt Turbo-Modernisierung, Bremsen von Globalisierungsprozessen und ihren Auswirkungen. Hauptsache anders. War «Politikwechsel» einst ein linker Kampfbegriff, so wird er inzwischen von rechten Populisten und allen ihren Nachahmern mit Fleiß übernommen. Und sei es für eine Politik des reinen Rückwärts.

Das Prä für Änderungsversprechen hat einiges auch zu tun damit, dass Wahlakte in der Konsumgesellschaft nur noch sehr begrenzt Ausdruck langfristiger Identitäten und Überzeugungen sind, sondern – vom Alltag her gedacht – eher vergleichbar mit

einem konkreten Kaufakt. Im breiten Angebot der Dinge geht es um den Erwerb von Neuem, Anderem. Das Andere ist spannend. Nicht das, was man schon hat.

Bei Wahlen bedeutet das: Lust auf Anderes zieht, die Kritik am Vorhandenen ist in der Mediengesellschaft ohnehin allgegenwärtig und Probleme, Ungerechtigkeiten, Perspektivlosigkeit gibt es in diesem Vorhandenen genug. Selbst Oppositionsparteien, die nicht eindeutig genug für Anderes stehen, werden unspannend. Was die neue Sehnsucht in der SPD nach Opposition zwar als verständliche Frustverarbeitung erscheinen lässt, aber nicht als attraktiven Strategieansatz.

Wer wählt, will eher etwas bewegen als etwas erhalten. Natürlich ist da das Einfallslos für Populisten aller Art. Aber bei inhaltlicher Abgrenzung und gekonnter Inszenierung – siehe wiederum Frankreich, beinahe sogar Großbritannien, in jedem Fall Österreich – können auch Kandidaten aufsteigen, die selbst bislang Teil des Systems waren. Die Leute haben gleichwohl das Gefühl, sie könnten mit deren Wahl etwas bewirken.

Zwingende Voraussetzung ist dann aber die Erwartung von Stärke. Durch Abwahl verschlissener oder schwacher Amtsinhaber, siehe einige deutsche Landtagswahlen und im Trend sogar die Bundestagswahl. Und/oder durch Projektion von Hoffnungen auf vermeintlich neue Stärke. Wobei erwartete Stärke insbesondere bei Menschen zieht, die sich durch ihre Stimmabgabe direkt an der Führungsentscheidung beteiligen und nicht nur milieubezogene Interessenssicherung betreiben wollen, beim traditionellen Publikum der Volksparteien also.

Dort funktioniert dann nach wie vor der alte Magnetismus der Macht, der am Ende Wählerstimmen auf die erwartete Gewinner-

seite zieht. Wobei Machtperspektive nicht nur numerisch, sondern zugleich inhaltlich zu verstehen ist. Speziell die CSU witterte in der Flüchtlingspolitik früh die Gefahr, die für sie von dem ausgeht, was sie selbst «Kontrollverlust» (also: Schwäche) nannte. In Bayern lebt sie seit Jahrzehnten von der Symbiose zwischen Partei und Staatshandeln, von der Machtaura als Staatspartei. Als die Stärkevermutung wegfiel, und sei es durch selbstbekundete Verunsicherung aus Angst vor der AfD, erschien ihr Kaiser Seehofer plötzlich wie nackt.

Dieser Befund Kontrollverlust – egal ob nur gefühlt oder real – prägt viele aktuelle Trends. Der Begriff steht für den Mangel an Durchsetzungskraft politischen Willens in komplexen Demokratien – von der kaum wirkenden Mietpreisbremse über wirkungslose Schul- und Sozialreformen bis hin zur Kriminalitätsentwicklung oder zur Entscheidungsunfähigkeit in EU-Europa. Dann macht sich in einfach strukturierten Milieus schnell das Gefühl breit, dass insgesamt etwas nicht stimmt im komplexen demokratischen System. In der Breite der Gesellschaft wachsen zumindest die Zweifel. Dies sind gewiss strukturkonservative, aber nicht automatisch rechts verortete Zweifel. Und sie gibt es längst bis weit in die Anhängerschaft der SPD hinein.

Nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz 2016 und in Niedersachsen 2017 stehen für den alten Magnetismus politischer Stärke, begünstigt dort durch schwache Popularitätswerte und fehlende Mehrheitsperspektiven der jeweiligen konservativen Herausforderer: dann lieber starke Amtsinhaber behalten. Woraus einerseits folgt, dass es überhaupt keinen generellen Grund für die SPD gibt, an der eigenen strukturellen Siegfähigkeit zu zweifeln.

Woraus andererseits folgt, dass unrealistische Wahlziele aus der Opposition heraus zu Abstoßeffekten im Publikum führen. Es gibt auch einen – negativ wirkenden – Magnetismus der Schwäche.

Wer sich selbst schwach redet, trägt dazu bei. In einem repräsentativen Demokratiesystem wirken endlose interne Debatten oder gut gemeinte Demutsgesten gegenüber der Parteibasis schnell wie der Abschied vom Anspruch auf politische Führung. Deshalb ist es nachgerade selbstwertgefährdend, nach Wahlniederlagen alleine auf langwierige innerparteiliche Selbstbeschäftigung zu setzen. Mindestens zwei der drei Faktoren Sympathie, Stärke und Wirkung braucht es zum Erfolg, am besten alle drei. Wer sich politisch auf sich selbst zurückzieht, erreicht nichts davon.

Nun ist der Faktor Sympathie, der übersetzt in der Frage mündet, von welcher Art Menschen sich andere Menschen gerne repräsentieren lassen, in diesem Dreiklang der komplizierteste. Sich dem rational zu nähern, ist stets hoch problematisch, aber letzten Endes realitätsnäher, als davor wegzutauchen. Sympathie ist personalisiert zu sehen und zugleich gruppenbezogen. Hier geht es um Anmutung und Offenheit, um emotionales Zugehörigkeitsgefühl, um Ausstrahlung, Verlässlichkeit, Ernsthaftigkeit, Erdverbundenheit, Ehrlichkeit, Zugewandtheit, Authentizität, Attraktivität. Von Parteien wie von Personen, beides ist voneinander nicht zu trennen.

Politische Kategorien im traditionellen Sinn sind das nicht. Und es geht hier um Erfolgseigenschaften, die nicht immer deckungsgleich sind mit denen, die innerhalb der politischen Systeme zählen. Sympathiegefühle im kurzen, TV-visualisierten Draufblick sind etwas sehr anderes als Ver-

trauenserlebnisse im mühsamen Partei- und Parlamentsgeschäft. Verkniffene, eher funktionärhaft wirkende Menschen aus den Gremien der Politikwelt signalisieren nach außen Distanz, ohne dass sie selbst das merken. Lebensfrohe, möglichst auch noch junge Optimisten tun sich mit medialer Nähe leichter, erst mal.

Lebenslust und Leichtigkeit sind nicht selten janusköpfig verbunden mit Chuzpe und Unseriosität, aber als politische Erfolgsfaktoren nie zu unterschätzen. Die frappierende Leichtigkeit so mancher FDP-Wahlkämpfer, ihre locker-flockige Inszenierung eines jungen Individualismus, hat sehr wohl ihr Publikum gefunden. Genauso die inhaltliche Wurstigkeit der Union, der die Repräsentation des Bestehenden reicht. Immer in Abgrenzung zur geradezu Marke gewordenen sorgenvollen Schwermütigkeit in der SPD oder bei den Grünen.

Mehr Leichtigkeit wagen: Wie macht man das, wenn man sie selbst kaum mehr hat? Und wie lassen sich solche Faktoren in formalisierten Politikprozessen aufgreifen? Die Masche der Populisten ist es, locker und direkt die vorhandenen Gefühle anzusprechen. Das Unsicherheitsgefühl gegenüber Fremdem. Das Gerechtigkeitsgefühl, wenn es um Verteilungsfragen geht, aber auch hinsichtlich des Werts von eigener und fremder Leistung generell. Das Zugehörigkeitsgefühl zu lokaler oder auch sozialer Heimat. Das Enttäuschungsgefühl, wenn man auf die elend langen und wirkungslosen politischen Debatten schaut, auf die Mischung aus Überregulierung und Verantwortungsschieben im Staatsalltag, auf die wie unverrückbar auseinanderlaufende Einkommens- und Vermögensverteilung.

Keines dieser Gefühle ist von sich aus böse. In ihrer populistischen Ausnutzung

werden sie zu Verstand-Blockern. Aber als Triebkräfte für politische Mehrheitsbildung sind sie nicht mehr wegzudiskutieren. Gefühle wie diese werden mit dem Zerfall sozialer Zusammenhänge in der Gesellschaft zunehmend als tatsächliche – weil persönliche – Realität erlebt. Wer in Zukunft Wahlen gewinnen und demokratische Führungsrollen ausfüllen will, wird sich erfolgreich in solchen Gefühlswelten bewegen müssen.

Hier geht es sogar um den Kern dessen, was in der Politiksprache immer «die Sorgen der Menschen ernst nehmen» heißt und viel zu oft ausschließlich programmatisch gemeint ist. Sensible Volksnähe, wenn sie denn so übersetzt würde, wäre in diesem Zusammenhang kein falscher Begriff. Unverdächtiger ausgedrückt: emotionale Anschlussfähigkeit. Nicht Gefühlsduselei, sondern Anerkennung der direkten politischen Relevanz von Emotionen. Es gilt nicht nur im alten Lafontaine'schen Sinne, dass niemand andere begeistern kann, der nicht von sich selbst begeistert ist. Es gibt hochrelevante politische Strategiefragen, zu denen sich mehrheitsfähige Antworten erst ergeben werden, wenn Kopf und Bauch wieder zusammenfinden – verbunden mit erkennbarem Macht- und Gestaltungswillen.

Ist die Perspektive für EU-Europa nicht viel zu lange immer nur vom Modell einer eigenen europäischen Staatlichkeit her gedacht worden, die es in diesem Jahrhundert nicht mehr geben wird? Muss supranationale Politik künftig nicht viel stärker auf Heimatgefühlen in den Regionen aufbauen, auf sozialer Verwurzelung statt sozialer Entwurzelung? Und wie erweist sich Europa dann endlich tatsächlich als Garant sozialer Absicherung?

Oder: Trägt der staatliche Autoritätsverlust im Zusammenhang mit alltäglichen

Dienstleistungen – vom Bildungssystem über Sicherheitsfragen bis hin zur Postauslieferung – nicht massiv dazu bei, auch Wahlen und ihre Ergebnisse für wenig wichtig zu halten, weil jegliche Politik letzten Endes wieder in Ohnmacht zerrieben zu werden droht? Der gerechte Umbau des Sozialstaats, der so dringend ist in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft, muss einhergehen mit der Rückgewinnung von alltäglicher Gestaltungsmacht gegenüber den anonymen Systemen.

Wer über Tagespolitik und Koalitionsentscheidungen hinaus eine attraktive neue Erzählung sucht für demokratische und zugleich verändernde Politik, kommt an solchen Fragestellungen im weiten Feld zwischen Gefühl und Programm nicht vorbei. Mit Parteibeschlüssen lassen sich einzelne Facetten klären, der große Rahmen aber nicht. Um diesen Rahmen muss es aber gehen. Um ein positives Lebensgefühl in Deutschland als weltoffenem, aber wer-tegebundenem Land, eingebettet mitten in Europa und vereint gegen das zerstörerische Auseinanderdriften bei Einkommen und Vermögen.

Dazu bräuchte es so etwas wie eine Grammatik der Emotionen, eine ganzheitlichere Erweiterung des politischen Diskursfeldes. Wie dringend dieser Rahmen geworden ist, damit das Land nicht weiter in antipolitische Frustgefühle abdriftet, zeigt der Blick auf die frisch Gescheiterten. «Jamaika» wäre ein buchstäblich zusammengewürfeltes Bündnis gewesen, von gemeinsamer Erzählung keine Spur, Stärke und Wirkung nicht erkennbar. Eine Einladung geradezu zu neuem Frust über all den täglichen Berliner Zoff. Die Aufgabe der SPD, die jetzt nicht mehr davon profitieren kann, ist es umso mehr, genau diesen

Fußstapfen auszuweichen, bei aller herbeigequälten Bereitschaft zur Verantwortung.

Wohl wahr: Je mehr an den Wahlurnen frei nach dem Prinzip Wunsch-Dir-was entschieden wird, desto schwieriger wird es hinterher, seriöse Kompromisse zu finden. Eine Schwierigkeit, die dann öffentlich schon wieder kaum mehr akzeptiert wird. Weil für die Emotionswelt, in der Medien und Publikum sich bewegen, die Vor-Wahl-Programme gar nicht mehr so wichtig erscheinen. Weil das Prozedurale sofort wie-

der Wahrnehmung und Stimmung prägt, nicht das Inhaltliche.

Aus dem Publikum schallt es schnell wieder «Einigt Euch», weil subjektiv ja Stärke gewählt wurde und niemand Machtverzicht attraktiv findet, so entlastend er intern auch sein mag. Dasselbe Publikum wird mit Frustrationen nicht zögern, wer immer regiert. Aber mit dem nächsten Wahltermin kommt wieder die tiefe Sehnsucht hoch. Nach Sympathie, Stärke und Wirkung. Wer darauf nicht neu antwortet, wird wieder verlieren.

Dierk Hirschel

Vorwärts und nicht vergessen

Die SPD will sich erneuern. Nach drei krachenden Wahlniederlagen müssen die Nachkommen August Bebels handeln. Martin Schulz will das Wahldesaster schonungslos aufarbeiten. Das ist gut so. Diagnose und Therapie sind jedoch innerparteilich umstritten.

Die Sozialdemokratie hat ihre Identität verloren. Die SPD ist nicht mehr der natürliche Anwalt der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten – geschweige denn der Gesamtbetriebsrat der Republik. Nicht einmal jeder Dritte traut der alten Partei der Arbeit in Gerechtigkeitsfragen noch etwas zu. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten wählt nicht mehr rot.

Dieser dramatische Vertrauensverlust hat einen Namen: Agenda 2010. Die Schröder-Regierung entwertete und entgrenzte menschliche Arbeit. Die Förderung schlecht

entlohnter und unsicherer Arbeit, Hartz IV und die Rentenkürzungen hinterließen tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis sozialdemokratischer Arbeitnehmermilieus.

Weder die erfolgreiche sozialdemokratische Anti-Krisenpolitik 2008/2009, noch die soziale Handschrift in der letzten großen Koalition – Mindestlohn, Rente mit 63, Bekämpfung Missbrauch Leiharbeit und Werksverträge, etc. – konnten das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Die Korrekturen reichten nicht aus, um die großen sozialen Probleme – hohe Unsicherheit, steigende Altersarmut, schlechte Schulen, mangelhafte Gesundheitsversorgung sowie Wohnungsnot – in den Griff zu bekommen.

Zwar setzte die SPD mit ihrem Gerechtigkeitswahlkampf auf die richtigen Themen. Da Sozialdemokraten aber seit 1998 bis auf eine kurze Auszeit mitregierten, hat-

ten sie viele soziale Missstände, die sie im Wahlkampf skandalisierten, selbst zu verantworten.

Erblast Agenda 2010

Martin Schulz machte nach seiner Kandidatur zunächst alles richtig. Er kritisierte die kurze Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und gestand politische Fehler ein. Die vermeintliche Agenda-Kritik des Spitzengenossen katapultierte die SPD in den Umfragen nach oben. Dieser Zauber des Anfangs zeigt, welches Potenzial eine sozialdemokratische Partei noch immer hat, wenn sie sozialdemokratische Politik macht.

Der «Schulz-Hype» beruhte aber auf einem großen Missverständnis. Weder der neue SPD-Chef noch die Mehrheit der Parteispitze wollten den Bruch mit der Agenda-Politik. Im Gegenteil: Schulz beklagte nur, dass Merkel erntet, was Schröder pflanzte. Auf dem Dortmunder Parteitag durfte der innerparteilich umstrittene Altkanzler sogar die Eröffnungsrede halten.

Schröders Jobwunder ist aber nichts anderes als ein populäres neoliberales Märchen. Der vermeintliche Beschäftigungsboom der letzten 15 Jahre sprengte nie den Rahmen einer gewöhnlichen Konjunkturerholung. Die Jobrekorde sind maßgeblich darauf zurückzuführen, dass vorhandene Arbeit zu prekären Bedingungen umverteilt wurde und das Ausland mehr deutsche Waren kaufte. Wenn Unternehmen Vollzeitstellen in Teilzeit- oder Minijobs umwandeln freuen sich die Nürnberger Statistiker. Die Erwerbstätigkeit stieg von 39 (2005) auf 44,5 Millionen (2017). Von Rostock bis München wird heute nicht mehr gearbeitet als vor 25 Jahren – das Arbeitsvolumen stieg nicht. Zwischen Agenda-Politik und Jobwachstum respektive sinkender Arbeits-

losigkeit gab es einen zeitlichen aber keinen kausalen Zusammenhang.

Der Streit um die Agenda-Politik ist keine ideologische Spiegelfechterei. Die Haltung zur Agenda-Politik bringt – bewusst oder unbewusst – einen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Standpunkt zum Ausdruck. Wer an das Jobwunder-Märchen glaubt, schluckt zentrale neoliberale Argumentations- und Deutungsmuster. Wer befürchtet, dass ein verkrusteter Arbeitsmarkt oder hohe Steuern und Sozialabgaben der Wirtschaft schaden, der kann sich nicht für eine umfassende Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und einen Ausbau des Sozialstaates begeistern.

Seit ihrer inhaltlichen Neuaufstellung 2013 leistet sich die SPD politische Parallelwelten. Der Agenda-Diskurs steht im eklatanten Widerspruch zum Gerechtigkeitsdiskurs. Die Parteiführung hat diesen Konflikt wegmoderiert. Hier liegt die zentrale programmatische Ursache für den schlechten Gesundheitszustand der SPD. Zweifelsohne schädeten eine späte Kandidatenkür sowie eine von Pleiten, Pech und Pannen geprägte Wahlkampagne der Partei. Die beste Kampagne ist aber ohne Meinungsführerschaft zum Scheitern verurteilt.

Folglich konnte die SPD ihren Gerechtigkeitswahlkampf nur mit angezogener Handbremse und teils widersprüchlichen Botschaften führen. Die Genossen drückten sich um eine gesetzliche Regelung der Leiharbeit, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Verleihungstag an festschreibt. Eine Sozialversicherungspflicht von Minijobs ab dem ersten Euro schaffte es ebenfalls nicht ins Programm. Ferner wollten die Sozialdemokraten keine allgemeine Verlängerung des ALG I oder eine umfassende

Reform von SGB II und Hartz IV (Regel-sätze, Zumutbarkeit).

In der Rentenpolitik korrigierte die SPD zwar den Kurs der rot-grünen Regierung. Dafür standen beispielhaft die Forderungen nach einem Rentenniveau von 48 Prozent und einer Solidarrente. Eine überzeugende Antwort auf die drohende Gefahr millionenfacher Altersarmut gaben die wahlkämpfenden Sozialdemokraten damit aber nicht.

Auch mit den angekündigten Bildungs-, Pflege-, Verkehrs-, und Wohnungsbauminvestitionen konnte die SPD nicht entscheidend punkten. Die avisierten Mehrausgaben hätten nicht ausgereicht, um die großen gesellschaftlichen Bedarfe zu decken. Wer weder neue Schulden machen, noch die Steuern auf große Einkommen und Vermögen substanziell erhöhen will, dem fehlt das nötige Kleingeld für eine Investitionsoffensive.

Kurzum: Der gute Wille, die soziale Frage ins Zentrum des Wahlkampfes zu stellen, reichte nicht aus. Ohne klare politische Alternativen konnte die SPD sich nicht von den bürgerlichen Parteien abgrenzen. Ein roter Warenhauskatalog mit vielen guten Einzelforderungen ist eben noch kein gesellschaftspolitisches Reformkonzept.

Erneuerung mit arbeitnehmerorientierter Politik

Die SPD muss sich inhaltlich erneuern. Andrea Nahles fordert zu Recht, dass Sozialdemokraten wieder lernen müssen, den Kapitalismus zu verstehen und, wo nötig, scharf zu kritisieren. Wer die Welt verändern will, muss fähig sein sie zu interpretieren. Das gilt besonders für einen Finanzmarktkapitalismus, der krisenanfälliger, ungleicher, umwelt- und demokratiefeindlicher ist als sein Rheinischer Vorgänger.

Die SPD braucht ein reformpolitisches Konzept. Die wichtigste Aufgabe einer

sozialdemokratischen Partei ist die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Das war und ist die DNA des sozialdemokratischen Reformismus. Das bedeutet wohlge-merkt kein Zurück hinter Godesberg. Aber ohne eine starke Verankerung in den unterschiedlichen Arbeitnehmermilieus kann es keine linke Volkspartei geben.

Deswegen sollten Sozialdemokraten konsequent für sichere, gesunde und tariflich entlohnte Arbeit – gute Arbeit – streiten und die Lebensrisiken der Beschäftigten mit Hilfe des Sozialstaats minimieren. Das erfordert eine höhere Tarifbindung, die Eindämmung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung sowie eine Lebensstandardsicherung bei Arbeitslosigkeit, Rente, Invalidität und Krankheit. Ferner muss die SPD fortschrittliche Antworten auf den Wandel der Arbeitswelt – Arbeit der Zukunft – durch Digitalisierung, neue Geschlechterrollen, demographischen Wandel und Migration geben. Hier geht es u. a. um die Aufwertung von Dienstleistungsarbeit, Arbeitszeitsouveränität, Qualifizierung und Humanisierung der Arbeit.

Eine solche arbeitnehmerorientierte Politik trifft natürlich auf den Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen. Das Machtungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt kann nur durch gewerkschaftliche Organisation, durch Tarif- und Arbeitsrecht, durch Mitbestimmungsrechte sowie Sozialtransfers überwunden werden. Das geht auch in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass der Nationalstaat im 21. Jahrhundert arbeitsmarkt- und sozialpolitisch kaum mehr handlungsfähig ist.

Unsere Nachbarn machen uns vor, wie wirkungsmächtig Arbeitsmarktinstitutionen

und nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik heute noch sind. In der Alpenrepublik werden trotz offener Grenzen alle Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt. Eine Pflichtmitgliedschaft der österreichischen Arbeitgeber in der Wirtschaftskammer macht dies möglich. In Frankreich führt die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu einer Tarifbindung von 80 Prozent. Österreichische Rentnerinnen und Rentner bekommen im Monat durchschnittlich 600/800 Euro mehr Altersrente als hierzulande. Das funktioniert, weil unser südlicher Nachbar sein Rentensystem nicht kaputtreformierte.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Einen Neustart braucht die Sozialdemokratie auch in wirtschaftspolitischen Fragen. In der Partei Kautskys, Bernsteins, Hilferdings und Schillers gab es in diesem Jahrtausend keine einzige ernstzunehmende wirtschaftspolitische Debatte mehr. Fast zwangsläufig orientiert sich die SPD am ökonomischen Mainstream und greift in dessen angebots- und ordnungspolitische Mottenkiste.

Die SPD sollte wieder eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit abzielt. Dafür braucht die Partei ein eigenes wirtschaftspolitisches Konzept, eine politische Ökonomie der arbeitenden Menschen. Das bedeutet zunächst mehr Keynes und weniger Erhard. Der SPD fehlt eine gesamtwirtschaftliche Sicht auf die Volkswirtschaft. Wirtschaftskompetenz besteht nicht darin, den Ratschlägen des örtlichen Sparkassenvorsitzenden, Baulöwen oder Start-up-Unternehmers blind zu folgen. Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht wie ein Kartoffelmarkt, wo der Preis – sprich der Lohn – das Angebot und die Nachfrage bestimmt. Deswegen ist eine gesamtwirt-

schaftliche Steuerung der Nachfrage durch Finanz- Geld- und Lohnpolitik von zentraler Bedeutung.

Das erfordert auch ein Umdenken bei den Staatsfinanzen. Ein Staatshaushalt darf nicht geführt werden wie der Privathaushalt der schwäbischen Hausfrau. Schulden sind kein Teufelszeug. Entscheidend ist immer, wofür die Kredite verwendet werden. Schwarze Null und Schuldenbremsen verhindern hingegen Investitionen. Sozialdemokraten sollten vielmehr die staatliche Einnahmehasis dadurch stärken, dass sie große Einkommen und Vermögen höher belasten und Steuerbetrug bekämpfen.

Erst ein handlungsfähiger Staat kann die Produktivkräfte des Kapitalismus weiterentwickeln und den Strukturwandel aktiv gestalten. Digitalisierung, Verkehrs- und Energiewende dürfen nicht sozial und ökologisch blinden Märkten überlassen werden. Die Politik sollte Richtung und Tempo der Veränderung vorgeben.

Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik müsste in Zeiten enger globaler Verflechtungen natürlich europäisch ausgerichtet sein. Getreu dem Motto: Mehr Europa, aber anders. Ein demokratisches und soziales Europa erfordert eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, ein gemeinsames Schuldenmanagement, eine Koordination der nationalen Sozialpolitiken, stärker regulierte Finanzmärkte und eine europäische Wirtschaftsregierung.

Reale Utopien

Diese ersten pragmatischen Schritte reichen aber nicht aus. Wenn die SPD die Deutungshoheit linker Politik zurückerobert und wieder linke Volkspartei werden will, dann braucht sie emanzipatorische Alternativen zum Kapitalismus.

Eine solche reale Utopie wäre beispielsweise die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Der fortschreitende Raubbau an den natürlichen Ressourcen und der Klimawandel bedrohen Lebenschancen und Lebensqualität. Der notwendige sozial-ökologische Umbau kann aber nur erfolgreich gestaltet werden, wenn abhängig Beschäftigte und Zivilgesellschaft demokratisch beteiligt werden. Die SPD könnte hier wieder an die großen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Debatten über Wirtschaftsdemokratie (1920er-, 1950er- und 1970er-Jahre) anknüpfen. Eine weitere reale Utopie wäre ein Recht auf gute Arbeit. Ein individuell einklagbarer Rechtsanspruch auf existenzsichernde, gesunde und sozial versicherte Arbeit.

Weitere emanzipatorische Projekte, die Herrschaft, Ungleichheit und Privilegien in Frage stellen, gibt es reichlich. Die sozialdemokratische Partei sollte wieder zu einem Ort werden, wo Debatten über gesellschaftliche Alternativen ausgetragen werden. Diese Debatten sollten gemeinsam mit Linken, Grünen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt werden. Gemeinsames Ziel sollte sein, das Leitbild einer Gesellschaft zu entwickeln, in der wir leben wollen.

Es gibt also viel zu tun. Wenn es der SPD gelingt, ihre ideologischen Altlasten zu entsorgen, sich in der Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik neu aufzustellen sowie reale Utopien zu entwickeln, dann könnte die Reha erfolgreich verlaufen.

Marco Bülow

Klartext. Haltung. SPD. Eine Positionierung

Zurück zur GroKo?

Kaum ist der erste Versuch einer Regierungskoalition gescheitert, zeigt sich: Der Sog der SPD in Richtung einer Großen Koalition ist stark. Nicht primär aus Staatsräson, sondern weil nicht wenige in den ersten Reihen sich mit den Positionen bei und neben der Union wohlfühlen. Auf dem Bundesparteitag der SPD wurde die Aufnahme von Gesprächen mit der Union beschlossen. Es wird jetzt aber so getan, als wenn es um Themen ginge und die SPD nicht billig zu haben sei. Aber wie unglauwbüdig ist es, dass wir diese The-

men dann nicht schon in den letzten Jahren gesetzt haben? Was sollte sich jetzt verändert haben? Was nutzt es diesem Land, keine wirkliche Opposition zu haben und wieder die Regierung zu bekommen, die gerade abgewählt wurde? Es geht nicht um den Bundespräsidenten oder den Staat, sondern anscheinend um die Sehnsucht wieder etwas Macht zu haben, Positionen zu bekleiden, die diffuse bequeme Politik der letzten Jahre fortzuführen. Es geht darum, eine Erneuerung der Partei im Keime zu ersticken. Dass dürfen wir nicht zulassen!

«Kein weiter so»

Das «Kein weiter so» wurde leider schnell zur Floskel. Schon in den ersten Wochen nach der Wahl wurde von oben nach unten diktiert, wer die Fraktion leitet, wer ins Bundestagspräsidium geht, wer Generalsekretär wird... Die weiteren Positionen werden genauso verteilt wie immer, mögliche Alternativen werden unter Druck gesetzt. Berücksichtigung finden hauptsächlich Männer und Führungsmitglieder, die den alten Kurs, der die SPD auf 20 Prozent gedrückt hat, klar unterstützt haben.

Es ist jedoch einfach nicht glaubhaft mit den gleichen Köpfen weiterzumachen, die für zwei Große Koalitionen und für den Kurs der letzten 14 Jahre verantwortlich sind. Glaubhaft dagegen sind einige Initiativen wie SPD++, die in der Mitte der Partei oder den Ortsvereinen entstehen, Veränderungen einfordern und anfangen, konkrete Forderungen zu stellen. Genau diese Initiativen müssen gebündelt werden, denn der Zustand der alten SPD ist so bedenklich, dass einige personelle Rochaden, ein Modernisierungsprozess oder eine inhaltliche Neuausrichtung alleine kaum helfen werden. Wir brauchen alles zusammen. Auf dem Bundesparteitag wurden die notwendigen Veränderungen aber nicht beschlossen, deshalb müssen wir nun dafür sorgen, dass diese aufgrund der jetzt folgenden Gespräche mit der Union nicht in Vergessenheit geraten.

Ich bin davon überzeugt, dass die Erneuerung nur von unten nach oben funktionieren wird. Ein Hoffnungsfunkeln dabei sind auch die Regionalkonferenzen. Sie sind nicht nach dem typischen Muster «oben wird geredet und ihr hört zu» gelaufen, sondern hier haben tausende Mitglieder ihre Positionen, ihre Vorschläge vorge-

tragen und diskutiert und der Vorsitzende hat zugehört. Aber die Ergebnisse dürfen nicht wieder in der Schublade landen, sondern müssen Berücksichtigung finden. Solche Begegnungen müssen verstetigt und auf gezielte Themenbereiche ausgeweitet werden.

Glaubwürdigkeitsproblem!

NEIN, wir haben nicht nur ein Vermittlungsproblem und modernisierungsbedürftige Strukturen, sondern vor allem ein Glaubwürdigkeitsproblem! Dies zeigt sich aktuell wieder ganz deutlich. Wie glaubwürdig ist es, direkt nach der Wahl eine GroKo auszuschließen, aber nachdem die «Onemanshow» Lindner Jamaika aufgibt, doch wieder ganz schnell Gespräche mit der Union zu beschließen, die höchst wahrscheinlich in einer erneuten Regierungsbeteiligung enden? Eine Minderheitsregierung wäre ja auch eine Option (mehr dazu: <https://www.marco-buelow.de/minderheitsregierung-als-chance-nutzen-neuwahl-ist-nur-letzte-option/>).

Wir haben viele Jahre so getan, als wären die Kompromisse mit der Union eine tolle Politik, dabei ist eine Politik für die Vielen und für diejenigen, die unsere Hilfe brauchen, unter die Räder gekommen. Man muss nicht immer nur die Hartz Gesetze bemühen, mit Mehrwertsteuerhöhung, Senkung des Spitzensteuersatzes, einer nicht wirklich vorhandenen Erbschaftssteuer (trotz Verfassungsgerichtsurteil) haben wir eine Umverteilung von unten nach oben mitbefördert. Wir werden gerade von einer Aufstiegs- zu einer Abstiegs-gesellschaft. Noch geht es einem Teil unserer Gesellschaft sehr gut, aber auch die Mittelschicht bröckelt, immer mehr fürchten sich vorm Abstieg. Das sozialdemokratische Bildungsversprechen gilt

nicht mehr. Dies wird sich doch nicht ausgerechnet in der dritten Großen Koalition in 16 Jahren ändern.

Selbst in der gemäßigten, liberalen DIE ZEIT ist davon zu lesen, dass die SPD radikaler werden soll. Aber wie glaubwürdig ist es, wenn diejenigen, die es sich in der GroKo bequem gemacht hatten, auf einmal radikal gegen die Union wettern und in den nun folgenden Gesprächen angeblich harte Kante zeigen wollen? Genau dies ist uns doch im Wahlkampf auf die Füße gefallen. Der SPD und nach und nach auch Martin Schulz wurde nicht mehr geglaubt, dass wir wirklich mehr Gerechtigkeit wollen. Zudem wussten viele nicht, wie unsere Gerechtigkeit denn aussehen soll. Wir haben doch in den letzten 20 Jahren 16 Jahre regiert.

Ich glaube, dass es Martin Schulz ehrlich meint, dass er die Erneuerung der SPD will, aber bisher ist davon in der Umsetzung nichts zu spüren. Ungerechtfertigt wird er ausgerechnet von denen belastet, die den bisherigen Kurs viel stärker als er selbst geprägt haben. Wir sind nicht wegen der letzten sechs Monate, sondern wegen der letzten 14 Jahre im Keller gelandet. Dennoch kann eine offene Diskussion nur helfen.

Klartext reden und handeln

Wir erzählen keine Geschichte, vermitteln keine Vision und erreichen nicht mehr den Bauch der Menschen. Wir freuen uns über Neumitglieder, denken aber nicht an

die Vielen, die am Rande sind auszutreten oder sich zurückgezogen haben. Dabei hätten wir – wie die Labour Party – das Potenzial, sehr sehr viele Menschen für die soziale Demokratie und die SPD zu gewinnen. Die Ungleichheit ist besonders in Deutschland obszön hoch, hier besitzen die obersten 10 Prozent über 60 Prozent und die Hälfte der Gesellschaft nur 2 Prozent des Vermögens. Es geht also nicht mal um links und rechts, sondern wir könnten die große Mehrheit ansprechen.

Wir werden immer mehr ein Wahlverein mit nur noch regionaler Bindungsfähigkeit, der höchstens noch in einigen Kommunen und Bundesländern um Mehrheiten kämpft. In anderen Regionen sind wir mittlerweile sehr weit abgerutscht und freuen uns schon über zweistellige Ergebnisse. Dabei stehen wir einer Drohkulisse einiger Schwesterparteien in Europa gegenüber, die vollends untergehen. Auf der anderen Seite gibt es die Chance wieder eine Volkspartei, eine breite Bewegung mit einem klaren sozialen Profil zu werden. Dies funktioniert aber nicht mit dem immer gleichen typischen Kleinklein und damit, es allen wieder ein wenig recht zu machen und auch die Mächtigen zu schonen. Keine Angst vor der Kritik einflussreicher Lobbyisten, neoliberaler Netzwerke und vieler Medien! Klare Kante, mit Haltung, innerparteilich demokratisch und vielfältig! So wird man ein Bollwerk für Gerechtigkeit und gegen die Feinde der Demokratie.

Wolfgang Wiemer

Mit uns ging die neue Zeit . . .

Als sich Sozialdemokrat*innen noch vor Verfolgung durch die kaiserliche Staatsmacht fürchten mussten, hatten sie nicht nur Mut machende Solidarität untereinander, sondern auch eine starke Hoffnung auf bessere Lebensumstände. Mut machte da sicher auch die Liedzeile: Mit uns geht die neue Zeit. Was war die neue Zeit? Die Industrialisierung und der Kapitalismus, die zunächst wortwörtlich zur Verelendung der arbeitenden Klassen führten. Sie schlossen sich zusammen und während die Einen auf den großen Kladderadatsch, den Zusammenbruch des Kapitalismus dank seiner inneren Widersprüche, die Anderen an den revolutionären Umsturz glaubten oder darauf hofften, machten sich Viele gleichzeitig daran, den herrschenden Verhältnissen die eine oder andere Verbesserung der alltäglichen Lebensbedingungen abzurufen. Das klappte zeitweise so gut, dass die Auseinandersetzung zwischen Reform oder Revolution praktisch schon recht früh, dafür programmatisch umso später zugunsten der Reform am bestehenden System entschieden war.

Das reformistischste Programm war das Godesberger von 1959 und es trug die deutsche Sozialdemokratie tatsächlich zu großen Erfolgen – von der Mitbestimmung über den leistungsfähigen Sozialstaat bis zur beginnenden Gleichstellung der Geschlechter. Von Verelendung der arbeitenden Klasse konnte zunächst keine Rede mehr sein; Umverteilung zumindest der volkswirtschaftlichen Zuwächse fand tatsächlich statt; viele Kinder der Facharbeiter*innen

wurden Akademiker*innen. Und das Kapital konnte keineswegs alles tun, nur weil es profitabel gewesen wäre. So weit, so gut.

Seit Ende der 1990er-Jahre des vorigen Jahrhunderts setzt sich wieder eine neue Zeit durch. Sie ist vielfach vorhergesehen, verharmlost aber auch dramatisiert worden. Wieder handelt es sich um einschneidende Veränderungen der Produktionsweise und der Arbeitsbedingungen; wieder gibt es eine kleine Zahl weltweiter Profiteur*innen und eine große Zahl Verlierer*innen. Die Ungleichheit wächst, die Durchschaubarkeit der Machtverhältnisse schrumpft und für die Verlierer*innen gibt es offenbar keine akzeptierte politische Vertretung. Die SPD hatte noch in ihrem Berliner Programm 1989 zutreffend die Überforderung durch eine «anonyme Gesellschaft» benannt. Etwa 15 Jahre später hat sie sich quasi zum Gesicht jener «anonymen» Mächte gemacht, die die Lebensqualität vieler Menschen bedrohen oder schon deutlich verschlechtert haben. Damit hat sie sich aber auch selbst auf eine Zerreißprobe gestellt, die sie bis heute nicht bestanden hat. Die «Agenda 2010» und – vorerst bis September 2017 – die Dichotomie zwischen Regierungs-SPD und dem Rest, dem Gehorsam abverlangt wurde, sind nicht überwunden. Es gelingt einfach nicht, die Agendapolitik kollektiv als das zu betrachten, was sie auch war: ein Sammelsurium von Gesetzesänderungen. Davon waren und sind eine ganze Reihe gerade in sozialdemokratischer Tradition sehr sinnvoll, pragmatisch und funktionsfähig. Eine ganze Reihe

anderer hingegen, von denen manche deshalb zwischenzeitlich schon korrigiert wurden, waren untauglich, führten nicht zum erhofften Ziel, wurden – und werden teilweise noch – missbraucht oder lieferten Menschen, die noch Hoffnungen auf die SPD hatten, den ökonomischen Verhältnissen vollends aus. Es ist eine der bevorstehenden Aufgaben, diese Bilanz zu ziehen. Man kann sich dabei durchaus ein Beispiel am Berliner Programm nehmen, das eingangs recht nüchtern bilanziert, was seit Godesberg gelungen und was misslungen war. Geschadet hat das nicht. Es müsste jetzt auch deshalb möglich sein, weil alle Politiker, die für das Gesamtpaket «Agenda» besondere Verantwortung tragen, aus den vorderen Reihen der Partei ausgeschieden sind.

Die politische Parole, dass man immerfort nach vorn schauen müsse, spottet insoweit jeder Lebenserfahrung Hohn, als es ohne Rückblick kaum möglich ist, aus Erfahrung klüger zu werden und die Fähigkeit zu entwickeln, Richtiges von Falschem zu unterscheiden.

Gleichwohl muss der Blick selbstverständlich nach vorne gerichtet werden: Was will und was kann und was sollte nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie politisch gestaltet, befördert oder behindert, befreit oder eingegrenzt werden? Eine Sozialdemokratie, die ihrem Namen und ihrer Tradition wieder gerecht werden – und wieder Aussicht auf politischen Erfolg haben will, darf sich nicht in der Defensive erschöpfen. Sie kann gegen die ökonomische Macht nicht alle Lebensgewohnheiten und Traditionen verteidigen, zumal die Menschen sich und ihre Lebensstile längst beispielsweise an die Möglichkeiten der digitalen Technik und Kommunikation angepasst haben. Die Demokratie allerdings bedarf der «Vorwärts-

Verteidigung». Form und Inhalt von Politik müssen unter den neuen Bedingungen wieder überein gebracht werden. Die SPD muss klären, wen sie politisch vertreten will, wie sie sich Friedenssicherung und überhaupt wie sie sich eine zukünftige Gesellschaft vorstellt. Ein kurzer Blick zurück zeigt, wie rasch Demokratie und Internationalismus am Ende sein können: Von den spät in der westdeutschen Bundesrepublik verhandelten Gründen für das Scheitern der Weimarer Demokratie dürften einem breiteren Publikum vielleicht zwei im Gedächtnis geblieben sein nämlich, der Mangel an engagierten Demokrat*innen als gesellschaftliche und das Elend der Arbeitslosigkeit als materiell-ökonomische Bedingung. Das verstellt jedoch den Blick auf eine womöglich besonders wichtige Parallele zu heute: Es ist die Ohnmachtserfahrung angesichts der Globalisierung. Es wird ja gerne feuilletonistisch so getan als ob Globalisierung ein Phänomen der Zeit seit dem Zusammenbruch des Ostblocks sei.¹ Aber natürlich vermittelte auch der «Schwarze Freitag» 1928 den unauslöschlichen Eindruck, dass durch ein Ereignis am anderen Ende der Welt, für das kein Schuldiger definiert werden kann, Not, Verzweiflung und Hilflosigkeit ausgelöst worden sind. Auch wenn es eine mit dem Ende der 1920er-Jahre des vorigen Jahrhunderts vergleichbare Not in Deutschland heute nicht gibt, gibt es die intensive Erfahrung von Verlusten, die – berechtigt oder nicht – als vermeidbar angenommen werden und deren Verursacher nicht dingfest gemacht werden können. Weil die Verursacher anonym bleiben, werden andere Sündenböcke gesucht.

1 Dass die Globalisierung durch die Digitalisierung noch einmal eine enorme qualitative Veränderung erfahren hat, soll damit nicht in Abrede gestellt werden.

Damals waren es die Juden und die Reparationen für den 1. Weltkrieg; heute sind es die Flüchtlinge und der Islam. Damals konnte sich der noch junge Internationalismus gar nicht erst festigen; heute wird er von rechts für alles verantwortlich gemacht, was schief läuft. Die Quellen von Rassismus, Rechtsextremismus und extremer Nationalismus ähneln in unserer wohlhabenden Gegenwart sehr denen von vor 100 Jahren.

Was die «digital natives» in den Ballungsräumen längst an Anpassungsleistung erbracht haben, wird andernorts als Bedrohung empfunden. Sterbende Dörfer – nicht nur, weil es keine Verbindung «ins Netz» gibt – für deren Bewohner sich niemand interessiert. Dort gibt es keine Bäcker mehr, aber auch in den Städten werden sie durch vorgefertigtes «Convenience-Food» abgelöst. Der zusammenbrechenden Infrastrukturen auf dem Land, stehen unbezahlbare Wohnungen in den Ballungsräumen gegenüber; Verkehrsinfarkte und weitere Separation der sozialen Klassen im Alltagsleben gehören zu den Folgen. Das Fortschrittsversprechen ist unglaublich geworden. Das alles geschieht vor dem Hintergrund des verbreiteten Wissens, dass genug Geld zu Linderung oder gar Verhinderung vieler Mängel und Verluste vorhanden ist: beim Staat und erst recht bei privaten Profiteuren. Im öffentlichen Bewusstsein dürfte es noch keine Rolle spielen, dass wir eine enorme Zunahme psychischer Erkrankungen zu verzeichnen haben, die nicht zuerst auf eine großzügigere Definition von Krankheit (die gibt es wohl auch) sondern auf erhöhte Stresserfahrung und/oder verringerte Stressresistenz zurück zu führen ist. Der dies auslösende, herrschende Selbstoptimierungswahn und der Drang zur Selbstdarstellung in perfekter Erscheinung sind ja keine indivi-

duelle Spinnerei, die leider massenhaft auftritt, sondern dienen wirtschaftlichen Profitinteressen. Die existenzielle Konkurrenz der vielfach auf sich gestellten «Selbstständigen» und der Karrierewilligen mit- und untereinander in der Arbeitswelt hat sich in die immer weiter ausgehöhlte Privatsphäre ausgedehnt und bestimmt das soziale Klima.

Vor dem Hintergrund dieses nur grob skizzierten politischen und sozialen Problemhaushalts, wirkt der politische «Reigen aus Obergrenze, Diesel und Maut» (Nils Minkmar) geradezu lächerlich. Es sind diese Petitionen² zusammen mit dem Bewusstsein etwa der Kanzlerin, dass sie nicht wisse, was sie hätte besser machen sollen (!), die eine Abwendung von den bisher tonangebenden politischen Eliten nachvollziehbar machen.

Die SPD ist Teil dieser versagenden Elite und sollte im Gegensatz zu den Unionsparteien durchaus wissen – und laut aussprechen! – was sie hätte besser machen können. Das wäre ein erster Schritt zu Wiedergewinnung der Unterscheidbarkeit. Natürlich ist es auch nützlich, die enormen handwerklichen Fehler der Wahlkampagnen von 2017 so zu analysieren, dass spätere Kampagnenmacher*innen daraus lernen können. Aber der Niedergang der SPD ist kein Ergebnis einer (bzw. mehrerer) absolut

2 Der konsensbedürftige Sozialdemokrat will damit natürlich nicht behaupten, dass die Forderung nach einer Einwanderungsgrenze nicht fundamental der Genfer Flüchtlingskonvention und unserem eigenen Asylrecht widerspricht oder dass der Betrug der Dieselhersteller keiner kriminellen Energie bedürft hätte; auch kann die Maut natürlich auch als fremdenfeindlich ganz grundsätzlich angegriffen werden und dann verweisen alle diese Stichworte nicht auf Kleinigkeiten, sondern auf ganz Fundamentales. An der Lebenswirklichkeit vieler Bürger*innen, die sich nicht mehr vertreten fühlen, gehen sie aber trotzdem ganz fundamental vorbei.

unprofessioneller Kampagnen – der letzten wurde auch noch ein im letzten Augenblick eingewechselter Kandidat ausgesetzt – sondern ein alle sozialdemokratischen Parteien treffender gesamteuropäischer Trend. Überall – von Ungarn, Polen, über Schweden und Norwegen bis Frankreich, Italien und Spanien ist je aktuelles politisches Versagen Teil, oft Auslöser aber nicht Ursache des Niedergangs. Übrigens ist der hoffnungsvoll auf Labour in Britannien und Bernie Sanders in den USA gerichtete Blick vor allem eines: illusorisch. Labour profitiert vor allem von der Selbstzerfleischung der Tories und Sanders hat viel erreicht – aber eben nicht gewonnen. Ursächlich ist die Kombination aus Mitverantwortung für die aktuellen Zustände, Strategielosigkeit angesichts der «neuen Zeit» und daraus folgender Ununterscheidbarkeit von den anderen Parteien der «Mitte». Strategiemangel und politisches, handwerkliches – in manchen Fällen auch rechtswidriges – Fehlverhalten wichtiger Repräsentanten der Sozialdemokratie sind das Eine. Kann aber der Eintritt in konservativ geführte Koalitionsregierungen ähnlich grundsätzlich kritisiert werden? Nicht selten haben die Genoss*innen sogar geahnt, dass sie aus staatspolitischer Verantwortung einen Opfergang antreten würden. Spanien und die Niederlande mögen als Beispiele genügen. Im Süden ist man aktuell wieder in eine Koalition gezwungen, weil man das Volk nicht ein drittes Mal hintereinander bitten konnte, doch nun ein anders mehrheitsfähiges Parlament als bei den zwei vorherigen Versuchen zu wählen. Im Westen hat man sich jahrelang zur Abwehr immer erfolgreicherer rassistischen Nationalismus in Koalitionsdisziplin nehmen lassen, bis vom eigenen Profil nichts mehr übrig war. Der Weg von der theoretischen

jederzeitigen Regierungsfähigkeit zur 5%-Partei war schließlich ein jäher Fenstersturz. Anders die Bedingungen in Frankreich, wo die Wähler*innen nach der langen, charmant-korrupten Chirac-Durchwurstelei und der Sarkozy-Groteske den 2002 gedemütigten aber dann als ernst zu nehmende Alternative auftretenden Sozialisten eine Chance gegeben haben, die diese offenbar nicht verdienten. Sie erfuhren, dass bei einer reinen Mehrheitswahl der Absturz von einer absoluten Parlamentsmehrheit zur 5%-Partei quasi über Nacht erfolgen kann.

Überall sind die Ausdifferenzierungen der Gesellschaft, eine in ihrem Status bedrohte Mittelschicht, eine wachsende, politisch zunächst nicht (mehr durch Sozis) vertretene Unterschicht und eine rücksichtslos auftretende Schicht von Profiteuren die Ausgangspunkte für eine so weit klaffende Ungleichheit zwischen oben und unten, dass sie alle denkbaren sozialen Anomien fördert. Das ist ein gesamteuropäisches «Grundrauschen», dem die politischen Akteure mit den höchsten politisch-moralischen Ansprüchen zuerst zum Opfer fallen. Da sie ihre Ansprüche selbst nicht einlösen können, ist ihr Versagen schneller und deutlicher sichtbar als das moralisch bescheidener Kräfte. Mehr moralische Bescheidenheit ist allerdings kein Ausweg aus diesem Dilemma, denn moralisch weniger ambitionierte Parteien als die sozialdemokratischen gibt es ja schon. Präsident Macron und auch Bernie Sanders in USA weisen einen anderen Weg – nicht gut zwar für die Sozialdemokratie aber immerhin doch für die Bewahrung einer freiheitlichen und friedlichen Demokratie: Es ist die Begründung einer neuen, scheinbar für das Geschehene nicht verantwortlichen aber demokratisch und nicht nationalistisch ausgerichteten Sammlungs-

bewegung, die von den bisher mehrheitsfähigen Parteien die Sozialdemokratie als erste weitgehend ablöst.

Nicht zu übersehen ist jedoch, dass Donald Trump ebenfalls «von außen» in die politische Klasse eingedrungen ist und sie geschlagen hat mit Mitteln und Inhalten allerdings, die mit den europäischen Rechten eng verwandt sind und also nicht für Freiheit und Demokratie stehen.

In Deutschland ist keine mehrheitsfähige Sammlungsbewegung in Sicht. Hier droht vielmehr eine Entwicklung, wie sie sich in Frankreich und den Niederlanden bis vor kurzem gezeigt hatte. Rassistische und nationalistische Bewegungen konnten so viel Hegemonie über den politischen Diskurs gewinnen, dass sie den vorgefundenen Konsens angreifen und mit viel älterem Denken beinahe erfolgreich geworden wären. Aktuelle Äußerungen in den Unionsparteien lassen befürchten, dass sie für die Bemühung um eine klügere öffentliche Kommunikation als sie in den Nachbarländern stattgefunden hat, nicht zur Verfügung stehen werden. Die Seehofers, Söders und Spahns werden durch eine «leitkulturell»-verbrämte nationale Rhetorik der Rechten eher den Weg bereiten als ihr das Wasser abgraben.

Das Feld, auf dem sich die Sozialdemokratie nun bewähren muss, ist jedoch nicht nur durch negative Phänomene und Herausforderungen markiert, sondern es gibt auch positive Zeichen – übrigens auch an vielen Orten in Europa. Ob es sich um Großdemonstrationen für die Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit in Polen, mutige Demonstranten für mehr Demokratie zu Putins Geburtstag in Russland oder um die weiß gewandeten spanischen Demonstranten für die Mäßigung im spanisch-katalanischen Sezessionskonflikt handelt. Dazu

gehört auch die wieder zunehmende positive Haltung zur Europäischen Union und die relative Erfolglosigkeit der Nationalisten unter den jüngeren Wähler*innen. Demokratie, Internationalismus, Freiheit und Gerechtigkeit sind als politische Ziele und Motive keineswegs am Ende – aber sie brauchen engagierte Fürsprecher*innen. Warum sollen sie nicht aus der SPD kommen?

Das größte Problem für eine Erneuerung besteht für die Sozialdemokratie natürlich in deren Glaubwürdigkeit. Es war ja auch nicht alles schlecht, um den Leitspruch der DDR-Ostalgieer einmal an einem anderen Ort anzuwenden. Die erste Grundfrage jeglicher Kursbestimmung muss deshalb heißen: WARUM? Warum war es richtig, ein zweites Mal in eine Große Koalition zu gehen? Warum ist ALG II und der Ersatz der Sozialhilfe eine auch ethisch vernünftige Reform? Warum ist die grundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen keine menschenfreundliche Arbeitsmarktpolitik? Warum ist Rister – um nur ein Beispiel für die überwiegenden Nachteile privatwirtschaftlicher Lösungen gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu nennen – gescheitert? Warum ist Nationalismus weder ökonomisch noch politisch eine funktionstüchtige Alternative? Warum brauchen wir eine starke EU? Wem diese Fragen zu banal sind, sollte sich an den Rat des Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel an seine Fraktion erinnern, der sinngemäß lautete: «Wenn Ihr Eure Argumente schon längst nicht mehr hören könnt, besteht erst Hoffnung, dass der eine oder andere im Lande sie schon einmal gehört hat.» Die zweite Frage ist WIE? Wie schaffen wir eine vernünftige Altersvorsorge für alle? Wie bringen wir Hoffnung in die Unterschicht? Wie zeigen wir, dass es wertvoll ist, die Dörfer und kleinen Städte lebendig zu halten?

Wie wollen wir Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg sichern? Wie wollen wir die individuelle Freiheit auch gegen ökonomistische Zumutungen sichern? Wie, mit welchen Schritten wäre es möglich, die anonymen Mächte der Globalisierung zu zähmen? Wie ist trotz fortschreitender Digitalisierung und Automatisierung die größtmögliche gleiche Freiheit zu garantieren? Wie kann soziale Sicherheit, äußere und innere Sicherheit bewahrt werden? Wie sollte eine Gesellschaft der Freien und Gleichen in Zukunft aussehen? Wie wird Ungleichheit begrenzt? Wie kann politisch in den «Krieg Reich gegen Arm» (Warren Buffet) zugunsten der Armen eingegriffen werden? Ist es überhaupt noch denkbar, dem Recht auf Eigentum nur so viel – statt mehr – Gewicht zu geben, wie allen anderen Grundrechten? Wie überhaupt kann unter den heutigen Bedingungen Gegenmacht organisiert werden – oder soll weiter schulterzuckend auf Internationalisierung und Individualisierung als die beiden Teile einer Zange verwiesen werden, zwischen der jegliche politische Reformbestrebung zerquetscht werden würde? Die Sicherung der Menschenwürde unter der Herrschaft von Google, die Bedrohung der Freiheit durch diese Konzerne und der von ihnen ausgebeuteten Technik, die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, ein klar strukturiertes, öffentlich parlamentarisch kontrolliertes Europa, Zurückdrängung des Lobbyeinflusses durch dessen Sichtbarkeit; neue Regeln für Produktion und Export von Waffen, und der komplexe sozialdemokratische Begriff von Freiheit, die nie ohne Solidarität, Gleichheit und soziale Sicherheit auskommen kann, das alles muss – natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit – wieder in das Zentrum sozialdemokratischer Überzeugungsarbeit gerückt werden.

Die ratlosen Apparatschiks in den Parteizentralen sollten sich alter ebenso wie ganz neuer politischer Erfahrungen erinnern: Bebel und Lasalle konnten nicht ahnen, dass ihre Gründung zeitweise die größte und heute immer noch die älteste demokratische Partei werden würde. Sie haben es trotzdem versucht. Hätten Willy Brandt und Egon Bahr den Demoskopien geglaubt, hätte es keine Entspannungspolitik gegeben. Sie galt als nicht mehrheitsfähig. Auf Macron in Frankreich zu verweisen, ist nicht so beunruhigend wie auf Trump in USA oder die diversen rechten Truppen in Deutschland und Europa. Alle Beispiele zeigen, dass es möglich ist, mit einem klaren Gestaltungswillen in sehr kurzer Zeit Erfolge zu erreichen. Dem Volke nach dem Maul zu reden, empfiehlt die Demoskopie in ihrer Schlichtheit, Politik aber macht, wer etwas will, ein Ziel hat, dem Volk aufs Maul schaut und Überzeugungsarbeit leistet. Diese alte Erkenntnis ist in den oberen Etagen mancher, auch der sozialdemokratischen Parteien verlernt worden.

PS: Wenn man bedenkt, dass Macron aus alten, vornehmlich neoliberalen Ideen und Sanders in USA aus uralten sozialstaatlichen Ideen etwas scheinbar Neues gemacht haben, könnte man natürlich auch bei uns auf die Idee kommen aus Altem Neues zu machen. Wenn SPD und Linke fusionierten, entstünde aus alten ein Neues und eine alte Rechnung aus der seitens der Sozialdemokraten nicht ganz freiwilligen Vereinigung mit der KPD zur SED in der Ostzone könnte auch beglichen werden. Die Altkommunisten und Stasireste bei der Linken würden wahrscheinlich nicht mitmachen und könnten ja die DKP wieder auffüllen. Das störte wohl kaum jemanden.

Volker Riegger

Wahlkampf in Dr. Merkels Schlaflabor. Wie kommen wir da wieder raus?1

Nach einer verlorenen Wahl habe ich immer die Wortmeldungen jener als besonders unangenehm und unästhetisch empfunden, die schon vorher ganz genau gewusst haben, dass der Kandidat der falsche, die Strategie unmöglich und der ganze Wahlkampf überhaupt ein einziger Krampf gewesen ist. Ich hoffe der Titel unserer Veranstaltung hat solche überschlauen Zeitgenossen eher abgeschreckt und wir können uns deshalb heute in Ruhe, ohne Besserwisserie, aber durchaus mit Leidenschaft über diesen Wahlkampf und seine Konsequenzen austauschen.

Dessen Verlauf war reich an Überraschungen. Dessen Ergebnis ist für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – und nicht nur für die – niederschmetternd. Das Ergebnis ist so niederschmetternd und zugleich so eindeutig, dass wir uns jetzt mit Besserwisserie und Rechthaberei nur noch lächerlich und vollends überflüssig machen. Stattdessen müssen wir jetzt auf radikale Offenheit setzen:

- Damit wir neue Ideen gewinnen und andere Perspektiven einüben können. – Damit wir Neues und Hoffnung machendes – mit Blick auf politische Inhalte, mit Blick auf Kommunikation und Organisation und mit Blick auf Personen – finden und ausprobieren.

- Damit wir als Partei der Freiheit auch im digitalen und globalen Zeitalter des 21. Jahrhunderts da sind, damit wir weiter Gutes für die Menschen bewirken und so auch denen gerecht werden, die vor uns für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft und gelitten haben.

Der Titel unserer Veranstaltung, «Wahlkampf in Dr. Merkels Schlaflabor», ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich habe diese Formulierung in einer Kolumne von Jakob Augstein gefunden. Sie scheint mir für den Raum der Politik nicht nur in diesem Wahlkampf, sondern in der ganzen seit 2005 andauernden politischen Ära von Angela Merkel, deren Ende mit dieser Wahl in Sichtweite gekommen ist, eine sehr gelungene Metapher zu sein. Warum? Das ist zu begründen und ich frage deshalb als erstes: Wie konnte es dazu kommen, dass ernsthafte Leute, also nicht nur Jakob Augstein, den politischen Raum in der Ära Merkel als Schlaflabor wahrnehmen? Als zweites frage ich: Was lernen wir aus dem Verlauf und aus dem Ergebnis des Wahlkampfes über unser Land und für unsere politische Arbeit? Die dritte und letzte Frage ist mir am wichtigsten: Wie kommen wir da wieder raus? Wo sind die Perspektiven und Ansatzpunkte für eine Neuerfindung der SPD, der wir jetzt, gerade auch bei uns in München, nicht länger ausweichen können?

Ich beginne mit der ersten Frage: Wie konnte es dazu kommen, dass die politische

1 Vortrag auf dem Wirtschaftsforum der Münchner SPD am 5. Oktober 2017.

Arena in der Ära Merkel mit einem Schlaf-labor verglichen wird? Für mich ist der politische Raum der Demokratie, wie wohl für die meisten von uns, ein Raum des zivilen Kampfes, des Streitens, Argumentierens und Aushandelns gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger, in dem – durchaus wie in einem Labor – etwas produziert wird. Was wird in diesem Labor der Demokratie produziert? Das sind Ideen, Positionen und Kompromisse. Sie werden im demokratisch verfassten Streit und Kampf um die Macht zu kollektiv bindenden politischen Entscheidungen verarbeitet. Damit wird trotz widerstreitender Interessen der Laden, also die Gesellschaft, zusammengehalten, ein friedliches Zusammenleben ohne Mord und Totschlag wird für alle möglich. Das demokratische System bleibt durch den zivilisierten politischen Streit und Kampf robust. Streit erzwingt und bringt den laufenden Perspektivwechsel hervor ohne den soziale Systeme erstarren und absterben. Unternehmensberater gehen dafür seit einiger Zeit mit dem Begriff «Resilienz» hausieren.

Damit Demokratie funktioniert, muss der politische Raum idealer Weise für alle zugänglich sein, offen für Meinungen und Argumente, frei von Barrieren und Denkverboten. Wenn wir an die Medienbarriere denken, mit der die sozialdemokratische Bewegung bis heute leben muss, dann wird klar, dass wir dieses Ideal einer politischen Arena wohl nie erreichen werden, eben weil es ein Ideal ist. Aber auf das Bemühen um Annäherungen an dieses Ideal können besonders wir Sozialdemokraten nicht verzichten – nach der Devise: Der Weg ist das Ziel.

Einigermaßen florierende Demokratien, zu denen auch die unsere noch immer gehört, beweisen, dass das komplizierte und voraussetzungsreiche demokratische Arran-

gement autoritären Zwangssystemen nicht nur mit Blick auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, sondern auch funktional überlegen ist. Also mit Blick auf Sicherheit, Wohlstand und individueller Entfaltungsmöglichkeiten für alle.

Wenn wir den politischen Raum in der Ära Merkel mit einem Schlaflabor vergleichen, dann sollten wir wissen: Was ist ein Schlaflabor? Wie funktioniert das? Wikipedia sagt dazu: «Ein Schlaflabor ist eine Einrichtung oder ein Arrangement mit dem Ärzte den Schlaf von Patienten untersuchen».

Das bedeutet wie meist im System der modernen Medizin: Da gibt es keine Kommunikation auf Augenhöhe, die Macht liegt eindeutig bei den überwachenden und kontrollierenden Ärzten. Im «Leitfaden für die Akkreditierung von schlafmedizinischen Zentren der Deutschen Gesellschaft für Schlafforschung und Schlafmedizin (DGSM)» den ich im Internet gefunden habe, wird im Einzelnen beschrieben, welche Ausstattungsmerkmale für ein deutsches Schlaflabor amtlich vorgeschrieben sind. Unter anderem sind das, erstens: Der Überwachungsraum muss vom Patientenraum getrennt sein. Zweitens: Eine ausreichende Schallisolierung muss gewährleistet sein. Drittens: Abdunkelungsmöglichkeiten bis zur absoluten Dunkelheit ist erforderlich, ein Vorhang genügt in der Regel nicht. Natürlich sind Schallisolierung, Abdunkelung und trennende Distanz zwischen Herrschenden und Beherrschten im politischen Raum nicht erst in der Ära Merkel erfunden worden. All das hat es im schon immer gegeben und wird es wohl immer geben solange Menschen Politik machen.

Aber die «Politik der Stille», mit der Merks politischer Stil von ihren Apologeten überhöht wird, ihr virtuos Vermeiden kla-

rer und damit angreifbarer Positionen verdunkelt den gesamten politischen Raum. Probleme werden systematisch ausgeblendet, der Streit um die bessere Alternative wird lahm gelegt oder schallisoliert. Die «Politik der Stille» von Angela Merkel ist die späte Anti-These zu Willy Brandts «Mehr Demokratie wagen», mit der die SPD für wenige Jahre die politische Hegemonie in Deutschland hat behaupten können.

Martin Schulz hat Merkels Politik der Alternativlosigkeit völlig zurecht als Anschlag auf die Demokratie bezeichnet. Weil sie darauf setzt politische Akteure und vor allem das Publikum, den demos, den demokratischen Souverän, mit lauter Alternativ- und Belanglosigkeiten schläfrig zu machen und damit für die Herrschenden bequem zu halten.

Für diese Aussage muss er sich, wenn's nach mir geht, nicht entschuldigen. Sie trifft genau den wunden Punkt der Ära Merkel. Weil in den zwölf Jahren – wohl unvermeidlicher Weise – auch die anderen politischen Kräfte, natürlich und vor allem auch die SPD, durch diesen stillen Anschlag auf die Demokratie affiziert worden sind, ist es der Mühe wert diesen Aspekt der Ära Merkel etwas gründlicher zu betrachten.

Wir wissen, dass die evangelische, geschiedene, ostdeutsche und kinderlose Frau und Naturwissenschaftlerin von überragender Intelligenz und mit mittelmäßigen rhetorischen Fähigkeiten ausgestattet, fast zu hundert Prozent das Gegenbild zu dem ist, was man sich bis dato unter einer CDU-Politikerin vorgestellt hat. Dass genau diese Person zum historischen Glücksfall für eine ausgelaugte, von phantasielosen, aber dafür umso machtorientierteren Möchte-gern-Männern dominierte CDU werden konnte, lässt sich mit moderner Marketing-Theorie gut erklären.

Dort wird das Phänomen unter dem Stichwort «Paradessenz» verhandelt. Was ist damit gemeint? Produkte oder Personen, die über Paradessenz verfügen, vereinen zwei sich gegenseitig ausschließende Zustände und befriedigen sie simultan. Dabei wird ein Spannungsfeld aufgebaut, das wir in der Regel nicht bewusst wahrnehmen, das uns aber fasziniert ohne zu wissen warum.

Beispiele dafür sind die Achterbahn, die Nervenkitzel und Sicherheit zugleich bietet oder Kaffee, der als anregend und als entspannend zugleich vermarktet wird oder Harry Potter, der zaubern kann und trotzdem für eine Hausarbeit büffeln muss.

Die Paradessenz von Angela Merkel als einer CDU-Frau, die ganz anders ist als die herkömmliche CDU-Frau, hat es möglich gemacht ihre altbackene und erstarrte Partei, die sie von Kohl geerbt hatte, inhaltlich zu modernisieren und sie seit über zwölf Jahren an der Macht zu halten. Weil sie, das hat auch mich als alten Feministen damals fasziniert und begeistert, die westdeutschen CDU-Macho-Männchen mit dem Ziel Kanzleramt einen nach dem andern scheinbar mühelos abgeräumt hat. Weil sie einem auf der internationalen Ebene, neben den lächerlichen Paten- und Patriarchen-Figuren wie Berlusconi, Sarkozy, Erdogan, Trump wie ein Engel der Weisheit und Vernunft vorkommt.

Weil es endlich einmal nicht die verrückten Deutschen sind, die sich von einem Verrückten regieren lassen. Deshalb hat Merkel bei den Bundestagswahlen auch bei den SPD-Wählerinnen und -Wählern immer sehr hohe Zustimmungsraten gehabt. Und sie hat damit die SPD mit ihrer berühmten Strategie der asymmetrischen Demobilisierung, zu der wir auch im letzten Wahlkampf keine Einstellung gefunden haben, klein gehalten.

Die SPD-Ministerinnen und –Minister haben in den beiden großen Koalitionen – durchaus mit Merkels stiller Unterstützung – die Knochenarbeit geleistet und wichtige sozialdemokratische Projekte wie den Mindestlohn und die Reform des Gesundheitswesens durchsetzen können. Ich erinnere mich noch sehr gut daran wie Merkel der damaligen Gesundheitsministerin von der SPD, die politisch als KBW-Frau gestartet war, die eine wirkliche Kämpfernatur ist und die Merkel sehr imponiert hat, in einer Art unterirdischer Weiber-Koalition die Bälle zugespült hat.

Das Unterirdische in Merkels Politikstil ist übrigens nicht nur ein Erbe der DDR und entstammt auch nicht nur ihren Fähigkeiten als Quantenphysikerin. Mindestens so stark ist die Neigung zum Unterirdischen durch ihren Mentor Helmut Kohl bedingt. Der war damals so feige die Kosten der Wiedervereinigung, so wie es nach dem zweiten Weltkrieg gemacht worden war, über einen Lastenausgleich aufzubringen und damit gerecht zu verteilen. Stattdessen hat er, ohne viel darüber zu reden, klamm und heimlich die Sozialversicherungssysteme angezapft und die Lasten damit einseitig den Arbeitnehmern aufgedrückt.

Als die Sozialsysteme infolge des Konjunkturreinbruchs im Jahr 2001 am Zusammenbrechen waren, hat eine solche Katastrophe die rot-grüne Koalition nur noch mit einer Radikalkur verhindern können. Diese Radikalkur hat dann später zu ihrem Ende, zur inneren Lähmung der SPD sowie zum Aufstieg der Linkspartei geführt und ist einer der Bausteine der neokonservativ geprägten Wohlfühlwirtschaft der Ära Merkel. Richtig offen und ehrlich gemacht hat sich Merkel nur einmal. Mit dem lupenrein neokonservativen Leipziger Wahl-Programm zur Bundestagswahl 2005. Die hat sie des-

halb gegen den Kämpfer Gerhard Schröder, der damals diesen Braten und den Professor aus Heidelberg rechtzeitig gerochen und markiert hatte, um ein Haar verloren.

Deshalb sind in der Folge die entscheidenden politischen Weichenstellungen in der Ära Merkel weitgehend ohne die notwendige gründliche öffentliche Auseinandersetzung, eher überfallartig, alternativlos eben, erfolgt:

- Das Versagen des internationalen Finanzkapitals und der deutschen Banken wurde zusammen mit dem SPD-Finanzminister ohne großen öffentlichen Widerspruch zu Lasten der Steuerzahler bereinigt, also in eine Staatsschuldenkrise transformiert und später auch so umdefiniert.
- Auch die sich daraus entwickelnde Euro-Krise und die Verwerfungen im Euro-Raum sind im politischen Raum kaum kontrovers diskutiert worden. Das Entstehen der AfD als eine Professoren-Partei zu diesem Thema zeigt einerseits, dass unser demokratisches System solche Leerstellen nicht zulässt, also gut funktioniert. Andererseits muss sich Merkel heute deshalb zurecht als «Mutter der AfD» bezeichnen lassen.
- Die Abschaffung der Wehrpflicht und damit der Übergang zu einer Berufsarmee, ein Vorgang von historischer Tragweite, ist ohne ernsthafte öffentliche Debatte erfolgt. Auch die SPD hat hier erbärmlich versagt.
- Das Ende der Atomenergie, an der die Unionsparteien bis zuletzt eisern festgehalten hatten, wurde nach Fukushima mit der Sturzgeburt der sogenannten «Energiewende» herbeigeführt, bei der Milliarden verschleudert worden sind, die heute anderswo fehlen.

- Auch die Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Ehen, für die die Betroffenen so lange und vergeblich gekämpft hatten, ist denen nicht nach sorgfältiger öffentlicher Debatte zugewilligt worden, sondern in einer schäbigen und ziemlich unterirdischen Wahlkampf-Panik zustande gekommen.
- Der einsame Entschluss im Sommer 2015 für die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge aus dem Nahen Osten die deutschen Grenzen zu öffnen war vielleicht für eine deutsche Bundeskanzlerin wirklich alternativlos. Das war etwa die Meinung von Helmut Schmidt, der dazu noch befragt worden war.

Aber der darauf folgende staatliche Kontrollverlust über zwei Monate hinweg, war

es ganz und gar nicht. Das war ein unfassbares Politik- und Verwaltungsversagen, das bis heute politisch nachbebt. Angela Merkel und ihre Leute sind für dieses jämmerliche Versagen politisch verantwortlich. Mit diesem von aller Welt mit Staunen verfolgten staatlichen Kontrollverlust, das schlimmste was einem verantwortlichen Regierungschef passieren kann, hat Angela Merkel ihre «Politik der Stille» ganz überirdisch an die Wand gefahren. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist die späte Quittung dafür. Das Ende der politischen Ära Merkel ist eingeleitet.

Jetzt müssen wir schleunigst raus aus Dr. Merkels Schlaflabor. Wir müssen den politischen Raum wieder zur Streit- und Kampf-Arena machen. Statt Merkels «Politik der Stille» von Frau Dr. Merkel müssen wir jetzt wieder «Demokratie wagen».

Klaus Faber

Wissenschafts- und Infrastrukturperspektiven sowie ostdeutsche Interessen nach dem Scheitern des Jamaika-Projekts

Vor dem Sonntagabend am 19. 11. 2017 hatte kaum jemand mit dem Scheitern des Jamaika-Projekts gerechnet. Neuwahlen innerhalb der ersten Jahreshälfte 2018 wären ein Krisenzeichen für die deutsche Demokratie. Es geht dabei um eine Konstellation, wie sie es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nicht gegeben hat, auch wenn Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble meint, es gehe eher um eine Bewährungsprobe als um eine «Staatskrise», wie er es formuliert hat.

Der aus der Sozialdemokratie stammende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Lage unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten richtig beurteilt. Er übt mit seiner Gesprächsinitiative zur Regierungsbildung Funktionen in einer Ausnahmesituation aus, wie sie vor ihm kein Bundespräsident wahrgenommen hat. Vielleicht gelingt es ihm, eine problematische Neuwahl zu verhindern. Das schlechteste Ergebnis einer derartigen Neuwahl wäre die Stärkung der jetzt im Bundestag vorhandenen rechtsra-

dikalen «Populisten», eine weitere negative Folge die Vertiefung der Gegensätze unter den demokratischen Formationen im Bundestag und damit eine Behinderung der Bildung einer stabilen Regierung.

Das Motiv der Bundes-FDP-Führung, die Jamaika-Verhandlungen mit der Option einer Neuwahl platzen zu lassen, ist noch immer nicht ganz klar. Der Meinungsforscher Manfred Güllner (Forsa) sieht auch für die FDP in einer neuen Bundestagswahl erhebliche Risiken, anders als die aktuelle FDP-Leitung, die ihre eigene Position in der deutschen Politik offenbar überschätzt. Die Bundes-SPD blieb unter Martin Schulz zunächst nach bei ihrer Ablehnung einer Regierungsbeteiligung, abgesehen von dem Angebot von Andrea Nahles, eine Minderheitsregierung unter Führung der bisherigen Bundeskanzlerin Angela Merkel zu dulden. Was eine Bundestagsneuwahl 2018 für die SPD konkret bedeutet, können wir vor einem Wahlkampf noch nicht genau erkennen. Auch hier sind Risiken und damit verbundene negative Ergebnisse nicht auszuschließen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat im November 2017 eine Öffnung der Bundes-SPD für Gespräche mit der CDU/CSU auch unter Einschluss des Themas der Bildung einer neuen großen Koalition erreicht. Nach dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2017 werden die Verhandlungen, auch unter dem Erwartungsdruck von Medien und Umfragen, wohl ernsthaft aufgenommen.

Eine Minderheitsregierung wird es auf der Bundesebene wahrscheinlich nicht geben. Entscheidungsbedürfnisse auf der Bundesebene nicht nur in der Europa- und Außenpolitik verlangen eine handlungsfähige Bundesregierung, auf die viele Bürgerinnen und Bürger jetzt schon ungeduldig warten.

Eine Kenia-Koalition, also eine große Koalition unter Einschluss der GRÜNEN, wird es ebenso wenig geben. Die GRÜNEN werden keinen Grund erkennen, einer Koalition beizutreten, welche die GRÜNEN für die Mehrheitsbildung gar nicht braucht.

Ein Element der aktuellen politischen Auseinandersetzung bezieht sich auf die Bewertung der erzielten Kompromisse in den Jamaika-Sondierungen und ihrer möglichen Auswirkungen auf die künftigen Verhandlungen über eine weitere große Koalition. Es gibt dazu unterschiedliche Positionen. Eine deutlich negative Beurteilung kommt aus der aktuellen FDP-Führung.¹

Ein Hauptpunkt der FDP-Kritik bezieht sich darauf, dass die CDU/CSU in einer positiv angelegten Zusammenfassung der Jamaika-Kompromissergebnisse zu viele unbestimmte Abstrakta verwendet (FDP-Kritikbeispiel: «Mehr Kooperationen zwischen Kommunen, Ländern und Bund im Bildungsbereich»). Das gebe im Interesse einer «knallharten Machtpolitik» in der künftigen Regierungspraxis der Union die Möglichkeit, über kleine Partner hinwegzurollen. Eine derartige Lageanalyse hätte man bereits am Beginn der Sondierung vertreten können.² Es wäre danach wohl nur darum gegangen, den geeigneten Ausstiegszeitpunkt zu finden.

Man wird in keiner Koalitionsvereinbarung alles so detailliert formulieren können, dass es überhaupt keine auslegbaren Abstrakta gibt und alle Streitfragen definitiv ausgeräumt sind. Bei genauer Einzel-

1 Vgl. dazu Marco Buschmann, Wie Merkel mit kleinen Partnern umgeht, in: *FAZ*, 29. 11. 2017, S. 10; Buschmann war Mitglied des vierköpfigen Kernsondierungsteams der FDP.

2 So Buschmann a. a. O.

prüfung ergibt sich zudem ein komplexeres Bild für die Politikbewertung. Eine wesentliche Grundlage für die künftige Infrastrukturpolitik im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Digitalisierung sind z. B. für jede Bundesregierung die in der letzten großen Koalition und zuvor 2006 (zu Art. 91 b GG) beschlossenen Verfassungsänderungen zur gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung etwa im Wissenschafts- und Bildungsbe- reich. Diese Grundgesetzänderungen, die den bundesdeutschen Föderalismus ent- scheidend verändert haben, sind übrigens unter maßgeblicher Mitwirkung ostdeut- scher Bundestagsabgeordneter erfolgt (u. a. unter Beteiligung der Potsdamer SPD-Bun- destagsabgeordneter Andrea Wicklein).

Es bleibt in der Jamaika-Bilanz ein offe- ner Punkt in dieser Frage. Die FDP-Füh- rung meint, für eine erweiterte Finanzie- rungsbeteiligung des Bundes seien neue Verfassungsänderungen erforderlich.³ Uni- onsteile, u. a. der NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, sind demgegenüber der Auffassung, dass die vorhandenen Verfas- sungsgrundlagen ausreichen, wohl aber die Inhalte der neuen Bund-Länder-Vereinba- rungen und die Umsetzungspraxis geändert werden könnten und müssten. Es ist nicht sicher, ob eine neue große Koalition auf die- sem Gebiet eine weitere Grundgesetzän- derung ankündigen wird, wohl aber wahr- scheinlich, dass man sich wie in Jamaika auf eine Erhöhung und Verbesserung der Bund-Länder-Abkommen für Bildung, Wis- senschaft und Digitalisierung einigen wird. Wäre das ein schwacher Kompromiss?

Man sollte sich bei der Beurteilung der offenen verfassungsrechtlichen Jamaika- Fragen auch daran erinnern, dass bereits

vor der Wiedervereinigung Bund-Länder- Vereinbarungen zur Hochschulfinanzie- rung ohne spezifische Grundgesetzrege- lung abgeschlossen und umgesetzt wur- den. An diese Tradition knüpften nach der Wiedervereinigung ebenso die Bund-Län- der-Vereinbarungen zur ostdeutschen Hoch- schulförderung an. Man muss im Bund-Län- der-Finanzierungsbereich nicht immer auf Detail- und Maximalregelungen warten.

Die Jamaika-Ergebnisse werden auch die neuen CDU/CSU-SPD-Verhandlungen beeinflussen. Das gilt z. B. für die neue abge- stimmte CDU/CSU-Linie zur Asyl- und für eine geordnete Einwanderungspolitik (mit einem Einwanderungsgesetz). Diese Posi- tion wird die Union in die Verhandlungen einbringen. Die SPD wird andererseits kaum wie die GRÜNEN etwa eine Abschlussda- tierung für das Ende der Braunkohle- und Kohleförderung vorschlagen. In dem Ein- treten für eine aktive Europapolitik gibt es trotz der von der FDP vertretenen Kritik⁴ wohl eine über die große Koalition hinaus gehende Bundestagsmehrheit.

Die GRÜNEN haben nach dem Jamaika- Scheitern besonders darüber geklagt, dass die nach ihrer Auffassung guten Jamaika- Kompromisse zu Bildung, Digitalisierung und Wissenschaft nicht umgesetzt wer- den können. Es lohnt sich, auf diese Felder unter den Bedingungen der neuen Verhand- lungen für eine große Koalition einen Blick zu werfen. Hier gab es neben der Bundes- tagswahldebatte vielfältige Initiativen und Debatten im Bund-Länder-Sektor, auch par- teiübergreifend u. a. in Ostdeutschland, die bei einer Einschätzung der neuen Koali- tionsverhandlungen berücksichtigt werden sollten.

3 Siehe dazu wiederum Buschmann a. a. O.

4 Zu ungenau, vgl. Buschmann a. a. O.

Die ostdeutschen Länder haben auf der Basis der neuen Grundgesetzänderungen eine Konzeption vorgelegt, die für einen weiteren Ausbau der ostdeutschen Hochschulentwicklung wirbt. Mit den neuen Ostländervorstellungen von 2017 für die Bund-Länder-Finanzierung (vgl. Für eine sichere und leistungsgerechte Hochschulfinanzierung⁵) wird ein von Bund und Ländern getragenes Ausbauprogramm gefordert, für das sich regionale Wissenschaftsforen der Sozialdemokratie, z. B. das Wissenschaftsforum in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, schon seit längerer Zeit ausgesprochen haben. Es soll, so CDU- und SPD-geführte Landesregierungen, Teile mit einer Bund-Länder-Dauerfinanzierung umfassen. Das Programm erlaubt die Hochschulförderung in Peripheriesektoren und den Ausbau der Digitalisierung. Das ist auch wegen der möglichen Einwanderungsbewegungen aus dem deutschen, dem EU- und dem sonstigen internationalen Raum in den kommenden Jahrzehnten sinnvoll.

Die Stärkung der Wissenschaft war ebenso nach den bekannt gewordenen Kompromissergebnissen in den Jamaika-Verhandlungen ein wichtiger Punkt, was wohl auch für die Beratungen zur großen Koalition gelten wird. Damit sind nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie wichtige Realisierungsschritte für die soziale Gerechtigkeit verbunden. Neue Bund-Länder-Finanzierungsvereinbarungen können einen Beitrag dazu leisten, dass (unter Einschluss der Kitagebühren) der Zugang zu Bildungs- und Wissenschaftsangeboten möglichst kostenfrei organisiert werden kann. In die-

sem Zusammenhang kann Wissenschaft auch eine Integrationsaufgabe erfüllen. Das spricht für eine Wissenschaftsförderung, die mit einer innovativen und neu geregelten Einwanderungspolitik verknüpft ist.

Für eine sozial gerechte Wissenschaftsarchitektur muss der Bund unabhängig von der Jamaika-Frage nach einer weiteren Verfassungsänderung u. a. in der Finanzierung mehr Verantwortung für die Wissenschaft übernehmen. Die Länder sind, wie die Realität zeigt, in einigen Bereichen überfordert, ausreichende Angebote auch für strukturschwache Regionen ohne Bundeshilfe sicherzustellen.

Regionale Wissenschaftsdiskussionen haben in Senftenberg im Juli 2017 u. a. mit Vertretern der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg stattgefunden. Im Rahmen dieser Debatten ist klar geworden, welche entscheidende Rolle eine intakte Wissenschaftslandschaft für den anstehenden Strukturwandel der Lausitz als «ländlichem Raum» einnehmen kann. Durch eine Stärkung der Wissenschaftsstrukturen vor Ort können Veränderungen von Industriestrukturen durch die Entwicklung hochmoderner Technologien besser ausgeglichen werden. Die Hochschule bringt Entwicklungschancen in die Region. Bereits heute hat die BTU-Cottbus-Senftenberg eine wichtige Ausstrahlungsfunktion über die Staatsgrenzen hinweg. Die Hochschule nimmt hier eine Brückenfunktion zwischen den Wissenschaftsräumen Berlin, Dresden, Frankfurt (Oder) und polnischen sowie Gebieten in der Tschechischen Republik wahr. Bund und Land sollten sich zu ihrer Verantwortung für diese Art von ländlichen Räumen bekennen und entsprechende Mittel für den Ausbau und die Entwicklung der Hochschule bereitstellen. An der branden-

5 Vgl. <https://juso-hsg-cb-sfb.jimdo.com/aktuelles/f%C3%BCr-eine-sichere-und-leistungsgerechte-hochschulfinanzierung/>.

burgisch-polnischen Grenze ist zudem zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, mit Bundesunterstützung eine auch für Polen offene Fachhochschule zu gründen.

Der regionale Strukturwandel ist eine national angelegte Aufgabe, die nur mit einer engen Vernetzung aller Akteure bewältigt werden kann. Der Bund sollte daher Wissenschaftsstrukturen im ländlichen Raum besonders stärken, um auf diese Art und Weise eine ausgeglichene deutsche Entwicklung in allen Teilen des Landes sicherzustellen. Dies ist auch wichtig für den Kampf gegen gerade in unterentwickelten Gebieten weiter um sich greifenden Extremismus. Hochschulen haben ebenso wesentliche Aufgaben im Kampf gegen den Antisemitismus, dessen Bedeutung der neue Expertenbericht für Bundestag und Bundesregierung deutlich gemacht hat. Vierzig Prozent der deutschen Bevölkerung haben danach antisemitische Positionen gegen Israel.

Zur auch für die BTU und die Niederlausitz entscheidenden Bund-Länder-Kooperation zum deutschen Wissenschaftsausbau sind gute Zukunftskonzepte vorgelegt worden. Der von Hubertus Heil und anderen ausgearbeitete «Zukunftsvertrag Wissenschaft und Forschung» (vgl. Zukunftsvertrag Wissenschaft und Forschung mit sechs Bausteinen⁶) ist ein gemeinsamer Ansatz aus dem Bereich von Bund und Ländern für die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts. Er weist den erforderlichen Mix aus dauerhaften Elementen etwa für die Daueraufgaben in Lehre und Forschung, in der Bildungsförderung sowie für

das wissenschaftliche Hochleistungsrechnen auf, die auch nach 2030 fortgeführt werden. Er enthält befristete Maßnahmen z. B. im Bereich des Nachwuchses an Fachhochschulen, der Digitalisierung an Hochschulen, des Ausbaus beim studentischen Wohnraum oder der Stärkung der hochschulmedizinischen Forschung, deren Ziele bis 2030 erreichbar sind.

Den Themenbereich des Wissenschaftsausbaus und der entsprechenden Investitionen wird in der ostdeutschen Infrastrukturdebatte, aber z. B. ebenso in süddeutschen Regionen⁷ eine Rolle spielen. Bei allen regionalen Unterschieden gibt es in Ostdeutschland immer wieder gemeinsame, parteiübergreifende Ansätze. Zu ihnen gehören dem Inhalt nach jedenfalls partiell auch der bereits erwähnte Wissenschaftsaufbau nach den Vorschlägen von Hubertus Heil und anderen, Integrationsaufgaben der Hochschulen, höhere Studierendenzahlen, Bund-Länder-Initiativen für die Digitalisierung, Sonderprogramme für strukturschwache Gebiete und eine bessere Bund-Länder-Abstimmung. Auch ohne eine Koalitionsbeteiligung bleiben übrigens sozialdemokratisch geführte Landesregierungen in der Mitverantwortung für Regierungsabkommen zwischen Bund und Ländern. Ziel der Debatten muss es über die Koalitionsverhandlungen hinaus in jedem Fall sein, gemeinsam mit den lokalen Akteuren die Potenziale der Hochschulen für die Entwicklung vor Ort voranzubringen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird auf der Bundesebene in den verfassungspolitischen Fragen zur Regierungs-

6 Vgl. <https://juso-hsg-cb-sfb.jimdo.com/aktuelles/zukunftsvertrag-wissenschaft-und-forschung-mit-sechs-bausteinen/>.

7 Vgl. etwa zum Nachholbedarf im Hochschulbau Baden-Württembergs Heike Schmolli, Der Fluch des Sanierungsstaus, in: FAZ, 30. 11. 2017, S. 6.

bildung und zur Neuwahl großen Einfluss haben. Man kann Deutschland in diesem Sektor nicht ohne Vorbehalt mit den Niederlanden, Belgien oder Dänemark vergleichen. Die verfassungsrechtliche Abwehr eines leichten Zugangs zu vorgezogenen Neuwahlen beruht in Deutschland auch auf den Weimar-Erfahrungen. Die SPD muss die starke Bundespräsidentenposition in diesem Bereich realistisch einschätzen. Das gilt auch für seine Abneigung gegenüber

für Volksparteien vielleicht schädlichen Neuwahlen, die er, wenn er das will, publizistisch vermitteln kann.

Die Bedingungen für eine weitere große Koalition sind nicht in jeder Hinsicht mit früheren großkoalitionären Erfahrungen gleichzusetzen. Die SPD verfügt in einer neuen Koalition mit der Union gegenüber einer auch unionsintern geschwächten Kanzlerin über Einwirkungsmöglichkeiten, die es bislang nicht gab.

Christian Krell

Autoritärer Kapitalismus — und keine Kritik daran

Was die moderne Sozialdemokratie von Bernstein lernen kann

Es gibt eine Reihe nationaler Umstände, die zu den historisch schlechten Ergebnissen sozialdemokratischer Parteien in Europa beigetragen haben. Dazu gehören personelle Umstände wie etwa der Ballast, den der erratisch agierende französische Staatspräsident Hollande für seine eigene Parti Socialiste bedeutete. Dazu gehören grobe handwerkliche Fehler bei der Kampagnenplanung wie etwa die – wiederholt! – zu spät erfolgte Entscheidung in der deutschen Sozialdemokratie für einen Spitzenkandidaten oder die fatale Beauftragung zwielichtiger Figuren für Schmutzkampagnen, wie sie scheinbar bei der österreichischen SPÖ erfolgte. Und dazu gehören interne Streitigkeiten innerhalb der Parteien oder im linken Lager insgesamt, wie etwa die lange Zeit lähmenden Flügelkämpfe in der britischen Labour Party.

Diese Umstände haben jeweils zum schlechten Abschneiden und mitunter zum faktischen Tod dieser Parteien beigetragen. Zugleich ist der Niedergang der Sozialdemokratie ein europaweites Phänomen. Es gibt neben den jeweiligen nationalen Umständen eine Reihe von strukturellen Ursachen, mit denen fast alle sozialdemokratischen Parteien Europas konfrontiert sind. Eine dieser Ursachen soll hier angesprochen werden: Die verloren gegangene Fähigkeit der Sozialdemokratie zur Kapitalismuskritik.

Die Sozialdemokratie hat immer die spannungreiche Beziehung von Kapitalismus und Demokratie in den Blick genommen. Demokratie setzte Gleichheit voraus. One man, one vote. Es geht um gleiche Macht und gleiche Chancen, mitzuentcheiden und teilzuhaben am gesellschaftli-

chen Wohlstand. Kapitalismus aber erzeugt Ungleichheit. Gleiche Freiheit – das Kernanliegen der Sozialdemokratie seit ihren Gründungstagen – ist mit einem ungezügelten Kapitalismus nicht vereinbar. Dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis hat die politische Linke seit ihrem Aufkommen im 19. Jahrhundert immer beschäftigt. Dabei wurden zunächst vor allem Ansätze entwickelt, den Kapitalismus gänzlich zu überwinden. Die Überwindung des Kapitalismus und seiner zerstörerischen, Ungleichheiten potenzierenden Wirkungen wurde dabei unter Berufung auf Marx und in Deutschland popularisiert von Kautsky vor allem mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verbunden.

Bemerkenswert bei dieser an Marx angelehnten Kapitalismuskritik war, dass sie letztlich kein praktikables Konzept für die Überwindung des scharf kritisierten Kapitalismus anbot (vgl. Meyer 1973). Die von Hegel inspirierte Hoffnung, dass es durch Gesetzmäßigkeiten der Geschichte gewissermaßen zu einem revolutionären Sprung kommt, der auch den ökonomischen Modus der Gesellschaft komplett verändern würde, hatte eine religiöse Attraktivität. Sie versprach Erlösung, ganz sicher. Praktikable Hinweise darauf, wie im Hier und Jetzt der Kapitalismus zu gestalten oder zu überwinden sei, hatte sie indes nicht.

Einen entscheidenden Beitrag zur Frage des Übergangs lieferte der ausgebildete Bankkaufmann Eduard Bernstein. Als enger Freund und Vertrauter von Engels lernte er – wegen der Sozialistengesetze im Londoner Exil – von den britischen Fabianern, dass der Übergang hin zu einer anderen Wirtschaftsform nicht zwingend in einem historischen Umschlag erfolgen könne oder müsse, sondern dass auch ein evolutionä-

rer Übergang zu einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich sei. Bernsteins Beiträge zu einer Bändigung des Kapitalismus waren konkret inspiriert von dem von Beatrice und Sidney Webb verfassten Titel «Industrial Democracy». Sein Konzept der Wirtschaftsdemokratie umfasste dabei einen aktiven, investierenden und die Rahmenbedingungen planenden Staat, eine demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und den sukzessiven Ausbau von individuellem und kollektivem Arbeitsrecht (vgl. Vilmar 1978). Bernstein, der mit seinen Beiträgen auch Debattenbeiträge aus England, Frankreich und Italien aufgriff, hat in seinem evolutionären Konzept hin zu einer Wirtschaftsdemokratie darauf hingewiesen, dass es sowohl einer parlamentarischen Strategie bedürfe, als auch einer außerparlamentarischen, etwa in Form der Genossenschaftsbewegung. Eine Revolution sah er so schnell nicht kommen (vgl. Meyer 1977).

Die deutsche und europäische Sozialdemokratie hat viel von Bernstein übernommen. Sein Konzept des evolutionären Wegs hin zum Sozialismus, einem handlungsorientierten Reformsozialismus wurde zur gängigen Praxis in den allermeisten Ländern Europas. Sein Revisionismus hat letztlich die Marxsche Kapitalismuskritik produktiv gemacht.

In der deutschen und europäischen Sozialdemokratie hat sich so in einem längeren Entwicklungsprozess spätestens in den 1920er-Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass man den Kapitalismus zwar nicht brechen, aber immerhin ein ganzes Stück weit biegen kann und damit dem Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen maßgeblich näherkommt. Es ging darum, die produktiven Kräfte des Kapitalismus zu nut-

zen und seine zerstörerischen, Ungleichheiten befördernden Tendenzen einzuhegen. Neben Bernstein sind Rudolf Hilferding, aber auch Fritz Sternberg in diesem Zusammenhang zu nennen (vgl. Grebing/Scherer 2017).

Mit dieser Idee gelang es zunächst in Skandinavien und später auch in anderen Teilen Europas, das Spanungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie produktiv zu nutzen. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg konnten so einerseits Marktfreiheit und andererseits relative soziale Sicherheit und sozialer Austausch verwirklicht werden. Instrumente dafür war überwiegend der demokratisch regierte Nationalstaat und die gewerkschaftliche Organisation.

Ende der 1920er-Jahre wurde unter Leitung von Fritz Naphtalie für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund das Konzept einer Wirtschaftsdemokratie systematisch ausgearbeitet. Zentral war dabei die Vorstellung, dass es um «Gemeinwirtschaft für den Menschen (geht), und nicht der Mensch für die Wirtschaft». Die konkreten Forderungen dieses Konzept der Wirtschaftsdemokratie haben die Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Deutschland und anderen Teilen Europas in erheblichem Umfang auch nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt. So gelang es, den Kapitalismus zwar nicht zu brechen, aber ihn so zu bändigen, dass tatsächlich mehr Freiheitsspielräume für weite Teile der Bevölkerung entstanden.

Mit der Zeitenwende 1989, dem Aufkommen und Durchmarsch des Neoliberalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren und beschleunigt durch neue Technologien gewann eine neue Form des Kapitalismus an Bedeutung: Ein autoritärer, globaler und

digitaler Kapitalismus. Die Machtbalance zwischen demokratischer Politik und Kapitalismus löste sich auf in Richtung eines durchsetzungstarken und wirkmächtigen Kapitalismus. Nationale Schutzmechanismen, die für soziale Sicherheit und Ausgleich gesorgt haben, wurden dabei sukzessive ausgehebelt. Die europäische Sozialdemokratie hat darauf in den 1990er-Jahren keine kapitalismuskritische Antwort gefunden. Im Gegenteil: Der Mode der Zeit entsprechend wurden die Chancen der New Economy gefeiert. Dabei wurde einer doppelten Logik gefolgt: Erstens wurde als gegeben angenommen, dass die Globalisierung und der internationale Kapitalismus nicht veränderbar seien. Man könne diese Entwicklungen nicht stoppen oder gestalten, man müsse sich ihnen anpassen. Zweitens bestand die Hoffnung, dass die freigesetzten Märkte eine solche Produktivkraft entfalten würden, dass soziale Wohlfahrt und Arbeit für alle quasi automatisch entstünden.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, wie sie über Jahrzehnte prägend war für sozialdemokratische Parteien, wurde kaum mehr verfolgt; sie war zumindest nicht öffentlich wahrnehmbar. Diejenigen, die sich damit unverdrossen befassten – wie exemplarisch Peter von Oertzen oder Fritz Vilmar – wurden kaum mehr gehört und wandten sich enttäuscht ab (vgl. Grebing 2015). Damit wurde eine entscheidende Differenz zur politischen Rechten aufgegeben. Für die Wählermärkte bedeutete das, dass – wer nicht die radikale Linke wählen wollte – nur noch unterschiedliche Formen von unkritischer Kapitalismusbejahung wählen konnten.

Deshalb gelang es der Sozialdemokratie auch nach der Wirtschafts- und Finanz-

marktkrise seit 2008 und im Rahmen der zunehmenden Kritik am Neoliberalismus nicht, als diejenige Kraft wahrgenommen zu werden, die mit ihrem fast 150-jährigem Erfahrungsschatz an produktiver Einhegung des ungezügelter Kapitalismus nun das Heft des Handelns in die Hand nehmen sollte. Diese Tradition war nicht mehr erkennbar.

Das ist besonders fatal in Zeiten, in denen ein neuer digitaler Kapitalismus die Welt prägt. Digitale Technologien haben in nahezu allen Teilen der Erde nahezu alle Bereiche des Lebens durchdrungen. Geprägt wird diese Entwicklung von einigen wenigen Monopolisten, die somit über die wichtigsten Ressourcen unseres Zusammenlebens entscheiden und dabei vor allem Profite erwirtschaften wollen, unabhängig von den gesellschaftlichen Konsequenzen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass der beschleunigte Kapitalismus nicht nur einen materiellen Preis für signifikante Teile der Bevölkerung hat, der sich etwa in Form von Reallohnverlusten, abnehmender Tarifbindung oder fragileren Arbeitsbeziehungen äußert. Er hat auch zu einer mitunter permanenten Verunsicherung in und Abwertung von ganzen Teilen der Bevölkerung geführt. Der Soziologie Hartmut Rosa konstatiert in Zusammenhang damit ständige Unsicherheit und das Gefühl, das eigene Leben nicht mehr unter Kontrolle zu haben (Rosa 2005, 2012). Erwerbsbiographien werden brüchiger, es gibt wachsende Anforderungen an Mobilität und Flexibilität und nichts scheint mehr sicher oder planbar. Wer in ständiger Angst und Unsicherheit lebt, wer das Gefühl hat, ständig kämpfen zu müssen, um den einmal erreichten Status zumindest zu halten – der findet Halt im diffusen Identitätsangebot des Populismus.

Mit der Ohnmachtserfahrung gegenüber dem eigenen Leben geht das Gefühl einher, auch die eigene Umwelt nicht mehr gestalten zu können. Politik und politische Eliten scheinen nicht mehr – so die Wahrnehmung in einem Teil der Bevölkerung – auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Deren Stimme findet, so Rosa, keine Resonanz. Vielmehr werden die politischen EntscheidungsträgerInnen als abgehoben und elitär wahrgenommen. Sie erscheinen schlichtweg nicht als Akteure mittels derer das engere Umfeld im eigenen Interesse gestaltet werden kann.

Der europäischen Sozialdemokratie ist es grosso modo nicht gelungen, das Gefühl von Gestaltbarkeit und Steuerungsfähigkeit in Zeiten dieser mannigfaltigen Herausforderungen glaubhaft zu repräsentieren. Blocher, Le Pen oder Farage hingegen geben das Gefühl der Gestaltbarkeit zurück und sind gerade deshalb so attraktiv.

Der modernen Sozialdemokratie täte ein bisschen mehr Bernstein gut. Sie muss – ihrer Tradition folgend – die Kernkompetenz zurückgewinnen, die Widersprüche des Kapitalismus zum Nutzen für die gesamte Gesellschaft aufzulösen. Es gibt dazu im Übrigen neben Bernstein auch spannende, zeitgenössische Vorarbeiten (etwa bei Corneo 2014, aber auch sehr handlungsorientiert: Atkinson 2015). Die SPD muss diese ihr eigene Fähigkeit wieder in ein glaubhaftes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger übersetzen, an ihrer Seite auch die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung und Digitalisierung gestalten zu machen. Die moderne Sozialdemokratie steht also vor der Aufgabe, den Menschen Sicherheit, Wertschätzung und Selbstbestimmung des eigenen Lebens zurückgeben – auch und gerade in stürmischen Zeiten.

Literatur

- Atkinson, Anthony (2015): *Inequality. What can be done.* Havard.
- Corneo, I. Giacomo (2014): *Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme.* Wien.
- Grebing, Helga (2015): Peter von Oertzen. Die SPD nach links offenhalten. In: Krell, Christian (Hg.): *Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie.* Bonn. S. 263 – 268.
- Grebing, Helga / Scherer, Klaus-Jürgen (Hg.) (2017): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus.* Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist. Paderborn.
- Meyer, Thomas (1973): *Der Zwiespalt in der Marx-schen Emanzipationstheorie. Studie zur Rolle des proletarischen Subjekts,* Kronberg, Ts.
- Meyer, Thomas (1977): *Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus,* Bonn.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne.* Frankfurt a.M.
- Rosa, Hartmut (2012): *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik.* Berlin.
- Vilmar, Fritz (1978): *Beiträge Eduard Bernsteins zu einer Theorie der Wirtschaftsdemokratie.* In Heimann, Horst / Meyer, Thomas (Hg.): *Bernstein und der Demokratische Sozialismus.* Bonn. S. 333 – 345.

Horst Heimann

Das Elend linker Theorie und Diskurskultur – Ursache für den politischen Absturz der Sozialdemokratie

Oder: «Linksintellektuelle» und SPD: Ihr Beitrag zum Niedergang! – und zur Erneuerung einer intellektuell-politischen Linken?¹

Die folgenden Thesen zu diesem Thema wurden angeregt, u.a., durch die *Denkanstöße* von Franz Walter / Stine Marg, *Von der Emanzipation zur Meritokratie – Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie,* Göttingen 2013.

1 Zum Elend linker Theorie und Diskurskultur im Umfeld der Partei Die LINKE, vergl. H. Heimann, *Über die Bundestagswahl 2017 hinaus. Den Kapitalismus überwinden!?! (Zur Transformationsforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung),* in: *perspektivends*, 1/17.

(Das Buch gewann den «1. Platz in der Rubrik «Denkanstöße» des Damals-Wettbewerbs».)

Schon der Titel *Von der Emanzipation zur Meritokratie* deutet auf eine negative Bilanz der «150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung (und) Linksintellektuellen»: Das emanzipatorische Ziel, den Kapitalismus durch ein besseres System des Demokratischen Sozialismus zu überwinden, wurde nicht erreicht. Und, noch fataler: Auf der theoretisch-programmatischen Ebene habe die SPD das Fernziel Emanzipation aufgege-

ben und durch ein anderes «utopisches Versprechen» ersetzt, nämlich «die Utopie der meritokratischen Gesellschaft». Im Kapitel «Meritokratie statt Sozialismus» (S. 95–111) skizzieren die Autoren, unter Berufung auf Ralf Dahrendorf, das neue «utopische Versprechen»: Das Wort Meritokratie «spiegelt das innere Selbstverständnis und die Antriebsmotivationen in der breiten Mitte der bürgerlichen Gesellschaft wider.» Nicht Herkunft oder Glück, sondern «allein die Leistung» seien entscheidend. In diesem System habe jeder «die Möglichkeit, ... voranzukommen – wenn er sich mehr anstrengt als andere», wenn er «mehr als der Rest lernt, arbeitet und sich weiterbildet.» (S. 95) Und «Passepartout der Meritokratie» sei daher: «Bildung entscheidet, ist das Motto von Sozial- wie Christdemokraten, von Grünen und Freidemokraten.» (S. 96)

Bei den folgenden Analysen und The- sen geht es aber nicht um eine Rezension dieses anregenden, vor allem auch zum Widerspruch anregenden Buches über 150 Jahre Geschichte, sondern um die Zukunftsperspektiven von Arbeiterbewegung und Linksintellektuellen in Deutschland nach den «Schicksalswahlen» im Jahr 2017, durch die auch Deutschland verspätet den Anschluss an die globale Rechtswende und die Abkehr von den Ideen und Werten der Aufklärung vollbracht hat.² Diese «epochale Zäsur» stellt allen Linken die Frage: Kann die intellektuell- politische, demokratisch- sozialistische Linke – wenigstens in Westeuropa – wieder zu einem gesellschaftspoliti- schen Machtfaktor werden und das weitere

Abdriften in einen rechtsradikalen Abgrund aufhalten?

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage soll folgende These empirisch- argumentativ begründet werden: Theoretische Defizite und Irrtümer der Intellektuel- len, vor allem auch der Linksintellektuel- len, sind eine Hauptursache für den praktisch- politischen Niedergang und das Versagen der Gesamtlinken seit Ende des 20. Jahr- hunderts. Mit dem Begriff «Linksintellektu- elle» bezeichne ich jene «Linken» im enge- ren Sinne des Wortes «links», die in der Tra- dition eines orthodoxen Marxismus lange Zeit hegemonial waren und andere, vom Marxismus abweichende linke Intellektu- elle, wie z.B. Eduard Bernstein, nicht als «Linke» anerkannten, sondern als «Rechte» ausgrenzten oder sogar als Verräter brand- markten. Eine der überlebenden Publikati- onsreihen in der Tradition der «Linksintellek- tuellen im engeren Sinne», nämlich *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, repräsentiert noch ein Milieu jener Sozialdemokraten, die in dieser Tra- dition denken, kommunizieren und kritische Beiträge zu aktuellen politischen Proble- men und auch zu theoretisch-programma- tischen Grundsatzfragen publizieren. Aber die früher vorherrschende pauschale Intol- eranz gegenüber abweichenden Meinun- gen ist inzwischen einer pauschalen Tole- ranz gewichen.

Diese – bewusst oder unbewusst – in die- ser Tradition denkenden linken Sozialde- mokraten sind für eine theoretische Erne- erung deshalb so wichtig und notwendig, weil vor allem sie überhaupt die Notwendig- keit von Theorie für eine linke Praxis aner- kennen, während für die meisten Sozialde- mokraten, auch die Akademiker, Theorie zu einem unbekanntem Fremdwort geworden

2 Vergl. dazu ausführlich: H. Heimann, «Flüchtlings- politik» in Europa: Bankrotterklärung der politi- schen Klasse! – auch der Intellektuellen!?, in: *per- spektivends*, 1/16. Ders.: Eine epochale Zäsur. In: ebd. 2/16

ist. Und sie sind auch deshalb dazu in der Lage, weil sie frühere ideologische Scheuklappen abgelegt haben und eine schonungslose Bilanz der realen Lage ziehen. In Heft 221, 4 – 2017, mit dem Schwerpunktthema «Europäische Sozialdemokratie zwischen Krise und Erneuerung?» konstatieren Kai Burmeister u. a. , dass es sich «insofern (um) eine historische Krise» handelt, «als es schlichtweg um ihre Existenz ... geht.» (S. 13) Fast gleichlautend hatte auch Martin Schulz in seinem Mitgliederbrief vom 29. 9. 2017 festgestellt: «Es geht um die Existenz der deutschen und europäischen Sozialdemokratie.» (In Frankreich und den Niederlanden Absturz auf rund 6 Prozent.)

Obwohl viele Beiträge in *spw* sehr informativ und auch selbstkritisch sind, bleibt aber die für eine Erneuerung entscheidende Frage unterbelichtet, ob auch theoretische Irrtümer und Fehleinschätzungen zur «Existenzkrise» beigetragen haben könnten und daher korrigiert werden müssten. Das belegt auch Heft 220, 3 – 2017 von *spw* über das intensiv diskutierte Modethema

«Aktuelle Kapitalismusanalysen – neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung?!»

In der Einleitung zum Thema betonen Burmeister u. a. ausdrücklich den Aspekt einer Stärkung der Linken und der SPD. Bei der Darstellung von «verschiedenen Ansätzen» einer kritischen Kapitalismusanalyse wolle man «fragen, wie diese für eine produktive politische Diskussion nutzbar gemacht werden können. Zielsetzung ist dabei, die aktuellen Bewegungsgesetze des Kapitalismus besser zu verstehen, ... und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für linke, emanzipatorische Politik abzuleiten.»³ (Also für

das Ziel «Emanzipation» zu nutzen, das die SPD nach Meinung von Franz Walter nach 150 Jahren zugunsten des neuen Zieles «Meritokratie» aufgegeben hat.) Mit diesem Schwerpunktthema wolle die *spw* zugleich einen von ihr angestoßenen Kongress am 2. und 3. November 2017 in Berlin vorbereiten. (Inzwischen durchgeführt als Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel: «Digitaler Kapitalismus – Revolution oder Hype?»)

Obwohl im ganzen Heft die Autoren immer wieder auf den gewünschten Nutzen für eine bessere sozialdemokratische Politik hinweisen, deuten schon in der Einleitung einige Formulierungen an, dass man weiter an einem Urirrtum linksintellektueller Theorie festhält: Eine objektivistische Gesellschaftstheorie, die subjektive Faktoren, also den Überbau der Gesellschaft unterschätzt, zugunsten der ökonomischen Basis und des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts: Man habe «den technischen Fortschritt unter dem Schlagwort der Digitalisierung zum Ausgangspunkt für unseren Debattenimpuls ... gewählt» und lade die Leser zu einer kontroversen Debatte ein, und zwar mit der praxisorientierten Begründung: «Denn nur durch eine lebhaft Diskussions um die richtige Kapitalismusanalyse können Ansätze für eine wirkungsvolle und erfolgreiche linke Politik jenseits des tagespolitischen Taktierens in die Sozialdemokratie getragen werden.» (S. 27; zur Vereinfachung werden künftig Zitate nicht durch fortlaufende Fußnoten belegt, sondern nur durch die Seitenzahl in *spw* 3-2017). (Die «richtige Kapitalismusanalyse», also eine richtige Interpretation des realen Kapitalismus, als Voraussetzung für «erfolgreiche linke Politik» anzusehen, ist durchaus ein großer Fortschritt im Ver-

3 *spw* 3-2017, S. 26.

gleich zu jener Zeit, als Voraussetzung für die sozialistische Revolution nur die richtige marxistische Interpretation der 3 Bände *Das Kapital* von Karl Marx war. Und diese Revolution konnte nicht stattfinden, weil die Linksinтеллектуellen damals *Das Kapital* nur verschieden interpretiert haben, aber nie richtig.)

Trotz dieser kritischen Anmerkungen verdient der Beitrag von Benjamin Mikfeld und Thilo Scholle, «Debatten über Kapitalismus und gesellschaftliche Transformation – aktuelle Schlaglichter» (S. 28 ff.) höchstes Lob. Denn auf elf Seiten bietet er einen informativen Überblick über die unterschiedlichen aktuellen kapitalismuskritischen Debatten, und erspart dem Leser die langwierige Lektüre von rund 100 Büchern. (Einige sollte man trotzdem lesen!) Besonders hilfreich ist aber der Beitrag auch deshalb, weil er die zählbaren Fehleinschätzungen und Defizite linksintellektuellen Denkens deutlich dokumentiert, die Anregungen für linke emanzipatorische Praxis blockieren.

Im Abschnitt «Krise der Ökonomie, neue Verteilungsfragen, neue Unsicherheiten» (S. 28 ff.) haben die Autoren aus den vielfältigen wissenschaftlichen Kapitalismusanalysen prägnant die Fakten und Argumente zusammengefasst, die auch die publizistisch-politischen Debatten dominieren: «Wachsende soziale Spaltung», «Schere von Einkommen und Vermögen» klappt immer weiter auseinander, etc. (Ulrich Wehler, Thomas Piketty). Und sie verweisen auch ausdrücklich darauf, dass die Wirtschaftspolitik diese negativen Tendenzen verstärkte, weil sie «immer stärker darauf ausgerichtet ist, Einkommen, Vermögen und Privilegien den einflussreichsten gesellschaftlichen Gruppen zuzuteilen, ohne das langfristige Interesse der Gesellschaft als Ganzes zu wahren.»

(Fratzcher, S. 29) Und sie erwähnen jene Publikationen, teils Bestseller, die ein düsteres Bild der Gesellschaft malen, «in der es uns noch nie so gut ging», wie Politiker stolz verkünden: *Refeudalisierung des modernen Kapitalismus* (Sighard Neckel, 2016), *Die Abstiegs-gesellschaft* (Oliver Nachtwey, 2016), *Gesellschaft der Angst* (Heinz Bude 2014), *Die halbierte Meritokratie* (Steffen Mau 2015), der mit dem Urteil «Umschlag von einer Leistungs- in eine Besitzgesellschaft» die von Franz Walter ausführlich dargestellte Thematik «Meritokratie» als Ideologie kritisiert.

Kritisch erwähnen sie zwar, dass basisdemokratische Diskurse (Veränderung der Machtbalance zwischen Bürgern und Staat) auch in «rechtspopulistischen Kreisen präsent» sind. (S. 35) Aber sie sind nicht kritisch genug, um die Bestseller von zwei linksintellektuellen Meisterdenkern, (Jeremy Rifkin, *Die Null-Grenzkostengesellschaft*, 2014 und «aus marxistischer Perspektive» Paul Mason, *Postkapitalismus*), als deprimierende Höhepunkte für «Das Elend der linksintellektuellen Philosophie», bzw. der linksintellektuellen Kapitalismuskritik, zu erkennen. Denn für beide Autoren ist eine praktische Reformpolitik zur Überwindung des Kapitalismus im Überbau gar nicht mehr notwendig, weil das ja schon der wissenschaftlich-technische Fortschritt der ökonomischen Basis geleistet hat.

Urrirtum linksintellektuellen Denkens: Die technologisch-ökonomische Basis determiniert die Entwicklung der Gesellschaft unaufhaltsam Richtung Überwindung des Kapitalismus

Beide linksintellektuellen Meisterdenker haben den Urrirtum linksintellektuellen Denkens wiederbelebt, der immer verhindert hat, eine Alternative zum Kapitalis-

mus zu konzipieren und ein Programm für deren praktische Umsetzung mehrheitsfähig zu machen. Denn das ist völlig überflüssig, weil der unaufhaltsame wissenschaftlich-technologische Fortschritt der ökonomischen Basis den Kapitalismus überwindet. Dieser nach 1990 verlorene Glaube, das Ende des Kapitalismus ist nahe herbeigekommen, ist wieder «wissenschaftlich» begründet: Der Hype Digitalisierung hat bereits den Kapitalismus überwunden und ein alternatives und besseres System etabliert. Wir müssen es nur noch erkennen.

Ein Musterbeispiel für die Reanimation eines bescheidenen Geschichtsoptimismus ist der Beitrag von Arno Brandt: «Digitaler Kapitalismus – Dynamiken, Potenziale, Monopole.» (S. 39ff.) Anhand einer informativen Analyse zahlreicher Publikationen zur Digitalisierung stellt er «die Frage, ob wir uns am Beginn einer neuen Prosperitätskonstellation befinden.» (S. 40) Das wäre möglich, wenn «eine neue Produktivitäts- und Wachstumsdynamik» in Gang gesetzt werde, wodurch «sich die Verteilungsspielräume erweitern (würden)». (S. 41) Gegen diese positive Bewertung einer «neuen Produktivitäts- und Wachstumsdynamik» im «linken» Denken ist einzuwenden: Nach Erscheinen der *Grenzen des Wachstums* vom Club of Rome im Jahre 1972 hat sich bis weit in die rechte Mitte (also bis in die rechte SPD und die Mitte der Union), zunehmend die ökologische Erkenntnis ausgebreitet: Aufgabe verantwortungsbewusster Politik ist es nicht mehr, die Produktivkräfte von Fesseln zu befreien, sondern unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen, weil ihre ungehemmte Wachstumsdynamik zunehmend destruktiv wirkt.

Aber diese Hoffnung auf «erweiterte Verteilungsspielräume» durch «neue Produktivi-

täts- und Wachstumsdynamik» ist «postfaktisch»: Denn faktisch ist Ursache für die dramatisch wachsende Kluft zwischen Reich und Arm nicht der kleinere «Verteilungsspielraum» an der Basis im «vordigitalen» Kapitalismus, sondern der kleiner gewordene Einfluss sozialer und gemeinwohlorientierter Werte im Überbau. Dort haben sowohl brutale Diktatoren (z.B. in Chile) als auch demokratisch gewählte Politiker (in Europa und den USA) neoliberale Steuer- und Sozialreformen durchgesetzt und die «Verteilungsspielräume» radikal verengt: Fast das gesamte Wachstum, und auch alles, was die Volksvertreter dem ärmeren Teil des Volkes weggenommen haben (40 Prozent haben in Deutschland heute weniger als in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts), wird den Superreichen gegeben, denn nicht «Leistung», sondern «Geldgier muss sich wieder lohnen!» Faktisch wird im Überbau entschieden, ob auf der gleichen ökonomischen Basis ein Wohlfahrtsstaat – nicht entsteht –, sondern durch politische Akteure bewusst geschaffen wird, oder eine extrem ungleiche Gesellschaft mit vielen Armen und wenigen Superreichen, eine lebendige Demokratie mit Rechtsstaat und garantierten Menschenrechten oder eine mörderische Nazidiktatur.

Im Interesse einer neuen linken Reformpolitik ist es natürlich notwendig, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Kapitalismuskritik auszuwerten. Aber da ein großer Teil dieser Kapitalismuskritik politisch so ohnmächtig ist, verdient er das Urteil: Ein Kapitalismus der solche «Feinde» hat, braucht keine Freunde, um weiter noch effizienter blühen, gedeihen und ausbeuten zu können.⁴

4 Vergl. ausführlich: H. Heimann, Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, in: *perspektivends*, 2/13.

Das bestätigt mit einer empirischen Analyse des real existierenden «Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung» auch Mechtild Schrooten in ihrem Beitrag «Shareholder-Kapitalismus wird uns noch länger begleiten». (S. 55ff.) Gegen die Hoffnung auf die «progressiven Potenziale der Digitalisierung» begründet sie mit Fakten und Argumenten: «Der Shareholder-Kapitalismus (Renditemaximierungsgesellschaft) bleibt uns erhalten – er ist nur in eine neue Phase getreten.» (S. 59)

Nicht eine «neue Qualität des Kapitalismus», nur eine «bessere Qualität der intellektuellen Linken», kann Impulse für eine linke Reformpolitik schaffen, und zunächst die Ursachen für die Wahlniederlagen 2017 erkennen.

Gesellschaftliche Konfliktlinien und Absturz der Sozialdemokratie

Timo Grunden und Sascha Vogt sehen in ihrem Beitrag in *spw* 3-2017 (S. 8f.) die Ursachen für die überraschende Wahlniederlage der SPD im Mai 2017 in NRW zunächst in «vielleicht verschobenen gesellschaftlichen Konfliktlinien», nämlich: «Statt Wertkonservativ/Marktliberal vs. Progressiv/Sozialstaatlich nun Liberal/Globalisierungsfreundlich vs. Autoritär/Protektionistisch?» (S. 9) Obwohl sie andeuten, das könne auch die europaweiten Wahlerfolge von «Konservativen, Liberalen und Rechts-Autoritären» erklären, verwerfen sie aber diese Deutung und warnen die SPD zu Recht vor dieser Ideologie. Denn mit diesem geschönten Bild einer sowieso schon «progressiv-sozialstaatlichen», also gerechten Gesellschaft, erklärte der neoliberale Mainstream in Medien und Wissenschaften, aber auch viele SPD-Politiker, warum die SPD nach dem Schulz-Hype Februar/März 2017 von über 30 Prozent in den Umfragen bald

wieder abstürzte und am 24. September bei 20,5 landete.

Exemplarisch für das ständig wiederholte Mantra, dass man mit dem Thema Gerechtigkeit in einer gerechten Gesellschaft keine Wahlen gewinnen könne, sei hier der eher linke Parteienforscher Niedermayer zitiert, der am 26. Juni 2017 in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* erklärte: «Allein mit dem Thema soziale Gerechtigkeit gewinnt man keine Wahlen – schon gar nicht in einem Land, in dem die meisten Menschen sagen: «Mir geht es gut.»

Diese in der Mitte verbreitete Kritik am linken Wahlkampfeslogan von Martin Schulz, «Zeit für Gerechtigkeit», vertritt inzwischen auch Sigmar Gabriel, der Anfang 2017 Schulz inthronisiert hatte. In einem Interview mit der Wochenzeitung *Die ZEIT* vom 2. November 2017 nannte er «das Thema Gerechtigkeit» als einzige Ursache für die Wahlniederlagen 2017: Denn mit diesem Thema wollte sich die SPD nur von den Folgen «der Agenda 2010 ... endlich befreien.» Das war aber nicht das Problem der Wähler, «sondern ein Problem der Innensicht der SPD. Die hat dann das Programm mit 100 Prozent als eine Art Befreiung bejubelt, die Wähler nur zu 20 Prozent.» Obwohl Gabriel zu diesen 100 Prozent gehörte, hält er sich nicht auch dafür verantwortlich, dass die SPD wegen des Themas Gerechtigkeit die Wahlen 2017 verloren hat: «Ich habe das damals für einen Fehler gehalten – war aber weitgehend allein mit dieser Auffassung». Er war dagegen der Meinung, die SPD müsse «die Fragen (der Wähler) mit einem optimistischen Zukunftsentwurf beantworten», also wie Merkel! Das hatte die SPD schon einmal im Sommerloch 2015 mit ihrem neoliberalen Impulspapier «Starke Ideen für Deutschland 2025» getan, das bald ohne

Diskussion wieder verschwand, aber als Höhepunkt absoluter «Ideenlosigkeit» der SPD in Erinnerung behalten werden sollte.⁵

In einem Interview mit Der ZEIT vom 16. November 2017, u. a. über «die Fehler der SPD bei der Bundestagswahl», argumentierte Gerhard Schröder ähnlich wie Gabriel gegen die Wahlkampfstrategie für Gerechtigkeit als Ursache für die Wahlniederlage der SPD: Die SPD habe «ihre ökonomische Kompetenz nicht vermittelt». Zur Agendapolitik gehörte «ökonomische Kompetenz und Gerechtigkeit», aber: «Die »soziale Gerechtigkeit« allein hat 2017 nicht gezündet, weil die Menschen so große Gerechtigkeitsdefizite nicht gesehen haben.»

Obwohl die Wahlergebnisse 2017 bei oberflächlicher Betrachtung das Versagen des Themas Gerechtigkeit zu bestätigen scheinen, sprechen alle seriösen Meinungsumfragen gegen diese Deutung der Mehrheitsmeinung. Noch vor der Bundestagswahl am 24. September warben der Paritätische Gesamtverband und die Gewerkschaft Verdi für einen Politikwechsel, den sie unter Hinweis auf eine Umfrage Mitte August für möglich hielten. In der *Frankfurter Rundschau* vom 13. 9. wurden diese Ergebnisse zusammengefasst: «Drei Viertel der Bevölkerung halten die Verteilung des Reichtums in Deutschland für ungerecht und sprechen sich für eine stärkere Besteuerung der sehr hohen Einkommen und Vermögen aus.»⁶ Und Stefan Sauer folgert daraus in seinem Beitrag: «...ein Politikwechsel (wäre)

in der Tat mehrheitsfähig: 84 Prozent ... sprachen sich für höhere staatliche Investitionen gegen Altersarmut aus, 78 nannten den Bildungsbereich, 77 Prozent die Pflege, 73 Prozent bezahlbaren Wohnraum und 72 Prozent staatliche Hilfen für benachteiligte Jugendliche.» Auch die Mehrheit der CDU/CSU-Sympathisanten fordert mehr Gerechtigkeit: «74 Prozent der Unionsanhänger wollen große Vermögen oder sehr hohe Einkommen stärker besteuern, bei SPD, Linken und Grünen sind es knapp 90 Prozent, im Lager der FDP dagegen nur 36 Prozent.»⁷

Diese Zahlen und der «Schulz-Hype» Februar/März 2017 bestätigen die Meinung, ein glaubwürdiges Programm für «mehr Gerechtigkeit» wäre im September 2017 mehrheitsfähig gewesen. Mit seinem glaubwürdig wirkenden Bekenntnis zu «mehr Gerechtigkeit», verbunden mit einer ausdrücklichen Kritik an Schröders Agendapolitik, hatte Martin Schulz viele enttäuschte SPD-Wähler angesprochen und die Partei in den Umfragen auf die lichten Höhen der Union von über 30 Prozent gepuscht. Aber wenn sie bald danach wieder nachhaltig zurückfiel und am 24. September bei 20,5 Prozent landete, dann nicht etwa deshalb, weil die Wähler das Gerede von mehr Gerechtigkeit nicht mehr hören wollten, sondern weil sie immer weniger daran glaubten, dass die SPD tatsächlich ernsthaft «mehr Gerechtigkeit wagen» wolle: Die stürmischen Ovationen für den Agenda-Politiker Schröder auf dem SPD-Parteitag in Dortmund machten die Kritik von Schulz an der neoliberalen Agendapolitik unglaubwürdig. Und da er sich in den Landtagswahlkämpfen eher zurückhalten musste, konnte er, vor allem im kraftlosen NRW-Wahlkampf, sein

5 Vergl. ausführlich: H. Heimann, Plädoyer für einen Politikwechsel 2017 – gegen «Weiter so» mit «Star-ken Ideen», in: *spw* Heft 210, 5/2015.

6 «Reiche stärker in die Verantwortung – Mehrheit der Bürger fordert höhere Steuern für Vermögende und mehr Geld für Soziales», in *Frankfurter Rundschau*, 13. 9. 2017.

7 Ebd.

Thema Gerechtigkeit nicht inhaltlich überzeugend konkretisieren.

Die oben referierte Absage des Ex-Parteivorsitzenden Gabriel an ein Programm für Gerechtigkeit bestätigt nur, dass viele Wähler zu Recht an der Ernsthaftigkeit der Gerechtigkeitsrhetorik gezweifelt haben, obwohl – laut Gabriel – «100 Prozent» der SPD-Repräsentanten das Programm für mehr Gerechtigkeit «bejubelt» hatten. Denn zu diesen «100 Prozent» gehörten auch viele nach wie vor begeisterte Anhänger der Agendapolitik. Und diese «bejubelten» nicht die Korrektur dieser neoliberalen Politik, sondern das «Wunder von Würselen», von dem sie – laut Meinungsumfragen – viele Mandate, Posten und Dienstwagen erhofften, aber keine höheren Hartz-IV-Sätze.

Wenn die plötzliche Linkswende der SPD mit Schulz Anfang 2017 nicht nachhaltig zu besseren Umfrage- und Wahlergebnissen führte, so auch deshalb, weil sie nur ein verzweifelter Rettungsversuch des Vorsitzenden Gabriel war. Die Linkswende Ende der 60er- und Anfang der 1970er-Jahre, die die SPD 1972 mit 45,8 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von 91 Prozent, zur stärksten Partei machte, war dagegen das Werk zigtausender aktiver Sozialdemokraten, die in einem intensiven und kontroversen Diskussionsprozess den Politikwechsel gegen starke Widerstände in der Partei und in der Gesellschaft durchsetzten. Nur dank großer intellektueller Anstrengungen in Partei und Gesellschaft wurde die SPD von einer antikommunistischen Partei zu einer Partei der Entspannungs- und Friedenspolitik, von einer Partei des gesellschaftlichen Status quo zu einer Partei des Demokratischen Sozialismus, die den Kapitalismus durch eine neue und bessere Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft überwinden wollte.

Für eine bessere Zukunft im 21. Jahrhundert braucht Deutschland einen Politikwechsel, der umfassender ist als der Wechsel der SPD in die Opposition. Da nur mit einer Machtoption ein Politikwechsel mehrheitsfähig werden kann, müssen die drei relativ linken Parteien regierungs- und koalitionswillig und -fähig werden. Und inhaltlich muss soziale Gerechtigkeit wieder zum glaubwürdigen Kern linker Parteien werden, die gemeinsam an der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie Wohlfahrtsstaat gegen neoliberalen Sozialabbau kämpfen, um die abgehängten Unterschichten wieder in eine gerechter werdende Gesellschaft zu integrieren.

Über das Thema «Unterschichten» gibt es in allen Parteien, auch in den linken, und auch in der Gesellschaft viele Unklarheiten, Widersprüche und Verunsicherungen. Das schadet weltweit vor allem linken Parteien. Widersprüchlich ist das Verhältnis zum Prekariat nicht nur zwischen verschiedenen linken Intellektuellen, sondern sogar innerhalb ein und derselben Person, wie z. B. Franz Walter und Stine Marg. In ihrem Buch kritisieren sie einerseits die Ideologie der Meritokratie, benutzen aber andererseits zustimmend deren Argumentation, um die Schuld an der wachsenden Ungleichheit und Armut den «neuen Verlierern» in die Schuhe zu schieben und die neoliberale Politik, die sie an anderer Stelle kritisieren, von jeglicher Verantwortung freizusprechen: «Die Arbeiterklasse spaltet sich auf ... einerseits in die Gewinner, welche die zuvor initiierten Bildungsreformen beherzt nutzten und Aufstiegschancen besonders innerhalb des Öffentlichen Dienstes wahrnahmen; andererseits die neuen Verlierer, welche an den Bildungsanstrengungen nicht teilnahmen oder daran scheiterten, jedenfalls zunehmend weniger,

auf Grund geringer Qualifikation, beruflich gebraucht wurden.»⁸ (Offensichtlich hatte das auch CDU-Generalsekretär Tauber gelesen, sodass er im Wahlkampf einen Arbeitslosen mit dem Tweet gleichen Inhalts beleidigen konnte: «Wenn sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen sie keine drei Minijobs.»)⁹

In der Zeitschrift *spw* wurde einerseits klar erkannt, dass die Linke ihre Zwiespältigkeiten gegenüber den Unterschichten beseitigen muss: Im Leitartikel von *spw* 3-2017, (S. 4) konstatiert Uwe Kremer einen «wohl als historisch zu bezeichnenden Zerfallsprozess der internationalen Sozialdemokratie», sieht aber auch ermutigende Zeichen in den Wahlergebnissen in Großbritannien: Der erneuerten Labour Party sei im Wahlkampf der «schlachtscheidende Brückenschlag» ... gelungen, nämlich «zwischen den ... unterprivilegierten Schichten und den überwiegend gut ausgebildeten, in ihren Lebenswegen aber bedrohten, nach sinnstiftenden Perspektiven suchenden und hierbei europa- und weltoffenen jungen Menschen.» Ein solcher «Brückenschlag» wäre in der Tat «schlachtscheidend», eine Voraussetzung für einen politischen Wiederaufstieg der Sozialdemokratie. Doch leider findet man auch im linken Milieu, auch in *spw*:

«Unterschichten-Bashing» von links statt «schlachtscheidendem Brückenschlag»

Selbst in Kremers Appell für einen «Brückenschlag» wird eine widersprüchliche und zwiespältige Einschätzung der «unter-

privilegierten Schichten» deutlich, wenn er ihnen pauschal vorwirft, «in ihrer Frustration vielfach zu nationalpopulistischen Positionen (zu neigen)». Auch andere Beiträge in *spw* dokumentieren eine unklare und zwiespältige Haltung zum Thema Unterschichten und Rechtspopulismus, also auch zur Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit: In Heft 3 – 2015 und 4 – 2016 hat die *spw* gute Analysen veröffentlicht, die den Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Aufstieg des Rechtspopulismus herausgearbeitet haben, mit dem Fazit: Die neoliberale Politik der demokratischen Eliten hat den Nährboden für den Aufstieg der antideмократischen Rechtspopulisten geschaffen. Aber daneben gibt es auch starke Tendenzen, im Sinne der meritokratischen Ideologie, die Unterschichten wegen ihrer intellektuell-moralischen Mängel für ihre prekäre Lage selbst verantwortlich zu machen, und damit auch für den Aufstieg des Rechtspopulismus.

Max Reinhardt referiert und zitiert in seinem Beitrag (*spw* 3 – 2015, S. 26 ff.) vor allem Ergebnisse der Habitusforschung von Michael Vester: Zu Rechtspopulisten wurden vor allem «Modernisierungsverlierer», pauschal «das Enttäuscht-Autoritäre Lager (ca. 27 Prozent)», also die «Verlierer der ökonomischen Modernisierung (d.h. des wünschenswerten technologisch-ökonomischen Fortschritts, H.H.) ... , Menschen mit wenig Bildungskapital und unsicheren Zukunftsperspektiven. Sie verarbeiten ihre Ausgrenzung – anders als die demokratische Mitte – nach autoritären Mustern, mit Ressentiments gegen Ausländer, alles Moderne und die Politiker, die ihre Fürsorgepflichten vernachlässigen. ... Ihrem Habitus nach stehen sie den Rechtspopulisten nahe. Aus Realismus haben sie aber traditionell meist die

8 Franz Walter / Stine Marg, *Von der Emanzipation zur Meritokratie*, Göttingen 2013, S. 125 f.

9 Tauber vertippt sich, in *Frankfurter Rundschau*, 5. Juli 2017.

großen Volksparteien gewählt, weil diese faktisch mehr für sie tun können. Bei Enttäuschung können sie, wegen der fehlenden inneren Bindung, aber auch vergleichsweise rasch von der SPD zur CDU/CSU (oder umgekehrt), zu den Nichtwählern oder den Rechtspopulisten wechseln.» (zitiert S. 29) Wenn sie also nicht mehr SPD oder CDU/CSU wählen, dann liegt das nicht an möglichen Fehlern dieser Parteien, sondern an «der fehlenden inneren Bindung» dieser Wähler an die Parteien, d.h. sie waren nie echte Sozial- oder Christdemokraten, sondern nach ihrem Habitus schon immer verkappte Rechtspopulisten, die jetzt endlich ihr wahres Gesicht zeigen. Statt ihr persönliches Versagen zu erkennen, «(werden dann) die Dynamiken des sozialen Raums für die eigene Lage verantwortlich gemacht.» Und: «Sie wollen gegen die Risiken des Strukturwandels durch eine protektionistische Wirtschaftspolitik und eine restriktive Zuwanderungspolitik geschützt werden», (wie z. B. die «Enttäuscht-Autoritären Modernisierungsverlierer» Seehofer, sein Freund Orban oder Trump, «mit wenig Bildungskapital». H. H.)

Aus den Erkenntnissen der Habitusforschung von Vester zieht Reinhardt einerseits die Schlussfolgerung: «Die linken Parteien dürfen nicht den Fehler begehen zu glauben, dass sie die Enttäuscht-Autoritären ernsthaft repräsentieren können.» Mit meinen Worten begründet: Da diese ja nicht erst durch aktuelle rechtspopulistische Agitation im Überbau zu AfD-Anhängern geworden sind, sondern seit vielen Generationen «ihrem Habitus nach den Rechtspopulisten nahestehen», können sie auch nicht mit guten Argumenten für demokratische Parteien zurückgewonnen werden. «Autoritäre Habitus haben lange Traditionslinien, bspw. zum feudalen Denken.» (Reinhardt

S. 28) Wenn diese «Habitus-These» stimmt, dann ist der von Kremer mit guten Gründen geforderte und für die Linke notwendige «schlachtentscheidende Brückenschlag» zu den «unterprivilegierten Schichten» nicht möglich, da sie seit dem Feudalismus «nach ihrem Habitus» unwiederbringlich für emanzipatorische Politik verloren sind.

Aus dieser Sackgasse sucht Reinhardt einen Ausweg: Er zitiert zwar unwidersprochen zustimmend die Ergebnisse der Habitusforschung von Vester, formuliert aber ganz andere Einschätzungen der «unterprivilegierten Schichten», zu denen die *spw*-Linke wieder Zugang finden möchte: Untersuchungen über Pegida, wo «umfassende Habitusstudien noch ausstehen», zeigen, «dass nicht die «Abgedrängten» oder «Abgehängten» demonstrieren, sondern «mittlere soziale Milieus». (S. 30) Und noch deutlicher im Widerspruch zu den Behauptungen der Habitusforschung: Rechtspopulismus «wird nicht von einem politikverdrossenen Prekariat, sondern vor allem von kleinbürgerlich und bürgerlich Enttäuscht-Autoritären mit veralteten Ressentiments getragen.» (S. 33)

Das Elend linker Diskursmentalität – und (k)ein neues «Narrativ»

Wenn Reinhardt die Unterschichten ganz anders beurteilt als Vester, aber dennoch die ganz anderen Bewertungen Vesters unwidersprochen und zustimmend zitiert, dann ist das ein Symptom für das Elend linker Diskursmentalität: Seit die «politischen Gewissheiten verloren gingen», darf auch in jeder linken Scientific Community oder «Echokammer» jeder zwar alles sagen und schreiben, auch die Unterschichten pauschal diffamieren und beleidigen. Aber er darf nicht die Meinung eines anderen Mitglieds der eigenen Community grundsätz-

lich kritisieren, auch wenn es sich um neo-liberale oder sozialdarwinistische Meinungen handelt. Denn das wird als persönlicher Angriff auf ein Community-Mitglied verurteilt, aber nicht als diskussionswürdige Kritik an einer anderen Meinung begrüßt. Diese diskussionsfeindliche Mentalität verhindert die Korrektur von Fehleinschätzungen und Erkenntnisfortschritte, die notwendig sind, wenn die plurale Linke ihrem seit Jahrzehnten beschworenem Ziel näher kommen will, nämlich ein «neues Narrativ» für linke Politik, also eine «neue Erzählung» zu finden, auch «neuer Deutungsrahmen» genannt.

Schon in Heft 205, 6/2014, erschienen unter dem Schwerpunktthema «SPD-Linke: Politik und Strategie» in *spw* mehrere kritische und anregende Beiträge für eine produktive Grundsatzdiskussion. Gerd Mielke analysierte in seinem Beitrag (S. 20 ff.) das entscheidende Problem: Als Voraussetzung für Wahlerfolge und eine erfolgreiche Politik fehle der Linken ein «neues Narrativ», das er sinnvoll aber «Deutungsrahmen» nennt, nämlich: «Einrahmung und Einbettung einzelner politischer Botschaften und Vorkommnisse, aber auch bestimmter Akteure in ein umfassendes Bedeutungsumfeld.» (S. 22)

140 Jahre folgte die «sozialdemokratische Gesellschaftspolitik» (S. 23) dem «historisch gewachsenen Deutungsrahmen einer am Arbeitnehmerwohl ausgerichteten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatspolitik.» (S. 22) Dieser «Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» war Grundlage für die Erfolge der SPD bis zur Jahrhundertwende. «Die Agenda-Politik unter Schröder und Müntefering hat» diesen Deutungsrahmen «in wesentlichen Teilen für obsolet erklärt.» (S. 23) Wie eine Erklärung für die Wahlergebnisse im Wahljahr 2017 wirkt folgende Argumentation Mielkes: Politische Vorstöße

der SPD verfehlen ihre Wirkung, «weil sie sich nicht glaubhaft in einen politischen Deutungsrahmen einfügen lassen» oder weil der «neue Deutungsrahmen von vornherein Misstrauen gegen zahlreiche politische Initiativen der SPD erzeugt hat.» (S. 22)

In *spw* Heft 213, 2/2016, (S. 57 ff.) habe ich in meinem Beitrag «Wo bitte geht's hier zu den Wählern?» Mielkes «Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» vehement unterstützt und mit Fakten und Argumenten für die Formulierung einer praxisorientierten Gesellschaftstheorie und Reformstrategie präzisiert: Die neoliberale Politik hat den nach 1945 erkämpften «Klassen- und Sozialstaatskompromiss» aufgekündigt und den Wohlfahrtsstaat zurückgebaut «zu den Klasesengesellschaften des 19. Jahrhunderts.» (Piketty)

In einem an Fakten und Argumenten reichen und diskussionswürdigen Beitrag (*spw* Heft 215, 4/2016) knüpft Benjamin Mikfeld an mein Plädoyer für den «Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» in *spw* 213 an, um mir «teilweise zustimmend zu widersprechen». (S. 50) Aber eindeutig ist seine grundsätzlich konträre Einschätzung: «Es (wird) nicht funktionieren, den alten «Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» der Sozialdemokratie wieder zu aktivieren.» (S. 50) Die Begründungen für seine klare Ablehnung des «Deutungsrahmens Wohlfahrtsstaat» deuten aber auf eine neue «Interpretation sozialer Wirklichkeit», in Richtung einer neuen, eindeutig nach rechts verschobenen Gesellschaftstheorie:

Linksintellektuelle Tradition in Richtung neo-liberale Gesellschaftstheorie und Agenda 2010?!

Mikfeld nennt zwar noch keinen neuen Begriff für seinen «neuen Deutungsrahmen». Aber er lehnt den traditionellen

«Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» ab, weil er die sozialen Strukturen, vor allem die «unterprivilegierten Schichten» und die «modernen aufstrebenden Gruppen», anders beurteilt. (S. 50) Auch die von ihm zitierte sozialwissenschaftliche Literatur deutet auf eine Hinwendung linken Denkens zur neoliberalen Gesellschaftstheorie, die geeignet wäre, die praktische Agendapolitik theoretisch zu begründen:

Er lehnt den Begriff «Klassengesellschaft» ab, weil die Betonung der Spaltung zwischen Oben und Unten «den Blick für die alten und neuen Spaltungs- und Distinktionslinien» versperre, z. B. «die ungleiche Fähigkeit und Bereitschaft, sich in den Bewährungsproben des beschleunigten Kapitalismus zu behaupten», wie Peter Glotz schon 1999 erkannt hatte. (S. 51) Diese neue Konfliktlinie habe der Sozialforscher Carsten Wippermann auch in der «Arbeitnehmermitte» diagnostiziert, und zwar zwischen denen, «die nach mehr Konstanz und Verlässlichkeit streben und denjenigen, die flexibel Marktchancen zu ergreifen versuchen.» Diese sozialen Gruppen, die als Fitteste im Wettbewerb zu den Gewinnern gehören, weil sie als marktkonforme Menschen «flexibel Marktchancen ergreifen», sind wohl die «modernen aufstrebenden Gruppen», die Mikfeld einbeziehen möchte, um einen «neuen Deutungsrahmen» für linke Politik zu finden. Diese sozialen Gruppen gibt es tatsächlich. Es sind die «Besserverdienenden», jene FDP-Wähler, die sich zur Oberklasse gehörig fühlen und auf keinen Fall einen in *spw* gewünschten «Brückenschlag» zu den unterprivilegierten Schichten akzeptieren würden.

Und diese «aufstrebenden Gruppen» brauchen auch keinen «neuen Deutungsrahmen», denn sie haben einen im Sozi-

aldarwinismus und Neoliberalismus. Und sie haben, wie z. B. Bodo Hombach mit dem Schröder-Blair-Papier, erfolgreich dabei mitgewirkt, den «alten Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» durch einen neuen für die Agenda-Politik zu ersetzen, der die SPD-Wähler immer mehr enttäuschte, sodass von über 20 Millionen nur noch weniger als 10 Millionen übriggeblieben sind. (Die hier zusammengefasste Kritik ist ausführlicher enthalten in meinem letzten Beitrag «Vorwärts zur Theoriediskussion! Antworten auf Benjamin Mikfeld ... in *spw* Heft 215, 4/2016», in *spw* Heft 217, 6/2016.)

Die in *spw* angestoßene Diskussion über einen «neuen Deutungsrahmen» oder ein «neues Narrativ» hat das «Strategieproblem» noch nicht gelöst, das Mikfeld diagnostiziert hatte, nämlich, «dass die SPD nicht mehr in der Lage ist, sich ... mit relevanten Teilen der Gesellschaft auf eine Interpretation sozialer Wirklichkeit und die daraus resultierenden politischen Schlussfolgerungen zu verständigen.» (*spw* 215, 4/2016, S. 57) Leider ist zur Lösung dieses Strategieproblems gegenwärtig auch keine Hilfe von der *spw*-Linken zu erwarten. Denn aus den von Mikfeld u. a. angebotenen Versatzstücken für eine neue «Interpretation der sozialen Wirklichkeit» kann man nur «politische Schlussfolgerungen» ziehen, die auch Schröder und seine Anhänger noch immer ziehen: Zurück zur Agenda 2010, «die Deutschland vorangebracht hat». Denn mit den Elementen einer meritokratisch-sozialdarwinistischen Gesellschaftstheorie kann man zwar die Arbeitsmarktreformen mit dem Slogan «Fördern und Fordern» theoretisch begründen, aber nicht die Forderung nach mehr Gerechtigkeit. Denn mit diesen Reformen und den höheren Ausgaben für Bildung hat die Politik ja ihr Versprechen des Förderns erfüllt. Aber viele

Absteiger haben die geforderte Gegenleistung, die Bildungschancen zu nutzen, nicht erbracht und sind auf der Strecke geblieben, weil sie nur das gar nicht bestehende «Recht auf Faulheit» fleißig genutzt haben.

Während in der bisherigen Geschichte die theoretischen Positionen der SPD immer links von ihrer praktischen Politik und ihren konkreten tagespolitischen Forderungen angesiedelt waren, sind in der *spw*-Linken erstmals ihre Theorie-Versatzstücke weit rechts von ihren praktisch-politischen Positionen zu finden. Denn alle *spw*-Beiträgen zur praktischen Politik distanzieren sich von der neoliberalen Agendapolitik und plädieren für eine weiter links orientierte Politik, in der der Markenkern soziale Gerechtigkeit wieder glaubwürdig wird.

Da die *spw*-Linke über kein Konzept für eine konsensfähige «Interpretation der sozialen Wirklichkeit» verfügt, kann sie auch weder einen «neuen» noch überhaupt einen «Deutungsrahmen der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit» anbieten, den «eine mehrheitsfähige SPD braucht», wie Mikfeld richtig erkannt hat. (S. 54) Angesichts der nachhaltigen Theoriedefizite ist einerseits kaum eine Besserung zu erwarten. Andererseits wäre eine theoretische Erneuerung möglich, weil in *spw* sogar die Ursachen für theoretische Orientierungsprobleme, für Verunsicherungen und Desorientierungen wenigstens im Ansatz erklärt wurden, und zwar von Mikfeld und Scholle, und auch von Uwe Kremer.

«Verlust politischer Gewissheiten» –

kein Verlust, sondern eine Chance für die Linke!!

Warum Desorientierung und Verunsicherung entstanden sind, erklären Mikfeld und Scholle mit dem Hinweis auf die reale gesellschaftliche Entwicklung in *spw*, Heft

220, 3 – 2017: «Wir erleben Zeiten dynamischer Veränderungen und großer Unsicherheiten, die durch den Verlust politischer Gewissheiten begleitet werden.» (S. 28)

Um welche verlorene «politische Gewissheit» es dabei geht, hat schon Uwe Kremer in einem Interview mit *spw* Heft 205, 6/2014, (S. 93 ff.) zutreffend beschrieben: Er kritisiert, dass es «nicht zu einer wirklichen Verarbeitung des sowjetischen Desasters» kam und konstatiert, «dass in der marxistisch geprägten Linken bis dato eine Art epochales Denken wesentlich war. Man sah sich in einer Art der großen Umbrüche und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.» (Mit anderen Worten: Der Glaube, wir befinden uns in der historischen Entwicklungsphase «des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus», war die «Gesellschafts- und Geschichtstheorie», an der sich Linke orientieren konnten.) Aber mit dem Ende der Sowjetunion «war plötzlich der sozialistische Weltgeist verschwunden und hinterließ eine große Leere.» (Mit andern Worten: Diese optimistische «Gesellschafts- und Geschichtstheorie» war plötzlich durch die historische Entwicklung widerlegt, falsifiziert worden.)

Der «Verlust» der Gewissheit vom baldigen Sieg des Sozialismus hinterließ nicht nur kurzfristig «eine große Leere», sondern nachhaltig: «Diese Leere (wurde) in der *spw* niemals mehr aufgefüllt». Und man muss hinzufügen: Es gibt auch bis heute in *spw* keine Bemühungen, nicht einmal ein Interesse daran, diese «große Leere» je wieder aufzufüllen. Denn um diese «Leere wieder aufzufüllen», wäre es notwendig, einen der fatalsten Urirrtümer linksintellektuellen Denkens zu korrigieren, nämlich den Irrglauben, dass es «politische Gewissheiten» geben könne. In einem kritisch-rationalen Diskussionspro-

zess wäre es möglich gewesen, zu erkennen: Der Glaube an «politische Gewissheiten» hat immer wieder notwendige Diskussions-, Lern- und Erkenntnisprozesse blockiert. Sein «Verlust» ist also nicht als Verlust zu beklagen, sondern als Gewinn zu begrüßen. In einer kritisch-rationalen Analyse der historischen Entwicklung in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts hätte es gelingen können – wie bei Bernsteins Revision des marxistischen Geschichtsoptimismus Ende des 19. Jahrhunderts – eine empirisch und rational begründete und plausible Deutung eines offenen historischen Prozesses zu setzen. Doch faktisch traten an die Stelle «politischer Gewissheiten» völlige «politische Ungewissheiten» statt empirisch-rationale Begründungen. Diese daher weiterhin «real existierende große Leere» bedeutet aber: Während man bis Ende des 20. Jahrhunderts die Welt falsch interpretierte, interpretiert man sie seither überhaupt nicht mehr. Eine falsifizierte Theorie der Gesellschaft und der Geschichte wurde nicht ersetzt durch eine empirisch-rational begründete plausible Theorie, sondern durch «eine große Leere».

Diese «große Leere» ist eine Hauptursache für theoretische Unklarheiten, Desorientierungen und mangelnde Kritik- und Urteilsfähigkeit gegenüber anderen theoretischen Positionen, sodass man auch neoliberaler, sozialdarwinistische oder apolitisch-abstruse Modeartikel in der «linksintellektuellen Echokammer» duldet.

Wie «die große Leere» im linken Denken durch «Narrativanalyse» noch leerer wurde!

Ein besonders anschauliches Beispiel für diese fehlende Kritik- und Urteilsfähigkeit gegenüber apolitisch-abstrusen Modeartikeln in der «progressiven» Wissenschaft ist ein Hilfeseuchen an die «politikwissen-

schaftliche Narrativanalyse»: Das 2011 von Nahles (SPD) und Lemke (Grüne) gegründete «Denkwerk Demokratie» sollte helfen, auf Bundesebene eine rot-grüne Zusammenarbeit vorzubereiten. Und so baten die Verantwortlichen eine scientific community um Hilfe, die die Methode «politikwissenschaftliche Narrativanalyse» anwendet. Das Ergebnis wurde im *Werkbericht Nr. 6* veröffentlicht, und in einer überarbeiteten Fassung auch in *spw* Heft 211, 6/2015, mit dem Hinweis, dass es sich um «eine neue Sprache des Progressiven» handelt, um eine Studie «über progressive Narrative». (S. 55)

Das Wort «Narrativanalyse» hatte offensichtlich bei jenen Hoffnung geweckt, die seit Ende des 20. Jahrhunderts «auf der Suche nach dem verlorenen Narrativ» sind, um einen linken Politikwechsel zu begründen und mehrheitsfähig zu machen. Und sie wurden ermutigt durch die Aussage der Autoren, dass ihre Studie «progressive Veränderungsanliegen» erkennen konnte, und zwar dank ihres spezifischen Forschungsansatzes «Narrativanalyse»: Diese will «das Progressive ... identifizieren», dabei aber nicht nur fertige politische Meinungen erfragen, sondern, wie der Begriff «narrativ» ja aussagt, erfahren, was die Leute sich so «erzählen», und zwar «in ihrer kommunikativen Alltagspraxis.» (S. 56 f.) Denn «Veränderungsanliegen formulieren sich im politischen Alltagsgespräch, ... oftmals ad hoc». Daher suchen die Forscher «das Analysematerial an den Rändern des Diskurses. ... Sowohl das Internet als Diskursraum ... als auch die kulturelle Textproduktion in der Kunst-, Theater- und Musikszene und schließlich die journalistischen Texte der Regional- und Lokalzeitungen wurden hier näher betrachtet.» (S. 57)

Nach einigen Erläuterungen über die «Kulturtechnik des Erzählens» und «die Erzählanalyse» (amüsant und erheiternd zu lesen, weil in der «neuen Sprache des Progressiven») betonen die Autoren: «Deshalb besitzt die Narrativanalyse einen klaren Vorteil gegenüber dem diskursanalytischen Ansatz, wenn Veränderungen politischer Sprache im Fokus des Interesses stehen. ... Die Analyse des politischen Alltagsgesprächs über Veränderungen» zeige «fünf zentrale Narrative», die «einen Einblick in die gegenwärtig verhandelten Themen und die sich verändernden Erzählweisen» bieten. (S. 57) Aus der «Metapher des Hamsterrads» folge als «Veränderungsanliegen ... die neue Sehnsucht nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine flexiblere Lebensgestaltung». (S. 58) Die Autoren glauben offensichtlich, ohne ihre «Narrativanalyse» hätte niemand etwas von dieser «neuen Sehnsucht» erfahren. Da sie nichts vom «diskursanalytischen Ansatz» halten, können sie nicht wissen: Schon seit über einem halben Jahrhundert gehört das Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» in den gesellschaftspolitischen Diskursen zu den vorrangigen Themen und zu den Forderungen von Gewerkschaften («Samstag gehört Vati uns!») und Parteien.

Diese 1. Metapher wird ergänzt durch die «Metapher der Abstiegsangst, ... die ebenso ... progressive Potenziale versammelt.» (S. 58) Darüber hinaus «entstehen urbane Konzepte. ... Die «urbanen Nomaden» ... gehen «von der Notwendigkeit einer autofreien Stadt» aus. Aus der «Critical Mass Bewegung der Radfahrer» könnten die linken Parteien das «progressive Veränderungsanliegen» ableiten: «Schaffen wir zwei, drei, schaffen wir viele Radwege!» Das vierte entdeckte «zentrale Nar-

rativ», nämlich «die Metapher der «Ehe für alle» ist inzwischen leider obsolet geworden, weil Merkel diese Metapher zur «Gewissensfrage» erklärte. Aber es bleibt noch eine «der wirkmächtigsten Metaphern unserer Zeit» nämlich «Das Netz» (S.60), dem die «Narrativanalyse» sogar die wichtigste Metapher verdankt, nämlich «Neue Überschaubarkeit», erkannt in einem «Twitter (der) Userin H.P. @ Peineo1». (Mit der Forderung nach «Neuer Überschaubarkeit» dürften die «progressiven» Parteien spielend eine Zweidrittelmehrheit erhalten, damit sie die «Neue Überschaubarkeit» als unveräußerliches Menschenrecht im Grundgesetz verankern können.)

Kritikwürdig ist nicht die «progressive Narrativanalyse», sondern die Orientierungslosigkeit von linken Theoretikern und Politikern, die bei dieser «Echokammer» Hilfe suchen für einen linken Politikwechsel durch Rot-Rot-Grün, und deren Ergebnisse unkommentiert und kritiklos veröffentlichten. Denn diese Studie über «progressive Veränderungsanliegen» enthält zu diesem Thema weit weniger Informationen als selbst die anspruchloseste Tageszeitung, ganz normale Meinungsumfrage, ja sogar weniger als jede Rede von Politikern im Wahlkampf. Die Gesamtgesellschaft bleibt in diesen neuen «Progressivitätsvorstellungen» bewusst ausgeklammert, denn «der Wunsch nach politischer Veränderung (ist) kleinteilig. ... Progressiv ist, was lokal erfahrbar ist.» (S. 60) Die Kritik operiere «kaum mehr in Kategorien von Systemgegensätzen». (S. 58)

Wenn linke Auftraggeber die Ergebnisse dieser «Narrativanalyse» kommentarlos als intellektuelle Vorbereitung für einen sozial-ökologischen Politikwechsel und sogar für einen «Systemwechsel» veröf-

fentlichen, dokumentiert das nur die mangelnde Kritik- und Urteilsfähigkeit von Linken. Sie sind nicht einmal fähig oder bereit, den weit rechts von der FDP angesiedelten politischen Verschleierungsideologien der «Narrativanalytiker» zu widersprechen, die im vollständigen Internettext noch deutlicher formuliert sind als in *spw*: «Der erzählerische Modus ... der progressiven Veränderungsanliegen» artikuliere sich «nicht mehr in ideologischen Begriffen und politischen Kampfstellungen. ... In gewisser Weise drückt sich darin eine neue Form politischer Bescheidenheit aus, insofern es nicht mehr um die Veränderung und Überwindung ökonomischer Systemzwänge geht, sondern um die Schaffung von Rückzugsräumen und einer pragmatischen Ausbalancierung von Zwang und Selbstbestimmung.» (S. 6) Für die «starken Veränderungsanliegen» ist der «Bezugspunkt dieser Anliegen nicht mehr die hohe Politik und Ökonomie.»

Ausdrücklich distanzieren sie sich von der sozialdemokratischen und auch der christlichen Arbeiterbewegung: «Wurden die alten Sozialkämpfe etwa gegen ökonomisch privilegierte Gesellschaftsschichten geführt, geht es heute eher darum jenseits von Lagerbildungen generell eigene Freiräume zu schaffen.» (S. 7) Wie diskussionsmüde auch die Linke geworden ist, zeigt die Tatsache, dass niemand glaubte, man müsse wenigstens darauf hinweisen, dass das Bekenntnis der «Narrativanalytiker» zu «kleinteiligen Veränderungen» und zum Verzicht auf Gesellschaftspolitik den eigenen gesellschaftsverändernden Zielvorstellungen widerspricht, die sie selbst im Vorwort zum *Werkbericht Nr. 6*, also zu den «kleinteiligen» Ergebnissen der «Narrativanalyse» formuliert haben: «Uns eint die Einsicht, dass wir mehr politische und wirtschaftliche

Veränderungen brauchen, als nur kleinere Korrekturen am Bestehenden oder kurzfristige Krisenprogramme. Wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell.» (Zitat aus der *Denkschrift Nr. 1*) Und selbst wer den Text nur oberflächlich gelesen hätte, konnte erkennen ist: Hier handelt es sich keineswegs um eine Bilanz empirischer Untersuchungen zu den politischen Meinungen der normalen Bürger, sondern um die Darstellung der rechtskonservativen Verschleierungsideologie einer Gruppe von Wissenschaftlern, die sich für «progressiv» halten.

«Auf der Suche nach dem verlorenen Narrativ» sucht zwar kein Autor von *spw* Hilfe bei den für das rot-grüne «Denkwerk Demokratie» produzierten «progressiven Narrativen», sodass sie wenigstens keinen Schaden anrichten konnten. Aber keiner deutet auch nur an, dass die politische Position der «Narrativanalytiker» von dem gesuchten «linken Narrativ» weiter entfernt ist als die neoliberale Programmatik der FDP.

Die praktisch-politische Bedeutung der Theoriedebatte über ein «neues Narrativ»

Die in dieser Analyse linker Theoriedefizite ewige Wiederkehr des gleichen Fremdworts «Narrativ» könnte den Eindruck erwecken, dass es sich dabei nur um ein Problem für abgehobene Theoretiker handle. Doch tatsächlich ist diese «Suche nach dem verlorenen Narrativ» identisch mit dem Schwerpunktthema dieser Ausgabe der *perspektivends*: «Auf der Suche nach der verlorenen Sozialdemokratie.» Denn vom Erfolg dieser Suche wird es abhängen, ob der endgültige Niedergang der Sozialdemokratie, und der pluralen Linken insgesamt, noch aufzuhalten ist durch eine intellektuell-politische Renaissance. Daher sei hier kurz erläutert, worum es praktisch-politisch bei den theo-

retisch abgehoben wirkenden Begriffen wie «Narrativ», «Erzählung» oder auch «Deutungsrahmen» geht.

Diese oft abgehoben wirkenden Debatten von Theoretikern sind inhaltlich identisch mit den Diskussionen, die ganz «normale», gut informierte und engagierte Sozialdemokraten an der Basis führen, um Ursachen für die Wahlniederlagen zu erkennen und Chancen für eine erfolgreiche Erneuerung zu schaffen. Viele kritisieren dabei, dass der SPD ein schlüssiges gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept fehle, in das die diversen politischen Einzelforderungen sinnvoll einzuordnen wären. Darum aber geht es auch bei der Suche nach einem «Deutungsrahmen» oder «Narrativ». Viele erwähnen auch, dass der SPD eine glaubwürdige Vision für langfristige Ziele fehle, die auch die Gefühle der Menschen anspreche und ihnen Hoffnungen für eine gesicherte und bessere Zukunft vermittele.

Viele Mitglieder meinen in ihren kritischen Diskussionsbeiträgen das, was Martin Schulz im Entwurf für den Parteitag beklagt: Es sei der Partei, trotz vieler Einzelinitiativen, nicht gelungen, «eine Politik aus einem Guss zu formulieren.» Und er warnte, die SPD dürfe nicht «von einer Programmpartei zu einer Spiegelstrichpartei mutieren.»¹⁰ Doch gegenwärtig wird die ehemalige Programmpartei von vielen nur noch als «Spiegelstrichpartei» wahrgenommen, die auch durch eine kleine «Spiegelstrichlinke» nicht attraktiver wird, selbst wenn diese wenigstens noch «auf der Suche nach einem neuen Narrativ» ist.

Das notwendige Gesamtkonzept mit einer sinnstiftenden Vision für eine bessere Zukunft ist nur zu erarbeiten auf der Grund-

lage einer empirisch und rational begründeten Theorie der Gesellschaft und der Geschichte. Denn nur mit einem erneuerten Geschichtsbewusstsein können wir uns orientieren und erkennen, wo wir herkommen, wo wir sind und wo wir hintreiben und wo wir hinwollen. Zu diesem Geschichtsbewusstsein gehört die realistische Einsicht, dass wir uns seit Ende des 20. Jahrhunderts, mit dem Aufstieg des antisozialen Neoliberalismus und des antidemokratischen Rechtspopulismus, global in einer Großen Regression befinden. Der teilweise selbstverschuldete Niedergang der europäischen Sozialdemokratie und der pluralen intellektuellen Linken ist Teil dieser Regression.¹¹

Ein Wiederaufstieg der Sozialdemokratie ist daher Voraussetzung für einen neuen Fortschritt in der Tradition der Aufklärung.

Das ist eine intellektuelle Herausforderung für die gesamte SPD, die aber von Linken am besten erkannt wurde. Benjamin Mikfeld forderte in *spw* 215, 4/2016: «Es wäre an der Zeit für ein neues ›Theorieprojekt‹, nämlich «hinter den Kulissen der Tagespolitik ein neues sozialdemokratisches Analyse-, Theorie- und Politikprojekt für den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts anzugehen.» Und dabei könne *spw* «eine wichtige Rolle spielen», aber anders als bei früheren Initiativen «im produktiven Dialog» mit «anderen Strömungen in der Sozialdemokratie.» (S. 57) Die Linke wäre auch deshalb besonders gefordert, weil die pragmatischen «Seeheimer» und die «Netzwerker» – (nicht an «links» oder «rechts» orientiert und interessiert, sondern nur an «oben») – eher zurückhaltend bleiben werden.

10 *Frankfurter Rundschau*, 7. 11. 2017.

11 Vergl. ausführlich: H. Heimann, Eine epochale Zäsur, in: *perspektivends*, 2/16.

Auch in der Geschichte spielten linke Sozialdemokraten und Linksintellektuelle immer eine entscheidende Rolle in Theorie- und Grundsatzdebatten. Sogar – was viele Linke nicht wissen wollen und Rechte nicht wissen – die stärksten Impulse für eine theoretisch-programmatische Erneuerung der SPD in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts – auf dem Weg zum Godesberger Programm von 1959, also auf dem *Weg zur Macht* (Buch von Kautsky) – kamen von jenen, «die in der Spätphase der Weimarer Republik und während der NS-Zeit linkssozialistischen Gruppierungen außerhalb oder innerhalb der SPD angehört hatten.»¹²: Waldemar von Knoeringen und Fritz Erler (*Neu Beginnen*), Willi Eichler (*Internationaler Sozialistischer Kampfbund*), Willy Brandt (*Sozialistische Arbeiterpartei*) und – für die praktische Umsetzung des neuen Programms – Herbert Wehner (KPD).

Obwohl in der schwachen SPD-Linken gegenwärtig keine ähnlichen Hoffnungsträger zu erkennen sind, könnte sie dennoch für ein «Theorieprojekt» einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie, nachdem sie erkannt hat, dass «die sozialdemokratische Linke europaweit ermattet, angepasst, ideenlos ist» (*spw* 205, 6/2014), bereit wäre, zunächst wenigstens über eine Therapie gegen gegen diese «Ideenlosigkeit» zu diskutieren. Aber um tatsächlich etwas gegen diese «Ideenlosigkeit» tun zu können, müsste man zunächst erkennen, dass sie ein Mangel im Überbau ist, der nur durch neues Denken im und über den Überbau behoben werden kann. Und man müsste den linksintellektuellen Urirrtum korrigie-

ren, die ökonomische Basis determiniere die gesellschaftliche Entwicklung und man könne nur dort Material für ein neues Narrativ finden.

Wegen dieses fatalen Urirrtums suchen *spw*-Linke am falschen Ort nach dem notwendigen «neuen Narrativ». So fordern Mikfeld und Scholle am Ende ihres lesenswerten Beitrags mit vielen anregenden Einzelgedanken: «Nötig ist die Arbeit an einem linken «Fortschrittsnarrativ», das im Bereich der ökonomischen Analyse die Perspektive eröffnet, den möglichen Produktivkraftsprung der Digitalisierung zu einem neuen «sozial-ökologischen Transformationsprojekt» zu nutzen.» (*spw* Heft 220, 3 – 2017, S. 38) Diese «Arbeit» ist aber vergeblich, weil im Überbau entschieden wird, ob Ungleichheit und Umweltzerstörung weiter zunehmen, oder ein «sozial-ökologisches Transformationsprojekt» umgesetzt wird. (Auch allein im Überbau wird entschieden, ob ein Staat die Menschenrechte respektiert und garantiert, oder ob er massenhaft Menschen foltert und ermordet. An der ökonomisch-technologischen Basis wird nur entschieden, mit welchen technologischen Instrumenten der Staat morden kann. Und der Nazi-Staat hat für sein «Narrativ» den an dieser Basis stattfindenden «Produktivkraftsprung» effizient genutzt.)

Ein «sozial-ökologisches Transformationsprojekt» kann erst verwirklicht werden, wenn eine wieder politikfähige Linke im Überbau die politischen Kräfteverhältnisse ändert, die sich seit Jahrzehnten zugunsten der intellektuell-politischen Rechten verschieben, die den Vorrang des Überbaus erkannt hat. Vielleicht können Linksintellektuelle ihren Urirrtum leichter korrigieren, wenn sie zur Kenntnis nehmen:

12 Peter Brandt / Detlef Lehnert, Neufindungsprozesse in der SPD-Geschichte 1917–1922 und 1957–1963, in: *perspektiven ds*, 1/17, S. 174 ff.

Schon Marx hatte den Vorrang des Überbaus erahnt

Und zwar, als er den Unterschied zwischen einer Biene und einem menschlichen Baumeister oder Architekten erklärte: Die Biene baut garantiert und instinktiv eine Honigwabe, während der menschliche Baumeister oder Architekt nur etwas baut, das vorher als Gedanke und Idee in seinem Kopf entstanden war. Und ein zweiter Unterschied, den Marx noch nicht erkannte: Die Biene baut garantiert eine Honigwabe, während ein Mensch, der in seinem Kopf die Idee eines Flughafens hat, keineswegs so instinktsicher auch einen Flughafen baut. Und diese Gefahr des Scheiterns besteht erst recht, wenn die Menschen einer politischen Bewegung in ihren Köpfen die Idee einer neuen Ordnung des Sozialismus haben. Erst Bernstein erkannte: Da alle vom Kopf gesteuerten zielgerichteten Aktivitäten von Menschen scheitern und ihr Ziel verfehlen können, müssen menschliche Akteure immer bereit sein, sich die Gedanken und Theorien, die sie für ihre Praxis im Kopf haben, noch einmal anzusehen (revidieren), zu überprüfen und eventuell zu korrigieren, also zu revidieren. Wer aber die Ideen und Theorien des Sozialismus als «politische Gewissheiten» in seinem Kopf hat, kann sie nicht revidieren, sondern nur ersatzlos streichen, wie Ende des 20. Jahrhunderts viele Linksintellektuelle.

Den Gedanken von Marx fortführend: Bevor es eine freiheitlich-demokratische, rechtsstaatliche Ordnung mit garantierten Menschenrechten und einen Wohlfahrtsstaat in der sozialen Wirklichkeit gab, gab es das alles schon vorher in den Köpfen von Menschen, kreierte vor allem in den Köpfen von Intellektuellen in der Aufklärung. (Nur kurz ergänzt: Auch der Nazi-Vernich-

tungsstaat, jeder Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim, jeder Terroranschlag etc. existierte schon vorher in den Köpfen von Menschen.) In der Tradition der Aufklärung wurde dann auch die Idee des Sozialismus in den Köpfen von linken Intellektuellen kreierte: Auch die Wirtschafts- und Sozialordnung ist nicht von Gott oder Naturgesetzt geschaffen, sondern kann durch denkende und handelnde Menschen verändert und bewusst gestaltet werden, nach Ideen in den Köpfen von Menschen. Die entstehende sozialistische Arbeiterbewegung wurde in Europa zu einem realpolitischen Machtfaktor, weil mit Hilfe des «Narrativs Sozialismus» die sozialistische Idee die Massen ergriff. (frei nach Marx) Denn diese linken Intellektuellen waren keine «Narrativanalytiker», die sich nur mal anhören wollten, was sich die Menschen so «erzählen». Sie konnten zwar den Menschen auch zuhören, aber ihnen auch etwas «erzählen», sie mit Hilfe des «Narrativs Sozialismus» auf dem «Markt der Ideen» von linken Werten und Ideen überzeugen.

Wenn seit Ende des 20. Jahrhunderts diese linken Werte und Ideen auf dem «Markt der Ideen» immer weniger konkurrenzfähig wurden, so liegt das auch daran, dass die plurale Linke das «Narrativ Sozialismus» klammheimlich in den Mülleimer der Geschichte geworfen hat und trotz hektischer Bemühungen ein «neues linkes Narrativ» noch nicht gefunden hat, und auch nie finden wird. (Auch Johanna Ueckermann, ehemalige Vorsitzende der Jungsozialisten, die noch das «Narrativ Sozialismus» benutzten, formuliert: «Die Frage der Gegenwart» laute: «Fortschritt oder Barbarei?») Dagegen benutzte Rosa Luxemburg noch das auch für viele Linke zum «Unwort» gewordene «Sozialismus oder Barbarei!»)

**Keine Erinnerung an Bernsteins Revisionismus –
«Keine Erinnerung zu haben, ist eine Form
geistigen Selbstmords» (Liu Xiaobo)**

Wenn trotz ehrlicher Bemühungen in der linksintellektuellen Tradition und in der gesamten pluralen Linken noch kein «neues linkes Narrativ» gefunden wurde, nachdem die Erinnerung an das «Narrativ Sozialismus» aus der Erinnerung getilgt wurde, so liegt die Ursache dafür vor allem in der anhaltenden Wirkung eines weiteren fatalen linksintellektuellen Urirrtums, nämlich der «politischen Gewissheit»: Bernsteins revisionistisch-reformistisches Sozialismuskonzept war Verrat an der Arbeiterbewegung und am Sozialismus, eine Kapitulation vor dem Kapitalismus. Angesichts der inzwischen unbegrenzten Toleranz sucht man sogar Rettung bei den «Narrativanalytikern», aber der von Bernstein begründete revisionistisch-reformistische Ansatz des Demokratischen Sozialismus bleibt völlig ausgeklammert und aus dem historischen Gedächtnis gestrichen.

Franz Walter und Stine Marg verdammen Bernstein in ihrer Bilanz der 150 jährigen Geschichte der SPD zwar nicht mehr als Verräter der Arbeiterklasse, halten aber sein theoretisches Denken für völlig irrelevant. Zutreffend ist aber ihr Gesamturteil über Bernstein, der Dezember 1918 sowohl Mitglied der USPD blieb, aber auch in die MSPD eintrat: «Er wollte so ein Zeichen der Einheit setzen, blieb indessen wieder, wie im Grunde zeitlebens, nur eine singuläre Gestalt.»¹³

Damit hat man aber nicht nur Bernstein vergessen, sondern auch das Godesberger Programm von 1959, die Linkswende

(im weiteren Sinn) der Jungsozialisten und der SPD Ende der 60er- und Anfang der 1970er-Jahre, die Strategie systemverändernder Reformen und die Doppelstrategie, die Rolle von Jochen Steffen, den Orientierungsrahmen '85 und das Berliner Programm von 1989. Man hat damit auch das vergessen, was diese Traditionslinie praktisch für die Menschen geleistet hat, nämlich den Aufbau des Wohlfahrtsstaates bis in die 1970er-Jahre: Noch nie, und bisher auch noch nie wieder, war die Ungleichheit so gering wie damals, war unsere Gesellschaft den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität so nahegekommen, erhielt die SPD 45,8 Prozent der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 91 Prozent, hatten Wähler und Gewählte so viel Demokratie gewagt.

Nicht nur die Linksintellektuellen, die SPD insgesamt, hat die revisionistisch-reformistische Tradition, den Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat und das Fernziel einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Demokratischen Sozialismus aus der kollektiven Erinnerung gestrichen. Im Sinne von Liu Xiaobo (chinesischer Friedensnobelpreisträger, der im Juli 2017 in Haft verstorben ist) hat die SPD mit diesem Verlust der Erinnerung an diese Tradition «geistigen Selbstmord» begangen. Er hatte 2006 in Peking über Geschichtsbewusstsein gesprochen und argumentiert: «Der Mensch ist ein geistiges Wesen, die Erinnerung ist die Grundlage des geistigen Lebens. ... Keine Erinnerung zu haben, ist für eine Nation eine Form von geistigem Selbstmord.»¹⁴ Das gilt zwar nicht für jede Partei, aber sicher für eine Partei wie die SPD, die nach Meinung von Brandt «eine Ideen- und Wertege-

13 Franz Walter, Nicht nur eine Arbeiterbewegung, in: *INDES* Heft 4/2016, S. 8.

14 Liu Xiaobo, in: *Le Monde*, 15/16/17 juillet, S. 18.

meinschaft» ist. Um dies wieder erkennbar zu machen, muss sich die SPD im «digitalen Kapitalismus» nicht neu erfinden und ein «neues Narrativ» plakativieren. Sie muss sich aber «wiederfinden», die Erinnerung an die zukunftsfähige Tradition des Demokratischen Sozialismus zurückgewinnen, um mit dem «Deutungsrahmen Wohlfahrtsstaat» wieder mehrheits- und regierungsfähig zu werden. Da man die Erinnerung an die nach wie vor zukunftsfähige Tradition des Demokratischen Sozialismus und an seine Erfolge verloren hat, tummeln sich im linken Denken jene oben dargestellten neoliberalen, sozialdarwinistischen und meritokratischen Ideologien, und sogar die Erzählungen der «Narrativanalytiker».

Ein Appell, dass sich die SPD nicht «neu erfinden», sondern «wiederfinden» müsse, indem sie sich an die vergessene Tradition des Demokratischen Sozialismus erinnert, dürfte von vielen zukunftsorientierten Linken als nostalgisch und rückwärtsgerichtet abgelehnt werden. Mit ihrem Hang zur Moderne übersehen sie aber: Gegenüber noch «älteren» Ideen, wie z. B. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat mit garantierten Menschenrechten, Vernunft, Toleranz etc., in der noch älteren Tradition der Aufklärung, gibt es auch eine ganz andere Einstellung: Wenn diese Ideen und Werte in der gesellschaftlichen Wirklichkeit bedroht oder sogar gescheitert sind, dann verkünden ihre Anhänger nicht, dann müssen wir eben nach neuen und moderneren Ideen suchen. Im Gegenteil – abgesehen von Opportunisten – sind sie überzeugt, dass wir gerade dann die Erinnerung an diese «alten» Ideen und Werte wachhalten müssen, um sie gegen die «neuen» Ideologien wie Freund-Feind-Denken, Intoleranz, Rassismus, Nationalismus etc. engagiert zu verteidigen.

In der Geschichte historisch bedeutender politischer Ideen wäre der Sozialismus die erste und einzige Richtung, die angesichts offensichtlicher akuter Schwächen von ihren ehemaligen Anhängern ohne Diskussion, als Reaktion auf eine veränderte soziale Wirklichkeit, aufgegeben wurde, an die man sich nicht einmal mehr erinnern möchte. Hier könnte und müsste meine «Trauer- und Grabrede» für den plötzlich und unerwartet verstorbenen «Demokratischen Sozialismus», den niemand vermisst, ohne Ausblick enden, wenn nicht reale Anzeichen für das Prinzip Hoffnung zu sehen wären: Der endgültige geistige Selbstmord dieser emanzipatorischen Idee kann noch durch eine Erneuerung linken Denkens in der Tradition der Aufklärung verhindert werden!!

Es rettet uns kein höh'eres Wesen, kein neuer digitaler Kapitalismus (in der Basis) – aber eine neue Generation linker Intellektueller (im Überbau)!!

Wer nur von einer Analyse des «neuen digitalen Kapitalismus» Rettung für die desorientierte Linke erwartet, fällt zurück in die Erbsünde linksintellektuellen Denkens, den ökonomischen Determinismus, der nur neue Illusionen produzieren kann. Neue realistische Hoffnungen können nur im Überbau geschaffen werden, durch eine neue Generation linker Intellektueller. Und diese neue Generation hat ihre Arbeit bereits begonnen: 2016 starteten junge linke Wissenschaftler einen Aufruf: «Der demokratische Sozialismus als Sammelname einer besseren Welt?» Als erste Resonanz darauf publizierten in den *perspektivends* 2/16 sechs Autoren (fast alle jünger als 35, die meisten unter 30) ermutigende Beiträge zu diesem Thema. In der folgenden Nummer

1/17 erschienen weitere anregende Beiträge für eine radikale Neuorientierung im linken Denken. (Obwohl ich schon in *perspektivends* 1/17, S. 149f. auf diese Initiative hingewiesen hatte, sei hier noch einmal deren Bedeutung für eine Erneuerung linken Denkens hervorgehoben, was auch deren Beiträge in diesem Heft wieder dokumentieren.)

Dort kommt eine neue Generation linker Intellektueller zu Wort, auf deren «Gehirnen» nicht mehr, «wie ein Alp», die deterministisch-basisfixierte linksintellektuelle «Tradition lastet». (Marx updated für die Zeit nach seinem 200. Geburtstag). Die Mauer, die diese Tradition zwischen Theorie und Praxis errichtet hatte, reißen diese jungen linken Intellektuellen ein, indem sie an die praxisorientierte Theorie des Demokratischen Sozialismus anknüpfen. Alexander Amberger bezieht sich in seinem Beitrag «Passt utopisches Denken zu Parteien?» (S. 178 ff.) auf die Rede Willy Brandts über den demokratischen Sozialismus, die er am 8. Mai 1948 auf dem Landesparteitag der Berliner SPD hielt. Er vergleicht diese Rede Brandts mit der Philosophie der Hoffnung von Ernst Bloch, der ebenfalls die Dialektik von Nah- und Fernzielen betone. Ausdrücklich zustimmend verweist Amberger auf Blochs Argumentation gegen das «kontemplative Vertrauen der Sozialdemokratie in den dialektischen Gang der Geschichte hin zum Sozialismus ..., in welchem ... die menschliche Tat bei der Überwindung des Kapitalismus nicht nötig wäre.» (S. 181) Gegen diesen Determinismus sähen Brandt und Bloch «das Subjekt als entscheidend für gesellschaftlichen Fortschritt an.» (S. 181) Als Botschaft für die Jahre 2017 ff. bezeichnet er Brandts Appell aus dem Jahre 1948: Der demokratische Sozialismus «muß ein

Ziel bleiben, für das es lohnt, das letzte einzusetzen, eine Vision, die Wert ist, geträumt zu werden.» (S. 186)

Andere Beiträge analysieren empirisch die akuten Probleme «einer globalisierten Welt» und sehen darin «Herausforderungen des demokratischen Sozialismus». (Jonas Ganter, S. 201 ff.) Mark Fischer kritisiert die «Sachzwangideologie» in den Sozialwissenschaften, die Alternativen ignoriert; und er plädiert für eine «Verbindung von linken Intellektuellen und transformativer politischer Bewegung.» (S. 206) Im Projekt «Junges Forum» demokratisch-sozialistisch denkender Wissenschaftler*innen sieht er «den Ansatz zur aktiven Einmischung progressiver Theorie und Wissenschaft in die politische Praxis.» (S. 207) Hendrik Küpper rezensiert Axel Honneths *Die Idee des Sozialismus*, in dem ein Linksintellektueller ein revisionistisch-reformistisches Sozialismuskonzept nicht mehr für Teufelszeug hält, sondern ausdrücklich als zukunfts-fähig empfiehlt.

In dem 2017 erstmals erschienenen *Phoenix Philosophy – a student journal of political philosophy* hat Küpper seinen Beitrag erweitert und gefragt, ob Honneths Buch «ein Update des Sozialismus?» wäre. Er bejaht die Frage im Prinzip mit dem Urteil, (das früher eine Exkommunikation aus der heiligen linksintellektuellen Kirche zur Folge gehabt hätte), «dass Honneths Ausführungen und Revisionen grundsätzlich mit dem revisionistischen Konzept Bernsteins übereinstimmen» (S. 52), obwohl Honneth das nie eingesteht. Aber Küpper erwähnt das Kuriosum: In einer Fußnote merkt Honneth an, dass Bernstein «der einzige Intellektuelle der Arbeiterbewegung war, der bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die theoretischen Engpässe des

im Industrialismus wurzelnden Sozialismus konsequent durchdacht hat». (S. 52) Entscheidend für eine praxisrelevante Erneuerung linken Denkens ist es aber, dass Honneth seine Bemühungen ausdrücklich als «revidieren» bezeichnet, wenn die Zusammenfassung seines Buches unter dem Titel publiziert wird: «Sozialismus reloaded – und revidiert». (In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2015, S. 100) Das, was für Linksintellektuelle eine Todsünde war, nämlich «politische Gewissheiten» kritisch zu überprüfen, noch einmal anzusehen (revidere) und eventuell zu «revidieren» wird also jetzt für linke Intellektuelle zu einer Aufgabe, zu einer Tugend. Und Honneth wird dadurch von einem Linksintellektuellen im engeren Sinne, zu einem linken Intellektuellen, von denen die politische Linke viel mehr braucht.

Küpper verweist aber kritisch auf eine weitere Voraussetzung dafür, dass Sozialismus nicht nur wieder zu einem geistigen, sondern auch zu einem praktisch-politischen Machtfaktor werden kann: «Der Sozialismus sollte nicht nur als NGO gedacht werden. ... Gelingt es nicht, dass die politische Linke wieder eine Version einer besseren Gesellschaft bieten kann, so wird eine gesellschaftliche Transformation trotz gelungener theoretischer Ansätze scheitern. Die linken Parteien sind hierfür uner-

lässlich.» (S. 52) Denn der wort- und bücherreiche Antikapitalismus wird hilflos und ohnmächtig bleiben, wenn die antikapitalistischen Wortführer nicht die Notwendigkeit einer Kooperation mit Parteien erkennen. Und natürlich müssen auch die relativ linken Parteien, Hellrot, Rot und Grün sich bemühen, das parteipolitisch überwiegend heimatlose antikapitalistische Potenzial für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Die bisher größten Erfolge linker Politik in der Bundesrepublik Ende der 60er- und Anfang der 1970er-Jahre wurden möglich, weil die SPD durch eine innerparteiliche Opposition politisiert mobilisiert und nach links gerückt wurde und unter Willy Brandt für die Realisten in der Studentenbewegung und in der Außerparlamentarischen Opposition zu einem glaubwürdigen Partner werden konnte. Diese Kooperation stärkte sowohl die SPD als auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu mehr Demokratie und Partizipation. Nach dem Rechtsruck bei den Wahlen 2017 können neue Chancen für die plurale Linke nur geschaffen werden, wenn es wieder zu einer strategischen Kooperation zwischen linken Parteien und linken Bewegungen in der Gesamtgesellschaft kommt. Und das ist eine Aufgabe sowohl für praktisch-politische Akteure als auch für eine sich erneuernde intellektuelle Linke.

Phillip Kufferath

Strategische Diskurse und informelle Netzwerke der Linken über Organisationsgrenzen hinweg

Peter von Oertzen (1924–2008) als sozialdemokratischer Politiker und sozialistischer Intellektueller

Durchaus unterschiedliche Erinnerungen und Zuschreibungen verbinden sich mit Peter von Oertzen, der 2008 im Alter von 83 Jahren starb. Sie sind vermutlich sowohl für seine Persönlichkeit charakteristisch als auch für die nach wie vor auseinanderklaffenden Erinnerungskulturen auf der Linken. Für die einen lässt sich sein Leben unter das Motto «Politik für die Sozialdemokratie» stellen, wie etwa eine Broschüre zeigt, die 2009 im Vorwärts-Verlag erschien und die auf eine Gedenktagung der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion zurückgeht.¹ Andere beziehen sich dagegen auf von Oertzens intellektuelles Selbstverständnis als «Marxist und demokratischer Räte-sozialist», wie z. B. Michael Buckmiller, der mit von Oertzen zuletzt über die Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbunden war.² Sein Beitrag erschien u. a. in einem Sammelband über *Erbe und Tradition* der LINKEN im Berliner Dietz-Verlag.³ Diese Traditionsstiftung

wiederum veranlasste die kürzlich verstorbene Historikerin Helga Grebing, in einem Aufsatz unter dem Titel «Linkssozialisten – Entscheidung für die Sozialdemokratie», der in der Reihe «Texte» der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschien, zu einem Widerspruch, in dem sie die enge Verbundenheit von Oertzens mit der SPD unterstrich und dessen «militant-kritische» Distanz zum Stalinismus hervorhob.⁴

Um diese erinnerungspolitischen Kontroverse zu überwinden, habe ich in meiner Dissertation den Zugang einer politisch-intellektuellen Biographie gewählt.⁵ Was meine ich damit? Um die in erster Linie politisch motivierten Deutungskämpfe, die sich mit Peter von Oertzen verbinden, selbst zu einem Teil des Erkenntnisinteresses zu machen, erschien es mir ratsam, sein politisches Handeln und seine intellektuelle Konzeption in den jeweiligen zeitlichen Kontexten einzubetten und möglichst durch Primärquellen zu belegen. Obwohl

1 Vgl. Wolfgang Jüttner / Gabriele Andretta / Stefan Schostok (Hrsg.): Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von Oertzen, Berlin 2009.

2 Vgl. Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hrsg.): Zur Funktion des linken Intellektuellen – heute. In memoriam Peter von Oertzen, Hannover 2009.

3 Michael Buckmiller: Peter von Oertzen – Marxist und demokratischer Räte-sozialist, in: Klaus Kinner

(Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2010, S. 241–269.

4 Helga Grebing: Linkssozialisten – Entscheidung für die Sozialdemokratie, in: Klaus Kinner (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxen. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011, S. 106–117.

5 Philipp Kufferath: Peter von Oertzen (1924–2008). Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017.

ich eine ganze Reihe von Interviews und Hintergrundgesprächen mit Wegbegleitern und Zeitzeugen geführt habe und ich mich außerdem auf Transkripte von biographischen Interviews mit von Oertzen selbst stützen konnte, habe ich versucht, mich der Suggestivkraft dieser Deutungen etwas zu entziehen. Theoretisch-konzeptionell stand dahinter die Vorstellung, durch die neuere Biographieforschung motiviert, dass ein Leben nur selten einen klaren roten Faden aufweist, vielmehr von Ambivalenzen und Brüchen gekennzeichnet ist und erst als biographische Erzählung und Sinnstiftung möglichst widerspruchsfrei konstruiert wird. Ich bin also davon ausgegangen, dass sich im Leben von Oertzens mehrere, nicht eindeutig abgrenzbare Identitäten und Rollen im Verlauf des Lebens ablösten und überlagerten.

Weitere Anregungen habe ich aus der neueren Intellectual History gezogen. Hier fand ich vor allem den Aspekt unverzichtbar, intellektuelle Produktivität situativ in den spezifischen Konstellationen von Ideen und Personen zu erklären. Auf diese Weise lässt sich meines Erachtens am ehesten eine denkbiographische Entwicklung und Identitätskonstruktion nachvollziehen. Von Oertzen erlebte Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg, Nachkriegsboom und Systemkonkurrenz, Wiedervereinigung und ökonomische Globalisierung. Seine Auseinandersetzung und Verarbeitung dieser gesellschaftlichen Entwicklung, sein Versuch, in seinen jeweiligen Lebenssituationen für ihn plausible politisch-strategische Antworten zu finden, musste daher fast zwangsläufig von zahlreichen Widersprüchen und Neuorientierungen gezeichnet sein. Ich habe deswegen Abstand von der Vorstellung genommen, dass es DIE

eine politische Konzeption Peter von Oertzens gibt, DAS eine identitäre Selbstverständnis als Sozialdemokrat oder Sozialist, DIE eine strategische Perspektive, sondern eben einen Wandel im historischen Verlauf. Nichtsdestotrotz habe ich versucht, so etwas wie habituelle Dispositionen, generationelle Prägungen, milieuspezifische Verhaltensmuster und einen politischen und intellektuellen Stil, der sich im Laufe seines politischen Lebens herauskristallisiert, herauszuarbeiten. Die Intellektuellensoziologie bietet zudem eine ganze Reihe von Überlegungen und Begrifflichkeiten, die sich eignen, um soziale und kulturelle Bedingungen einzubeziehen. Neben der generationellen Lagerung sind dies bei einer politisch-intellektuellen Biographie meines Erachtens vor allem Netzwerke und Gruppenbildungen. Ich habe also versucht, die jeweiligen Bezugskreise, z.B. Briefpartner, Organisationen und Zeitschriften, Parteigliederungen, Universitätsinstitutionen oder Parlamente, als strukturierende Bedingungsfaktoren zu berücksichtigen und hierbei Brüche und Schwerpunktverlagerungen zu erklären. Die überaus günstige Quellsituation erwies sich dafür als unverzichtbar.

Mit diesem Ansatz habe ich nach einem umfassenden Quellen- und Literaturstudium eine Reihe von aus meiner Sicht spannenden und erklärungsbedürftigen Phasen und Umbrüchen identifiziert. Ich habe meine Arbeit letztendlich in vier große Kapitel unterteilt, die chronologisch aufeinander folgen, aber in sich teilweise nach thematischen Gesichtspunkten unterteilt sind. Im ersten Hauptkapitel stand z. B. die Frage im Mittelpunkt wie jemand, der 1924 in ein bildungsbürgerliches Milieu hineingeboren wird, zudem über den Vater noch aristokratische Traditionen mitbekommt und wäh-

rend des Nationalsozialismus sozialisiert worden ist, recht bald nach 1945 die internationale sozialistische Arbeiterbewegung als zentrale intellektuelle Bezugswelt für sich entdeckt.⁶

Seine Identifikation mit der Sozialdemokratie war bis Mitte der 1960er-Jahre durchaus prekär und zahlreichen Schwankungen unterworfen. Mehrfach stand er am Rande eines Parteausstritts bzw. eines Ausschlusses. Bei seinem Parteieintritt im November 1946 war er im Grunde ein konservativer Revolutionär, der die SPD anfangs als Manövriermasse für eine aufgeklärte intellektuelle Elite betrachtete. Sein emphatisches Eintreten für nationale Einheit war zwar durch Kurt Schumacher inspiriert, das Insistieren auf theoretische Grundsatzdiskussionen und einen unvoreingenommenen Ost-West-Dialog stieß aber auf die gewachsenen Traditionen innerhalb des Ortsvereins, die autoritären Strukturen der niedersächsischen Parteiorganisation und den Unmut von etwa gleichaltrigen Praktikern wie Helmut Schmidt. Gleichfalls stand seine Haltung im Widerspruch zu den großen politischen Frontstellungen, die in der einsetzenden Blockkonfrontation ihren Ausdruck fanden. Bezeichnenderweise waren es einige ehemalige Kommunisten und einzelne ältere Linksozialisten, die seine Integration ins sozialdemokratische Milieu bewerkstelligten. Ohne Kontakte zu intellektuellen Mentoren der Widerstands- und Exilgeneration wie Henry Jacoby, Erich Gerlach, Edu Wald, Peter Blachstein oder Siggie Neumann, die in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat gefunden hatten, wäre von Oertzen vermutlich Anfang der 1950er-Jahre außerhalb der Partei gestanden.

Im zweiten Hauptkapitel⁷ habe ich mich vor allem mit dem Spannungsfeld der verschiedenen politischen und beruflichen Karriereoptionen und Ambitionen beschäftigt, die von Oertzen im Alter zwischen 28 und 42 Jahren verfolgte. Dies waren fast gleichzeitig so unterschiedliche Dinge wie eine Laufbahn als sozialdemokratischer Politiker, als Politikwissenschaftler und Universitätsprofessor sowie als rätesozialistischer Intellektueller und Gewerkschaftsberater. Seine zum Vorschein kommenden Sympathien für dissidente kommunistische Traditionen, anfangs den Titoismus und dann vor allem den Trotzismus, erreichten nie den Status einer exklusiven Identität, sondern blieben nur Versatzstücke seines intellektuellen Selbstverständnisses, das sich vor allem aus dem Weimarer Links- und Rätesozialismus speiste, aber angereichert wurde durch zeitgenössische industriesoziologische, demokratietheoretische und staatsrechtliche Erkenntnisse. Der antikommunistische Konsens der 1950er-Jahre fiel bei ihm insofern auf fruchtbaren Boden, als dass er aufgrund seiner Sozialisation im Nationalsozialismus und durch seine Erfahrungen an der Ostfront den Sowjetkommunismus als Feindbild kennengelernt hatte. Seine Gegnerschaft zum Kommunismus verblieb jedoch nicht in diesem Deutungsrahmen, sondern wurde durch eigene Konflikterfahrungen in der politischen Arbeit begünstigt. Trotzdem unterschied er, im Gegensatz etwa zu den militanten Antikommunisten aus dem Zehnerkreis, mit denen er ansonsten gut zurechtkam, zwischen kommunistischen Funktionären, einfachen Mitgliedern und Sympathisanten. Anders als etwa Viktor Agartz, Gerhard Gleissberg oder Lorenz

6 Vgl. Kufferath: Peter von Oertzen, S. 55–166.

7 Vgl. ebd., S. 173–345.

Knorr, die nach ihrer offensiven Marginalisierung durch den SPD-Vorstand auch auf ostdeutsche Gelder zurückgriffen, distanzierte sich von Oertzen von allen vermeintlichen «Fellow Travellern», was seine Absicherung im niedersächsischen SPD-Milieu erleichterte. Durch ein Landtagsmandat, das er 1955 eher aufgrund glücklicher Fügung denn mit einem strategischen Plan erwarb, gewann er zumindest für vier Jahre zusätzlichen institutionellen Rückhalt. Er nutzte diese Ausgangsposition aber weniger zu seiner parlamentarischen Etablierung, sondern als Ausgangspunkt, um die publizistische Sichtbarkeit und die überregionale Vernetzung der SPD-Linken zu verbessern. Sichtbares Zeichen dieses ersten gescheiterten Versuchs, so etwas wie einen intellektuellen und organisatorischen Kristallisationspunkt herauszubilden, war seine krachende Niederlage auf dem Godesberger Parteitag, wo er als Wortführer zu ganzen 16 Gegnern des neuen Programms zählte.

Zu diesem Zeitpunkt sah von Oertzen sein primäres politisches Wirkfeld allerdings nicht mehr in der SPD, sondern in einem gewerkschaftspolitischen Netzwerk am Rande der Partei. Für insgesamt fünf Jahre, zwischen 1960 und 1965, trat von Oertzen so gut wie gar nicht mehr als Sozialdemokrat in Erscheinung, sondern als intellektueller Ratgeber des IG-Metall- und des IG-Chemie-Vorstands sowie als Netzwerker im niedersächsischen Gewerkschaftsmilieu. Sein SPD-Parteibuch blieb für ihn als Absicherung von so großer Bedeutung, dass er sich im November 1961, als der SDS und seine Förderergesellschaft aus der Partei ausgeschlossen wurden, gegen einen demonstrativen Austritt seines übrigen Netzwerks aussprach.

Seinen zweiten Anlauf innerhalb der SPD startete er 1965, diesmal mit einem weitaus moderateren Anspruch. Bereits 1963 entwickelte er in einem Brief an den Hamburger Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein ein Konzept für eine programmatisch-strategische Neujustierung der SPD-Linken. Sie sollte sich fortan weniger über ihr unpopulär gewordenes weltanschauliches Selbstverständnis als Sozialisten und Marxisten, sondern als entschiedene Verfechter sozialer und demokratischer Reformen präsentieren. Ermutigt durch einzelne regionale Erfolge, etwa von Jochen Steffen in Schleswig-Holstein oder durch Harry Ristock in Berlin, plädierte von Oertzen für eine lokale Verankerung und ein koordiniertes Vorgehen der SPD-Linken auf Bundesebene. Zu einem Kristallisationsort für diese neuerliche Vernetzung wurde die «Gesellschaft für Forschung und internationale Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik» (GFP), eine unscheinbare hessische Vereinsstruktur um die Zeitschrift «express international».

Im dritten Kapitel meiner Studie⁸ steht wiederum von Oertzens exponierteste Zeit als SPD-Politiker im Fokus: niedersächsischer Kultusminister, SPD-Landesvorsitzender, Mitglied des Parteivorstands und Vorsitzender der Programmkommission. Hier stellte sich mir die Frage, wie von Oertzen eine mehrheitsfähige Reformperspektive im Spannungsfeld von außerparlamentarischem Protest, konservativer Gegenmobilisierung im Rahmen der institutionellen Gegebenheiten umzusetzen suchte, ohne Abschied von langfristigen sozialistischen Zielvorstellungen nehmen zu wollen.

Parallel zum Auftreten der außerparlamentarischen Bewegung um 1968 gelang

8 Vgl. ebd., S. 355–536.

von Oertzen ein schneller Marsch in die Parteiinstitutionen. 1967 wurde er erneut in den niedersächsischen Landtag gewählt, 1968 zog er in den Fraktionsvorstand und in den Bezirksvorstand Hannover ein, und 1970 wurde er nicht nur Bezirks- und Landesvorsitzender der SPD, sondern kurz danach auch Kultusminister in einer sozialdemokratischen Alleinregierung. Spätestens ab diesem Zeitpunkt stand von Oertzen im Blickfeld der Öffentlichkeit. Als Repräsentant einer Regierungspartei war er an Parteientscheidungen gebunden und musste dafür Sorge tragen, dass die SPD sich zumindest in Niedersachsen nicht in Flügelkämpfen aufrieb. Je mehr von Oertzen sich in dieser Phase in der Rolle eines «ideellen Gesamtsozialdemokraten» einfand, um die Dialogfähigkeit sowohl zu antirevisionistischen Jungsozialisten als auch zu sozialliberalen Seeheimern aufrechtzuerhalten, desto schwieriger war es für ihn, gleichzeitig Gesprächskanäle und Netzwerke über Organisationsgrenzen hinweg zu pflegen. Dafür gelang es ihm aber als Vorsitzender der Programmkommission für den sogenannten Orientierungsrahmen '85, alle Strömungen der Partei in einen konstruktiven Dialog darüber zu bringen, wie sich die programmatischen Ziele der SPD mittelfristig in ein konkretes Reformprogramm übersetzen ließen. Der Orientierungsrahmen hatte, obwohl er letztendlich für die konkrete Politik weitgehend bedeutungslos blieb, eine hohe integrative Funktion für das SPD-Milieu in einer äußerst schwierigen Umbruchs- und Neuorientierungsphase.

Dass von Oertzen in den 1970er-Jahren trotzdem ein gefragter, wenn auch umstrittener Ansprechpartner für eine Reihe von Linken außerhalb der Partei blieb, die der

SPD ansonsten äußerst distanziert gegenüberstanden, verdankte er seinen Aktivitäten in drei Bereichen. Bildungs- und vor allem wissenschaftspolitisch war es ihm als Kultusminister in Niedersachsen zwischen 1970 und 1974 gelungen, zahlreiche Strukturreformen anzustoßen und den Ausbau der Universitäten voranzutreiben. Nicht zuletzt wurden unter seiner Ägide zahlreiche Professoren an niedersächsische Universitäten berufen, die einem pluralen Spektrum der Linken entstammten: Michael Vester, Oskar Negt und Jürgen Seifert in Hannover, Peter Lösche, Helga Grebing, Walter Euchner und Martin Baethge in Göttingen, Eberhard Schmidt in Oldenburg oder Rüdiger Griepenburg in Osnabrück. Ein zweites organisationsübergreifendes Betätigungsfeld von Oertzens fand sich im Bereich der Chile-Solidaritätsarbeit. Nach dem Putsch von Pinochet organisierte ein Netzwerk aus Sozialdemokraten, Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International sowie zahlreichen linken Basiskomitees materielle Hilfe und politische Unterstützung für die verfolgten chilenischen Sozialisten. Von Oertzen fungierte hier als eine Schaltstelle zwischen SPD-geführten Ministerien, Amnesty und der Friedrich-Ebert-Stiftung und spendete über die Jahre mehrere zehntausend DM. Ein drittes Terrain, auf dem sich von Oertzen in den 1970er-Jahren bewegte, war in den Linken äußerst umkämpft: Die Solidarität mit osteuropäischen Dissidenten wie Rudolf Bahro. Während ein Teil der Linken, vor allem einige trotzkistische Gruppen und undogmatische Sozialisten, sich stark in diesem Bereich engagierten, hielten sich sowohl die Mehrheit der SPD als auch DKP-nahe Strömungen hier mit unterschiedlichen Motivationen auffällig zurück. Von Oertzen pflegte in diesem Zusammenhang

intensive Kontakte zu kleineren sozialistischen Zeitschriften wie z.B. *Neuer Langer Marsch* oder *Kritik*. Die innerlinken Differenzen über das Verhältnis zum Realsozialismus gipfelten 1979 in einem symbolträchtigen Zerwürfnis zwischen von Oertzen und Wolfgang Abendroth. Weil von Oertzen eine offene Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsstrategie der DKP eingefordert hatte und in diesem Zuge die Marburger Schule als intellektuellen Think Tank attackiert hatte, hatte er sich in den Augen vieler Linker bis in die SPD hinein diskreditiert.

Zwischen 1980 und 1983 lag von Oertzens primärer Fokus wieder auf der SPD. Trotzdem nahm er das Entstehen der Grünen von Anfang an als bedeutenden Wandel im Parteiensystem wahr, der der SPD perspektivisch neue Bündnisoptionen eröffnete. Im Spiegel deutete er bereits 1982 die inhaltlichen Grundlagen für rot-grüne Koalitionen an, gleichzeitig publizierte er Beiträge in Sammelbänden des grün-alternativen Milieus, in denen er auf das Potenzial der neuen Partei abzielte, sich vor allem als Interessenvertretung moderner Arbeitnehmermilieus zu begreifen. Mit einigen linken Grünen, z.B. Jürgen Reents und Frieder Otto Wolf, die sich Anfang der 1980er-Jahre im Umfeld der Zeitschrift *Moderne Zeiten* bewegten, stand er seitdem in einem sporadischen Austausch. Vor der Bundestagswahl 1983 bereitete er die Partei außerdem auf das unwahrscheinliche Szenario einer rechnerisch möglichen rot-grünen Kooperation vor, indem er programmatische Gemeinsamkeiten festhielt und potenzielle Minister sondierte.

Im Zuge der neuerlichen Programmdebatte, die sich die SPD bald nach dem Gang in die Opposition auferlegte, stand von Oertzen bald auf verlorenem Posten.

Gemeinsam mit Detlev Albers, der die eurokommunistischen Diskussionen aufmerksam begleitet hatte, sowie der Redaktion der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift *Sozialismus*, wandte sich von Oertzen nun verstärkt wirtschaftspolitischen Analysen zu und betonte in diesem Zusammenhang wieder die systemischen Grenzen für staatliche Reformpolitik. Im Frankfurter Kreis, dem offiziellen Netzwerk der Parteilinken, trafen derartig klassisch marxistisch anmutende Deutungsmuster nun jedoch auf divergierende Interpretationen. Während der ökosozialistische Flügel um Erhard Eppler und Johano Strasser nun beispielsweise die sozialen und ökologischen Probleme der Gegenwart als Menschheitsprobleme im Zeitalter des «Industrialismus» begriffen, argumentierte mit Peter Glotz ein weiterer sozialdemokratischer Intellektueller für die Europäisierung der Politik, um der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten zu begegnen. Andere dagegen, wie z.B. Fritz Scharpf, sahen wiederum die Macht der global agierenden Banken und multinationalen Konzerne vorerst als so groß an, dass in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation lediglich eine Umverteilung innerhalb einer Klasse und ein Schwenk in Richtung Angebotspolitik als Ausweg verbleibe. Ähnlich argumentierte Ende der 1980er-Jahre auch Oskar Lafontaine, wenn er die Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst zu einem solidarischen Lohnverzicht aufforderte und flexibilisierte Arbeitszeiten als notwendig ansah, um Frauen und Arbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Trotzdem erhielt von Oertzens Alternativvorschlag für das Kapitel zur Wirtschaftspolitik im Berliner Programm immerhin noch ein Drittel der Stimmen.

Gorbatschows Reformpolitik und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR nahm von

Oertzen als überaus positiv wahr, wobei er vor allem den Kontakt zu kleineren sozialistischen Gruppen in der Bewegung suchte, die im Zuge der Einheitseuphorie marginalisiert wurden. Erstmals trat von Oertzen 1989 auch mit dem Erneuererflügel der DKP in einen Austausch. Seine Hoffnungen und vielfältigen Bemühungen um einen demokratischen Neuanfang, eine neue Verfassung und einen alternativen Entwicklungspfad für die DDR hatten freilich kaum Chancen auf Verwirklichung.

Nachdem er in den 1980er-Jahren Kontakte zu einigen Strömungen innerhalb der Grünen aufrecht erhalten hatte, öffnete sich von Oertzen in den 1990er-Jahren für einen Dialog mit der PDS. Obwohl er dem kommunistischen Erbe der Partei weiterhin äußerst distanziert gegenüberstand, würdigte er den Versuch, ein Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus zu entwickeln. Nach seinem Rückzug aus dem SPD-Bundesvorstand in Herbst 1993 schrieb von Oertzen regelmäßig für das *Neue Deutschland*. Außerdem trat er als Herausgeber der vormaligen Stamokap-Zeitschrift *spw* in Erscheinung, die sich ab 1994 zum zentralen Organ der SPD-Linken wandelte. Am Rande beteiligte sich von Oertzen noch an dem rot-rot-grünen Crossover-Dialog ab 1995, der von den Zeitschriften *spw*, *Utopie Kreativ* und *andere zeiten* initiiert wurde. Im Umgang mit der PDS plädierte er für eine weitgehende Amnestie bezüglich der DDR-Vergangenheit ihrer Mitglieder. Schon Anfang der 1990er-Jahre initiierte er gemeinsam mit Wolfgang Thierse Begegnungen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen auf Gut Gödelitz in Sachsen, um gegenseitige Vorurteile abzubauen. Er trat auch in einen Austausch mit einzelnen Mitgliedern der PDS und Mitarbeitern der Rosa-Luxemburg-Stiftung wie z. B. Uwe-Jens

Heuer, Dieter Klein, Horst Dietzel, Harald Werner oder Winfried Wolf, die ganz unterschiedlichen Traditionslinien der Partei entstammten.

Trotz dieser Bereitschaft zum Gespräch blieb sein persönliches Urteil über die Partei aber äußerst distanziert. 1997 schrieb er an Hans-Jochen Vogel über die PDS: «Eine inkonsistente Mischung aus einigen altkommunistisch-stalinistischen Resten, unbußfertiger Verdrängung der DDR-Vergangenheit, Nostalgie, kommunalpolitischer Handwerkerlei ohne weiterreichende Perspektive, Populismus, parlamentarischer Opportunismus verziert mit «linken» Versatzstützen und einer theoretisch ganz unzulänglichen «Reformideologie», die weit hinter dem Berliner Programm zurückbleibt.»⁹ Er beteiligte sich aber trotzdem an der Programmdiskussion der PDS und war einer der Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung von 1997.

Die Regierungspolitik von Rot-Grün unter Gerhard Schröder kommentierte von Oertzen in der *spw* und in *Sozialismus* ab 1999 äußerst kritisch. 2000 schrieb er z. B. «Die SPD ist überhaupt nur noch in Bewegung zu setzen, wenn neben ihr eine programmatisch seriöse, in der Gesellschaft verwurzelte linkssozialistische Partei steht, die die Sozialdemokratie bei Abweichung von ihren Reformzielen sofort mit schwersten Wählerverlusten bestraft. Konkurrenz von außen ist das einzige verbleibende Mittel, Einfluss auf die SPD auszuüben.»¹⁰ Gleichzeitig war er weiterhin überzeugt, dass ohne die SPD

9 Peter von Oertzen an Hans-Jochen Vogel vom 1.3.1997, Universitätsarchiv Hannover, *Nachlass Peter von Oertzen*, Box 39/3.

10 »Nur sozialistische Konkurrenz kann die SPD noch in Bewegung bringen«. Peter von Oertzen über die Zukunft linker Ideen und Bewegung, in: *Der Freitag*, 7.4.2000.

keine progressiven gesellschaftlichen Mehrheiten möglich sind. Als politische Perspektive plädierte er nun aber für ein breites und plurales linkes Netzwerk verschiedener Akteure. In seinem letzten Text vor seinem Schlaganfall im Oktober 2003 wandte er sich an den Parteivorstand der PDS und unterbreitete Vorschläge für eine eigenständige Strategie im Westen, bei der die Partei eine Initiative für eine eigenständige Struktur, ausgehend von linken Gewerk-

schaftern, zulassen müsse.¹¹ Er nahm damit den Entstehungskontext der WASG vorweg. Von Oertzens Austritt aus der SPD im März 2005 und seine kurzzeitige Mitgliedschaft in der WASG waren jedoch rein symbolisch, da er das Pflegeheim seit Ende 2003 nicht mehr verließ.

11 Peter von Oertzen: Wie die PDS im Westen Fuß fassen könnte. Überlegungen zum Europa-Wahlkampf der sozialistischen Linken in Deutschland, in: *SoZ. Sozialistische Zeitung*, 1/2004, S. 5.

Armin Pfahl-Traugher

«For the Many, not the Few»: Der Aufstieg eines «linken Zausels»

Die Erfolge des Jeremy Corbyn und der Labour Party

Blickt man auf die jüngsten Ergebnisse der sozialdemokratischen Parteien bei Wahlen, so kann mal mehr und mal weniger von einer krachenden Niederlage gesprochen werden: Die Partei der Arbeit erhielt in den Niederlanden nur noch 5,7 Prozent. Beim ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich kam der Kandidat der Sozialistischen Partei gerade mal auf 7,4 Prozent. Und in Österreich waren es im Vorjahr für den dortigen Präsidentschaftskandidaten nur 11,3 Prozent. Auch in den skandinavischen Ländern, die lange eine Hochburg für die Sozialdemokraten waren, ging die Zustimmung zurück: In Dänemark waren es zuletzt 25,3, in Finnland 16,5, in Norwegen 27,4 und in Schweden 31 Prozent. Doch ist dem überall so? Ein Land bil-

det eine Ausnahme: Großbritannien. Dort konnte die Labour Party ihren Stimmenanteil bei der Unterhauswahl enorm steigern: 2017 erhielt sie 40 Prozent und legte damit fast zehn Prozent zu. Damit stellen sich Fragen: Wie erklärt sich dieser Erfolg? Welche Gründe gibt es für die dortige Negierung eines Trends?

Es kommt für diese Fragestellung aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: Denn mit Jeremy Corbyn hat die Labour Party seit 2015 einen ungewöhnlichen Vorsitzenden. Zwar gehört er seit 1983 als Abgeordneter dem Parlament an, war aber dort immer ein politischer Außenseiter. Denn Corbyn gehörte dem linken Flügel seiner Partei an. Er galt und gilt nicht nur im eigenen Land als «sozialistischer

Zausel». Dass Corbyn jemals Labour-Vorsitzender werden würde, hatten wohl selbst seine Anhänger lange Jahre nicht erwartet. Gegen ihn standen nicht nur die Konservativen und die Medien, sondern auch das Establishment seiner eigenen Partei. Insofern bedarf es bei der Erörterung der oben gestellten Fragen auch Reflexionen darüber, warum es Corbyn an die Parteispitze geschafft hat. Denn seiner Person und seinen Positionen kommt auch ein hoher Stellenwert für den Wahlerfolg zu. Demnach soll hier erörtert werden, wie sich Corbyns parteiinterner Aufstieg ins höchste Amt, aber auch parteiexterner Erfolg bei der nationalen Wahl erklärt.

Am Beginn stehen dabei die biographisch-politische Entwicklung von Corbyn und eine Darstellung des Prozesses hin zu seiner Wahl als Parteivorsitzendem sowie zur Führungskrise und Neuwahl. Dann geht es noch einmal gesondert um Corbyns Persönlichkeit und Positionen, spielen sie doch für die Entwicklung von Labour eine herausragende Rolle. Die Neuorientierung wird im Programm, das unter dem Motto «For the Many, not the Few» stand, zu den Unterhauswahlen 2017 deutlich. Welche Ergebnisse und Folgen zeigten sich danach, soll anschließend erörtert werden. Besondere Beachtung verdient dem folgend die Frage nach den Merkmalen und Motiven der Wähler. Daraus lassen sich die Gründe für den relativen Wahlerfolg ableiten. Dieser manifestierte sich auch in der Botschaft des Parteitags von 2017, wo Corbyn die Labour-Partei als «Regierung im Wartestand» präsentierte. Und schließlich soll nach einer bilanzierenden Einschätzung noch einmal erörtert werden, inwieweit Labour ein Modell oder Vorbild für andere sozialdemokratische Parteien sein kann.

Biographisch-politische Entwicklung

Zunächst bedarf es aber einiger Ausführungen zum biographisch-politischen Weg¹ von Corbyn: Mitunter spielt für die Entwicklung eines Menschen auch eine Rolle, wo sich seine Eltern kennengelernt haben. Dies war jedenfalls bei Jeremy Corbyn der Fall: Der Elektroingenieur David Corbyn und die Mathematiklehrerin Naomi Loveday begegneten sich erstmals als Friedensaktivisten in einem Komitee, das für die Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg um Unterstützung warb. Demnach wuchs der 1949 in Chippenham geborene Jeremy in einer Familie mit linkem Hintergrund auf. Die Annäherung an die Gewerkschaftsbewegung und die Labour-Partei war ihm somit in die Wiege gelegt worden. Jeremy entwickelte sich in einer idyllischen Kindheit unter behüteten Verhältnissen. Der Besuch der Schule lies nicht einen besonders lernwilligen Schüler erkennen. Seine politische Ausrichtung erklärt wohl mit Corbyns folgende berufliche Orientierung: Nach dem Abschluss der Schule arbeitete er zunächst im *Voluntary Service Overseas* in Jamaika.

Danach begann Corbyn auf unterschiedlichen Ebenen als Funktionär für die Gewerkschaften zu arbeiten. Zunächst war es die *National Union of Public Employees* und danach die *National Union of Tailors and Garmet Workers*. Ein dazwischen begonnenes Studium brach Corbyn ab, sodass er nie einen Studienabschluss erlangte. Corbyn engagierte sich fortan stärker im kommunalpolitischen Bereich auf parteipolitischer

1 Eine ausführliche Darstellung zu seinem Leben findet sich in: Rosa Prince, *Comrade Corbyn. A Very Unlikely Coup: How Jeremy Corbyn Stormed to the Labour Leadership*, London 2016. Vgl. auch: Alex Nunns, *The Candidate: Jeremy Corbyn's Improbable Path to Power*, London 2017.

Ebene. Bereits als Schüler war er im Jugendkontext der Labour Partei und dann auch in ihr selbst aktiv. So erhielt Corbyn auch ein erstes öffentliches Amt über eine Kandidatur in deren Namen: 1974 wurde er erstmals in den *Council* von Haringey in London gewählt und danach bis 1984 mehrmals wiedergewählt. Bereits früh zeigte sich, dass Corbyn dem linken Flügel der Partei angehörte. Für Abrüstungsforderungen engagierte er sich ebenfalls bereits als Schüler. Und 1981 unterstützte Corbyn aktiv die erfolglose Kandidatur von Tony Benn, für die Linke eine Lichtgestalt, um das Amt des Stellvertretenden Parteivorsitzenden.

1983 wurde Corbyn dann selbst erstmals als Abgeordneter von Islington für die Labour Partei ins Unterhaus gewählt. Seit dem hat er ununterbrochen diesen Sitz inne. Seine dezidiert linke Auffassung machte Corbyn fortan auch durch seine Redebeiträge und sein Stimmverhalten deutlich. Es gab gelegentlich harte Fragen an die Premierministerin Margaret Thatcher, die sich insbesondere auf die sozialen Folgen ihrer deregulierenden Wirtschaftspolitik bezogen. Corbyn stimmte aber auch zwischen 1997 und 2010 mehrfach gegen die eigene Labour-Regierung, sah er doch in dem von Premierminister Tony Blair vorangetriebenen «New Labour»-Projekt einen Verrat an den Idealen der Arbeiterbewegung. Gleichzeitig lehnte Corbyn dessen Außenpolitik insbesondere hinsichtlich des Irak-Krieges ab. Bei einschlägigen Demonstrationen trat er als Redner auf und wurde damit eine bekannte Größe in den Protestbewegungen. Als Abgeordneter kam ihm indessen keine Bedeutung zu, gehörte Corbyn doch zu einer einflusslosen Minderheit oder war sie nur selbst.

Wahl zum Parteivorsitzenden

Umso unwahrscheinlicher war es, dass Corbyn jemals Parteivorsitzender werden würde. Er verfügte nicht über eine breitere öffentliche Bekanntheit, ihm fehlte beim Partiestablishment die Unterstützung, und er galt als nicht mehrheitsfähiger «linker Zause». Den bekennenden demokratischen Sozialisten sahen viele als ein Relikt der 1970er-Jahre an. Doch ergab sich 2015 eine besondere politische Konstellation, die Corbyn sogar mit großer Mehrheit den Parteivorsitz einbrachte.² Der Ausgangspunkt dafür war die Niederlage der Partei bei den vorherigen Unterhauswahlen. Da Ed Miliband dafür als Spitzenkandidat die politische Verantwortung übernahm, trat er von seinem Amt als Parteivorsitzendem zurück. Dadurch musste dieser Posten neu besetzt werden, wofür es bei Mitgliedern und Unterstützern eine Urwahl geben sollte. Diverse Kandidaten traten an, welche für die Nominierung aber Parlamentarier auf ihrer Seite haben mussten. Erst kurz vor Ablauf der entsprechenden Frist gelang es Corbyn, eine zwar ausreichende, aber geringe Unterstützung zu erhalten.

Er war der einzige erklärte Anti-Austerität-Kandidat, der eine Abkehr von sozialstaatlichen Prinzipien grundlegend ablehnte. Demgegenüber traten Corbyns Konkurrenten aus Labour-Perspektive für eine stärkere Liberalisierung in der Ökono-

² Die Gesamtentwicklung schildert: Richard Seymour, Corbyn. The Strange Rebirth of Radical Politics, London 2016. Es gab später auch immer wieder ausführliche journalistische Schilderungen, vgl. George Eaton, Towards the promised land. The inside story of how the Labour left overcame repeated defeat and ridicule to win control of the party and transform British politics, in: *NewStatesman* vom 22. bis 28. September 2017, S. 27–37.

mie ein. Damit wollten sie den Konservativen gegenüber in einer gesellschaftlichen «Mitte» mehr Zustimmung mobilisieren. Ob am Beginn selbst Corbyn ernsthaft an seinen Sieg geglaubt hat, wird wohl immer sein Geheimnis bleiben. Die Chancen dafür standen aus den genannten Gründen mehr als nur schlecht. Der frühere Premierminister Tony Blair warnte gar dezidiert davor, eine solche Person zum Vorsitzenden zu machen. Dies würde ein Desaster für Labour bei den Wahlen bedeuten. Gleichwohl begannen insbesondere jüngere Anhänger an der Parteibasis damit, für Corbyn um Stimmen und Unterstützung zu werben. Als Besonderheit kam noch hinzu, dass sich nicht nur eingetragene Parteimitglieder, sondern auch «registrierte Unterstützer» an der Urwahl beteiligen konnten. Mit drei Pfund war man stimmberechtigt.

An der Abstimmung nahmen dann letztendlich vier Kandidaten teil. Deren jeweilige Auffassungen wurden auch in Fernsehdebatten einem breiten Publikum bekannt, wobei sich Corbyn von seinen Konkurrenten auch mit seinem besonderen Habitus und nicht nur mit seinen politischen Positionen abhob. Er wirkte authentischer und glaubwürdiger, weniger karriereorientiert und konformistisch. An der Parteibasis konnte Corbyn daher immer mehr an Akzeptanz gewinnen, während er in der Parteiführung eher Schrecken verbreitete. Das Ergebnis der Urwahl war dann aber eindeutig: Jeremy Corbyn erhielt 59,5 Prozent, Andy Burnham 19,0 Prozent, Yvette Cooper 17,0 Prozent und Liz Kendall 4,5 Prozent der Stimmen. Die genaue Aufschlüsselung macht deutlich, dass Corbyn nicht gewann, weil seine Konkurrenten sich gegenseitig die Stimmen wegnahmen. Er hatte eine eigene und eindeutige Mehrheit von fast

60 Prozent erhalten. Dabei spielte es übrigens keine Rolle, dass nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Unterstützer abstimmungsberechtigt waren.

Führungskrise und Neuwahl

Für den neu gewählten Parteivorsitzenden entstand nun eine besondere Situation, die sicherlich in der allgemeinen Parteigeschichte selten vorkommt: Zwar stimmte die Basis von Labour mit Mehrheit für Corbyn, aber nur eine Minderheit der Parlamentarier und der Parteilite stand hinter ihm. Es muss sogar gesagt werden, dass Ablehnung und nicht nur Distanz das Verhältnis prägte. Der einzige Lichtblick für den neuen Labour-Vorsitzenden war wohl der Mitgliederzustrom. In der zweiten Jahreshälfte 2015 traten über 180.000 Menschen der Partei bei, wodurch sie um mehr als zwei Drittel anwuchs. Dabei dürfte es sich zu großen Anteilen um Anhänger von Corbyn gehandelt haben, denn fortan wuchs seine Akzeptanz an der Basis noch mehr, indessen nicht im Establishment. Dort gab es Bemühungen um seinen Sturz: Den Anlass dafür bot die innenpolitische Krise nach dem «Brexit»-Referendum, hatte Corbyn doch bezüglich der Frage des Verbleibs in der Europäischen Union nicht unbedingt besonderes Engagement und politische Klarheit an den Tag gelegt.

Die Dimension der nun beginnenden Führungskrise kann allein schon daran festgemacht werden, dass zwei Drittel der Angehörigen des Schattenkabinetts zurücktraten. Bei den Labour-Abgeordneten im Unterhaus gab es eine Vertrauensabstimmung, die sich mit einem Anteil von 172 zu 40 gegen Corbyn richtete. Zwar hatte dies keine Folgen für den direkt gewählten Parteivorsitzenden, aber es war für sein

Ansehen ein kaum vorstellbares Desaster. Demgegenüber kam es zu Kundgebungen von *Momentum*, einer Gruppe von jungen Unterstützern, die gleichwohl die an für sich verheerende Situation für den Vorsitzenden nicht wirklich veränderten. Dafür kam es aber erneut zu einer Flut von Parteieintritten, wandten sich doch um die 100.000 Menschen binnen weniger Monate der Partei zu. Ihr gehörten nach Corbyns erster Kandidatur nun doppelt so viele Mitglieder an, was auf fast 500.000 Personen hinauslief. Auch hier war demnach eine eindeutig gegensätzliche Entwicklung und Positionierung von Parteibasis und Parteilite feststellbar.

Im letztgenannten Bereich befürchtete man eine durch Corbyn bedingte vernichtende Niederlage bei kommenden Wahlen. Um dieser Gefahr zu entgehen, sollte der Vorsitzende neu gewählt werden. Auch hier stimmten einerseits eingeschriebene Parteimitglieder und andererseits «registrierte Unterstützer» ab. Gegen Corbyn trat 2016 als einziger Konkurrent Owen Smith an. Das ehemalige Mitglied des Schattenkabinetts hatte die Unterstützung der Parteilite. Gleichzeitig griff Smith einige eher linke soziale Positionen auf. Indessen kam es bei der Abstimmung erneut zu einem klaren Ergebnis für den bisherigen Vorsitzenden: Corbyn erhielt mit 61,8 Prozent sogar noch mehr Zustimmung, während Smith lediglich 38,2 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. Auch hier war es so, dass Corbyn eine eindeutige Mehrheit sowohl bei den Parteimitgliedern wie den Unterstützern hatte. Demnach mag sein Aufstieg auch durch viele Jüngere unter den Letztgenannten befördert worden sein. Corbyn erhielt aber auch eine klare Mehrheit unter den eingeschriebenen Mitgliedern.

Persönlichkeit und Positionen

Bevor auf die danach folgenden Ereignisse der Unterhauswahl von 2017 näher eingegangen werden soll, wird der Blick noch einmal auf Corbyns politisches Selbstverständnis gerichtet. Er selbst definiert sich als demokratischer Sozialist. Gleichwohl ist nicht klar, was er genau damit meint – zumal diese Bezeichnung ideengeschichtlich im unterschiedlichsten Sinne verwendet wurde. Es ist weder bekannt, welche Einstellung etwa gegenüber dem Marxismus besteht. Noch hat Corbyn sich dezidiert auf bestimmte Klassiker des Sozialismus bezogen. Als Aktivist außerparlamentarischer Protestbewegungen hatte er auch regelmäßigen Kontakt zu Akteuren einer marxistischen Linken, wozu insbesondere trotzkistische Organisationen gehörten. Gleichwohl gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass er in diesem Sinne politisch verortet werden kann. Auffällig ist indessen: Corbyn hatte zeitweise eine regelmäßige Kolumne in der sozialistischen Tageszeitung *Morning Star*. Dies war aber in der Ära nach deren Abkehr von der Kommunistischen Partei Großbritanniens.

Corbyn kann eher als linker Sozialdemokrat in traditioneller Weise gelten. Dabei erinnern seine Auffassungen an den Konsens im gemeinten politischen Milieu der Nachkriegszeit, wobei dies hier nur als Beschreibung im Sinne einer Wertschätzung von Wohlfahrtsstaatsmodellen verstanden werden soll. Die Forderungen nach mehr sozialer Gleichheit durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen stehen dafür. Seine Ablehnung der Sparpolitik der Tories, die aus Corbyns Sicht primär die unteren sozialen Schichten trifft, erklärt sich aus dieser Prioritätensetzung im politischen Selbstverständnis. Darüber hinaus verdienen manche außenpolitischen Auffassungen noch

gesondertes Interesse: Denn Corbyn war mehr als nur dialogbereit mit bedenklichen Gesprächspartnern wie zunächst der IRA und *Sinn Fein*, dann aber auch der *Hamas* und *Hezbollah*.³ Außerdem hielt er sich bei Einwänden gegen autoritäre sozialistische Regime wie in Kuba oder Venezuela doch eher zurück. Berechtigte Kritik daran äußerte nicht nur die konservative Presse.

Um Corbyns Erfolg zu verstehen, muss aber auch seine Persönlichkeit beachtet werden. Er steht für ein hohes Ausmaß an Glaubwürdigkeit und Standfestigkeit. Man kann das Gemeinte anhand von Geschichten verdeutlichen: Ein Grund für eine frühere Scheidung bestand darin, dass Corbyns damalige Ehefrau einen Sohn auf eine Privatschule schicken wollte. Der Vater, der bezogen auf die Bildung für eine Demokratisierung und nicht für eine Elitenförderung eintrat, lehnte dies aus innerer Überzeugung rigoros ab. Corbyn selbst lebt auch privat bescheiden. Als Einbrecher vor Jahren seine Wohnung durchwühlten, fanden sie nichts Wertvolles und schleuderten danach aus Frust sein ausgebeultes Sakko auf die Straße. Oder es wird erzählt, dass Corbyn nach Empfängen in die Küche gehe und dort nach Resten frage, um dieses Essen dann an Obdachlose auf der Straße zu verteilen. Dafür dürfte er heute kaum noch Zeit haben.⁴ Gleichwohl stehen all

diese Geschichten für eine Konsequenz und Überzeugungstreue, die in der Gegenwart viele Menschen an Politikern vermissen.⁵

Programm zu den Unterhauswahlen 2017

Am 18. April 2017 verkündete Premierministerin Theresa May, dass es eine verfrühte Neuwahl zum Unterhaus geben solle. Dafür gab es sowohl eine offizielle Begründung wie ein machtpolitisches Kalkül: Die Aussage für den erstgenannten Bereich bezog sich darauf, dass für die anstehenden «Brexite»-Verhandlungen eine neue Legitimation für die Regierung wünschenswert wäre. Das machtpolitische Kalkül bestand darin, dass mit Labour die einzig relevante Oppositionspartei in dieser Zeit schlecht dastand. Trotz Corbyns erneutem Erfolg war die interne Kritik an dem Parteivorsitzenden nicht verstummt. Und während die Konservativen ein Hoch von um die 45 Prozent in den Umfragen verbuchen konnten, bestand für Labour ein Tief mit gerade mal 27 Prozent. Ein herausragender Erfolg für May war daher für die Wahl am 8. Juni 2017 vorstellbar. Dazu erstellte Labour ein relativ ausführliches Wahlprogramm. Es hatte den programmatischen Titel «For the many, not the few» und konzentrierte sich auf 123 Seiten auf sozial- und wirtschaftspolitische Themen.⁶

Bereits in der gewählten Formulierung wird eine konfrontative Sicht deutlich: Die Konservativen hatten aus Labours Perspek-

hengebliebener Linker, der die Labour Party in den Abgrund führt. Jetzt scheint er bis ins bürgerliche Lager hinein wählbar. Was ist geschehen?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. August 2017, S. 3.

3 Damit einher geht auch eine ausgeprägte Israel- feindlichkeit, die im linken Flügel der Labour-Partei verbreitet ist. Vgl. Dave Rich, *The Left's Jewish Problem. Jeremy Corbyn, Israel and Anti-Semitism*, London 2016. Inwieweit hier von Antisemitismus gesprochen werden kann, bedarf einer gesonderten Erörterung, die aber den Rahmen der vorliegenden Abhandlung sprengen würde.

4 Vgl. als diesbezüglich differenzierte Beschreibung: Jochen Buchsteiner, *Der Mann mit Linie. Bis vor kurzem galt Jeremy Corbyn als politischer Kauz, als ste-*

5 Vgl. Mark Perryman (Hrsg.), *The Corbyn Effect*, London 2017.

6 Vgl. The Labour Party (Hrsg.), *For the Many, not the Few. Manifesto 2017*, London 2017.

tive eine Politik gemacht, welche eher im Interesse der Reichen, aber nicht der Mehrheit des Volkes lag. Damit wurden eine Distanz zu der unternehmerfreundlichen «New Labour»-Politik und eine Neuorientierung an den früheren sozialdemokratischen Wurzeln veranschaulicht. Corbyns Vorwort wies darauf hin, dass soziale Probleme auch in dem fünftreichsten Land der Welt bestehen würden. Denn viele Menschen könnten nicht an diesem Wohlstand partizipieren, seien sie doch von anwachsender Berufunsicherheit, sinkendem Lebensstandard oder regelmäßigen Sozialkürzungen betroffen. Demgegenüber gehe es um Investitionen in die Zukunft. Allen solle die ökonomische Entwicklung nutzen, was im sozialen Sektor erhebliche Veränderungen bedeuten würde. Es gehe auch um ein faires Steuersystem, das beispielsweise durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer für hohe Jahresgehälter von 40 auf 45 Prozent geprägt sei.

Darüber hinaus solle es eine Erhöhung der Unternehmenssteuern und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer geben. Die gewonnenen Gelder würden in die Infrastruktur investiert, um damit als öffentliches Konjunkturprogramm das allgemeine Wirtschaftswachstum zu fördern. Es gelte mehr Mittel in die Bildung zu investieren und die Studiengebühren abzuschaffen. Jährlich sollten mindestens 100.000 öffentliche Wohnungen gebaut werden. Als Arbeitnehmervertretung müssten die Gewerkschaften wieder eine größere Rolle spielen. Darüber hinaus sollten Bahn und Post, Energie- und Wasserversorgung vom privaten wieder in den öffentlichen Besitz übergehen. Ebenfalls gelte es im Gesundheitswesen, eine angestrebte Privatisierung zu verhindern. Auch die Kürzungen im Polizeibereich seien zurückzunehmen. Auffäl-

lig ist die Konzentration auf die genannten sozial- und wirtschaftspolitischen Themenfelder. Demgegenüber widmete man außen- oder sicherheitspolitischen Fragen nur geringes Interesse im «Manifesto».

Ergebnis und Folgen der Unterhauswahl

Mit den genannten Forderungen trat Labour an die Öffentlichkeit und führte den Wahlkampf.⁷ Die erwähnten Inhalte lösten aber auch heftige Kritik aus, nicht nur von den konservativen Gegnern, sondern auch von den meisten Medien. Bei den seriösen Einwänden ging es um die Finanzierbarkeit der Projekte, bei den polemischen Kommentaren um Herabwürdigungen und Verdächtigungen. Gleichwohl machten die Ergebnisse von Meinungsumfragen bereits früh deutlich: Die Bereitschaft für eine Entscheidung zugunsten von Labour stieg kontinuierlich an. Und als die offiziellen Ergebnisse bekannt gegeben wurden, gab es auch eine Überraschung für viele Wahlbeobachter: Labour hatte mit einem Plus von 9,5 Prozent gegenüber 2015 am stärksten zugelegt und sogar 40 Prozent der Stimmen erreicht. Entscheidender bei einem relativen Mehrheitswahlrechtssystem waren aber die gewonnenen Wahlkreise. Hier konnte Labour einen Anstieg von 30 auf insgesamt 262 Sitze im Unterhaus verbuchen.

Demgegenüber hatten die Konservativen 42,2 Prozent der Stimmen mit einem Plus von 5,5 Prozent und mit einem Minus von 13 Sitzen insgesamt 318 Sitze. Der mathematische Sieger muss aber nicht der politische Sieger sein. Denn Theresa May hatte die Mehrheit für ihre Partei verloren und war fortan mit der nordirischen *Democratic Unio-*

7 Vgl. Tim Ross / Tom McTague, *Betting The House. The Inside Story of the 2017 Election*, London 2017.

nist Party auf einen Koalitionspartner angewiesen. Demnach ging die Premierministerin geschwächt und nicht gestärkt aus der Wahl hervor. Auch in ihrer eigenen Partei wurde sie aufgrund ihres inhaltsarmen und unengagierten Wahlkampfes heftig kritisiert. Ihre kontinuierliche Beschwörung von «Stabilität» und «Stärke» wirkte aufgesetzt und nichtssagend. May galt als politisch gescheitert und ihr Rücktritt schien sogar bevor zu stehen. Corbyn und Labour konnten demgegenüber enorme Zustimmungsgewinne verbuchen. Derartige Sprünge nach vorn hatte die Partei zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen. Auch wenn man nicht der mathematische Gewinner war, wurde man plötzlich zu einem mentalen Sieger:

Bezogen auf Corbyn bedeutete diese Feststellung zunächst, dass er auch innerhalb seiner Partei als Vorsitzender gestärkt worden war. Einige seiner internen Gegner gingen von einer Niederlage aus. Diese hätte ihnen eine erneute Gelegenheit gegeben, den unbequemen Vorsitzenden endgültig los zu werden. Der Erfolg führte kurz- wie längerfristig aber zum genauen Gegenteil: Corbyns Kurs war mit enormen Stimmengewinnen einhergegangen. Damit musste er auch für seine Gegner richtig gelegen haben. Fortan verstummten die Einwände aus dem Parteiestablishment. Auch gab es danach von den Abgeordneten erstmals den ansonsten eigentlich üblichen großen Beifall bei der Rede eines Parteivorsitzenden im Unterhaus. Innerhalb der Basis brach enorme Euphorie aus, die mitunter gar Formen eines Personenkultes annahm. Ähnlich verhielt es sich außerhalb der Partei: Als Corbyn eine Rede bei einem bekannten Rockkonzert hielt, wurde er von den Anwesenden mit «Oh Jeremy Corbyn»-Gesängen so begrüßt als ob er selbst ein Musikstar sei.

Merkmale und Motive der Wähler

Die meisten Anwesenden waren junge Menschen. Diese hatten auch überdurchschnittlich stark für Labour gewählt, was die ganz allgemeine Frage nach den Merkmalen und Motiven für die einschlägigen Stimmabgaben aufwirft. Dabei ist der Blick auf die Konservativen-Wähler im Vergleich interessant. Bleibt man beim Alter, so lässt sich ein eindeutiger Zusammenhang feststellen: Je jünger die Wähler, desto mehr wählten sie Labour. Je älter die Wähler, desto mehr wählten sie die Tories. Dies macht die älteste und jüngste Wählergruppe deutlich: Bei den über 70-jährigen erhielten die Konservativen 70 Prozent und Labour 19 Prozent der Stimmen. Bei den 18- bis 19-Jährigen votierten 19 Prozent für die Konservativen, aber 66 Prozent für Labour. Ähnliche klare Aufteilungen und Differenzen lassen sich bei der formalen Bildung zeigen: Je höher die Bildung, desto mehr wählten Labour. Je niedriger die Bildung, desto mehr wählten die Tories. Bei den niedrig Gebildeten war das Verhältnis 55 zu 33, bei den mittel Gebildeten 45 zu 49 und bei den höher Gebildeten 32 zu 49.

Besonderheiten kann man auch beim Blick auf die Geschlechtszugehörigkeit konstatieren: Die Tories können eher als «Männerpartei», Labour eher als «Frauenpartei» gelten. Diese Aussage bezieht sich verständlicherweise nur auf Mehrheitsverteilungen, was folgende Angaben veranschaulichen mögen: Jeweils 43 Prozent der Frauen wählten beide Parteien (wobei Labour aber insgesamt zwei Prozent weniger Stimmen als die Tories erhielt). Und von den Männern wählten 45 Prozent die Konservativen, aber nur 39 Prozent Labour. Auch die Aufteilung sozialer Gruppen mit besonderem beruflichem Status ist interessant: Bei den Vollzeit-

Beschäftigten stimmten 39 Prozent für die Konservativen und 45 Prozent für Labour, bei den Teilzeitbeschäftigten gab es ein 40 zu 44-Verhältnis. Bei den Arbeitslosen wählten 28 Prozent die Konservativen und 54 Prozent Labour. Bei den Rentnern, dies kann angesichts der Angaben zum Alter nicht verwundern, votierten 63 Prozent für die Konservativen und nur 24 Prozent für Labour. Bei den Studenten lässt sich eine ähnliche, aber umgekehrte Verteilung konstatieren: Hier wählten 19 Prozent die Konservativen und 64 Prozent Labour.

Auch die Aussagen zu sozioökonomischem Status und konkreter Wahlentscheidung sind bedeutsam. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Wähler zunächst in zwei Gruppen und dann in drei weitere Subgruppen aufgeteilt werden. Es geht einmal um die Arbeiter- bzw. Mittelschicht und dabei um Facharbeiter, einfache und ungelernete Arbeiter und Geringverdiener bzw. höhere, mittlere und niedrigere Angehörige der Mittelschicht. Die Angemessenheit der Aufteilung kann hinterfragt werden, indessen liegen keine anderen Daten zu derartigen sozialen Zuordnungen vor. Demnach stimmte man in der Mittelschicht mit Anteilen von 44 Prozent zu 40 Prozent leicht überdurchschnittlich für die Konservativen und in der Arbeiterschicht leicht überdurchschnittlich sowohl für die Konservativen mit 44 Prozent wie für Labour mit 42 Prozent. Die genaueren Aufschlüsselungen zeigen bei Spitzenwerten einen hohen Anteil bei der höheren Mittelschicht für die Konservativen mit 46 Prozent und einen hohen Anteil für Labour mit 44 Prozent bei den Geringverdienern.⁸

8 Alle genannten Daten folgen: Chris Curtis, How Britain voted at the 2017 general election (13. Juni

Gründe für den Wahlerfolg

Die genannten Daten machen deutlich, dass das jeweilige Alter und weniger die soziale Situation entscheidend für die Stimmabgabe war. Zwar votierten die Ärmere mehr für Labour, gleichwohl machte dieser Gesichtspunkt nicht den hervorstechendsten Unterschied aus. Corbyn konnte nicht nur innerparteilich für sich die Jüngeren gewinnen, gleiches gelang ihm gesamtgesellschaftlich bei den Wählern. Da auch die Beteiligung an den Wahlen anstieg und dies insbesondere in der genannten Altersgruppe der Fall war, kam es auch zu der Fehlprognose der Umfrageinstitute. Diese hatten mit einem weitaus geringeren Anstieg der Labour-Stimmen gerechnet. Demnach war ein bedeutsamer Aspekt für den Erfolg die Gewinnung der Jüngeren. Damit einher ging auch die inhaltliche Schwerpunktsetzung im Wahlkampf. Während die «Brexit»-Frage bei den Konservativen dominierte, sprach Labour soziale Probleme an. Dazu gehörten insbesondere die Bildungspolitik und die Gesundheitspolitik, die beide von den Folgen der Sparpolitik der Tories geprägt waren.

Überhaupt muss der Erfolg von Labour auch im Lichte der Fehler von May gesehen werden. Sie führte eine unengagierte Kampagne und setzte auf die falschen Themen. Darüber hinaus kam es vor der Abstimmung zu islamistischen Anschlägen, was eigentlich immer den Konservativen mit ihrer Law-and-order-Politik nützte. Als Innenministerin hatte die Premierministerin aber bei den Sicherheitsbehörden

2017), in: www.yougov.co.uk (gelesen am 30. Juni 2017). Vgl. auch: Lord Ashcroft, How did this result happen? My post-vote survey (9. Juni 2017), in: www.lordashcroftpolls.com (gelesen am 21. August 2017).

viele Stellen gestrichen. Der damit einhergehende Abbau des Polizeiapparats stand denn auch hinsichtlich des Selbstverständnisses der Tories in einem Widerspruch. Corbyn hatte von daher leichtes Spiel, um gegen diese Doppelmoral der Konservativen im Wahlkampf punkten zu können. Er führte auch einen engagierteren Wahlkampf. Einem geforderten Fernsehduell wich May aus. Auftritte in der Öffentlichkeit fanden meist nur vor ausgewählten Sympathisanten statt. Demgegenüber tourte Corbyn durch das Land und konnte immer größere Zuhörermassen mobilisieren. Bereits diese Entwicklung kündigte das Kippen der Stimmung an.

Für die Erklärung des Erfolgs von Labour kam somit dem Parteivorsitzenden auch ein hoher Stellenwert zu. Er wirkte charismatischer und enthusiastischer, glaubwürdiger und volksnäher als seine Konkurrentin. Darüber hinaus bot die Anti-Austeritäts-Politik ein klares Gegenprogramm zu den Konservativen, während frühere Labour-Kandidaten sich immer stärker der Politik der Tories angenähert hatten. Eine erkennbare Alternative und ein klarer Kurswechsel haben verständlicherweise höhere Mobilisierungswirkungen als inhaltliche Anpassungen und formale Mäßigungen. Gerade die Kombination von Person und Programm erklärt sehr stark die Wählerzustimmung. Darüber hinaus kam noch einzelnen Faktoren größere Relevanz zu. So nutzten insbesondere die jüngeren Anhänger intensiv das Internet und die Social Media, was als notwendige Alternative angesichts der Anti-Corbyn-Berichterstattung der meisten Magazine und Zeitungen angesehen wurde. Dies erklärt mit, warum deren gelegentliche Schmähungen bei vielen Wählern nicht verfangen konnten.

Botschaft des Parteitags von 2017

Obwohl Corbyn und Labour zwei Prozent hinter May und den Tories gelandet waren, sahen ihn viele Beobachter als Gewinner und die Premierministerin als Verliererin der Wahl an. Dies führte innerhalb der Partei zu einer komplett veränderten Sicht auf den Vorsitzenden. Während Corbyn zuvor angesichts der Frontstellung der Parteielite um seine Posten fürchten musste, verstummte fortan die Kritik an ihm angesichts des Wahlerfolgs. Die Begeisterung vieler jüngerer Anhänger sowohl innerhalb wie außerhalb von Labour übertrug sich nun auf die ganze Partei. Dies machte auch Brighton deutlich, wo der Labour-Parteitag im September 2017 stattfand. Während noch eine heftige Abrechnung mit Corbyn vor einem guten halben Jahr zuvor erwartbar gewesen wäre, feierte man ihn dort enthusiastisch wie eine politische Lichtgestalt. Die «Oh Jeremy Corbyn»-Gesänge von einem Rockkonzert erschallten nun auch auf einem Parteitag. Ein Persönlichkeitskult war unverkennbar. Ein solcher entwickelt sich auch in der Gesellschaft, wofür die hohen Sympathiewerte in Umfragen stehen.

Das Bild von der politischen Geschlossenheit des Parteitags verdeckt indessen interne Spaltungen: Während zuvor der linke Flügel vom rechten Flügel marginalisiert werden sollte, versucht nun der linke Flügel den rechten Flügel zu marginalisieren. Die Labour-Partei rückt immer weiter nach links. Dafür stehen Personalentscheidungen wie Programmrevisionen. So gab es mehrere Änderungen in der Satzung, die den Aufstieg von Corbyn-Anhängern in der Parteihierarchie ermöglichen sollen. Der linke Flügel wird wohl bald die Partei auch in Schottland übernehmen. Und wie einflussreich die Corbyn-Unterstützer von *Momentum* mittlerweile geworden sind,

lässt sich daran ablesen, dass sie eine beantragte Abstimmung über eine genauere «Brexit»-Einstellung von Labour verhindern konnten. Demnach hat in dieser bedeutsamen Frage für Großbritannien die größte Oppositionspartei immer noch keine klare Position.⁹ Dies spricht dann aber eigentlich nicht für das, was Corbyn anlässlich seiner Parteitagrede hinsichtlich der Regierungsfähigkeit öffentlich verkündete.

Er beschwor, dass Labour sich wieder seinen ursprünglichen Wurzeln und Zielen verpflichten müsse. Dies laufe auf eine Ersetzung, nicht nur auf eine Reformierung des bestehenden Wirtschaftssystems hinaus. In diesem Kontext sprach er auch von einer gescheiterten Privatwirtschaft. Dafür konnte Corbyn auf die Finanzkrise von 2008 und deren sozioökonomische Folgen verweisen. Der darauf folgende Sparkurs habe zu vielen Verwerfungen geführt. Demgegenüber setzt er auf einen aktiven Interventionsstaat, kreditfinanzierte Investitionsprogramme und massive Umverteilungsmaßnahmen. Dafür lässt sich eine ansteigende gesellschaftliche Akzeptanz ausmachen, welche mit die hohen Gewinne bei der Unterhauswahl erklärt. Corbyn leitete daraus ab, dass Labour-Positionen jetzt gar den «Mainstream» ausmachen würden. Er sah seine Partei als handlungs- und sein Schattenkabinett als regierungsbereit an. Corbyn sprach von einer neuen Hoffnung für unser Land und beendete seine Rede mit dem Slogan «For the Many, not the Few».¹⁰

9 Vgl. Jochen Buchsteiner, Der Rausch der Radikalität, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. September 2017, S. 5; Ralf Sotscheck, Die rote Fahne hat jetzt einen grauen Bart, in: *taz* vom 28. September 2017, S. 10.

10 Die Rede ist im Internet eingestellt, vgl.: Jeremy Corbyn's Speech to Labour Conference, in: www.youtube.com (gesehen am 4. Oktober 2017).

Labour als Modell und Vorbild?

Bilanzierend lässt sich der Aufstieg von Corbyn und Labour relativ einfach erklären: Dabei sei zunächst noch einmal der Blick auf die Entwicklung in der sozialen Sphäre geworfen, können dort doch nicht nur bezogen auf die Finanzkrise von 2008 erhebliche Folgewirkungen für Großbritannien festgestellt werden. Allein die für Arbeitnehmer bestehende lange Phase der Stagnation von Löhnen gehört zu den gravierenden Verwerfungen. Damit einher gingen immer mehr befristete Arbeitsverträge und kontinuierlich ansteigende Mieten. Junge Menschen sahen sich mit hohen Studiengebühren konfrontiert. Darüber hinaus führte im Gesundheitsdienst der Sparkurs der Tories zu erheblichen Versorgungslücken. Die damit einhergehenden Fragen wurden von den Konservativen nicht thematisiert, aber auch nicht klar genug von früheren Labour-Führungen. Corbyn tat dies mit Deutlichkeit und Enthusiasmus, Radikalität und Überzeugung. Gleichzeitig gab es klare Alternativpositionen zu den regierenden Konservativen, die durchaus Mehrheitsfähigkeit beanspruchen können.

Derartige Bekundungen von Corbyn auf dem Parteitag waren keineswegs nur bloße Stimmungsmache. Dies belegen diverse Umfrageergebnisse: Demnach würde Labour aktuell mehr Stimmen als die Tories bei Unterhauswahlen erhalten. Drei von vier Briten unterstützen die Forderung, die Eisenbahn, Energieversorgung und Wasserwerke wieder zu verstaatlichen. Gegenüber den Banken hält dies noch jeder zweite Brite für angemessen. Und eine große Mehrheit meint, dass der Staat stärker regulierend in die Wirtschaft eingreifen sollte. Dezierte Analysen zu Einstellungen und Sozialstruktur legen nahe, dass Labour sehr wohl eine Mehrheit an Stimmen für sich mobilisieren

könnte.¹¹ Gleichzeitig darf aber nicht ignoriert werden, dass eine Mehrheitsfähigkeit nicht eine Regierungsfähigkeit bedeutet. Bei der bedeutsamen «Brexit»-Frage kann Labour aktuell noch kein entwickeltes Konzept vorweisen. Und für die Finanzierung von vielen eingeforderten Maßnahmen genügen die beabsichtigten Steuererhöhungen für Wohlhabende allein eben auch nicht.

Demnach gehen in der Euphorie viele Probleme unter. Gleichwohl steht in Europa ausgerechnet Labour gegenwärtig als erfolgreichste sozialdemokratische Wahlpartei da. Daher stellt sich die Frage, inwieweit es sich hier um ein Modell oder Vorbild

handeln kann. Eine Antwort muss differenziert ausfallen, sind die besonderen dortigen Umstände doch nicht einfach übertragbar. Gleichwohl kann man wichtige Anregungen aus der Entwicklung von Labour ableiten: Sie formuliert klare Alternativen zur bestehenden Politik, sie ist bereit Grundsatzfragen neu zu erörtern, sie macht die Möglichkeit einer radikalen Veränderung deutlich, und sie hat einen glaubwürdigen und willensstarken Vorsitzenden. Diese vier Aspekte sind auch Kriterien, um die Erfolgsbedingungen anderer sozialdemokratischer Parteien einzuschätzen. Die nachvollziehbare Euphorie für Labour darf darüber hinaus aber auch nicht blind für folgenden Gesichtspunkt machen: Es handelte sich bei Corbyn bislang um den Erfolg einer Oppositionspartei, nicht einer Regierungspartei.

11 Vgl. Patrick Diamond / Charlie Cadywoud, *Don't Forget The Middle. How Labour can build a new centre-left majority* (policy network paper), London 2017.

Dokumentation

Aufruf der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus zur Bundestagswahl 2017

Nach Meinung vieler Beobachter hat die katastrophale Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl auch damit zu tun, dass deren politische Positionierung relativ unklar blieb. Soziale Gerechtigkeit als abstrakte Parole, zu viele Einzelforderungen, sowie das Herunterspielen von Fragen, die viele Menschen besonders umtrieben, ergaben keine überzeugende Melodie. Auch rückblickend ist die – notwendigerweise knappe – Gesellschaftsanalyse und Skizze politischer Forderungen des Wahlaufufes der HDS le-

senswert. Manches, wie die Bedenken vor einer neuen GroKo, wurde klar angesprochen. Der Grundsatz einer solidarischen Gesellschaft wurde genauer beschrieben – und mit dem Thema Sicherheit ein zweiter Schwerpunkt neben Gerechtigkeit gesetzt, zudem die Einbettung in weltweite und europäische Entwicklungen betont.

Im offiziellen Internetauftritt der SPD fand sich der HDS-Text diesmal nicht. Umfangreiche Wahlaufufe seien von gestern, hieß es aus der entsprechenden Abteilung des Wil-

ly-Brandt-Hauses. Auch daraus wird zu lernen sein, denn Orientierung entsteht daraus nicht, wenn vermeintlich moderne Internetkommunikation gegen aufklärende Programmarbeit ausgespielt wird. (kjs)

Die nächste Bundestagswahl bestimmt über die Entwicklung in unserer Gesellschaft mit. Herausforderungen stehen vor uns: Wohlstand und Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit sind aus verschiedenen Richtungen bedroht.

- Die Politik des US-Präsidenten führt die USA in einen neuen Isolationismus, in dem im Wesentlichen nur noch die eigenen Interessen gelten und die Gefahr besteht, dass die Kooperation in der westlichen Allianz schrittweise zerstört wird.
- Europa ist in einer existenziellen Krise und benötigt neue Impulse zur Wiederbelebung der gemeinschaftlichen Kooperation mit dem Ziel, die EU stärker sozial zu orientieren und deutlicher auf Infrastrukturausbau auszurichten, um die Lebensverhältnisse in den Mitgliedsstaaten anzunähern.
- Die profitorientierte Konsumgesellschaft, die den marktförmigen Tausch weltweit verallgemeinert und von sozialen Bezügen und kulturellen Werten entkoppelt, und die Anhäufung riesiger nicht auf Leistung aufgebauter Vermögensmassen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gefährden die Substanz der gemeinsamen Infrastruktur und gefährden ökologische Zukunftsfähigkeit.
- Der u. a. durch die Digitalisierung beschleunigte Wandel der Arbeitsgesellschaft, die Ungleichgewichte zwischen Kapital und Arbeit, die unausgeglichene Einkommensverteilung sowie die nicht gelösten ökolo-

gischen Aufgaben bedrohen die solidarische Gesellschaft. Sie führen auch dazu, dass viele Menschen, die schwächsten in unserer Gesellschaft, von einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands ausgeschlossen sind.

Sozialdemokraten in der Bundesregierung haben dafür gesorgt, dass die schlimmsten Auswüchse beseitigt, Ungerechtigkeit und soziale Existenzbedrohung eingedämmt wurden. Sozialdemokraten haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die jetzige Bundesregierung – vom Mindestlohn bis zur besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen – eine gewisse soziale Handschrift trug. Doch das Weiterso von Angela Merkel wird den neuen Herausforderungen nicht mehr gerecht.

Die Unterzeichner fordern alle Wahlberechtigten auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und mit ihrer Stimme unserem Anliegen Gehör zu verschaffen.

Wir erklären hierzu:

1. Es wird wieder Zeit, den Wählern klare Alternativen anzubieten. Die SPD muss entschlossen sein, diese Alternative zur CDU-geführten Bundesregierung zu werden. Sozialdemokraten haben in der Bundesregierung bewiesen, dass sie Wichtiges leisten können. Die Sozialdemokratie muss daher deutlich machen, dass sie die nächste Bundesregierung führen will und sich nicht bloß als Mehrheitsbeschafferin versteht.
2. Koalitionen der großen Parteien tun der Demokratie nicht gut und sollten die Ausnahme bleiben. Die Wählerinnen und Wähler sind daher aufgefor-

dert, klar zu entscheiden, wer in Zukunft regieren soll und wer künftig die Opposition führt.

3. Die SPD bietet mit Martin Schulz eine glaubwürdige Alternative zur amtierenden Kanzlerin. Wir wollen, dass Martin Schulz Bundeskanzler wird.

4. Wettbewerbsgesellschaft, verbesserte Infrastrukturbedingungen und weltweite Märkte haben zu einem stetigen wirtschaftlichen Wachstum geführt. Die deutsche Exportwirtschaft profitiert von der Einbindung europäischer Volkswirtschaften in den Euro. Die engere Erweiterung des individuellen Konsums sollte aber nicht das Hauptziel des gewachsenen Sozialprodukts sein. Güterproduktion und Dienstleistungen haben die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse zu gewährleisten und dürfen nicht nur dem Zweck der Profitmaximierung dienen.

Eine solidarische Gesellschaft erfordert, dass ein wesentlicher Teil des Sozialprodukts in Investitionen fließt, die der Gemeinschaft zu Gute kommen und nicht zwingend profitorientiert sind. In Zeiten des Wachstums ist die Investition eines großen Teils des Zuwachses in Gemeinschaftsaufgaben die bessere Alternative zur Erhöhung der Konsumeinkommen. Das Ziel künftiger Regierungspolitik muss also sein, dass die Investitionen in Infrastrukturprojekte, in öffentlich geförderte Forschung und Entwicklung, in soziale Aufgaben, in die Förderung der Bildung einschließlich der Hochschulbildung und des Hochschulausbaus, sowie in die Unterstützung der kulturellen Vielfalt fließen.

5. Kapitalistische Wirtschaft und eine Ausrichtung allein am Prinzip des Wirt-

schaftswettbewerbs leisten keine Verteilungsgerechtigkeit. Es ist daher Aufgabe der Gesetzgebung und des Regierungshandelns, konsequent für den sozialen Ausgleich zu sorgen. Hierfür ist auch eine Reform des Steuerrechts notwendig, die die Bürger und die wirtschaftlichen Einheiten nach ihrer Leistungsfähigkeit heranzieht und das die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Reformvorhaben (z.B. in Infrastruktur, Kultur, Bildung und Forschung) sichert. Eine gerechte Einkommensteuerverteilung (höhere Spitzensteuersätze für höhere Einkommen, gleichmäßige Belastung aller Einkommen – der Arbeitseinkommen und der Kapitalerträge –, sowie Fortsetzung der Erbschaftssteuerreform) muss die Leitlinie sein. Gleichermaßen ist eine Reform der Unternehmensverfassungen notwendig, die die grenzenlose Selbstbereicherung der Vorstände verhindert und die Kontrollorgane stärkt.

6. Die Gesellschaft ist verantwortlich für die Herstellung von Chancengleichheit, was nicht nur allgemeinen und kostenlosen Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten vom Kindergarten bis zu Hochschule bedeutet, sondern auch Hilfe und Förderung für jeden Einzelnen, wo das notwendig ist. Die Förderung, der Ausbau und die Qualitätssteigerung von Bildungs-, Hochschul- und Forschungseinrichtungen in verbesserter Kooperation von Bund und Ländern sind Grundlagen der demokratischen Gesellschaft und auch für internationale Kooperation und Wettbewerb entscheidend. Die föderale Ordnung Deutschlands ist in allen relevanten Aufgabengebieten, auch bei der Begegnung mit globalen

pluralistischen Kulturverhältnissen, effizienter und durchschaubarer zu gestalten. Diese Pluralität ist an Schulen und Hochschulen im Fachangebot für eine humanitäre Bildung zu vermitteln.

7. Sicherheit ist ein linkes und ein Gerechtigkeitsthema: nicht nur Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit vor Armut und Sicherheit vor Abstieg, sondern gerade Sicherheit von Leib und Leben und Eigentum. Erfolgreiche Sicherheitsmaßnahmen, u. a. gegenüber Terrorherausforderungen, dienen den Interessen aller Menschen, nicht nur den Interessen bestimmter Bevölkerungsteile. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind vorrangige Aufgaben. Bildung, Ausbildung von Fachkräften, eine geordnete und gezielte Zuwanderung sowie eine konsequente Integrationspolitik verbunden mit dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus müssen helfen, negative Folgen des sozialen Wandels zu verringern.
8. Soziale Sicherheit ist zentral in gesellschaftspolitischen Forderungen. Sie muss den Grundregeln einer solidarischen Gesellschaft unterworfen sein. Das bedeutet die Schaffung einer allgemeinen Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise einbezogen werden. Dies bedeutet ein für alle bezahlbares Gesundheitssystem. Dies bedeutet eine für alle auskömmliche Rente, bei begrenzten Beiträgen ohne Erhöhung des Eintrittsalters, besonders eine Solidarrente gegen Altersarmut. Dies bedeutet die permanente Überprüfung und Verbesserung des gesellschaftlichen Umganges mit Arbeitslosigkeit.
9. Was getan wird, muss umweltgerecht sein. Klimawandel bedroht nicht nur einzelne Regionen der Welt, sondern wirkt global direkt und indirekt auf unsere Lebensbedingungen ein. Deshalb gehört Klimaschutz national und international zu den großen Zielen in einer modernen Gesellschaft. Dies heißt auch den Umstieg von fossilen Energieträgern zu anderen Möglichkeiten der Energiegewinnung zu fördern und umzusetzen. Dies schließt auch ein, dass die nächste Bundesregierung einen strikten Plan für den Ausstieg aus von Verbrennungsmotoren getriebenen Fahrzeugen in Angriff nimmt, sowie die öffentlichen Verkehrsmittel gezielt ausbaut.
10. Internationale Politik verstehen wir heute zentral als gemeinsame Sicherheits- und Friedenspolitik. Die Interventionen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben gezeigt, dass militärische Mittel für sich allein genommen internationale oder innerstaatlich gesellschaftlich-kulturelle Probleme nicht lösen. Wir stehen für eine Politik der Zurückhaltung und der Entwicklung bzw. Demokratieförderung. Doch angesichts des internationalen Terrors und von Expansionsbestrebungen kann auf militärische Verantwortung nicht verzichtet werden. Die deutschen Rüstungsexporte sollten jedoch deutlich zurückgehen.
11. Zugleich muss deutsche Politik, nach Entsolidarisierungstendenzen in den internationalen Beziehungen das Verhältnis zu den USA, aber auch zu den anderen großen Ländern auf neue Grundlagen stellen: China, Indien, Afrika, Lateinamerika aber auch Russland sind stärker ins Blickfeld zu rücken. Die bewährte Ausrichtung der sozialdemokratischen Außenpolitik an den Prinzipien friedlicher Koexistenz, gemeinsa-

mer Sicherheit, sowie des Wandels durch Annäherung, dem es um die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und freiheitlichen Orientierungen geht, gewinnt erneut an Relevanz. Außenpolitik ist Realpolitik. Sie darf dennoch die Verantwortung für die Menschenrechte und sozialen Bürgerrechte weltweit nicht aus den Augen verlieren. Neue internationale Kooperationsverhältnisse können Schritte sein hin zu einer langfristig anzustrebenden friedlichen und demokratischen Weltzivilisation.

12. Wir denken, dass die deutsche Sozialdemokratie am besten in der Lage ist, eine Regierung zu führen, die sich um diese Zielsetzungen bemüht. Daher:

SPD wählen und zur stärksten Partei machen, damit Martin Schulz Bundeskanzler werden kann.

Unterzeichnerinnen/-unterzeichner

Prof. Dr. Hermann Adam, Rainer Bleckert, David Boventer, Panagiota Boventer, Prof. Dr. Günter Brakelmann, Prof. Dr. Peter Brandt, Christian Demuth, Prof. Dr. Nils Diederich, RA Klaus Faber Staatssekretär i.R., Prof. Dr.

Bernd Faulenbach, Dr. Tilman Fichter, Dr. Benno Fischer, Frederike Frei, Dipl.-Pol. Thomas Giese, Prof. Dr. Helga Grebing, Stefan Grönebaum, Steffen Haake, Prof. Dr. Henning Hahn, Dr. Horst Heimann, Priv.Do. Dr. Siegfried Heimann, Prof. Dr. Dietmar Herz Staatssekretär a.D., Prof. Dr. Ulrich Heyder, Benno Justfelder, Dr. Matthias Kollatz-Ahnen Finanzsenator, Jens Kreibaum, Dr. Christian Krell, Hendrik Küpper, Prof. Dr. Detlef Lehnert, Kira Ludwig, Prof. Dr. rer.nat. Ralf Ludwig, Prof. Dr. Thomas Meyer, Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup, Dr. Hans Misselwitz, Andreas M. Müggenburg, Prof. Dr. Thomas Noetzel, Simon Oberhuber, Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Prof. Dr. Karsten Rudolph MdL, Lisa Price, Prof. Dr. Richard Saage, Dr. Hans-Joachim Schabedoth MdB, Dr. Sebastian Scharte, Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Daniel Schlieffe, Dr. Carsten Schlüter-Knauer, Prof. Dr. Ulrich Schöler, Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Dr. Annette Schüren, Dr. habil. Johano Strasser, Heinrich Tiemann Staatssekretär i.R., Dr. Kerstin Weinbach, Dipl.-Pol. Christian Wend, Prof. Gert Weisskirchen, Inge Wettig-Danielmeier, Klaus Wettig, Heidemarie Wiczorek-Zeul Bundesministerin a.D., Dr. Klemens Wittebur.

ERINNERUNGEN AN HELGA GREBING (1930–2017)

Stefanie Schüler-Springorum

Für Helga Grebing

Rede am 24. Oktober 2017, München

Helga Grebing war kein einfacher Mensch. Das wissen alle, die hier versammelt sind und die wir sie kannten, gut oder sehr gut. Und so ist es sicher auch kein Zufall, dass in den vielen Nachrufen oder auch in zahlreichen privaten Schreiben, die wir, Christl Wickert und ich, in den letzten Wochen erhalten haben, immer wieder von der «streitbaren Sozialistin», der gradlinigen und manchmal auch strengen Historikerin die Rede ist – hinter all diesen Worten verbirgt sich eine Persönlichkeit, die sehr hohe Ansprüche an sich, aber auch an die Menschen stellte, die ihr in der einen oder anderen Form und Funktion nahestanden, Ansprüche, die sich auf die Unbestechlichkeit des politischen Denkens, auf wissenschaftliche Akkuratheit, aber auch auf simplen menschlichen Anstand oder Loyalität beziehen konnten.

Das war manchmal durchaus anstrengend, aber es war zugleich so offensichtlich mit Helga Grebings Lebensgeschichte verbunden, dass es vermutlich gar nicht

anders hätte sein können. So beginnen alle ihre privaten Lebenserzählungen immer mit dem Tod des Vaters, diesem traumatischen Ereignis im Alter von fünf Jahren, das sie aus der proletarischen Kleinfamilie in Pankow katapultierte hinein in die Großfamilie nach Miersdorf/Zeuthen, die sie durchaus liebevoll zu schildern wusste in ihren 2012 erschienenen *Erinnerungen an Berlin*. Aber dort beschrieb sie eben auch ihre massiven Verlustängsten, die sie seitdem begleiteten und die dazu führten, dass Nähe zu Menschen immer zugleich mit Angst besetzt war. Das Verhältnis zu ihrer Mutter scheint davon geprägt zu sein, es war, soweit ich es (aus den letzten Lebensjahren von Marta Grebing) erinnere, oft angespannt und nicht sehr innig: Vermutlich hatte die junge Witwe, die sich und ihre kleine Tochter durchbringen musste im Deutschland der 1930er-Jahre, kein einfaches Leben. Umgekehrt schilderte Helga sich selbst nicht nur als tagsüber auf sich allein gestelltes

Schlüsselkind, sondern auch als «kleines Biest» – ihrer Mutter gegenüber, aber auch gegenüber den anderen Kindern der Siedlung, die entweder älter oder jünger waren, und die sie entweder bevormundete oder aber verachtete, weil sie zwar älter, aber deutlich dümmer waren als sie. Und hier kommt, neben dem Familiären, ein weiterer Einsamkeitsfaktor ins Spiel: Helga war das, was man heute in den bürgerlichen Vierteln Berlins oder Münchens «hochbegabt» nennen würde – und wofür es heute Schnellläuferklassen oder teure englischsprachige Privatgymnasien gibt. Damals jedoch hatten Kinder wie sie nur eine Chance, wenn ein Lehrer sie entdeckte und, im NS-Deutschland zumal, für Führer und Vaterland zu mobilisieren wusste, im Austausch für Förderung und Anerkennung. Denn Anerkennung für ihren scharfen Verstand wird sie von den anderen Kindern und auch ganz allgemein von ihrer Miersdorfer Umgebung kaum bekommen haben: Liest man Helgas Erinnerungen, so sieht man eine kleine neunmalschlaue Angeberin vor sich (das sind ihre eigenen Worte!), die die ersehnte Gemeinschaft sozusagen von oben verordnet im BDM fand, und nicht wie andere Mädchen in selbstgewählten Cliquen. Was es für sie bedeutete, dass diese Gemeinschaft und das sie überwölbende große Ideal 1945 zerbrach, als sie gerade einmal 15 Jahre war, hat sie selbst eindrucksvoll geschildert in ihrem Text über die «Jugend, die abseits steht». Fast noch mehr allerdings als diese Selbstreflexion auf höchstem Niveau hat mich dabei die Kinderhandschrift beeindruckt, in der sie verfasst war (ein Faksimile findet sich, vermutlich genau aus diesem Grund, auch in den *Erinnerungen an Berlin*). Die Vorstellung, wie die kleine, 15-jährige Helga – gegen den Wil-

len ihrer Mutter – von zu Hause auszog, zur Untermiete in Berlin lebte, dort die Handelslehranstalt abschloss, um schließlich, mit 16, auf der Vorstudienanstalt angenommen zu werden, aus der später die Arbeiter- und Bauernfakultät der Humboldt-Universität hervorgehen sollte, an der sie nach bestandem Abitur im Jahre 1947 zu studieren begann. Es folgten die bekannten Lebensdaten: Eintritt in die SPD mit 17, Wechsel an die Freie Universität und damit in den Westen mit 19, Promotion mit 22. Und das als Frau in einer so Männer dominierten Welt wie der deutschen Universität! Was für eine Energie, was für ein Ehrgeiz, was für ein Mut! Kein Wunder, dass sie uns alle immer etwas faul, zu hedonistisch oder zu langweilig fand.

Aber ein solcher Weg hat eben seinen Preis und zumal als Frau: Wenn man sich schon in der Schule als Überfliegerin nicht beliebt machte, so war dies in den Nachkriegsjahren, in denen ohnehin alles auf den Kopf gestellt wurde, zunächst vielleicht ein bisschen einfacher. Und nach der Promotion blieb das Fräulein Grebing ja auch erst einmal bei ihren Leisten: als Redakteurin und Lektorin in München, später als Referentin für Politische Bildung in Hessen. Dennoch: Auf dem Cover und auch auf der ersten Seite ihres 1959 veröffentlichten Buches *Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen*, eine der ersten deutschen Gesamtdarstellungen überhaupt, fehlt bezeichnenderweise der Vorname. Er wäre vermutlich verkaufsschädigend gewesen. Dass sie es zehn Jahre später wagte, unterstützt von Iring Fetscher, die Habilitation anzustreben, dies war für ein Arbeiterkind und eine Frau tatsächlich doppelt unerhört. Sie hat immer erzählt, dass sie sich dies nur zutraute, weil damals schon

Lucinde Sternberg an ihrer Seite stand – und aus dieser Zeit, den frühen siebziger Jahren, stammt auch ein Brief von Lucinde, der wohl im Vorfeld einer Operation entstanden ist und in dem sie Helga bittet, falls es «schiefgehen sollte», sich «ja nicht in Einsamkeit zu flüchten». «Es», was auch immer es war, ging nicht schief, und Lucinde begleitete Helga Grebing 1972 nach Göttingen, als sie dort Professorin für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts wurde, als erste Ordinaria an der Philosophischen Fakultät überhaupt. Ich selbst kannte Göttingen in den 1970er-Jahren als Kind, als Professorentochter zumal und erinnere mich noch sehr gut daran, dass für meine Mutter, die «nur» einen Realschulabschluss besaß, die bildungsbürgerliche Arroganz des stockkonservativen akademischen Milieus dort ein Graus war – um wieviel schlimmer muss es für eine Frau, eine erklärte Sozialistin noch dazu gewesen sein, die es wagte, einen Platz in diesen Heiligen Hallen für sich zu beanspruchen. Es gab Schmierereien an ihrem Haus im Frieseweg, es gab noch Mitte der 1980er-Jahre, also nachdem sie schon 15 Jahre an der Universität arbeitete, immer noch Einladungen an Herrn Prof. Grebing nebst Gattin usw.usw. – und es gab zugleich die Angriffe aus Studentenkreisen, von links gegen die Sozialdemokratin, die sie, wie wir wissen, sogar noch schwerer getroffen haben, hatte sie hier doch auf Loyalität und Bündnispartner gehofft. Lucinde und sie haben über all das, die Anfeindungen und Missachtungen eher anekdotisch gesprochen, aber ich habe schon als junge Studentin immer gedacht, dass man all dies als Frau ihrer Generation nur durchstehen kann, wenn man ebenso grimmig und streng, so hart und fordernd wird wie jene Helga Grebing, die mich

Mitte der 1980er-Jahre zu ihrer studentischen Hilfskraft machte – die ich unendlich bewunderte, vor der ich allerdings immer auch etwas Angst hatte. Schon bei der Einstellung machte sie unser Verhältnis klar: «Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, nur Arbeiterkinder zu fördern. Bei Ihnen als Bürgerkind mache ich eine Ausnahme. Ich hoffe, Sie sind sich dieser Ehre bewusst und enttäuschen mich nicht».

Das machte tiefen Eindruck. Zugleich habe ich in meinem ganzen Studium nirgends so viel gelernt wie in meiner Zeit als Hilfskraft bei Helga Grebing. Und es gab zum Ausgleich ja Lucinde Sternberg: Wenn man sich erst einmal deren Wohlwollen erarbeitet hatte, konnte man sich einigermaßen sicher fühlen. Lucinde war die Mittlerin, sie war charmant und großzügig, sie hatte Espirit und eine ganz andere, weite Lebenserfahrung, von der sie, die ehemalige Schauspielerin, gerne mit ihren blitzenden großen dunklen Augen einiges zum Besten gab. Als Lucinde Sternberg im Sommer 1998 plötzlich verstarb, ging für Helga Grebing ein Leben zu Ende. Sie hätte es sich damals nicht vorstellen können und auch nicht wollen, dass sie noch fast 20 Jahre alleine weiterleben sollte. Und es wurde rasch einsam um sie: ohne Lucinde, sozusagen ungebremst, und dazu noch zutiefst traurig, in diesem Zustand wurde Helga Grebing nicht einfacher im Umgang. Zugleich sehnte sie sich nach Nähe, nach Gemeinschaft: ihre vielen Umzüge, zuerst nach München, dann zurück nach Göttingen, dann nach Berlin zeugen davon. Noch vor ein paar Jahren wollte sie wieder aus dem Tertium ausziehen und am liebsten wäre es ihr gewesen, mit vielen Gleichgesinnten in einem großen Haus am Stadtrand zu wohnen. Dieser Traum hat sich nicht erfüllt, stattdessen

haben diejenigen, die ihr nahestanden, sie nach den jeweiligen individuellen Möglichkeiten begleitet, auf politische Veranstaltungen, ins Theater, in der Freizeit, auf Reisen. Wir alle waren es jedoch gewöhnt, dass Helga, wenn man sie anrief, immer erst einmal schimpfte, weil man sich so lange nicht gemeldet hätte. Nach einem dann immer sehr langen und immer sehr angeregten Gesprächs sagte sie schließlich regelmäßig: «Naja, eigentlich könnte ich Dich ja auch anrufen, wenn mir danach ist» – und tat es doch fast nie. Am Ende war dies schon fast ein running gag zwischen uns, denn sie hatte ja Humor und konnte auch, manchmal jedenfalls, selbstironisch sein.

Dass sie nach Lucindes Tod langsam dennoch wieder Lebensmut gewann, lag am Kontakt zu den vielen jüngeren Menschen, mit denen sie in verschiedenen Kontexten zu tun bekam, die sie begleitete und die umgekehrt ihr Urteil zu schätzen wussten. Sie gaben ihr das Gefühl, noch etwas zu sagen zu haben, dass doch nicht «alles

umsonst» gewesen sei. Es lag auch, das mag zur Zeit etwas erstaunlich klingen, an der SPD, bzw. an der von ihr so stark empfundenen inneren Verpflichtung, für den richtigen Weg dieser, ihrer Partei zu kämpfen; einer Partei, der sie immerhin schon 1948 bescheinigt hatte, «zu kompromissbereit mit dem Kapitalismus» zu sein. Und es lag, last but not least, an ihrer Freude am wissenschaftlichen Arbeiten: Wie viele Bücher sind in diesen letzten 20 Jahren noch entstanden! Eine äußerst lesenswerte Überarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung z.B., eine Familienbiographie der Worringers, ihre eigenen Erinnerungen und Sternberg, immer wieder Sternberg, dem auch ihr letztes, zusammen mit Klaus-Jürgen Scherer herausgegebenes Buch gewidmet ist, unter dem Titel: *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus* – was zumindest für mich, und sicher nicht nur für mich, ihr Vermächtnis und unsere Aufgabe ist. Liebe Helga, wir werden Dich sehr vermissen!

Trauerrede für Helga Grebing München Nordfriedhof 24.10.2017

Wir alle vermissen Helga Grebing schon jetzt: Und wenn ich sage, dass sie uns, dass sie mir fehlen wird, ist das nur ein schwacher Ausdruck für das, was ich eigentlich empfinde. Ihre Stimme, ihre knorrige Zärtlichkeit, ihr scharfer Verstand. Wenn ich an Helga als Historikerin und Politikwissenschaftlerin zu erinnern versuche, dann weiß ich, dass ich das vor allem aus meiner persönlichen Perspektive heraus tue. Ich habe sie beinahe mein halbes Leben lang gekannt – für sie hingegen war das nur ein relativ kurzer Abschnitt in einem langen Leben. Als wir uns kennenlernten, war sie gerade aus dem aktiven Dienst als Hochschullehrerin ausgeschieden und hatte doch noch so viel vor sich. Das erste Mal sind wir uns in Kochel, in der Georg von Vollmar Akademie begegnet, diesem magischen Ort der bayerischen Arbeiterbewegung, der auch für sie viel bedeutete. Da wollte Helga wissen, wer dieser junge Bub war, der sich erlaubt hatte, etwas über eines ihrer Bücher zu schreiben. Ganz selbstverständlich und völlig unaufgeregt kam sie ins Seminar herein, setzte sich dazu, prüfte durch die runden Gläser ihrer Brille die Lage und diskutierte dann mit, bestimmend, aber doch voller Empathie und ohne alle spüren zu lassen, wie viel mehr sie als wir alle wusste. Ein wundervoller Moment und eine wundervolle Begegnung.

Helga Grebing «war und ist die deutsche Historikerin der Geschichte der Arbeiterbe-

wegung». Dieser Satz, den wir alle schon oft gehört haben, ist immer noch richtig. Aber auf welchen Teil dieser, vielleicht schon etwas formelhaften Würdigung, sollte man besonderen Wert legen? Auf den Begriff der «Arbeiterbewegung» vielleicht? Dass an den Orten ihres Wirkens – zunächst in Göttingen, dann in Bochum – eine produktive Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung entstehen konnte, war zunächst einmal alles andere als selbstverständlich. Die Arbeiterbewegungsgeschichte der 1960er-Jahre, ihre früh zum Klassiker avancierte

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entstand in einer Zeit, als es im akademischen Raum eher unüblich war über Gewerkschafts- und Arbeitergeschichte nachzudenken. Und dennoch: Wo Helga war, da fanden diese Themen statt, und wie! Nur einige will ich nennen: Die Geschichte kollektiver Interessenvertretung, die Auseinandersetzung um die ideen- und sozialhistorischen Wurzeln der verschiedenen Stränge der Arbeiterbewegung, der Streit um den «deutschen Sonderweg», die Auseinandersetzung mit dem Marxismus, die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte oder die Rolle der Gewerkschaften. Wenn Helga sich dieser Themen annahm, waren sie weder schwammig noch staubtrocken – relevant, ja, das waren ihre Themen. Und wenn sie es noch nicht waren, dann sorgte sie dafür. Ihre Geschichte der Arbeiterbewegung ist zu recht viel gerühmt worden und

ja: Viele, ob innerhalb oder außerhalb von Partei und Gewerkschaft, hat sie mit dieser Pioniertat über viele Jahrzehnte inspiriert. Ein Buch, das, so vermute ich, so manchen privaten Umzug und andere lebensweltliche Veränderungen überstanden hat. Mochten sich auch die Umstände oder die eigenen vier Wände ändern: Helgas Geschichte war immer dabei. Und wer kann von sich sagen, er habe Bücher geschrieben, die wirklich ein Massenpublikum erreichten, mit Auflagen die leicht die Einwohnerschaft einer mittleren Ruhrgebietsstadt übertrafen. Wenn es jemand gab, der für die Öffnung und die Vermittlung der Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte stand, dann war es Helga.

Vielleicht sagt die völlig überarbeitete und vollständig neu erzählte Fassung ihres Buches aus dem Jahr 2007 viel mehr über die Wissenschaftlerin und Historikern Helga Grebing aus als viele ihrer anderen großen Werke. Denn ich gebe zu: Mich selbst hat die erste Auflage eher weniger geprägt. Dafür waren die Zeiten zu sehr andere geworden. Dagegen habe ich aus der Nähe sehen können, wie sich Helga noch einmal ans Werk machte, kritisch die Neuerscheinungen sichtet, las, kritisierte, unterstrich, Exzerpte verfasste und dann mit der ihr eigenen preußisch anmutenden Disziplin Seite um Seite schrieb – und dann um Kommentare bat. Wer diese beiden Arbeiten zusammen liest, spürt diese intellektuelle Unruhe, diesen wachen Geist, diese Fähigkeit, immer wieder zu lesen und neu nachzudenken. Von den Moden der Zunft hat sie nie viel gehalten, und doch hat sie viel mehr gelesen und produktiv verarbeitet als das auf den ersten Blick so wirkte.

Ihre neue Arbeitergeschichte jedenfalls war für mich ein junges Buch einer nur an

Jahren älter gewordenen Frau. Das jedenfalls hat mich immer besonders an ihr fasziniert: Dass da jemand war, der tatsächlich zuhören konnte, freilich nicht, um dem Nachwuchs auf die Schulter zu klopfen und mit den Kollegen einer Meinung zu sein, weiß Gott nicht, und nicht wenige hier werden manchen Strauß mit ihr gefochten haben. Aber doch so, dass da eine unendliche Neugierde und Leidenschaft war, die mir schmerzlich fehlen wird.

Helga Grebings Geschichte der Arbeiterbewegung hatte einen festen Platz in der Sozialgeschichte, aber mehr als alles andere trieb sie doch die Suche nach der intellektuellen Kraft sozialer Ideen um. Liebevoll kümmerte sie sich gerade auch um jene, deren Heimat nicht im Zentrum, sondern eher am linken Rand der Sozialdemokratie waren – ein Ort, der vielleicht auch ihre Heimat war. Hier ruhte viel von jener emanzipatorischen Hoffnung, die sie bis zuletzt beispielsweise bei Fritz Sternberg, dem früh gestorbenen und inzwischen beinahe in Vergessenheit geratenen unorthodoxen Linken fand. Dass seine Geschichte auch ihre ganz persönliche Geschichte war, ist der Grund, warum wie uns heute hier in München treffen. Ihr letztes Buch, dessen Vorstellung sie leider nicht mehr erlebt hat, war ihm gewidmet, Fritz Sternberg, dessen Schriften sie schon einmal mehr als dreißig Jahre zuvor einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht hatte, und dessen Erbe sie, zusammen mit Lucinde, ihrer Partnerin, genauso nachdenklich wie liebevoll verwahrte und auswertete. Sie tat dies aus der vollen Überzeugung heraus, dass dieser große politische Ökonom jüdischer Herkunft auch andere dazu motivieren könne, über eine Zukunft jenseits des Kapitalismus nachzudenken.

Helga Grebing ist die deutsche Historikerin der Arbeiterbewegung. Legt man in dem Satz den Schwerpunkt etwas stärker auf den Begriff «deutsche Historikern» so lässt sich eine etwas andere Geschichte erzählen. In der Rückschau war Helga auch deshalb immer etwas Besonderes, weil sie, die nur äußerlich kein Hüne war, sich in dieser so patriarchalischen Zunft der Nachkriegshistoriker zunächst gegen viele Widerstände und Vorbehalte durchzusetzen vermochte. Und geradlinig und ohne Schrammen verlief der Weg aus dem katholischen Arbeitermilieu über die Doktorandengruppe um Hans Herzfeld an der FU Berlin hin zur ersten Professur beileibe nicht. Er führte sie zunächst in den Verlag, dann in die politische Bildung – und erst dann, mit Hilfe Irling Fetscher und Rainer Maria Lepsius, zurück an die Universität. Habilitiert 1969 in Frankfurt, wurde sie dort auch zunächst Professorin für «Politische Wissenschaft», dann Ende 1972 Lehrstuhlinhaberin für Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. In der Männerdomäne Universität blieb Helga lange eine Ausnahmeerscheinung. Sie selbst stand dabei der sich langsam etablierenden Frauen- und Geschlechtergeschichte anfänglich recht skeptisch gegenüber; schienen ihr doch die «großen Fragen», so formulierte sie das, durch die Genderperspektive aus dem Blick zu geraten – sicher wird es einige gerade auch ihrer Schülerinnen geben, die das anders sehen.

Aber wie auch immer: Es war sicher zunächst kein Startvorteil, dass sich Helga ja schon frühzeitig, noch als ganz junge Studierende der SPD angeschlossen und sie aus ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit auch nie einen Hehl gemacht hatte. Viele,

ich selbst auch, konnten bei ihr sehen und bewundern, dass zwischen wissenschaftlicher Redlichkeit und einer klaren politischen Verortung eben kein Widerspruch bestehen musste. Im Gegenteil: In einem Interview hatte sie auf die Frage, was aus der Geschichte gelernt werden könne, geantwortet: Historiker hätten geradezu die Pflicht, «zur Stabilisierung der Demokratie beizutragen». «Der Rückzug in den Elfenbeinturm ist im Grunde nur Mimikry, denn das ist für sich ja auch schon eine politische Aussage.» Politische Bildungsarbeit, publizistische Tätigkeit und politisches Engagement gehörten für Helga zusammen, sie bedingten und befruchteten sich gegenseitig. Deshalb war es auch kein Wunder, dass Helga nie davor zurückschreckte, die Auseinandersetzung mit den Historikern auch der DDR und der unterschiedlichen linken Strömungen der alten Bundesrepublik zu suchen. Dazu brauchte es den konstruktiven Streit und die offene Diskussion – eine Einsicht, zu der sie selbst, mit einer Sozialisation als junges Mädchen im BDM, erst kommen musste und dabei nicht zuletzt durch die offene Art eines Hans Rosenbergs geprägt wurde.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stand für Helga Grebing früh im Zentrum ihres historischen Nachdenkens. Ihre Dissertation über die katholische Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik griff diese Frage bereits auf, und ihr erstes Buch, mit der sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden sollte, war eine *Geschichte des Nationalsozialismus*. Diese Arbeit der gerade mal 29-jährigen Helga Grebing machte sich auf die Suche nach «Ursprung und Wesen» des «Dritten Reiches» und war eine der ersten historischen Annäherungsversuche zur Geschichte

des «Dritten Reiches» überhaupt. Wer diese Darstellung heute noch einmal zur Hand nimmt, könnte leicht die Nase rümpfen, über all das, was vielleicht fehlt. Aber wichtiger als das, was fehlte, war das, was dort stand, im Jahr 1959: Die Geschichte von Terror, Gewalt, und dem Widerstand der Wenigen. Ihre *Geschichte des Nationalsozialismus* erlangte eine Auflage von 120.000 Stück – spätestens hier konnte man sehen, dass Geschichte auch zu etwas nützlich sein konnte. Denn mit den Tantiemen leistete sich Helga ihr erstes eigenes Auto.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit dem europäischen Faschismus, und, ja, auch mit den reaktionären Konservativen in der Bonner Republik – das trieb sie um, und wer ihre Lebenserinnerungen und auch ihre schonungslose Auseinandersetzung mit der eigenen Verführbarkeit durch die NS-Ideologie liest, der spürt, wie sehr sie dieses Thema bis zuletzt umtrieb. Ihren Furor bekamen jene konservativen Kräfte zu spüren, die sich und ihre Vergangenheit hinter den grauen Einheitsanzügen und einer biedereren Behäbigkeit versteckten. In ihrer Studie über *Konservative gegen die Demokratie* untersuchte sie scharfsinnig die unterschiedlichen autoritären, demokratiefeindlichen Strömungen der Bundesrepublik – und zwar ohne sie dabei, wie es zeitgleich so mancher tat, gleich mit dem Faschismus-Label zu übertünchen. Konservatismus – das war aus ihrer Sicht jene Strömung, die dem historischen Prozess der Demokratisierung entgegenstand, ein Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft, die vor allem zur sozialen, ökonomischen und kulturellen Macht- und Herrschaftssiche-

rung und zur Rückeroberung bereits verloren geglaubter Positionen diene. Kein Wunder, dass ihr Buch von mehreren Seiten heftig angefeindet wurde. Helga würde uns das auch heute vermutlich in Erinnerung rufen – und uns auffordern, wieder stärker die Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Kräften in unserer Gesellschaft zu suchen – und zwar mutig und mit offenem Visier.

Das jedenfalls wäre sicher eine ihrer Antworten auf die Frage: «Wie weiter, Genossinnen und Genossen!» Sicher würde sie jetzt sagen. «Das stimmt schon, Jungchen. Aber vieles hast Du noch vergessen». Und sie hätte recht damit. Sie würde uns daran erinnern, wie wichtig für sie die Jahre um 1989/90, ihre Projekte zur Geschichte Mitteleuropas waren, ihre Arbeit für die Historische Kommission, ihre Studien zu Waldemar von Knoeringen, Willy Brandt oder den Worringers. Sie, die Agnostikerin, würde über ihr Verhältnis zur Religion und zum Katholizismus sprechen, ja, und sie würde jeden Tag neue Projekte für die Ebert- oder Böckler-Stiftung entwerfen, und deren Vorsitzende warnen, die historische Arbeit nicht zu vernachlässigen. Sie würden dabei vermutlich streng schauen und einen Teil der Arbeit gleich selbst erledigen. Das kann sie nun nicht mehr. Aber mir bleibt, wenn ich an sie denke, wohl immer der Titel ihres letzten Buches in Erinnerung, der neben der tiefen Trauer zugleich auch all die Hoffnung verkörpert, die ihr Leben und Werk für viele von uns bedeutet: «Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus» hieß es. Daran, liebe Helga, will ich heute an diesem traurigen Tag gerne denken.

Nachruf auf Helga Grebing

Helga Grebing ist am 25. September 2017 nach schwerer Erkrankung im Alter von 87 Jahren in Berlin gestorben. Dass mit ihr eine der großen Historikerinnen von uns gegangen ist, beweisen die vielen Nachrufe, die ihr und ihrem Lebenswerk gewidmet sind. Doch unter den zahlreichen um sie trauernden Kolleginnen und Kollegen, so darf ich in aller Bescheidenheit anmerken, bin ich wohl einer der wenigen Zeitzeugen, die den Beginn der Professorinnenlaufbahn Helga Grebings an der Georg-August-Universität Göttingen im Sommersemester 1972 gewissermaßen hautnah miterlebt haben. Diese Anfänge waren in der damaligen Zeit so außergewöhnlich, dass sie es verdienen, schlaglichtartig in die Erinnerung zurückgerufen zu werden.

Es ist schon als bloße Tatsachenfeststellung bedeutsam, dass zu Beginn der 1970er-Jahre eine in der Politikwissenschaft habilitierte Frau in einem damals männlich dominierten Fach auf eine C4-Stelle für neuere Geschichte an die Georg-August-Universität berufen wurde. Doch ebenso bedeutsam ist, dass es ihr gelang, durch eine umsichtige und effiziente Geschäftsführung des Seminars, durch gut besuchte Lehrveranstaltungen und durch ein wachsendes wissenschaftliches Renommee die Skepsis vieler Kollegen in Respekt zu verwandeln. Gestützt wurde sie dabei sicherlich von ihrem geschätzten Kollegen Rudolf von Thadden. Ich hatte damals den Eindruck, dass wir es hier – gleichsam in einem politischen Mikrokosmos – mit einer perso-

nifizierten Koalition zwischen Adel und Proletariat zu tun hatten, die allen institutsinternen Widerständen des Seminars für Mittlere und Neue Geschichte standhielt.

Helga Grebing hatte kurz vor ihrem Ruf an die Georg-August-Universität ein kritisches Buch über *Konservative gegen die Demokratie* veröffentlicht, das bis auf den heutigen Tag die umfassendste Darstellung der Rekonstituierung des deutschen Konservatismus nach der Katastrophe des «Dritten Reiches» darstellt. Die Autorin eines solchen Buches, das ihr wütende Proteste und zum Teil unfaire Rezensionen einbrachte, war nun als Ordinaria führendes Mitglied des Seminars für Mittlere und Neuere Geschichte, das durch eine eher traditionalistische Grundierung seines Wissenschaftsverständnisses bekannt geworden war. Entsprechend machten seine Vertreter damals – von Rudolf von Thadden einmal abgesehen – entschieden Front gegen den linken Zeitgeist der 1970er-Jahre. Ich kann bestätigen, dass Helga Grebing diesem Druck widerstand und ihre der demokratischen Arbeiterbewegung verpflichteten Positionen behauptete.

Bemerkenswert ist aber auch die Souveränität, mit der Helga Grebing die ihrem Lehrstuhl zugeordnete C1-Stelle besetzte. Ihre Wahl fiel nämlich auf mich, den sie in Frankfurt in Iring Fetschers Institut für Politikwissenschaft kennengelernt hatte. Obwohl ich von Haus aus Politikwissenschaftler bin, der bei Iring Fetscher über das Thema «Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant» promoviert wurde, aber im

Fach Geschichte keinen Abschluss vorweisen konnte, gab sie mir den Zuschlag. Für die Göttinger Verhältnisse, in denen tiefe Gräben die einzelnen Fächer selbst innerhalb der geisteswissenschaftlichen Fakultät trennten, war dieses Vorgehen gewiss unkonventionell und mutig zu nennen. Doch es passte zu dem Persönlichkeitsbild, das sich mir einprägte: eine Frau, die es gelernt hatte, sich zu behaupten und auch gegen Widerstände zu ihren einmal getroffenen Entscheidungen zu stehen.

Das ist die eine Dimension, die ihrer Persönlichkeit eine so authentische Aura verlieh. Die andere ist der unprätentiöse und offene Umgang mit ihrer eigenen Biografie, die 2012 unter dem Titel *Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin* erschien. Was an diesem Abriss der frühen Phase ihres Lebens fasziniert, ist das Fehlen einer Selbstinszenierung, welche die Brüche der eigenen Biografie zugunsten der Konstruktion eines vermeintlich «gelungenen» Lebens überspielt. Ehrlich und aufrichtig schildert sie, einem proletarischen Elternhaus entstammend, ihren jugendlichen Idealismus, der von der NS-Ideologie instrumentalisiert wurde. Hitler avancierte in ihrem damaligen Weltbild zu einer Art Kompass, der scheinbar den Weg zur Lösung aller Probleme des Lebens wies. Aber warum gerade Hitler, den sie nicht einmal von weitem zu Gesicht bekam? Grebing beantwortet diese Frage mit einer Gegenfrage: «Wen denn sonst? Wen hätte es denn sonst noch geben können? Propaganda und Terror hatten alles andere weggeräumt; aber das Bedürfnis war geblieben, mit anderen gemeinsam über sich selbst, den kleinen Menschen, hinauswachsend angeleitet zu werden, um vom Ich zum Wir streben zu können, um die Welt zu ändern, zu verbessern...».

Aber sie schildert auch den allmählichen Loslösungsprozess von der NS-Ideologie, der bereits im «Dritten Reich» einsetzte. So musste sie als engagiertes BDM-Mädchen die Erfahrung machen, dass sie aufgrund ihrer proletarischen Herkunft schlechte Karten bei der Führerinnen-Selektion innerhalb dieser NS-Jugendorganisation hatte. Auch das ernüchternde Erlebnis des menschenverachtenden Umgangs der NS-Schergen mit russischen Kriegsgefangenen förderte ihre Distanzierung vom Regime. Ihre Loslösung vom Führer-Mythos nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur motivierte sie nicht, sich einem neuen Über-Ich in Gestalt des alternativen Gott-Vaters Stalin zu unterwerfen. Vielmehr war das Gegenteil der Fall. Dem sowjet-marxistischen Sozialismus eine dezidierte Absage erteilend, wurde die von Willy Brandt geprägte Nachkriegssozialdemokratie ihre politische Heimat. Die Verbindung von Freiheit und Sozialismus prägte sie nicht nur als politische Intellektuelle, die stets bereit war, in die laufenden politischen Prozesse zu intervenieren, wenn erkennbare Fehlentwicklungen drohten. Dass ohne Freiheit kein Sozialismus möglich ist und dass Freiheit ohne die Einbettung in eine demokratische Solidargemeinschaft zur Legitimation individueller Nutzenmaximierung depraviert, war die Lektion, die ich bei Helga Grebing als ihr Mitarbeiter gelernt habe.

Ich kann nur hoffen, dass sie ihre Entscheidung, mir den Zugang zu einer akademischen Laufbahn zu ermöglichen, nicht bereuen musste. Helga Grebing war gewiss das, was man eine «strenge» Chefin nennt. Aber sie war auch bereit zur Korrektur ihres Verhaltens, wenn ihr überzeugende Argumente dies nahelegte. Ich leugne nicht, dass es in unserer Zusammenarbeit zwischen 1972 und 1976 auch Konflikte gab. Doch

bei allen gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten pendelte sich ein nicht zu erschütterndes Einvernehmen in Richtung auf einen politischen Grundkonsens ein: die Distanz zu einem neokonservativen Beharren auf nicht mehr zu haltende gesellschaftspolitische Positionen einerseits und zu dem zum Teil eskapistischen, gegen die Sozialdemokratie gerichteten Emanzipationsstreben der damaligen akademischen Linken andererseits.

Gewiss ist es zu früh, schon jetzt ein Resümee ihres Lebenswerks zu ziehen. Aber für

mich persönlich betrachte ich es als großes Privileg, dass ich vier Jahre lang mit einer Wissenschaftlerin zusammenarbeiten durfte, die auch in den dunkelsten Perioden der deutschen Nachkriegszeit in ihrem Leben und in ihren Forschungen an der Maxime eines demokratischen Sozialismus festgehalten hat. Dafür legen ihr Standardwerk *Konservative gegen die Demokratie* und ihre Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein beredtes Zeugnis ab.

Ralf Stegner

Sie wird uns mächtig fehlen!¹

Am 25. September 2017 ist mit Helga Grebing nicht nur eine herausragende Historikerin, sondern auch eine überzeugte Sozialdemokratin gestorben. Sie gehörte unserer Partei seit 1948 an. Sehr bewusst ist sie damals in die SPD eingetreten, auch in Abgrenzung dazu, dass sich im Ostteil Deutschlands die Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien vollzog. Bis zuletzt, so kann man wirklich sagen, war Helga unermüdlich für die Sache der Sozialdemokratie unterwegs und hat sich wissenschaftlich und geschichtspolitisch engagiert. In ihren Erfahrungen und ihrem umfangreichen Wissen wurden die Arbeiterbewegung und die großen sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts im wahrsten Sinne des Wortes lebendig – denn sie war selbst ein wichtiger Teil davon.

Dabei hielt sie stets fest an dem Streben nach einem freiheitlichen und demokratischen Sozialismus. Sie verlor – anders als viele andere – nie die Überzeugung, dass eine Gesellschaft der Gleichen und Freien möglich und notwendig ist.

Ihre Beiträge waren über viele Jahre eine Bereicherung jeder Debatte der Historischen Kommission der SPD. Auch der Grundwertekommission hat sie einige Jahre angehört. Gerade in ihrem letzten Lebensjahrzehnt, nach ihrem Umzug zurück in ihre Geburtsstadt Berlin, war sie mit ihrer liebenswerten Offenheit mit immer neuen Pro-

¹ Rede auf der Gedenkfeier der Historischen Kommission der SPD am 10. November 2017 im Willy-Brandt-Haus Berlin. Viele Freunde und Wegbegleiter nahmen daran teil und zeigten so ihre große Wertschätzung für Helga Grebing.

jekten und Büchern bei vielen Diskussionen und Veranstaltungen präsent.

Der Berliner Zungenschlag gehört zu den sehr nachdrücklich erinnerlichen Dingen, die ich mit Helga Grebing verband. Ihre unprätentiöse Art, ihr etwas spröder Charme und ihre entwaffnende Direktheit habe ich sehr geschätzt. Sie war immer zugewandt, beharrlich in der Sache, fordernd, unbequem zu sich und anderen, temperamentvoll und voller Ideen – alles Eigenschaften, die sie als kluge, starke Frau mit klarem inneren Kompass ausgezeichnet haben.

Ihre *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2007 umfassend überarbeitet und erweitert, ist ein Standardwerk unserer gemeinsamen sozialdemokratischen Geschichte und unseres Selbstverständnisses. Sie wird leider, wie ich finde, im politischen Alltag viel zu wenig beachtet. Wir hätten uns manche Fehlentwicklung sparen können, wenn wir häufiger auf Helga gehört hätten. Ihr Standardwerk zur Arbeiterbewegung ist in zweierlei Hinsicht wichtig. Erstens, um in der Debatte der postkommunistischen Geschichtsschreibung zu bestehen, aber auch, um dem drohenden Geschichtsverlust entgegenzuwirken. Ohne zu wissen, woher wir kommen, wissen wir auch nicht so richtig, wohin wir wollen.

Helga war eine Sozialdemokratin aus Überzeugung, die übrigens auch Parteiämter angestrebt hat. Im Unterbezirk München hat sie sich auch einmal für den Bayerischen Landtag beworben – bekanntermaßen für Sozialdemokraten eine herausfordernde Angelegenheit. Leider hat das nicht geklappt. Ich hätte der CSU gegönnt, sie als Landtagsabgeordnete im Bayerischen Landtag erleben zu dürfen. Die hätte sie das Fürchten gelehrt, die hätten

noch etwas von ihr lernen können. Die Sozialdemokraten allerdings auch...

Ihre wissenschaftliche Karriere hatte viele Stationen. Die wichtigsten: Nachdem sie 1972 in Göttingen den Lehrstuhl für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts übernommen hatte, bekam sie 1988 in Bochum die Professur für vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Damit kannte sie sich auch aus dem Schatz ihrer eigenen Lebenserfahrung aus, denn sie hat das, was bei uns «Bildungsaufstieg» genannt wird, in sehr eindrucksvoller Weise selbst erlebt. Ihr Vater war Maurer, und starb früh, ihre Mutter war Fabrikarbeiterin.

Natürlich war Helga Grebings Jugend, die selbst erlebte Nazizeit, lebenslang Bezugspunkt. Sie gehörte kurze Zeit dem BDM an. Mit der Frage, wie das geschehen konnte, dass die ganze Jugend hier einvernommen worden ist, hat sie sich sehr intensiv auseinandergesetzt.

Sie hat sich früher und konsequenter als andere davon gelöst und sich immer wieder damit beschäftigt. Und dieses «Nie wieder» war lebenslang Bezugspunkt für sie. So war Helga Autorin des mit dem Dritten Reich abrechnenden Standardwerks *Nationalsozialismus: Ursprung und Wesen* und später von *Arbeiterbewegung und Faschismus* oder von *Das andere Deutschland im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*.

Ihre Publikationsliste ist zu lang, um alles aufzuführen. Aber die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hat sie auch in ihrer letzten Lebensphase bewegt; wusste sie doch darum, wie wichtig es ist den Anfängen zu wehren, wenn Intoleranz, Rassismus und der schlechte Umgang mit Minderheiten wieder Konjunktur gewinnt.

Sie hat darüber hinaus im Übrigen eine der vielen Biographien über Willy Brandt geschrieben, *Der andere Deutsche*. Ihre ist besonders einfühlsam und interessant, denn sie ist persönlicher als andere, wohl auch, weil sie direkt mit Willy Brandt zusammengearbeitet hat.

In ihrem letzten Lebensjahr stellte Helga gemeinsam mit Klaus-Jürgen Scherer ihr letztes, soeben erschienenenes Buch fertig: *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist*. Den 1963 gestorbenen Sternberg als Inspirator für eine Politik links der Mitte wieder zu entdecken und ihn neu zu lesen, das hat sie, die seinen Nachlass verwaltete, angetrieben; gerade angesichts des wieder globalen krisenhaften Kapitalismus, seiner auch ökologischen Grenzen, der anstehenden technologischen Revolution und von mehr Ungleichheit in der Welt mit leider sich mehrenden autoritär faschistischen Tendenzen.

Gerade wenn wir über die globalen Gerechtigkeitsfragen in der Gegenwart nachdenken, dann hatte Helga Grebing uns so manche Orientierung zu geben. In einer Zeit, wo zu viele, die an der Debatte teilnehmen, reichlich orientierungslos wirken und auch unsere Partei nicht immer klar erkennen lässt, was der beste Kurs sein könnte, um sich globaler Ungerechtigkeit entgegenzustellen – und dagegen auch faktisch etwas zu tun und nicht nur theoretisch richtig zu finden.

Wie ihr wissenschaftlicher Lehrer Sternberg trat Helga Grebing immer für einen demokratischen Sozialismus ein, der die freiheitliche Tradition der Sozialdemokratie konsequent mit Gerechtigkeits- und Gleichheitswerten verbindet. Wir sollten uns übrigens nicht einreden lassen, das sei für die Sozialdemokratie keine wichtige Frage

mehr. Ich bin überzeugt: Das ist die Kernfrage für die Sozialdemokratie. Auch Helga hätte das richtig gefunden.

Auch ganz persönlich hat sie um ihre Rolle mehr kämpfen müssen als andere: Als Frau eine Professur zu erlangen war zur APO-Zeiten noch außergewöhnlich und ist mit *orchideenhaft* sozusagen eher noch euphemistisch beschrieben. Wissenschaftliche Exzellenz alleine reichte dafür nicht. Das forderte eine Menge an Durchsetzungskraft, die sie ja aber glücklicherweise zeitlebens hatte. Richtig bequem hatte sie es, glaube ich, nie.

Im Übrigen hat sie sich auch immer gegen die zweckfreie Wissenschaft gewandt, wobei ich gar nicht sicher bin, ob das allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefällt. Sie tat dies als streitbare Sozialdemokratin: «Wissenschaft kann gut sein, unbestechlich und trotzdem demokratischen Zwecken dienen.» Es gibt ein wundervolles Interview, das Helga erst vor zwei oder drei Jahren dem Deutschlandfunk gegeben hat, über ihre Biographie. Das ist wirklich eine historische Lehrstunde und auch für Sozialdemokraten ein guter Orientierungspunkt.

Der Anpassung an Zeitgeist und wirtschaftsliberale Ideologien hat sie stets vehement widersprochen. Auch das unterschied sie von anderen. Und ein «bloß guter Kapitalismus», schrieb sie, war ihr deutlich zu wenig. An das Ende der Geschichte hat sie im Gegensatz zu anderen niemals geglaubt. Das ist ja auch Hokuspokus, wie wir hoffentlich alle wissen. Helga hat ihren Beitrag zum Marx-Jahr 2017/ 2018 geleistet: Über Sternbergs undogmatische Interpretation des Marxismus nachzudenken.

Für den 18. Oktober war mit Helga Grebing die Vorstellung des Sternberg-Buches im Berliner DGB-Haus mit Gewerkschafts-

chef Reiner Hoffmann geplant. Diese Veranstaltung hat leider nicht mehr stattfinden können.

An der Bundestagswahl hat sie noch teilgenommen – die Briefwahl war ihr wichtig; sie hat die Sozialdemokratie in keiner Phase ihres Lebens losgelassen. Das Wahlergebnis hat sie – ich möchte beinahe sagen *glücklicherweise* – nicht mehr erleben müssen. Was würde sie uns jetzt empfehlen? Ihr Rat fehlt!

Klaus-Jürgen Scherer beschreibt in seinem Nachruf eine Begebenheit, die so manches Problem, das die Linke in Deutschland hat, auf den Punkt bringt: Einmal auf einer Tagung der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus reicht ihm Helga einen kleinen handschriftlichen Zettel. Da stand

drauf: «Wenn wir so weiter diskutieren wie jetzt, kommt der Sozialismus nie.» Ich glaube, das ist ein sehr bezeichnender Satz für sie. Und es ist ein sehr wahrer Satz – wir fürchten uns zu oft, die großen Linien zu beschreiben und verheddern uns im Klein-Klein. Daran sieht man: Sie hat uns auch heute noch eine ganze Menge zu sagen, in einer Zeit, in der wir um Orientierung ringen und die Frage nach der Grundorientierung der Sozialdemokratie offen ist wie selten zuvor.

Helga Grebing hatte Mutterwitz und Humor. Sie war eine eher kleine Person, aber eine richtig große Frau. Wir können stolz sein, dass sie eine von uns gewesen ist, aus der Mitte der Sozialdemokratie. Sie wird uns mächtig fehlen.

Klaus-Jürgen Scherer

Was Sternberg uns heute zu sagen hat In Memoriam Helga Grebing

Der marxistisch inspirierte freiheitliche Sozialismus von Fritz Sternberg (1895–1963) war ein Lebensthema der bedeutendsten Historikerin der Arbeiterbewegung, die am 25. September 2017, einen Tag nach der Bundestagswahl, verstarb. Nach erneuten vier Jahren Große Koalition war für Helga Grebing eine linkere Politik überfällig, die sich konsequenter der zunehmenden Ungleichheit und Entsolidarisierung, der «Menschlichkeit» und dem Kampf gegen die Herausforderer der Demokratie widmen sollte. Stattdessen kam es zu einem deutlichen Rechtsruck auch in Deutschland.

Sie musste es nicht mehr miterleben: die katastrophalen 20,5% der SPD, in Ostdeutschland die SPD nur auf Platz vier; die wiederauferstandene FDP, unter Lindner eher führerorientierte Pseudo-Bewegung a la Berlusconi, Haider oder Kurz ohne staatspolitische Verantwortung; den Einzug der völkischen Rechten als dritter Kraft in den Bundestag, mit fließenden Übergängen zwischen erzkonservativen, rechtsautoritären, rechtspopulistischen und faschistischen Positionen.

Ohne Helga Grebings engagierte, auch persönlich motivierte, Nachlassverwaltung und ihre Veröffentlichungen wäre Stern-

berg, dessen publizistisches Werk weit verstreut lag, oft von Tagesaktualität gezeichnet war und keine intellektuelle Gemeinde hervorbrachte, wohl vergessen.

Unser Buchtitel¹ charakterisiert eigentlich auch Helga Grebing selbst: *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Wissenschaftlerin, Vordenkerin, Sozialistin* – so könnte es heißen! Ihre politische Grundauffassung, wie ich sie mit ihr ein ums andere Mal in den letzten Jahren diskutieren durfte, war eben stark durch die Auseinandersetzung mit Sternberg (und natürlich von Willy Brandt) geprägt.

Hiermit meine ich vor allem:

- ihren inneren Kompass des «Nie-wieder». Bereits 1959 hatte sie geschrieben: «Wir werden die politische Kraft aufbringen müssen, mit unserer Vergangenheit zu leben, sie einzubeziehen in unser Bild von uns selbst. Es kann weder wegdiskutiert, verschleiert, vergessen, noch «bewältigt» werden, daß seit 1933 Hitler und der Nationalsozialismus zu unserer Geschichte gehören»²;
- bei aller realpolitischen Orientierung und lebenslangen konkreten Einmischung in aktuelle SPD-Politik das grundsätzliche Festhalten an sozialistischer Kritik am Kapitalismus;
- Freiheit hatte für sie zentrale Bedeutung, auch von daher eine deutliche Ablehnung des leninistisch-diktatorischen Kommunismus und seiner Geschichtslegenden;

1 Helga Grebing, Klaus-Jürgen Scherer (Hg.): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist*. Paderborn 2017.

2 Helga Grebing: *Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen*, 16. Auflage, München, Wien, 1965, S. 149 (1. Auflage 1959).

- der offene und globale Blick auf die Zukunft: Geschichte als Voraussetzung, um neue Entwicklungen der kapitalistischen Weltgesellschaft zu verstehen;
- ihre Position des «Revisionismus», so auch ein Buchtitel von 1977³: ein undogmatischer Bezug auf Marxsche Analysen und die fruchtbare kritische Auseinandersetzung mit diesen;
- nicht zuletzt eine «feinsinnige Form der Bewunderung» für Rosa Luxemburg – wohl wissend, dass deren Konzept der «wahren Demokratie» nur bedingt zur sozialen Demokratie passt.⁴

Dass Helga Grebing sich in den letzten 15 Jahren in Berlin besonders aktiv in der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus engagierte, hatte auch mit diesem politischen Selbstverständnis zu tun. Wir trafen uns bei Gedanken, dass ein «guter Kapitalismus» zwar schon viel wäre, doch Menschenwürde, soziale Bürgerrechte, gleiche Freiheit und ökologisches Überleben immer wieder durch neoliberale, autoritäre und andere Macht-Logiken gefährdet bleiben, also Kapitalismuskritik und Systemfragen (im Plural!) nicht tabuisiert werden dürfen.⁵

3 Revisionistische Auffassungen sind «nicht schlechthin Abweichungen von Marx (...), sondern immanent bleibenwollende und weithin auch bleibende Ausdeutung, Ergänzung und Korrektur und nur teilweise Überwindung Marxschen Denkens, um es für neue historische Situationen fruchtbar machen zu können». Helga Grebing: *Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum Prager Frühling*, München 1977, S. 278.

4 Vgl. Helga Grebing: Rosa Luxemburg und ihr Konzept einer Sozialistischen Demokratie. In: Christian Krell (Hg.): *Vordenkerinnen und Vordenker der sozialen Demokratie. 49 Portraits*, Bonn 2015, S. 214 ff.

5 Übrigens Gedanken, die (überraschenderweise) auch der SPD-Vorsitzende Martin Schulz äußerte: «Die SPD muss sich nicht nur symbolisch vom Neoliberalismus verabschieden. (...) Wir müssen wieder

Vorsichtige Annäherung an Sternberg

Als Helga Grebing mir Fritz Sternberg nahelegte, war ich zunächst skeptisch. Widerspruch dessen auf den ersten Blick ziemlich ungebrochene Identifikation mit dem Werk von Karl Marx doch der mir weit näheren Auffassung vom Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie. Denn «es gibt einen »praktischen« Marx und es gibt auch einen »geschichtsmetaphorischen« Marx», wie Thomas Meyer es einst auseinanderdividierte.⁶

In diesem Sinne hatte sich eher Eduard Bernsteins Theorie der sozialistischen Transformation als paradigmatischer Versuch erwiesen, die sozialistische Reformtheorie für Gesellschaften hoher Komplexität zu formulieren. «Es konnte gezeigt werden, daß die Elemente des konstruktivistischen Paradigmas weder von Bernstein erst erfunden worden sind, noch in einem Gegensatz zum ganzen Marx'schen Werk stehen. Daher wäre die Fortsetzung der Tradition einer theoretischen Grundlegung des demokratischen Sozialismus wenig sinnvoll, wenn sie unter der Devise für oder gegen Marx bzw. für oder gegen Bernstein geführt würde. In Geltung bleiben kann nur, was den sozialistischen Prinzipien und der kritischen Prüfung standhält, mit welchem Namen auch immer es sich verbinden mag».⁷

Mut zur Kapitalismuskritik fassen (...). Es geht sehr wohl um die Frage, welches System wir haben, wie wir wirtschaften und wie die Digitalisierung diesen außer Rand und Band geratenen Spekulationskapitalismus noch weiter befeuert, anstatt ihn kontrollierbar zu machen» (*Die Zeit* 19. Oktober 2017, S. 7).

6 Thomas Meyer: *Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie. Studie zur Rolle des proletarischen Subjekts*, Kronberg Ts. 1973, S. 240.

7 Thomas Meyer: *Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus*, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 387.

Doch im Sommer 2016, bei genauerer Lektüre Sternbergs, lernte ich verstehen, was er bereits 1926 im Vorwort seines »Imperialismus«-Buches über sich schrieb: »Kein Wort von Buchstaben-Philologie wird man hier finden«.⁸ Sternberg stellte sich mit analytischer Schärfe immer wieder den Metamorphosen des Kapitalismus in seiner Zeit, sodass Marx für ihn letztlich mehr offene Methode als fertiges Lehrgebäude war. Meine vorsichtige, zu debattierende Schlussfolgerung formulierte ich in unserem Buch folgendermaßen:

«Vielleicht kann man [ebenfalls d.A.] von einem Zwiespalt im Denken Sternbergs sprechen: Einerseits ordnete er als *revolutionärer* Sozialist auch die Sphäre des Geistig-Kulturellen einem eher traditionell marxistischen Verständnis von Klassenkampf unter. (...) Andererseits unterstrich Sternberg als *demokratischer* Sozialist immer wieder, dass das Kulturelle eine bedeutende und relativ selbstständige Rolle dabei spielt, die Ausbeutungsverhältnisse nicht zu verschleiern, sondern aufzudecken und zu bekämpfen. So stand Sternberg gewissermaßen dazwischen: Einerseits hielt er mehr, als es dem heutigen, stark soziokulturell geprägten, Verständnis des demokratischen Sozialismus entsprechen würde, am Marx'schen Primat der Ökonomie fest. Andererseits war er ein undogmatisch-marxistischer Vordenker, der sich immer wieder mit großer Offenheit auf das Wagnis neuer kultureller oder gar künstlerischer Fragestellungen einließ».⁹

8 So auch Helga Grebing: Fritz Sternberg – Demokratischer Sozialist und früherer Deuter der Globalisierung. In: Christian Krell (Hg.): *Vordenkerinnen und Vordenker der sozialen Demokratie. 49 Portraits*, Bonn 2015, S.337 ff.

9 Klaus-Jürgen Scherer: Kulturelle Aspekte im Werk von Sternberg. In: Helga Grebing, Klaus-Jürgen

Bei der Lektüre Sternbergs faszinierte, wie er gewissermaßen immer wieder seiner Zeit voraus war, indem er vieles von dem thematisierte, was uns heute noch umtreibt, bzw. was uns erneut, nach dem Ende des «goldenen Zeitalters» aus Wachstum und Wohlstand für alle, wieder umtreibt.

Es geht besonders um die zunehmend existenzielle Krisenanfälligkeit und die neuerliche Zuspitzung von Konflikten und um Ungleichgewichte im heutigen Kapitalismus, der nicht von ungefähr mit Begriffen wie Finanzkapitalismus, Turbokapitalismus, Raubtierkapitalismus, Kasinokapitalismus, Spekulationskapitalismus oder digitaler Kapitalismus gekennzeichnet wird. Sternberg war einer der ersten Analytiker der Globalisierung mit besonderem Blick auf Europa und die Rolle der Entwicklungsländer, auf der Suche nach europäischen und weltweiten Antworten. Seine grundsätzlichen Überlegungen dazu, wie sich Arbeit im Umgang mit neuen Technologien tiefgreifend wandelt, könnten entsprechende Analysen zum heutigen digitalen Wandel der Arbeit inspirieren. Man findet bei ihm eine wieder sehr aktuelle Sicht auf die Rolle der Kultur, auf deren Ambivalenz zwischen kapitalistischer Kulturindustrie – mittlerweile bis hin zu Privatfernsehen und Internet – und dem eigentlich Kritisch-Widerständigen des Künstlerischen und Intellektuellen. Oder ihn trieb bereits die Frage nach den Trägern der sozialen Veränderung um, wo es das Proletariat als revolutionäre Klasse so nicht mehr gibt. Und erneut spitzt sich die Auseinandersetzung zu, zwischen einer in sozialen und Gerechtigkeits-Fragen

Scherer (Hg.): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist*, Paderborn 2017, S. 152.

defizitären parlamentarischen Demokratie und den (autoritären, völkischen, fremdenfeindlichen und kulturkämpfenden) Rechten, auf die manche Kriterien des Faschismus zu passen scheinen. Bereits Sternberg erkannte die eigenständige Rolle der neuen und alten Mittelschichten für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Es waren eben nicht nur die «Enteigneten», die sich anfällig für die Nazis erwiesen, sondern auch die, die fürchteten, dass diese Enteignung sie noch treffen würde. Von Abstiegsängsten, Entheimung, Überfremdung, Abwehr des Islam oder von Deutscher Leitkultur, nationaler Identität, Konservativer Revolution usw. ist heutzutage die Rede. Verschwörungstheorien und rassistisch-ethnische Ideologien¹⁰ kursieren wieder.

Wie sich unser Sternberg-Projekt entwickelte

Helga Grebing brauchte 2016 nach ersten gesundheitlichen Schwierigkeiten einen Mitstreiter, der sie bei der Herausgabe ihres erneuten, von der Hans-Böckler-Stiftung ermöglichten Sammelbandes unterstützte. Bereits 1981 hatte sie mit der umfangreichen Textsammlung *Fritz Sternberg. Für die Zukunft des Sozialismus*, damals im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag erschienen, diesen der Vergessenheit entrissen.¹¹ 2014 hatte sie den Sternberg-Text «Der Dichter und die Ratio. Erinnerungen an Bertolt Brecht» von 1963, die Geschichte einer streitbaren

10 Vgl. Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber (Hg.): *Sozialdemokratie und Menschenbild. Historische Dimension und aktuelle Bedeutung*, Marburg 2012.

11 Helga Grebing (Hrsg.): *Fritz Sternberg (1895-1963). Für die Zukunft des Sozialismus. Werkproben, Aufsätze, unveröffentlichte Texte, Bibliographie und biographische Daten. Kommentare zu Leben und Werk von Gerhard Beier, Iring Fetscher, Helga Grebing, Herbert Ruland, Hans-Christoph Schröder*, Köln 1981.

Freundschaft, bei Suhrkamp herausgegeben und ausführlich kommentiert.¹² Jetzt ging es ihr noch einmal um eine kritische Auseinandersetzung mit Sternberg, aus der Sicht des 21. Jahrhunderts, mit Autoren einer anderen Generation als der vor 36 Jahren.

Nun fielen zwei vorgesehene Mitherausgeber auf tragische Weise aus: Werner Wobbe starb auf dem Weg zum ersten Autorentreffen, Tobias Kühne erlitt eine ihn aus der Kurve tragende Erkrankung. Zudem konnten einige der angefragten Autoren mit, wie Helga Grebing fand, dummen Ausreden, nicht liefern. In dieser als Krise empfundenen Situation sprang ich gerne (nein, nicht als dritte Wahl!) ein, um sie zu unterstützen. Es entstand in ihrem letzten Lebensjahr eine Vertiefung unserer umfassenden, regelmäßigen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Sie bestand sogar darauf, mich als Mitherausgeber zu adeln.

Besonders im Kapitel zur Einordnung und Aktualität von Sternberg beschreiben wir unser gemeinsames Selbstverständnis und enden mit der großen Frage, wer jenseits der traditionellen Arbeiterbewegung die progressiven Kräfte sind, die einen Übergang zur demokratisch-sozialistischen Gesellschaft bewirken könnten. Auch Helga Grebings Skepsis nahm zu, der durch Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung entfesselte und beschleunigte Weltkapitalismus muss nicht im Sozialismus münden, sondern kann auch zu autoritär-kapitalistischen Antworten, zu mehr Barbarei, zu ökologischen Katastrophen und zu krisenhaften Zivilisationsbrüchen führen.

Zwar mag der Unterschied verschiedener Modelle des Kapitalismus für unseren Lebensalltag ziemlich entscheidend sein. Die Grunderkenntnis von Bernstein und Hilferding dürfte richtig sein, den Kapitalismus einzuhegen, statt ihn revolutionär in die Luft zu jagen. Doch ist die Verbindung des Kapitalismus mit demokratischen Freiheiten, hohem Wohlstandsniveau und sozialstaatlicher Absicherung unter Druck. Nivellierte Mittelstandsgesellschaft, relativ geringe Ungleichheiten, soziale Marktwirtschaft usw. gehören offenbar zu einer historischen Phase nationalstaatlicher Regulierung. Denn zunehmende Krisenhaftigkeit und Ungleichheiten, ökologische und technologische Verwerfungen, nebst autoritärer Antworten darauf, werden wieder, jetzt global, zum bestimmenden Szenario. Auch immanenten Wachstumszwängen, bewusster neoliberaler Entgrenzung durch die Politik, sowie Brandbeschleunigern wie Finanzmarkt, Digitalisierung, Individualisierung und Migration sei Dank.

Vielleicht bleibt nur das reformistische Bemühen der Grass'schen Schnecke oder gar des Sisyphos, ständig aufs Neue den Gesetzen des Marktes den Widerstand sozialer und demokratischer Logik entgegenzusetzen. Doch Helga Grebing hielt an der regulativen Idee einer anderen und besseren Welt fest. Gegen Lebensende fragte sie mich, ob ich eigentlich glaube, die heutige Jugend werde den Sozialismus dereinst erleben. Zwar ist der Geschichtsoptimismus der Arbeiterbewegung tatsächlich unwiederbringlich vorbei, doch der anhaltende Verbrauch von 1,6 Erden, die Aufheizung der Atmosphäre sicherlich um 3 Grad, das epidemische Artensterben, die globale Überbevölkerung, die Verelendung halber Gesellschaften und ganzer Regionen, neue Kriege

12 Fritz Sternberg: *Der Dichter und die Ratio. Erinnerungen an Bertolt Brecht. Die Geschichte einer streitbaren Freundschaft*. Herausgegeben und kommentiert von Helga Grebing, Berlin 2014.

mit neuem Terror, failed states, Vertreibung, Bürgerkriegsökonomien usw.: Welch andere humanistische Antwort, wenn nicht die des freiheitlichen Sozialismus, sollte es eigentlich auf diese multiple Existenzkrise des 21. Jahrhunderts geben?

Über den Inhalt unseres Buches

Der Band enthält von Helga Grebing eine politische Biografie Sternbergs sowie tabellarische Stationen seines Lebens, gewissermaßen als Vorarbeiten für die noch ausstehende Sternberg-Biografie. Und für weitere Forschungen existiert jetzt ein einfacher Zugang auf die komplettierte elektronische Bibliographie im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Marcel van der Linden, Professor in Amsterdam und Autor der jüngst erschienenen *Globalgeschichte der Arbeit*¹³, verortet Sternberg in der Ideengeschichte der Linken und hebt besonders Lernfähigkeit, internationalistische Haltung und strategisches Denken für die sozialistische Bewegung hervor. Gerade dessen globaler Blick auf die Ungleichheit zwischen den Weltregionen, sowie dass der kapitalistische Aufschwung keine Selbstverständlichkeit ist, der Niedergang des Weltkapitalismus somit möglich bleibt, sind ihm wichtig.

Thilo Scholle, Jahrgang 1980, auch Redakteur der linkssozialdemokratischen *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, gerade Autor eines Bändchens über Paul Levi¹⁴, beschreibt kenntnisreich Sternbergs Rolle in den marxistischen Debatten der Weimarer Republik. Es geht

auch um Auseinandersetzungen um sein Hauptwerk, seine 1926 als 31-Jähriger veröffentlichte Imperialismusanalyse¹⁵, die Sternbergs Ruhm begründete. Drei Jahre später verfasste Sternberg gar, was gewiss ungewöhnlich ist, einen umfangreichen Replikband¹⁶, mit dem er sich nun seinerseits mit seinen Kritikern auseinandersetzte.

Richard Saage, dessen Wissenschaftsinteresse neben der Utopieforschung immer schon die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus waren, geht der besonderen Faschismuskonzeption Sternbergs nach. U.a. erkannte dieser schärfer als andere die Rolle der Weltwirtschaftskrise, des Bewusstseins der kleinbürgerlichen Massenbasis, der Spaltung der Arbeiterbewegung, sowie dass das Ganze zwangsläufig auf Terror und Krieg hinauslaufen musste.

Ich selbst beschreibe (wie bereits erwähnt) kulturelle Aspekte in Sternbergs Werk. Und Terence Renaud, Jahrgang 1985, Dozent an der Yale University, der beste Kenner Sternbergs in den USA, hat ganz neue Betrachtungen über dessen Zeit in Amerika angestellt. Er analysiert detailliert sein Bemühen um «Zeitgenossenschaft», mit allen Schwierigkeiten, seine globale Vorstellung von der Weltgesellschaft zusammenzubringen damit, dass in den 1950er-Jahren im Westen der Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus zunehmend verblasste, während der Kalte Krieg gegen den Kommunismus beherrschend wurde.

Nikolas Dörr, Politikwissenschaftler, Historiker an der Universität Bremen, Jahrgang

13 Marcel van der Linden: *Workers of the World. Eine Globalgeschichte der Arbeit*. Frankfurt a.M. 2017.

14 Thilo Scholle: *Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied*, Berlin 2017.

15 Fritz Sternberg: *Der Imperialismus*. Berlin 1926 (Reprint: Frankfurt a.M. 1971).

16 Fritz Sternberg: *Der Imperialismus» und seine Kritiker*. Berlin 1929.

1979, beschäftigt sich mit der Rezeption Sternbergs nach 1945, besonders mit der Frage, wieweit von ihm doch noch Impulse für SPD und Gewerkschaften ausgingen. Sternberg war ein politischer Intellektueller, der vor allem internationale Gesichtspunkte thematisierte. Doch der, aller öffentlichen Reden zum Trotz, eher als Außenstehender wahrgenommen wurde. Sternberg starb bereits 1963, sonst hätte er in der Linkswende des Diskurses der 1960er-Jahre und der sozialistischen Studentenbewegung möglicherweise eine wichtige Rolle gespielt.

Schließlich entfaltet Bernd Rudolph, Historiker aus Jena und Hamburg, Jahrgang 1986, Sternbergs Konzept der «zweiten industriellen Revolution». Wie steht es um die Arbeit und deren Ausrichtung in der technologischen Revolution hin zur Automatisierung – heute würde man fragen: im Übergang zur umfassenden Digitalisierung? Von der Humanisierung der Arbeitswelt bis zur Verantwortung der europäischen Arbeiterbewegung für die «Dritte Welt» ist hier manches angedacht, was bis heute gewerkschaftsnahe Analysen prägt.

In einem zweiten Teil des Buches hat Helga Grebing jeweils passende Textauschnitte aus den Schriften Sternbergs ausgewählt, auf die sich die Aufsätze beziehen. Für den Leser ist dies eine gute Gelegenheit, sich in Sprache und Argumentation Sternbergs einzulesen.

Fazit und Ausblick

Wir sahen in Sternberg einen linkssozialistischen Theoretiker, der von der SPD nicht lassen konnte und dennoch in Marxscher Tradition weitgehende theoretische und

empirische Überlegungen anstellte, um Entwicklungen (ja auch Entwicklungsgesetze) des Kapitalismus und deren Beeinflussbarkeit im sozialistischen Sinne zu analysieren. Wir stellten Sternberg in eine Reihe mit dem frühen Richard Löwenthal, mit Ossip K. Flechtheim, Peter von Oertzen, Detlev Albers und Oskar Negt. Diese alle können, bei aller Unterschiedlichkeit und ohne dass da eine gemeinsame Bewegung entstanden wäre, als Denker eines «Dritten Weges» bezeichnet werden. Sie lehnten den diktatorischen (auch den poststalinistischen) Kommunismus ab und kritisierten gleichzeitig auf der Basis wissenschaftlicher Gesellschaftsanalyse die in der Regel gegenüber den kapitalistischen Verhältnissen zu affirmativen SPD-Führungen.

Für den Herbst 2017 hatte Helga Grebing den Plan, für den sie mich zu begeistern suchte, dem Begriff des freiheitlichen Sozialismus, wie ihn auch Sternberg verwandt hatte, nachzugehen. Sie sah in ihm gewissermaßen die dialektische Aufhebung von demokratischem Sozialismus und sozialer Demokratie. Der demokratische Sozialismus schien ihr zu verwechselbar mit der die Unfreiheit verschleiernenden sozialistischen Demokratie. Die soziale Demokratie schien ihr zu harmlos, drückte zu wenig aus, dass die Zukunftsgesellschaft eine ganz eigene, neue Qualität haben müsse. Freiheitlicher Sozialismus: Von der «Freiheit zuerst» hatte ja Willy Brandt gesprochen, zudem war dies die Formulierung vieler Antifaschisten. In dieser Tradition, ihr Erbe geht nicht von ungefähr an Amnesty International/London, sah sich Helga Grebing. – Vielleicht findet sich jemand, der diesem Gedanken nachgehen wird. Sie selbst kann es ja nicht mehr.

Fritz Sternberg: Rezension, Erinnerung, kritische Auseinandersetzung

Helga Grebing, Klaus-Jürgen Scherer (Hg.): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist*. Verlag Ferdinand Schöningh Paderborn 2017, 397 S., 39,90 €.

Fritz Sternberg war in der Tat ein Streiter für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Die Historikerin Helga Grebing hat uns, sozusagen als Vermächtnis, ein gemeinsam mit Klaus-Jürgen Scherer verfasstes, durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördertes, schönes Buch über – und von – Fritz Sternberg hinterlassen. Helga Grebing hatte bereits 1981 eine Sammlung von Aufsätzen und Arbeiten von Sternberg herausgegeben. Sie verdanke ihm, so schreibt sie, «unermesslich viel an Erkenntnissen und Einsichten in Wissenschaft und Politik». Ein Vergessener? In der Tat wurden die schüchternen Nachkriegsansätze für eine dialektische Fortentwicklung traditioneller marxistischer Ansätze, wie sie von Paul Sering oder Fritz Sternberg versucht worden waren, durch die Böen der Studentenbewegung fortgeblasen und durch obligatorische Marxlektüre und allerlei neue Versuche, bis hin zu stalinistischen, maoistischen und voluntaristisch-revolutionären Ansätzen verdrängt.

Beim Rezensenten kommt beim Namen Sternberg nostalgische Stimmung auf. Erinnerungen an die frühen fünfziger Jahre, an die Zeit, als wir «Sozialistische Jugend – Die Falken» unter Harry Ristocks Führung

mit der Parole «Mit Ulbricht und Adenauer keine Wiedervereinigung», in Berlin vom Wittenbergplatz entlang der Bülowstraße, vorbei an der Zietenstraße, in der sich die Zentrale der damaligen SPD befand, die Gitarren der «links-antibürokratisch» orientierten Gruppe «Rosa Luxemburg» aus dem bürgerlichen Zehlendorf voran, zur Mai-Kundgebung auf dem Feld vor dem Reichstag marschierten. Die Ordner der Gewerkschaft, kräftige Müllwerker und Metaller nahmen uns unsere Transparente ab, denn es gehörte sich nicht, Konrad Adenauer mit Walter Ulbricht in einem Atemzug zu nennen; war doch Berlin, der Zankapfel des Kalten Krieges, auf die Solidarität des Westens angewiesen. In dieser Zeit fiel mir, wahrscheinlich aus dem Bücherregal meines Vaters, Sternbergs *Sozialismus und Kapitalismus vor dem Weltgericht* in die Augen. Der große Wurf zur Erklärung, wie die Welt politisch tickt, so schien es mir damals. Später dann, als Mitarbeiter im Institut für Politische Wissenschaft unter Otto Stammer und Wolfgang Hirsch-Weber waren die Aufsätze von Sternberg in den «Gewerkschaftlichen Monatsheften», Pflichtlektüre, immer anregende Analysen. Allerdings kamen mir damals bereits im Verlaufe meiner wirtschaftswissenschaftlichen und soziologischen Studien Zweifel an der alleserklärenden Allmacht der Sternbergschen Analysen. Jedenfalls wurde die Weltsicht Sternbergs in meinem Bewusstsein nach und nach

durch differenzierte Sichtweisen überlagert, wenn nicht verdrängt.

Das vorliegende Buch von Helga Grebing und Klaus-Jürgen Scherer gibt Gelegenheit zu prüfen, ob Sternberg zu Recht der Vergessenheit anheimgefallen ist. Um es vorweg zu nehmen: Es ist der gelungene Versuch, neues Interesse an Fritz Sternberg zu wecken und seine Analysen auch für die Gegenwart fruchtbar zu machen. Acht Autoren, die die heute nur noch wenig bekannten Texte neu gelesen haben, führen uns in Sternbergs theoretische Konzepte und seine Analysen in seinen verschiedenen Lebensphasen ein. Helga Grebing eröffnet das Buch mit einer biografischen Einführung und sie präsentiert in einem zweiten Teil des Buches zehn ausgewählte Lesestücke, die es ermöglichen, Sternbergs Denken an Originaltexten nachzuvollziehen. Eine Chronologie seines Lebens und Werks und Hinweise auf bibliografische Erschließung ergänzen den Band.

Es erweist sich, dass der auf dem Vorbild marxischer Analysen aufbauende Versuch Fritz Sternbergs (1895 – 1963), einen zeitgemäßen freiheitlichen Sozialismus zu fundieren, uns heute, richtig interpretiert, noch viel sagen kann. Denn die Linke in Europa ist angesichts ihres Niedergangs in der Wählergunst vor die Frage gestellt, wie sie die drängenden Probleme der Zukunft zu lösen gedenkt und wie sie neue Wählerschichten in den sich rasant ändernden sozialen Strukturen ansprechen und gewinnen will.

Helga Grebing sucht in ihrem biografischen Beitrag nach Antworten auf die Frage, warum der in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts so präzise Fritz Sternberg schon seit der 1970/80er Jahren unter den Sozialisten in Vergessenheit geraten konnte und auch heute so wenig präsent ist. Sternbergs analytischer Ansatz

war marxischen Theorien entlehnt, die er kritisch und oft eigenwillig rezipiert. Am wechselhaften Lebenslauf spiegelt sich, wie uns Grebing zeigt, auch seine intellektuelle Entwicklung; vom sozialistischen Zionisten zum marxistischen Linkssozialisten. Sternberg erkannte im Laufe seines Lebens, dass der Kapitalismus, trotz Krieg und Krisen (noch) nicht an seine Grenzen gestoßen war und dass die Propheten des baldigen Zusammenbruchs und der revolutionären Wandlung bloße Illusionisten waren. Zugleich musste er feststellen, dass «die Arbeiterbewegung ihre Kraft als Motor der Transformation zu wirken, eingebüßt hatte» (Grebing). Im Widerspruch zu dieser Einsicht wird er zum Mitgründer der SAP, einer vornehmlich von Intellektuellen getragenen Partei, die das revolutionäre Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse schärfen sollte. Früh erkannte Sternberg die Gefahren des von Stalin eingeschlagenen Weges, zugleich sollte aber die neue Partei die SPD und die moskautreue KPD im Kampf gegen den Faschismus zusammenbringen. Früh entwickelt er eine eigene marxistisch fundierte Faschismustheorie. In die Emigration gezwungen, führt ihn der Weg in die USA, wo er den überbordenden Kapitalismus beobachtet, zugleich aber dessen Überlebenskraft und deren «Weltmacht-Konturen» (Grebing) erkennt. Zugleich sah er die aufstrebende Sowjetmacht mit ihrem Streben europäische Länder in ihren Bereich einzu beziehen. Sternberg hoffte noch 1945 auf die Entwicklung Europas zu einem dritten Weltzentrum mit einer demokratisch-sozialistischen Perspektive. Es waren Hoffnungen, die vom Erfolg der Labourparty unmittelbar nach Kriegsende und die Wiederbelebung der sozialdemokratischen Bewegungen genährt waren. Der Weg

sollte nunmehr die Sozialisierung durch Mitbestimmung der Arbeiterklasse ersetzen. Die Sowjetunion war für ihn endgültig kein sozialistischer Staat mehr, sondern terroristische Diktatur, die die eigenen Massen und die abhängigen Nachbarländer ausbeutete. Die USA erschien in mildem Licht, wohlstandsorientiert und für Reformen offen. Transformation der Gesellschaft sieht er nun als langen, mühseligen Prozess. Im letzten Jahrzehnt seines Lebens konzentriert er sich auf die Bemühungen vor allem der starken deutschen Gewerkschaften, die mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung der Arbeit usw. Fortschritte zu erzielen suchte, die er als Beitrag zur Entwicklung demokratisch-sozialistischer Reformen interpretiert. Andererseits fehlte ihm im Godesberger Programm der SPD von 1959 eine Analyse, die auch die Entwicklung in der Dritten Welt einbezog und so eine langfristige Handlungsinitiative entwickelte. Denn, anders als das wertebasierte, also ethisch begründete, Programm von Godesberg strebte er im Sinne marxischen Denkens weiterhin nach Ableitung von Handlungszielen der Linken aus der Analyse der gesellschaftlichen Kräfte und ihrer Entwicklungstendenzen. Mit der Frage, was uns das heute bedeuten kann, setzt sich Marcel von der Linden auseinander, worauf wir weiter unten zurückkommen wollen.

Mehrere Beiträge gehen sehr konzentriert auf einzelne Phasen seiner geistigen Entwicklung ein. Thilo Scholle führt uns in die Rolle Sternberg in den marxistisch geprägten Debatten während der Weimarer Republik ein. Dieser verstand sich als (einzig) getreuer Marxinterpret und setzte sich mit den Positionen der «Revisionisten» auseinander, relativierte aber selbst die von ihm herausgearbeitete Interpretation des marx-

ischen Werks, dass es letztendlich zu einem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems kommen müsse. Sternberg knüpft an Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie an. So sei es Auftrag der Arbeiterklasse, den Krieg als Werk imperialistischer Bestrebungen revolutionär zu überwinden. Sternbergs Werk von 1926 über den Imperialismus hat dann lebhaft Debatten ausgelöst, auch weil Sternberg feststellt, dass Marx einige Entwicklungen nicht gesehen habe, sich aber dann an den Darstellungen von Marx abarbeitet. Er hält an der Überproduktionsthese fest. Er sieht die Klassenkonstellation im Imperialismus differenzierter als Marx es hätte annehmen können. Scholle stellt sehr anschaulich die damals vertretenen verschiedenen Ansätze zur Analyse des Imperialismus gegenüber und beschreibt die kritische Auseinandersetzung mit Sternbergs Arbeit. Sternberg selbst hat sich offenkundig mit der Zeit in seinem Verständnis von Marx weiterentwickelt und so auch die Zeitgebundenheit des Werkes von Marx entdeckt. Scholle resümiert: «...so sind die Verdienste Fritz Sternbergs um ein kreatives Weiterdenken im Anschluss an Marx doch offensichtlich».

Richard Saage führt in die Auseinandersetzung Sternbergs mit dem deutschen Faschismus ein. Die marxistische Interpretation des Faschismus durch Sternberg in seinen zwei Hauptwerken zum Thema von 1932 und 1935 führe ein Schattendasein gegenüber den von Saage als «bonapartistischtheoretische» Ansätze – von Otto Bauer, August Thalheimer, Leo Trotzki – oder aber als Interpretationen marxistischer Provenienz – Sozialfaschismusthesen von Stalin und Sinowjew oder der «Dimitroff-Formel – bezeichneten Erklärungsversuchen. Aber an Materialreichtum, an analytischer Schärfe

und an prognostischer Kraft bräuchten die Darlegungen von Sternberg den Vergleich nicht zu scheuen. Im Zentrum der Betrachtung steht der Begriff des «Monopolkapitals» als zentrales Feindbild marxistischer Analysen. In der Krise habe das Monopolkapital die Option zwischen Präsidialsystem und offener nationalsozialistischer Diktatur gehabt und sich letztlich nach dem Niedergang von Sozialdemokratie und Gewerkschaften für das NS-regime entschieden. Sternberg hat auch schon 1932 prognostiziert, dass die These, Faschismus werde in Deutschland nur eine kurze Übergangsphase sein, irrig sei und ein blutiger langdauernder Terror drohe. Die außerordentlich differenzierte und gleichzeitig klare Darstellung von Saage wird jeder, der sich mit Faschismustheorien und/oder der Endzeit der Weimarer Republik befasst, mit Gewinn lesen.

Klaus-Jürgen Scherer beleuchtet kulturelle Aspekte im Werk von Sternberg. Der Rezensent gesteht, dass ihm diese Seite von Sternbergs Wirken in der Weimarer Republik noch nie ins Blickfeld geraten war; Sternberg galt eben als der Politökonom par excellence, und nur das. So lesen sich die Seiten Scherers vergnüglich und zeigen die intensive Verflechtung zwischen kulturellem und politisch-intellektuellem Engagement in jener Zeit. Sicher hat auch Sternbergs Imperialismus-Buch und sein Versuch, die «linke Einheitsfront» gegen Reaktion und aufkommenden Nationalsozialismus herzustellen (Scherer) ihn und die politischen Publizisten und Kulturschaffenden einander nähergebracht. Jedenfalls schildert uns Scherer lebhaft die linke Berliner Cafèhaus-Bohème, die sich rund um Wittenbergplatz und Tauentzien begegnete und die Projekte für Zeitschriften oder Theaterstücke

schmiedete. Piscator, Döblin und Brecht fanden sich offenbar in Sternbergs Wohnung ein. Illustre Namen werden erwähnt, eine Szene von «Salonkommunisten» bis zu «Gefühlssozialisten» bildeten das Umfeld, in dem Sternberg das Denken der Beteiligten beeinflusste und neben den verschiedenen Ansätzen auch eigene theoretische Überlegungen zum Theater entwickelte: Lehrdrama statt Beziehungstheater. Scherer zeigt, dass Sternberg an der Entwicklung von Brechts Theatertheorie mitgewirkt hat, andererseits verweist er auf den heftigen Streit mit Brecht, als Sternberg seine «Soziologie der Verdrängung» im Zuge der zunehmenden Entfremdung von der Linie Stalins auch auf die Entwicklung in der Sowjetunion angewendet wissen wollte, was Brecht, der mit dem Kommunismus liebäugelte, natürlich nicht gefallen konnte. Mit der Rolle der Kultur in der gesellschaftlichen Entwicklung befasste sich Sternberg, den man ansonsten vor allem als Politökonom wahrgenommen hat, auch in seiner Zeit im Exil und auch nach dem Krieg in der Bundesrepublik. Scherer zitiert Notizen von Sternberg, in denen er noch 1955 ein Werk mit dem Titel *Der Untergang der Kultur* ankündigt. Scherer sinniert über das «Was wäre, wenn», aber auch diese Spekulationen zu lesen, lohnt sich.

Terence Renaud macht uns mit dem langen Jahrzehnt, das Sternberg in Amerika verbrachte, vertraut. Bei dessen Ankunft war ja die tiefe Weltwirtschaftskrise noch nicht völlig überwunden: Erst die Kriegswirtschaft sollte einen Boom auslösen. Offenkundig hat Sternberg in den USA keine großen Spuren hinterlassen. Renaud stellt fest, dass Sternberg, entsprechend seinem marxistischen Ansatz, damals noch felsenfest «an die Dauerhaftigkeit der Krise im Spätkapita-

lismus» glaubte. Obwohl er fleißig veröffentlichte, gutachterlich selbst für Regierungsagenturen und durch Forschungsaufträge für die den Demokraten nahe Brookings Institution arbeitete, konnte er sich mit seinem Ansatz kaum durchsetzen, weil, so Renaud, weil «die Kluft zwischen der amerikanischen Tradition empiristischer Forschung und der europäischen und besonders deutsch-marxistischen Tradition zukunftsorientierter Studien» kaum zu überbrücken war. Obwohl Sternberg versuchte, sich auf die neue Situation einzustellen, ohne sich zu verbiegen, hatte er damit wenig Erfolg. Interessant sind die Untersuchungen von Renaud über die Rezeption von Sternbergs Schriften, weil sie zeigen, dass auch renommierte Wissenschaftler, Ökonomen und Soziologen, trotz manchmal wohlwollender Betrachtung (wie durch Robert S. Lynd), keinen rechten Zugang zu Sternbergs Denken fanden. Wichtiger jedoch scheint mir, dass Sternberg Sicht sich weitete. Er wurde zum Experten für militärische Fragen, wo er die Entwicklung um den militärisch-industriellen Komplex in den USA vorausahnte und die Atomwaffen als weltumspannende Bedrohung sah. Er richtete seinen Blick auf den Konflikt zwischen der führenden Weltmacht USA und der Sowjetunion, von deren innerer Entwicklung er sich mehr und mehr distanzierte.

Mit der Entwicklung Sternbergs in den ihm verbleibenden 18 Jahren nach 1945 beschäftigten sich die Beiträge von Nikolas Dörr und Bernd Rudolph. Das NS-Regime und der von Hitler vom Zaum gebrochene «totale» Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug hatten die totale Niederlage, die bedingungslose Unterwerfung unter die alliierten Mächte und die Aufteilung Deutschlands zur Folge. Bei seiner Rückkehr fand also Sternberg, wie so viele Remigranten ein anderes

Land vor, als aus dem sie emigrieren mussten. Und dennoch, es waren immer noch dieselben Deutschen, die Hitler gewählt, gestützt oder ertragen hatten. Sternbergs Sichtweisen jedoch hatten sich verändert, wohl erweitert. Die marxistische Sicht blieb im Grundsatz erhalten, bekam aber ein eher methodologisches Gewand. Seine Themen waren nunmehr die Fortentwicklung des demokratischen Sozialismus und die Friedenssicherung. Er distanzierte sich im Laufe der Jahre immer deutlicher vom stalinistischen Sowjetkommunismus. Dennoch sah er die prognostizierte Krise des kapitalistischen Systems noch als nur verschoben an («Der Kapitalismus wird das Jahr 2000 kaum erleben», schreibt er in *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht*). Planwirtschaft im Rahmen demokratischer Strukturen hielt er nun für den Weg des Übergangs, wobei ihn die Schwäche der Arbeiterbewegung durchaus beschäftigte. Die Frucht seiner Arbeit waren zahlreiche Monographien, Aufsätze und Vorträge, wobei er für die deutschen Gewerkschaften durchaus zu den intellektuellen Denkhelfern zählte. Er war durchaus ein gefragter Vortragender und Diskussionspartner. Insbesondere die Auswirkungen der industriellen Revolution, die Automatisierung und die damit verbundene Ausdifferenzierung der Arbeitswelt beschäftigten ihn. Die Krisenhaftigkeit der Gesellschaft sah er trotz boomendem Wirtschaftswunder und steigenden Beschäftigungszahlen weiter in drohender Arbeitslosigkeit durch die Automatisierung. Den Wandel der Beschäftigungsarten von der Industrierearbeitschaft hin zur Dienstleistungstätigkeiten hat er frühzeitig erkannt. So wurde er in seiner kritischen Zukunftssicht gern gehört, aber seine Schlussfolgerungen wurden wohl eher nicht umgesetzt.

Schließlich versuchen sowohl Marcel von der Linden als auch Helga Grebing und Klaus-Jürgen Scherer die Bedeutung Sternbergs für das 21. Jahrhundert zu ergründen. Sternberg hat versucht, die Vergänglichkeit des kapitalistischen Systems aufzuzeigen. Doch sind die tatsächlich eingetretenen Krisen immer wieder überwunden worden. Sternberg hat gesehen, dass die Arbeiterklasse nach dem ersten Weltkrieg ihre Kraft verloren hat, er hat trotzdem immer wieder darauf gebaut, dass das verlorengegangene Klassenbewusstsein mit der kommenden Krise wieder geweckt werden könne, wobei er in den letzten Lebensjahren wohl vor allem auf die (deutschen) Gewerkschaften setzte. Die Einordnung in die Geistesgeschichte des demokratischen Sozialismus versuchen dann Grebing und Scherer. Im Godesberger Programm stehe der Marxismus neben anderen Wurzeln der Überzeugung von Sozialdemokraten. Die undogmatisch-marxistische Sichtweise auf die Gesellschaft müsse im Sinne Sternbergs erhalten bleiben, für den Marxismus keine Weltanschauung, sondern eine Methode zur analytischen Einordnung der beobachteten Realität war. Deshalb passten Sternbergs Ansätze in eine Zeit der sich schnell verändernden Realität. Die Ansichten Sternbergs und der heutigen Sozialdemokratie konvergierten, wo es um das Ziel einer gerechten, solidarischen Gesellschaft gehe. Zugleich aber wiesen seine Analysen «auch über manches derzeitig vorherrschende sozialdemokratische Selbstverständnis hinaus», bei dem die Transformation des Kapitalismus als eine Idee der Vergangenheit keinen Platz mehr habe.

Der Verfasser dieser Zeilen ist auch dankbar für die von Helga Grebing ausgewählten Lesestücke. Er hat sie, zum Teil mit nostalgischen Gefühlen als Grüße aus der Vergan-

genheit, gelesen bzw. wieder gelesen. Die Zeitgebundenheit ist offenkundig. Die Texte bis zum Beginn des NS-Regimes atmen noch den Geist des vom Zionisten zum überzeugten Marxisten gewandelten scharfen Analytikers aber auch Polemikers. Sternberg formuliert, als beruhten seine Analysen auf ewigen Gesetzen. Es sind aus heutiger Sicht auf die damalige Situation bezogene und damit zeitgebundene Analysen. Die Schilderung der Realität, trotz mancher Vereinfachung ist pointiert und zumeist treffend, in den prognostischen Schlussfolgerungen aber eher sehr generell und oftmals nichtzutreffend. Der agitatorische Ton war sicher beabsichtigt, wirkt aber heute aus der Zeit gefallen.

Und dennoch! Seine Analyse der «Mittelschichten» und ihre Anfälligkeit für die NS-Propaganda liest sich, als wären sie ein Kommentar zum derzeitigen Zulauf zu rechtspopulistischen Strömungen in Europa. Er hat eine klare Sicht auf die Entwicklung und die Gefahren des Faschismus, der letztlich zum «imperialistischen» Krieg führen müsse. Später, in einer nicht veröffentlichten Analyse der möglichen Entwicklung nach dem Krieg, 1943 verfasst, erweist er sich partiell als helllichtiger Prognostiker.

Sternberg präsentiert sich in jener Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stets als «kritischen Marxisten», der sozusagen Marx' Irrtümer beseitigt habe und nunmehr die richtige Methode anwende. Allerdings kann man nur indirekt erschließen was er damit meint. Ich erkenne fünf Theorieansätze bei Sternberg:

- Die Zusammenbruchtheorie, nach der der Kapitalismus sozusagen naturnotwendig irgendwann zusammenbricht.
- Die Theorie von der historischen Rolle der Arbeiterklasse, die die Aufgabe habe, den Kapitalismus zu überwinden.

- Die Theorie der Tendenz zu imperialistischen Kriegen, der dem Monopolkapitalismus innewohne.
- Die Theorie vom revolutionären Übergang, wobei die Frage des richtigen Zeitpunkts (zu früh, zu spät) des «Übergangs zum Sozialismus» unklar bleibt.
- Der Kapitalismus werde von einer «sozialistischen Produktionsweise» abgelöst werden, wobei Sternberg an keiner Stelle darauf eingeht, wie die aussehen solle. Indirekt kann man schließen, dass er damit Planwirtschaft und das Ende der Ausbeutung des Menschen meint.

Aus heutiger Sicht klingt es befremdlich, wenn Sternberg die Geschichte ausschließlich als eine Bewegung von Kollektiven sieht, die den zeitgebundenen Charakter der Gesellschaft bestimmen: Der Kapitalismus, die Industrie, der Kleinbetrieb, das Monopolkapital. «Das System ist das Organ des Monopolkapitals». Handelnde Individuen kommen bei ihm in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg nicht vor. In der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und «Monopolkapital» sieht er durchaus die Existenz von Zwischenschichten. Aber bei dieser Differenzierung befasst er sich nicht mit den Abgrenzungen bzw. Übergängen. Er erkennt die «Proletarisierung» von Randschichten. Er analysiert die Anfälligkeit der Mittelschichten für extremistische Richtungen (damals eben Nazis). Allerdings erkennt er nicht, dass offenkundig auch Teile der Arbeiterklasse anfällig waren (sind). Störend ist, dass «Politik» und Politiker, die institutionellen Strukturen, die Interessengruppen und -verflechtungen überhaupt nicht in Sternbergs Blickfeld sind.

Wie anders der Eindruck bei der Lektüre vieler seiner Schriften nach der Rückkehr

nach Deutschland. Der «marxisierende» Sprachgebrauch verliert sich zunehmend, wiewohl sich Sternberg immer wieder ausdrücklich mit Marx kritisch auseinandersetzt, aber auch immer wieder auf dessen Voraussicht rekurriert. Das mag sozusagen am Zeitgeist liegen, mit der Stimmungslage im restaurativen Teilstaat Bundesrepublik. Marxistische Anklänge erzeugten schon den Verdacht der Anfälligkeit für den marxistisch-leninistisch-stalinistischen Jargon auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Die metaphorische Umschreibung der marxistischen Begrifflichkeit wurde zur Regel. Auch Sternberg findet neue Begrifflichkeiten. So ist die Formel von der «soziologischen Verdrängung», den er in Anlehnung an Freuds individualpsychologischen Begriff entwickelt hatte, nichts Anderes als die Paraphrasierung des «falschen Bewusstseins», was beschreibt, dass die Wahrnehmung der Wirklichkeit nicht der wahren Identität der betreffenden sozialen Gruppen und Schichten entspricht.

Sternberg sieht das selbst als moderne Marxinterpretation. Das traditionelle Vokabular tritt zurück, die an Marx orientierte Sichtweise bleibt erhalten, entwickelt sich aber weiter. Wie Marx stellt er die Herausforderungen der Gegenwart immer in historische Zusammenhänge, die ständigem Wandel unterliegen. Er erläutert dies am Beispiel der Klassenkämpfe, die historisch gesehen – Beispiel Bauernkriege – immer die Verbesserung der sozialen Lage, nicht aber den grundlegenden Systemwandel zum Ziel hatten. Erstmals die Arbeiterklasse habe die Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, den Systemwandel, die Beseitigung der Herrschaftsverhältnisse zum Ziel gehabt. Allerdings kann man durchaus einwenden, dass Sternberg ignoriert, dass der

«historische Auftrag» einer Zuschreibung von Marx entsprungen ist. Sternberg wurde im Laufe der Zeit in jeder Hinsicht differenzierter. Er erkennt die Evidenz der «außerordentlich starken Differenziertheit der sozialen Milieus in den verschiedenen Epochen und weiterhin in den verschiedenen Schichten in der gleichen Epoche». Für die Gegenwart sieht er die Degradierung der Arbeit in den Großbetrieben durch fortschreitende Arbeitsteilung mit der Folge von Monotonie. Hier wieder die Anlehnung an Freud: die Erzeugung eines Gefühls der Hilflosigkeit gegen anonyme Mächte, die nicht mehr an der Person des einzelnen Kapitals festzumachen sind mit dem Ergebnis einer «Neurosenanfälligkeit».

Westorientierung und Wirtschaftswunderatmosphäre der alten Bundesrepublik bilden nun den Hintergrund von Sternbergs Ausführungen. Er hat einen erweiterten Blick auf die Weltgesellschaft. Er sieht klar, dass der Eurozentrismus, in dem die sozialistischen Bewegungen der Arbeiterklasse entstanden sind, nicht mehr die Allgemeingültigkeit vergangener Jahrzehnte beanspruchen kann. Die Verschiebung vom Zentrum Europa in den Westen, zur USA, erkennt er als eine vorübergehende Entwicklungsphase auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in der die «Dritte Welt» zunehmendes Gewicht erhält, in sich aber in differenzierender Vielfalt entwickelt. Seine marxistische Sicht besteht nun aus den folgenden Kernaussagen: Die Polarisierung der Welt erfolgt nicht mehr in den entwickelten Industrieländern, sondern zwischen armen, verelendeten Regionen der dritten Welt

und einigen reichen Ländern, die die zunehmende Verpflichtung haben, diese Polarisierung zu bekämpfen. Es muss die ökonomische Überlebensfähigkeit der armen Länder gestärkt werden. Deshalb müssen die Reichen mehr in Entwicklungsregionen investieren, und zwar nicht nur für die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch für umfassende Bildung. Dies setzt allerdings soziale Umwälzung in den betroffenen Ländern voraus, um korrupte Mächtigten zu beseitigen.

Sternberg sieht klar, dass dies auch ein Abschied vom Internationalismus (und damit vom «historischen Auftrag» der Arbeiterklasse) ist. Es gebe keinen direkten Zusammenhang zwischen den Interessen der Arbeiterschaft(!) und der Politik in den Entwicklungsländern (353, 354)!

Die Zukunft des «freiheitlichen Sozialismus» sieht er am Ende seines Lebens in dem Streben Verbesserung der Lebensverhältnisse, der Bewältigung der allfälligen Herausforderungen des wirtschaftsgesellschaftlichen Wandels, z. B. durch die Automatisierung. Der Sozialismus habe nirgendwo gesiegt. Vielmehr gebe es kein historisches Nacheinander der Gesellschaftsformen, vielmehr ein Nebeneinander in der Weltgesellschaft von Feudalismus, Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat (349).

Sternberg erweist sich als ein Denker, der in seiner Entwicklung die tiefgreifenden materiellen und geistigen Veränderungen im 20. Jahrhundert widerspiegelt. Es lohnt sich, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Ich bin Helga Grebing dankbar, dass sie, gemeinsam mit Klaus-Jürgen Scherer, diese faszinierende Denkanregung hinterlassen hat.

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Peter Brandt

Zwischen Reformsozialismus und Rätedemokratie Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

Vom 6. bis 8. April 1917 tagte in Gotha die zweite Reichskonferenz der innersozialdemokratischen Opposition, hauptsächlich Delegierte aus 91 Wahlkreisen, daneben 15 SPD-Reichstagsabgeordnete und vier sonstige Teilnehmer, um die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) zu gründen. In Absetzung von der Mehrheitssozialdemokratie erneuerte dieser Gründungsparteitag (der auf Anordnung der Militärbehörden unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand) die grundsätzliche Gegnerschaft der Vorkriegs-SPD zum bestehenden politischen und sozialen Herrschaftssystem, ergänzt um den Krieg und die Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung. Das alte Statut der SPD wurde fast unverändert ebenso wie das Erfurter Programm von 1891 bis auf weiteres beibehalten.

In seinem Referat betonte der alte (seit 1911) und neue Mitvorsitzende Hugo Haase die Kontinuität zur Bebel'schen Sozialdemokratie und das Ziel der Neugründung, die gesamte Bewegung wieder zu ihren Grundsätzen zurückzuführen. Wilhelm Dittmann klagte den Anspruch auf das Erbe mit den Worten ein: «In Wahrheit sind wir die Partei.» Der USPD schlossen sich

erhebliche Teile der Mitgliedschaft in den SPD-Bezirken Groß-Berlin, Leipzig, Halle, Erfurt und Groß-Thüringen, Frankfurt a.M., Niederrhein und Ostpreußen an, insgesamt etwa 100.000 Männer und Frauen gegenüber 243.000 Mehrheitssozialdemokraten, wegen der Einberufungen und der kriegsbedingten Verarmung insgesamt nur noch ein Drittel der Zahlen von 1913/14.

Aus dem politischen Spektrum der klassischen Sozialdemokratie gehörten der neuen Partei – in gewünscht lockerer Verbindung – die radikal-linke «Gruppe Internationale» oder «Spartakusgruppe» um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Vorläuferin der KPD, an, aber auch einige «Revisio-nisten», darunter der bekannteste, Eduard Bernstein. Das Schwergewicht lag beim linken Zentrum, repräsentiert u. a. von Haase und von dem einflussreichsten marxistischen Theoretiker der SPD Karl Kautsky. Allerdings verblieb ein nicht kleiner Teil der innerparteilichen Kritiker an der Politik der Parteiführung in der Mehrheits-SPD.

Die sachlichen Gegensätze, die seit Beginn des Ersten Weltkriegs in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entstanden waren, hätten nicht zwingend zur

Parteisplaltung führen müssen, die die Minderheit nicht wollte. In Österreich, wo es ähnliche Differenzen gab, in Italien und in Frankreich gelang es, die organisatorische Einheit zu wahren und unter diesem Dach eine in der zweiten Kriegshälfte zunehmend deutliche Distanz zur jeweiligen Regierungslinie zu artikulieren. Das war möglich, weil den Kriegsgegnern ein größerer Spielraum eingeräumt wurde, ihre Position innerhalb wie außerhalb der Partei zur Geltung zu bringen. Das von der alten, noch fundamental-oppositionellen SPD verinnerlichte Prinzip, im Reichstag stets geschlossen abzustimmen, einerseits, das von der wachsenden Zahl der Dissidenten als Gewissensfrage angesehene Negativvotum bei der Abstimmung über die Kriegskredite: im Dezember 1915 intern schon 44 zu 66 (18 votierten auch im Reichstag mit Nein) andererseits ließen letztlich keinen Kompromiss mehr zu.

Die organisatorische Trennung ging hauptsächlich von der Fraktionsmehrheit aus, zunächst von einigen der vorbehaltlos kriegsunterstützenden Männer auf dem dezidiert rechten Parteiflügel wie Eduard David, der in seinem Tagebuch vermerkte, wenn die Kreditverweigerer weiter in der Partei geduldet würden, «so werden sie die ganze Position des 4. August [1914] versauen». Die rechtszentristischen Pragmatiker um Friedrich Ebert traten zunächst für die Erhaltung der Parteieinheit ein, waren dann aber nicht bereit, den offenen «Disziplinbruch» hinzunehmen. Im März 1916 wurden die 18 Abweichler des vorangegangenen Dezember aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen; sie gründeten eine «Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft» (SAG). Auf einer im September 1916 gemeinsam abgehaltenen, von heftigen, auch per-

sönlichen Auseinandersetzungen begleiteten Parteikonferenz der Sozialdemokratie stellte die innerparteiliche Opposition nahezu die Hälfte der gewählten Delegierten. Doch erst nach deren erster separater Reichskonferenz und dem unmittelbar folgenden Parteiausschluss der SAG-Abgeordneten, nachdem Hugo Haase den Mitvorsitz der Gesamtpartei Ende März 1917 niedergelegt hatte und als ganze Ortsvereine aus der SPD auszutreten begannen, zeichnete sich die USPD-Gründung deutlich ab. Den Spaltungsprozess vertiefte und vergiftete das schon 1916 wiederholt vorkommende administrative Vorgehen des SPD-Vorstands gegen oppositionelle Stützpunkte, insbesondere die Absetzung der Redaktion des *Vorwärts*, des Zentralorgans der Partei («Vorwärts-Raub»), und zugleich die auch in der Folgezeit selektiv deutlich schärfere Anwendung des Belagerungszustands (mit Zensur, Zeitungs- und Versammlungsverboten usw.) gegen den kriegsgegnnerischen Teil der Sozialdemokratie bzw. gegen die USPD.

Grundsätzlich bestritt die SPD-Minderheit, von der radikalen Linken abgesehen, keineswegs das Recht auf Landesverteidigung, sah aber in dem Krieg der beiden Mächtegruppierungen einen beiderseits imperialistischen Konflikt (wobei einige, wie namentlich Bernstein, schon bald von einem besonderen Schuldanteil des kaiserlichen Deutschland überzeugt waren), jedenfalls keinen Verteidigungskrieg des Deutschen Reiches. In dieser Situation bestünde die Aufgabe der Arbeiterbewegung aller beteiligten Länder darin, durch massiven, auch außerparlamentarischen Druck auf die jeweiligen Herrschaftsträger einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen zu erzwingen, in dem strittige territoriale Fragen auf der

Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts geregelt würden. Es war der Petersburger Sowjet der Arbeiter und Soldaten, der dieser Position in seiner Proklamation «An die Völker der ganzen Welt» vom 27. März 1917 ein realpolitisches Gewicht gab. Dem Aufruf stimmte auch die Mehrheits-SPD zu, doch hielt diese an der Linie des 3./4. August 1914 fest, die Kriegskredite im Parlament zu bewilligen, und vertiefte die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Mittelparteien. Zusammen mit der des katholischen Zentrums und der liberalen Fortschrittlichen Volkspartei und somit die Reichstagsmehrheit repräsentierend, die spätere Weimarer Koalition, verabschiedete die SPD-Fraktion am 19. Juli 1917 eine parlamentarische Friedensresolution, die den USPD-Abgeordneten jedoch zweideutig erschien und – aus entgegengesetzten Gründen wie seitens der Konservativen und Rechtsliberalen – von ihnen abgelehnt wurde.

Die sich im Sommer 1918 an der kriegsentscheidenden Westfront abzeichnende militärische Niederlage Deutschlands führte im Lauf des Herbstes zu einem moralischen Zusammenbruch der «Heimatfront» und zur Aktivierung der radikal-linken Kräfte, die sich, wie die Spartakusgruppe und die Berliner Betriebsobleute, meist der USPD angeschlossen hatten, einerseits, der mehrheitssozialdemokratischen Führung andererseits. Gegen Bedenken selbst im Parteivorstand setzte Friedrich Ebert die Beteiligung der SPD an der Anfang Oktober auf bereits parlamentarischer Basis zusammen mit den anderen Parteien der Friedensresolution vom Juli 1917 (auch auf Druck der Obersten Heeresleitung) gebildeten Regierung Max von Baden durch. Dieser Schritt wurde von der USPD heftig kri-

tisiert, deren Leipziger Volkszeitung bemerkenswerterweise als erste die Wahl einer souveränen, verfassungsgebenden Nationalversammlung durch alle erwachsenen Männer und Frauen forderte. Gegenüber dem um sich greifenden Verlangen nach Abdankung Wilhelms II. wurde betont, es ginge nicht um Personen, sondern um die «Beseitigung des Systems».

Der revolutionäre Staatsumsturz entwickelte sich dann in den Tagen ab dem 3. November 1918, ausgehend von der Meuterei der Hochseeflotte und von den norddeutschen Seestädten, als spontanes Aufbegehren des Heimatheeres und der Arbeiterschaft flächenbrandartig und, weil die alten Gewalten kaum Widerstand wagten, fast unblutig. Am 9. November erreichte die Aufstandsbewegung in Gestalt eines Generalstreiks und von Massendemonstrationen die Reichshauptstadt Berlin, wo die Soldaten wiederum schnell auf die Seite der Aufständischen übertraten. Die Hohenzollernmonarchie brach gleich einem Kartenhaus zusammen – wie schon zwei Tage zuvor unter der Führung des der USPD angehörenden künftigen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner in München die Herrschaft der Wittelsbacher und in der Folge die der übrigen Fürstengeschlechter.

In allen großen und den meisten kleinen Städten konstituierten sich Arbeiter- und Soldatenräte, meist aus den beiden sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften, die die oberste Gewalt beanspruchten, sich gegenüber den bestehenden Verwaltungs- und Militärinstitutionen jedoch in der Regeln auf eine – unterschiedlich rigoros praktizierte – Kontrolle beschränkten und in ihrer praktischen Tätigkeit überwiegend mit der Regelung der Versorgungprobleme, der Demobilisierung,

der inneren Sicherheit usw. befasst waren, von der neuen «sozialistischen Regierung» in Berlin zugleich grundlegendere politische und soziale Eingriffe erwarteten, zunächst eine auch personelle Demokratisierung der kommunalen und staatlichen Verwaltungsbehörden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den an den Arbeiter- und Soldatenräten Beteiligten der beiden aus der alten Sozialdemokratie hervorgegangenen Parteien war dabei anfangs nicht zu erkennen; selbst die wenigen stärker von der radikalen Linken dominierten Räte fügten sich in hohem Maß in dieses Bild.

Bei der Bildung der Revolutionsregierung am 9./10. November 1918 bewies die Führung der Mehrheits-SPD ihre taktische Überlegenheit, indem sie den Übergang aus der letzten kaiserlichen Regierung Max von Baden zur maßgeblichen und mäßigenden Beteiligung am Aufstand bewerkstelligte, die USPD, begeistert begrüßt von einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, für den paritätisch besetzten «Rat der Volksbeauftragten» gewann, in dem Friedrich Ebert faktisch als Regierungschef fungierte und die USPDler (Haase, Dittmann und Emil Barth) generell passiver agierten als ihre Kollegen. Ebert war am 9. November von seinem Vorgänger das Reichskanzleramt übergeben worden, ein verfassungsrechtlich unmöglicher Vorgang, der dem SPD-Vorsitzenden bei den weiteramtierenden bürgerlichen Fachministern («Staatssekretären»), der Bürokratie und den Militärs jedoch eine zusätzliche Legitimität verlieh. Diese für unverzichtbar gehaltenen «Fachleute» trafen sich in ihrer höchst selektiven Loyalität und Kooperationsbereitschaft mit einer Mentalität der mehrheitssozialdemokratischen Spitzenleute, bei der die «Aufrechterhaltung der Ordnung»

ganz weit oben rangierte, verbunden mit dem Wunsch schnellstmöglicher Überleitung der Revolution in ein legales, parlamentarisches Stadium. Immerhin hatte die SPD-Führung in die Feststellung einwilligen müssen: «Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind».

Die USPD-Volksbeauftragten akzeptierten die – unmittelbar vor dem Umsturz ja sogar aus ihren Reihen verlangte – Wahl einer Nationalversammlung, wollten deren Zeitpunkt aber möglichst hinausschieben, um zunächst die neuen Machtverhältnisse zu konsolidieren und erste, schwer revidierbare demokratische und antikapitalistische Strukturreformen durchzuführen. Allerdings tendierte der linke Parteiflügel zu einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Konstituante als Instrument der «bürgerlichen Konterrevolution», sodass die Bemühungen der USPD-Volksbeauftragten auch von dieser Seite infrage gestellt wurden. Auf dem Reichsrätekongress vom 16.–20. Dezember 1918, auf dem die Mehrheitssozialdemokraten etwa im Verhältnis drei zu eins die Unabhängigen zahlenmäßig dominierten, stimmte rund die Hälfte von diesen mit für die Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Allerdings fasste der Rätekongress noch andere, weniger der Ebert-Linie entsprechende Beschlüsse, so den Aufbau eines neuen, demokratischen Volksheeres anstelle der alten Armee und den sofortigen Beginn der Sozialisierung dafür «reife» Wirtschaftszweige, «insbesondere des Bergbaus». An dem als Kontrollorgan gegenüber der Regierung der Volksbeauftragten geschaffenen «Zentralrat» beteiligte sich die USPD nicht, weil ihr dessen Kompetenzen unzureichend schienen.

Das Ende der Regierungszusammenarbeit war erreicht, als die SPD-Volksbeauftragten unter Umgehung ihrer USPD-Kollegen zu Weihnachten 1918 gegen die rebellierende «Volksmarinedivision» Truppen einsetzten. Der nun neu hinzugezogene Gustav Noske (SPD) wurde zur Inkarnation einer Politik rücksichtslosen Einsatzes militärischer Gewalt, vor allem seitens der ab Dezember 1918 rekrutierten gegenrevolutionären Freiwilligen-Einheiten («Freikorps»), gegen radikalisierte Teile der Arbeiterschaft in einem schleichenden Bürgerkrieg, der erst nach der Niederschlagung der Münchener Räterepublik Anfang Mai 1919 zu einem Ende kam. Für die Zustände, die die Freikorps dabei teilweise herbeiführten, ist der Ausdruck «weißer Terror» keine polemische Übertreibung. Anders als im November 1918, der ersten «friedlichen Revolution» in Deutschland, waren jetzt Tausende von Opfern zu beklagen, wobei der Berliner Januaraufstand mit der anschließenden Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Wasserscheide der Revolutionsereignisse bildete. Hervorgegangen war dieser dilettantische Aufstand aus einem sich in Generalstreik und Massendemonstrationen äußernden Protest gegen die Entlassung des der USPD angehörenden Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn.

Es war die Erbitterung immer größerer, auch mehrheitssozialdemokratischer Teile der Arbeiterschaft über den Noske-Kurs und allgemein die Politik der Revolutionsbegrenzung, die der heterogenen USPD ständig neue Anhänger zuführte. Sie war eher der Ausdruck einer Bewegung in Richtung einer «zweiten Revolution», die die Ergebnisse des Novemberumsturzes sichern und erweitern sollte, als dass sie imstande gewesen wäre, diese Bewegung zu strukturieren

und ihr klare Leitlinien zu geben. Hugo Haase hatte am 14. November 1918 vor der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte postuliert, «dass das Proletariat die Aufgabe hat, ... auch eine sozialistische Regierung vorwärts und immer wieder vorwärts zu treiben». Der Unmut der Arbeiter nach den Entbehrungen der Kriegsjahre kam im Frühjahr 1919 in mächtigen überparteilichen und quasi syndikalistisch orientierten Streiks, hauptsächlich im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin, zum Ausdruck, wo es neben materiellen Forderungen auch um die «Sozialisierung» der Betriebe ging: nicht allein als Maßnahme von oben, sondern vor allem im Sinne der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Beschäftigten. Einen überparteilichen Charakter, wenngleich mit einem Schwerpunkt im Linkssozialismus, hatte dann auch der bewaffnete Aufstand eines beträchtlichen Teils der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1920, der aus dem erfolgreichen Generalstreik (die Beamtschaft einschließend) gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch hervorging; zu seiner Niederschlagung setzte die Reichsregierung auch Truppenteile ein, die eben noch am Staatsstreich beteiligt gewesen waren.

Das für die USPD ernüchternde Resultat der Wahl vom 19. Januar 1919 zur Nationalversammlung, erstmals unter Beteiligung von Frauen, bestärkte sie in ihrer Oppositionsstellung. Obwohl die Sozialdemokratie in Addition mit 45,5% der Stimmen gegenüber der letzten Reichstagswahl beträchtliche Gewinne verbuchen konnte, wurde die «sozialistische Mehrheit» verfehlt, sodass eine SPD-USPD-Regierung auf Tolerierung aus dem bürgerlichen Spektrum angewiesen gewesen wäre. Tatsächlich wollte die USPD unter diesen Umständen

den nicht an der Exekutive beteiligt sein. Sie hatte ganze 7,6% der Stimmen erhalten – trotz beachtlicher Zustimmung in ihren Hochburgen (Leipzig und Umgebung: 38,6%, Groß-Berlin: 27,6%), auch deshalb, weil sie in der Fläche der Provinz organisatorisch bislang nur schwach vertreten, teilweise kaum existent war, was sich in der Folge änderte. Die scharfe linke Profilierung der USPD kam zum Ausdruck in ihrer Ablehnung der Weimarer Reichsverfassung, die zwar im Kompromiss der SPD mit den liberalen und katholischen Koalitionspartnern zustande gekommen war, aber zweifellos einen großen Rechtsfortschritt markierte. Die Bezeichnung der Weimarer Verfassung als eine der «Gegenrevolution», die einen «neuen Obrigkeitsstaat» begründete, ist nur vor dem Hintergrund der Enttäuschung über die seit Dezember 1918 eingetretene innenpolitische Entwicklung zu verstehen. Doch war der Maßstab der Zurückweisung von «Weimar» durch die USPD (noch) nicht das Modell einer umfassenden Rätedemokratie, sondern die tradierte sozialdemokratische Vorstellung der uneingeschränkten Konzentration der politischen Macht im volksgewählten Parlament.

Als einzige der im Reichstag vertretenen Parteien trat die USPD in seltener Geschlossenheit (und anders als die KPD) für die Annahme des von den Siegermächten buchstäblich diktierten Friedensvertrags ein, und sie setzte nach Bekanntgabe der alliierten Bedingungen im Frühjahr und Sommer 1919 sogar eine regelrechte Kampagne mit Demonstrationen und Streiks für die Unterzeichnung in Gang. Ihr widerstrebte angesichts drohender Wiederaufnahme des Krieges die Erneuerung des «Burgfriedens», dem sie die Hoffnung auf den Fortschritt der Weltrevolution, welcher den Ver-

trag von Versailles zunichtemachen werde, entgegenstellte. Speziell verwies sie auf den noch brutaleren Frieden von Brest-Litowsk des kaiserlichen Deutschland mit dem bolschewistischen Russland vom März 1918 und auf die Schuld der «Kriegstreiber und Kriegsverlängerer». In der Sache verurteilte man den «Gewaltfrieden schlimmster Art» mit seiner Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und seinen vermeintlich konterrevolutionären Intentionen.

Die russischen Bolschewiki und die von ihnen ins Leben gerufene Kommunistische (Dritte) Internationale, konzipiert als eine Art Weltpartei, wurden zu Nutznießern eines in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs mehr oder weniger in allen am Krieg beteiligten und auch in neutralen Staaten einsetzenden und bis 1920/21 andauernden Radikalisierungsprozesses der sozialistischen Parteien, angetrieben zunächst vom stetig zunehmenden sozialen Protest, hauptsächlich bezogen auf die Lebensmittelversorgung, und dem immer entschiedener vorgetragenen Friedensverlangen, teilweise verbunden mit Demokratisierungsforderungen, aus der Arbeiterbevölkerung. Die kriegsgegnerischen Gruppierungen der verschiedenen Länder, die seit 1915 auf neutralem Boden wiederholt zu Konferenzen zusammenkamen, riefen im September 1917 von Stockholm aus die Arbeiter hier wie dort zu «Massenaktionen» und zu einem «Massenstreik» auf, um einen demokratischen Frieden zu erzwingen.

In Deutschland war es, praktisch zeitgleich mit der USPD-Gründung, Mitte April 1917 aus Anlass der Senkung der Brotrationen in Berlin, Leipzig, Halle, Braunschweig und anderen Orten zu Massenstreiks Hunderttausender gekommen, die neben ökonomischen auch politische Forderungen

erhoben; die Streiks ließen einen teils direkten, teils indirekten Einfluss linker Sozialdemokraten erkennen. Noch deutlicher war die Beteiligung von USPD-Mitgliedern, vor allem der «Revolutionären Obleute» in den Berliner Betrieben, und die Orientierung an der neuen Partei bei den über eine Million Teilnehmer erfassenden, auch geografisch weiter verbreiteten Streiks um die Wende vom Januar zum Februar 1918. Der linkssozialistische Aktionsausschuss, der den Ausstand in Berlin leitete, kooptierte zuerst drei führende Unabhängige (Haase, Dittmann und Georg Ledebour), dann auch drei Spitzenleute der SPD-Mehrheitspartei (Ebert, Otto Braun, Philipp Scheidemann). Der Ausgangspunkt und ein wesentliches Anliegen des schnell scheiternden und mit zehntausenden Einberufungen beantworteten Januarstreiks 1918 war die Unterstützung der sowjetrussischen Friedensdelegation, die in ihren Verhandlungen mit dem Deutschen Reich mit weitgehenden, aggressiv vorgetragenen Forderungen konfrontiert war. Schon im Sommer 1917 hatte eine geheime Matrosenorganisation in der Hochseeflotte Verbindung mit der USPD gesucht. Zwei «Rädelsführer» waren von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und erschossen worden.

Das Prestige, das die Bolschewiki weit über ihre engeren Sympathisanten hinaus erlangten, beruhte vor allem darauf, dass sie nicht nur deklaratorisch dazu übergingen, dem «Völkermorden» ein Ende zu machen, sei es zunächst durch einen Separatfrieden, und die Herrschaft der alten Eliten und der besitzenden Klassen durch eine ganz neue Staatsordnung, vermeintlich getragen vom werktätigen Volk, zu ersetzen. Aus dem Elend des Krieges schien jetzt endlich ein sozialistischer Ausweg möglich;

Gewalt und selbst das Risiko eines Bürgerkriegs schien angesichts der durchlittenen und bis November 1918 noch nicht beendeten Schrecken vielen durchaus als gerechtfertigt. Beeinflusst von dieser Stimmungslage machte sich nach Kriegsende in etlichen großen sozialistischen Parteien eine starke, teilweise übermächtige Strömung geltend, die auf den Anschluss an die Moskauer Internationale drang. In der USPD setzte die Diskussion darüber im Spätsommer 1919 ein und wurde über ein Jahr lang engagiert und intensiv geführt.

Nur durch das Eingehen der Parteiführung auf den Beitrittswunsch als solchen konnte sie verhindern, dass bereits Ende November / Anfang Dezember 1919 ein Parteitagsbeschluss im Sinne eines sofortigen Anschlusses an die Dritte Internationale zustande kam. Dieser Leipziger Parteitag offenbarte, dass mit der dramatisch wachsenden Unterstützung für die USPD eine ebenso auffällige Linksentwicklung einherging. Ein neues, einstimmig angenommenes Aktionsprogramm legte die Partei auf das (basidemokratisch verstandene) Räte-System als «Herrschaftsorganisation des Proletariats» fest.

Nachdem eine USPD-Delegation im Juli 1920 zum 2. Weltkongress der Komintern nach Moskau gereist war und dort über den Beitritt der Gesamtpartei Gespräche geführt hatte, konzentrierte sich die innerparteiliche Diskussion auf die 21 Bedingungen, die der Kongress für die Mitgliedschaft von Parteien beschlossen hatte, darunter manche, so der Aufbau eines illegalen Apparats neben dem legalen und der Ausschluss «reformistischer» und «zentristischer» Parteiführer, in der Tradition der mittel- und westeuropäischen Arbeiterbewegung befremdliche bis abwegige Richtlinien. Der füh-

rende USPD-Politiker Arthur Crispian meinte, die Moskauer Kominternführung strebe anstelle eines breiten internationalen Zusammenschlusses der revolutionär-sozialistischen Kräfte nach «despotischer Herrschaft, einer obersten ›Bonzenschicht‹ über eine Masse geistiger Eunuchen». An oberster Stelle, so Rudolf Hilferding, stehe für die USPD «die Rücksicht ... auf Gegenwart und Zukunft des deutschen Proletariats», das seine Revolution, selbst durchzukämpfen habe. Nach und nach geriet auch die innere Politik der Bolschewiki ins Visier der Anschlussgegner in der USPD, insbesondere die Unterdrückung der übrigen sozialistischen Richtungen und der «rote Terror». Hier war von Anfang an Karl Kautsky mit einer scharfen grundsätzlichen Kritik des Sowjetsystems hervorgetreten, der jedoch in der USPD nach 1918 schnell zu einem Außenseiter geworden war. (Bernstein, der beiden sozialdemokratischen Parteien angehören wollte, war aufgrund eines Unvereinbarkeitsbeschlusses der USPD schon im Dezember 1918 zur SPD zurückgekehrt.) Die Mehrheit der USPD-Mitglieder war indessen, wie eine Urabstimmung ergab, bereit, bedingungslos der Kommunistischen Internationale beizutreten. Mitte Oktober 1920 stimmten in Halle dementsprechend 236 Parteitage delegierte dafür und 156 dagegen, worauf die Minderheit auszog.

Die (zumindest relative) Mehrheit der – vielfach nicht mehr aus der alten Sozialdemokratie stammenden – am Ende rund 900.000 Mitglieder ging mit der USPD-Linken zunächst in die Vereinigte KPD und machte diese erstmals zu einer Massenpartei, die auch bei Wahlen eine Konkurrenz zur Sozialdemokratie darstellte. Ein Großteil der USPD-Mitgliedschaft ging der Parteipo-

litik aufgrund der Spaltung entweder sofort oder im Lauf der folgenden Monate verloren. Die VKPD verfügte 1922 nur noch über die gute Hälfte der über 400.000 beim Vereinigungsparteitag registrierten Mitglieder. Bei der Rest-USPD verblieben im April 1921 ca. 340.000, hauptsächlich in den früheren Hochburgen (SPD: 1,2 Mio.). Bei der USPD, die weiterhin über 50 Tageszeitungen verfügte, blieben auch die meisten Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die Mehrzahl der Gewerkschaftsfunktionäre und der überwiegende Teil des Parteiapparats samt der Redakteure. Verstärkung erhielt die Rest-USPD bald durch einen Zirkel teilweise ehemals hochrangiger VKPD-Mitglieder, darunter frühere Spitzenleute der USPD-Linken, die sich als Kommunistische Arbeitsgemeinschaft eigenständig organisiert hatten; über die USPD stießen sie 1922 wieder zur SPD.

Dass es sich auch bei der USPD-Wählerschaft von 1919/20 (mit dem Höhepunkt der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, als 17,9% der Stimmen – SPD 21,7%, KPD 2,0% – auf die USPD entfielen) eher um linke Sozialdemokraten bzw. Linkssozialisten als um Kommunisten Moskauer Richtung handelte, zeigte sich schon im Winter 1920/21. Bei sieben Landtagswahlen erzielte die SPD 5,3 Mio., die USPD 1,48 Mio. und die KPD 1,44 Mio. In Groß-Berlin lag die SPD jetzt mit 22% wieder vorn, während die USPD 17% und die KPD lediglich 10% erzielte. Unmittelbar nach dem Halenser Spaltungsparteitag votierten bei der sächsischen Landtagswahl wieder 28% für die SPD, 14% für die USPD und nur 9% für die vereinigte Liste von KPD und USPD-Linker. Zwei Jahre später, im November 1922, erreichten in Sachsen die Kommunisten mit gut 10% kein wesentlich besseres Ergebnis;

42 % Wählerstimmen für die inzwischen vereinigte SPD machten deutlich, dass der Massenanhang der Unabhängigen auch die Wiedervereinigung mit der Mehrheitssozialdemokratie überwiegend mittrug.

Die Rest-USPD, geführt von Arthur Crispian, grenzte sich zunächst sowohl vom «Putschismus links», bezogen vor allem auf die mitteldeutsche «Märzaktion» 1921 der KPD, als auch vom «Opportunismus rechts» innerhalb der Arbeiterbewegung ab, hoffte auf eine in beide Richtungen ausstrahlende, sammelnde und aktivierende Rolle als «marxistisches Zentrum», auch international durch die Beteiligung an der zwischen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Kommunistischen Internationale stehenden Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Schon das kommunistische Märzabenteuer veränderte die Akzentsetzung im mehrheitlich eher gemäßigten USPD-Parteivorstand hin zur privilegierten Annäherung an die SPD; diese Tendenz erhielt aber durch die Verabschiedung des betont republikanisch-staatstragenden Görlitzer SPD-Grundsatzprogramms vom September 1921 vorübergehend einen starken Dämpfer.

Es waren vor allem zwei Umstände, die letztlich die Rückkehr der USPD zur Mutterpartei, pro forma als gleichberechtigte Wiedervereinigung, bewirkten: Erstens die Bedrohung der Republik von rechts, wie sie im Kapp-Putsch und in den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 sichtbar geworden war und sich daneben in einer Reihe politischer Morde, u. a. auch an den einflussreichsten Unabhängigen Sozialdemokraten, Kurt Eisner und Hugo Haase, äußerte. Als am 26. August 1921 der demokratisch-soziale Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, Unterzeichner des Waffenstillstands

vom 11. November 1918 sowie progressiver Finanzpolitiker, und schließlich am 24. Juni 1922 der liberale Außenminister Walter Rathenau von Rechtsextremisten erschossen wurden, drängte sich in der USPD-Führung der Eindruck auf, man befinde sich in einer «Situation wie vor dem Kapp-Putsch».

Als in Reaktion darauf gewaltige Massendemonstrationen, die Kommunisten wie auch entschieden demokratische Segmente des bürgerlichen Spektrums einschließend, und ein Protest-Generalstreik die Abwehrbereitschaft der Gesamtlinken dokumentierten, erwies sich namentlich der Rathenau-Mord als Beschleuniger einer engeren Zusammenarbeit und dann organisatorischen Vereinigung der USPD mit der SPD. Der zweite, nicht minder wichtige Faktor war die finanzielle Misere der USPD, welche besonders schwer unter der Geldentwertung litt, weil sie, anders als die SPD, kaum über Sachwerte verfügte. Die Geldnot verschärfte sich im Sommer 1922 in existenzbedrohender Weise. In mehreren Ländern hatten beide sozialdemokratischen Parteien inzwischen bereits Koalitionsregierungen gebildet. Über das Vorstadium einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen und die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsprogramms mit tagespolitischen Forderungen erfolgte, trotz eines gewissen Widerstrebens des letzten USPD-Parteitag, der Zusammenschluss am 24. September 1922 auf einem gemeinsamen Parteitag in Gera. Ungefähr ein Drittel der USPD-Mitglieder machte die Vereinigung nicht mit. Eine Splittergruppe um Ledebour und Theodor Liebknecht, die sich 1924 ihrerseits spaltete, blieb unter dem alten Namen bis 1931 bestehen.

Dass die früheren USPDler in den Leitungsgremien der wiedervereinigten Sozi-

aldemokratie unterrepräsentiert waren, entsprach dem Stärkeverhältnis der beiden Partner. Vorübergehend verfügte die SPD im Reichstag über 36 % der Mandate und blieb mit Schwankungen die in Mitgliedschaft wie Wählerschaft bis 1932 stärkste Partei und auch gegenüber der KPD, allerdings ab 1930 abnehmend, eindeutig im Vorteil.

Die SPD war bis zum Schluss die wichtigste und gegen Ende fast die einzige verlässliche Stütze der Weimarer Demokratie. Das galt, ungeachtet des flügelübergreifend weitertransportierten Ziels der Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, für frühere USPDler nicht anders als für frühere MSPD-Leute. Das unzweideutige Bekenntnis zur demokratischen Republik im wieder stärker marxistisch geprägten Heidelberger Programm der SPD von 1925, an dessen Erstellung frühere Mitglieder der USPD maßgeblich beteiligt waren, ließ diesbezüglich keinen Zweifel. Frühere Unabhängige standen nach 1922 in unterschiedlicher Schärfe eher auf dem linken Flügel der SPD, dessen profilierteste Gestalt indessen der ursprünglich eng mit Rosa Luxemburg verbundene und 1919–21 sogar den Vorsitz der KPD innehabende Paul Levi wurde. Die prominenten ehemaligen Unabhängigen Rudolf Breitscheid (außenpolitischer Sprecher, Fraktionsvorsitzender) und Rudolf Hilferding (Finanzminister, Theoretiker und konzeptioneller «Vordenker» der Innen- und Außenpolitik) standen seit der Vereinigung

eher für die Mitte der SPD, nicht zuletzt in der stets strittigen Frage der Bildung von Koalitionen mit bürgerlichen, nichtsozialistischen Parteien.

Literaturhinweise

- Peter Brandt / Detlef Lehnert, «Mehr Demokratie wagen». Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2013, insbes. S. 102–138.
- Dieter Engelmann / Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993.
- Hartfried Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. u. a. 1975.
- Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Dies., Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.
- David W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca NY u. a. 1975.
- Eugen Prager, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921.
- Robert F. Wheeler, USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a. M. u. a. 1975.
- Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin u. a. 2¹⁹⁸⁵.

Ist das bedingungslose Grundeinkommen eine utopische Idee? Diskussionsbeitrag zu Hermann Adam

Hermann Adam ist für seine sorgfältige und gut belegte Analyse des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) zu danken, das jenseits der Erwerbsarbeit jedem zukommen soll: vom Arbeitslosen bis zum Millionär.¹ Er prüft das Für und Wider dieses Konzepts im Licht seiner historischen Entwicklung, erhellte das aktuelle Grundsicherungssystem der BRD, erläutert die Ziele der Befürworter und Gegner dieses Konzepts und deren sozialökonomischen und anthropologischen Prämissen, um am Ende die Frage der Realisierbarkeit des BGE aufzuwerfen – immer mit dem Ziel, dem Leser Materialien für ein eigenes Urteil zur Verfügung zu stellen.

Dieses Ziel kann Adam über weite Strecken seines Aufsatzes einlösen: vor allem dann, wenn es um die politische Einordnung dieses Konzepts geht. Er zeigt nämlich, dass das BGE sowohl im eher rechten liberal-konservativen Lager als auch im sich als links verstehenden postkapitalistischen Spektrum Anhänger hat. Beide Richtungen engagieren sich zwar für ein BGE aus unterschiedlichen Gründen: Die einen erwarten das Ende der klassischen staatlich gesteuerte Daseinsvorsorge, weil sie in der bisherigen Form unbezahlbar geworden sei; die anderen gehen von der Annahme aus, der

auf ständiges Wachstum beruhende Kapitalismus, an dem die staatlichen Sozialleistungen gekoppelt sind, zehre die natürlichen Ressourcen zunehmend auf und verliere so seine Zukunftsfähigkeit. Die einen wollen das BGE in das herrschende Wirtschaftssystem integrieren, um es dadurch krisenfester zu machen; die anderen verbinden mit ihm die Hoffnung auf eine Systemüberwindung, weil das BGE das Ende des kapitalistischen Leistungszwanges einleite und dadurch dessen normative Grundlagen erodiere.

Doch in einer Hinsicht sind sich beide Befürworter des BGE einig, wie aus Adams Überlegungen hervorgeht: Sie streben, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, die Zerstörung des Sozialstaates an, für den keine politische Partei mehr steht als die Sozialdemokratie. Für die konservativ-liberalen Protagonisten eröffnet das BGE die Chance, die Unternehmen aus der sozialen Verantwortung zu entlassen und in ihrem neoliberalen Kurs der Befreiung der Kapitaleigner von den sog. Soziallasten in einem «schlanken Staat» zu bestätigen. Für die postkapitalistischen Visionäre dagegen ist die Einführung des BGE der Beginn einer Entwicklung, die nicht nur das Ende etatischer Gängelung der sozialen Leistungsempfänger bedeutet. Sie markiert auch den Beginn nichtentfremdeter Arbeit, in deren Medium die angeblich in jedem Menschen angelegten kreativen Potenzen endlich zur Entfaltung gelangen können.

1 Hermann Adam, Bedingungsloses Grundeinkommen – Ersatz für den Sozialstaat oder Ende des kapitalistischen Arbeitszwanges?, in: *perspektivends* 1/17, 34. Jg. (2017), S. 104–130.

Wie schon gesagt: das Verdienst des Autors, eine äußerst komplexe und auf den ersten Blick unübersichtliche sozialpolitische Sachlage strukturiert und für den öffentlichen Diskurs transparent und anschlussfähig gemacht zu haben, ist unbestritten. Problematisch wird die Argumentation Adams erst dann, wenn er das BGE historisch der utopischen Denktradition zuordnet. Diese Zuordnung ist bei der liberal-konservativen Variante des BGE von vornherein ein Fehlgriff, weil sie die kritische Distanz zum sozio-ökonomischen Status quo vermissen lässt, ohne die es utopisches Denken nicht gäbe. Anders verhält es sich freilich mit der postkapitalistischen Spielart des BGE: Ihre systemkritische Dimension könnte auf ein utopisches Potenzial hindeuten. Doch mit welchen Argumenten erhärtet der Autor diese Vermutung? Als den entscheidenden Schlüsseltext in seiner Beweisführung nennt Adam die klassische Schrift des Thomas Morus, die dieser 1516 unter dem Titel *Utopia* veröffentlichte und die dem ganzen Genre den Namen gab: In ihr wandte sich Morus, so Adam, «gegen die damals in England übliche Praxis, Diebstahl mit dem Tode zu bestrafen. Er empfahl stattdessen staatlicherseits dafür zu sorgen, dass jeder sein Auskommen hat. Dann würde die Zahl der Diebstähle von allein zurückgehen. Niemand solle in die Zwangslage geraten, erst stehlen und dann sterben zu müssen».²

Dieses Zitat ist dem ersten Teil der *Utopia* entnommen, in dem Morus aus dem Mund seines *alter ego*, des Intellektuellen und Weltreisenden Hythlodeus, nicht nur die Korruption und die Kriegspolitik der frühabsolutistischen Staaten, sondern auch die Kapitalisierung der englischen Agrar-

verfassung kritisiert, der eine ganze Schicht, nämlich die der Pachtbauern, durch die Landnahme der Gentry zum Opfer fällt. Erst im zweiten Teil der Schrift, der das alternative *Utopia* vorstellt, zeigt er, welche Strukturen den Zwang brechen, zuerst stehlen und dann sterben zu müssen. Jetzt zeigt sich, dass Morus und die gesamte archaische, das heißt herrschaftsbezogene Utopietradition so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen jenseits der Erwerbsarbeit nicht kennt. Im Gegenteil: *Utopia* reproduziert sich als totaler Sozialstaat durch von diesem regulierte Arbeit. Nicht zufällig erlernt jeder Utopier unabhängig von seinem Geschlecht mehrere Berufe.³ Die vollständige Mobilisierung der Arbeitsressourcen und die egalitäre Verteilung der erwirtschafteten Güter unter staatlicher Aufsicht ist, so gesehen, ein entscheidender Grundpfeiler des utopischen Konstrukts.

Freilich lässt Morus *Utopias* totalen Sozialstaat nicht unwidersprochen.⁴ Er selbst tritt in dem Dialog Hythlodeus, dem Lobredner des angeblich idealen Gemeinwesens, mit der Frage entgegen: Wie wirken sich die staatlich reglementierten Leistungen auf das Verhalten der Einzelnen aus? Fördern sie nicht Indolenz sowie wirtschaftliche und kulturelle Stagnation? Läuft das Ganze nicht auf einen tristen Egalitarismus hinaus, der die Antriebskräfte der Menschen lähmt? Morus lässt diese Fragen offen, die an den Grundlagen des idealen Konstrukts rütteln. Aber er lässt keinen Zweifel daran, dass nur einige Einrichtungen *Utopias* auf die europäischen Verhältnisse übertragbar sind, nicht aber das

3 Vgl. Thomas Morus, *Utopia*, in: *Der utopische Staat*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 54.

4 Vgl. a.a.O., S. 45 u. 109.

2 A.a.O., S. 104.

Gesamtkonzept.⁵ Bezogen auf die staatliche Daseinsvorsorge könnte dies heißen: Der Sozialstaat darf den europäischen Individualismus nicht vollständig negieren, sondern muss ihm soweit Rechnung tragen, wie er vereinbar ist mit dem sozialen Gewissen, für das *Utopia* steht. Trifft diese Vermutung zu, so wäre der Weg zu sozialdemokratischen Vorstellungen nur kurz. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum ein Theoretiker wie Karl Kautsky der *Utopia* des Thomas Morus eine ganze Schrift widmete.⁶

Nun trat freilich im utopischen Denken dem archistischen Typus seit dem 16. Jahrhundert eine anarchistische, herrschaftsfreie Variante, gegenüber. In ihren naturalisierten Ausprägungen vor allem des 18. Jahrhunderts lieferte dem «Edlen Wilden» die Natur freiwillig alles, was er zum Leben benötigte. Erwerbsarbeit spielte in diesem Szenario, wenn überhaupt, nur eine marginale Rolle. Im Zeitalter der Industrialisierung haben utopische Autoren wie Oscar Wilde⁷ und William Morris⁸ die

sen Ansatz modernisiert: Dem Maschinenkosmos wurde die gesellschaftlich notwendige Arbeit überlassen. Mit dem Wegfall stumpfsinniger Routine im Arbeitsprozess eröffneten sich Räume selbstbestimmter Tätigkeiten: eine Perspektive, die sich zumindest partiell mit postkapitalistischen Vorstellungen der Zukunft der Arbeit zu decken scheinen.

Doch bei allen diesen Zuordnungen sollte eines nicht vergessen werden: Sowohl der archistische als auch der anarchistische Utopieansatz setzen eine solidarische Gesellschaft voraus. Sie wird in der Regel durch die Einführung des Gemeineigentums oder durch eine starke Einschränkung der Verfügung über Privatbesitz gesichert. Mit dieser Voraussetzung können die «linken» Vertreter des BGE nicht rechnen; insofern sind ihre Konzepte mit restriktiven Bedingungen konfrontiert, die in den utopischen Konstrukten entfallen. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, dass Morus und seine Nachfolger sowohl in ihrer herrschaftsbezogenen wie herrschaftsfreien Ausrichtung einen integralen Ansatz entwickelten, in dessen Rahmen alle Lebensbereiche von der Wirtschaft über die Politik bis zur Familie eingebunden sind. Demgegenüber ist die Utopie des BGE nur auf einen Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens fokussiert: die materielle Existenzsicherung jenseits des kapitalistischen Arbeitszwanges.

5 A.a.O., S. 110.

6 Vgl. Karl Kautsky, *Thomas More und seine Utopie*, Stuttgart 1890.

7 Vgl. Oscar Wilde, *The Soul of Man under Socialism*, in: ders., *De Profundis and Other Writings*, London 1986, S. 19–53.

8 Vgl. William Morris, *New from Nowhere or an epoch of rest being some chapters from an utopian romance*. Edited by James Redmond, London 1970.

Lisa Price

Zwischenruf: Von der EEG-Abgabe zur EEG-Steuer

Die deutsche Energiepolitik steht in der vor uns stehenden Legislaturperiode vor einer entscheidenden Weichenstellung. Es geht darum, die ambitionierten Klimaschutzziele möglich zu machen ohne die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit der Energieversorgung aufs Spiel zu setzen. Die Energiewende darf dabei nicht auf einen planwirtschaftlichen Irrweg geraten.

Das menschliche Gehirn ist ein Energieoptimierer. Es vergleicht unermüdlich mögliche Aktionen mit den dafür notwendigen Kosten. Das erinnert an eine Kinoscene, in der zwei Einbrecher versuchen in ein Grundstück einzudringen. Der erste klettert mühevoll über die Mauer, der zweite schaut erstmal ob das Gartentor sich öffnen lässt, und siehe da, es ist nicht verschlossen. Er geht einfach hindurch. Die Zuschauer amüsieren sich vorzüglich über den großen energieökonomischen Fehler des Ersteren.

Es geht in diesem Beitrag darum, den Stromsektor kostenseitig zu entlasten, gleichzeitig mehr E-Autos auf die Straße zu bringen und im Wärmesektor moderne Wärmepumpen zu fördern. Dazu ist in der nächsten Legislaturperiode die Systematik der Energie-Abgaben, Steuern, Umlagen und Entgelten zu reformieren. Und zwar so, dass sie einer funktionierenden Sektorenkopplung nicht mehr im Wege steht.

Gegenwärtig nähern sich die Bürgerinnen und Bürger wegen der immer höheren Belastung aus den weiter steigenden Stromkosten in ihren Haushalten gewissermaßen ihrem Break-Point an. Erstmals an

diesem Punkt angelangt, sind die Bürger nicht mehr bereit, diese EEG-Politik mitzutragen. Die Energiewende würde in seinem Fortschreiten weiter verlangsamt. Auch deshalb sind die Belastungen der Haushalte im Stromsektor zu reduzieren.

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie unser Vater immer schimpfte, wenn wir aus unserem Kinderzimmer liefen ohne das Licht auszuschalten. Für ihn war selbstverständlich, dass die Reduzierung des Stromverbrauchs eine Reduzierung der Gesamtstromkosten bedeutet. Also Strom zu sparen ein Gewinn darstellt.

Die reine Energieverbrauchsreduzierung reicht zukünftig aber nicht aus, wollen wir die ambitionierten internationalen Klimaschutzziele, insbesondere die Treibhausgasemissionen um 40–42% bis 2030 gegenüber 1990 reduzieren, oder zumindest unsere eigenen weichgekochten Klimaschutzziele einhalten. Wir brauchen neue, weitere Anreize zu einer CO₂-neutralen Energiewirtschaft. Dazu benötigt es neue Geschäftsmodelle, die den Ausstieg aus der Kohle unterstützen, gleichzeitig die Haushalte nicht immer mehr belasten und den unteren Einkommensgruppen eine Entlastung bieten. Dabei wurde bisher den dezentralen Speichertechnologien zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Durch den wachsenden Anteil an erneuerbarem Strom im Energiemix verschlechtert sich die Wirtschaftlichkeit der Energieerzeugung. Es entsteht ein immer größerer Energieüberschuss an windigen und sonni-

gen Tagen und ein gleichzeitig wachsender Energiebedarf, also Energiemangel zu anderen Tageszeiten und an windstillen und sonnenfreien Tagen. Dieses Ungleichgewicht (Volatilität im Stromangebot) treibt den Gesamtstrompreis in die Höhe.

Das zeigt sich besonders im Intraday Stromhandel, dort kann der Strompreis zwischen 9 Cent/kwh bis zu -9 Cent/kwh schwanken. In der Regel schwankt der Strompreis täglich an der Intraday Strombörse im Day Ahead Handel wie auch im stündlichen Handel etwa zwischen einem und vier Cent pro kwh. Wenn wir für diese Schwankung einen Mittelwert von 2 Cent ansetzen, dann schwankt der Strompreis täglich um 200%. Also um 100% nach oben und um weitere 100% nach unten.

Nun, das ist aber nur der Einkaufspreis, der Verkaufspreis der EVUs (Energieversorgungs- Unternehmen) schwankt entweder gar nicht oder im Falle eines Verbrauchers mit Kurzzeit- Bepreisung, minimal. Das liegt unter Anderem an der EEG Umlage. Die EEG Abgabe macht etwa 25% am Endverbraucher-Strompreis aus. Da die EEG Abgabe auf das verbrauchte Kilowatt draufgeschlagen wird, ist sie eine konstante Größe im Strompreis. Mit anderen Worten, wenn ein Megawatt Strom im Einkauf 1 Euro kostet, dann kostet ein Megawatt Strom im Verkauf 1 Euro plus die EEG Abgabe, die bei einem Megawatt etwa 50 Euro beträgt.

Weitere Abgaben und Steuern, die dem Strompreis aufgeschlagen werden, kommen noch dazu, werden hier aber nicht behandelt.

Kostet der Strom im Einkauf das Vielfache, also 4 Euro pro Megawatt, beträgt die EEG Abgabe aber immer noch 50 Euro. Daraus ergibt sich eine Endverbraucher Preisschwankung zwischen 51 Euro und 54 Euro.

Insgesamt kann man sagen, bei einer vierfachen Preisschwankung des Strompreises von 1 auf 4 Cent pro Kilowattstunde im Intraday Stromhandel, schwankt der Endverbraucherpreis nur marginal von ca. 29 Cent auf ca. 31 Cent pro Kilowattstunde.

Denn auch die festen Kosten der EVUs ändern sich nicht, wenn der Einkaufspreis sinkt und bleiben deshalb voll im Endverbraucherstrompreis abgebildet. Das bedeutet, dass die Schwankungen im Einkaufspreis nicht im gleichen Maße im Endverbraucherpreis abgebildet werden.

Daraus ergeben sich minimale Schwankungen im Endverbraucher Strompreis. Geschäftsmodelle, die auf der einen Seite die Entwicklung der notwendigen Speichertechnologien unterstützen und auf der anderen Seite die zeitliche Verbrauchssteuerung des Stromkonsums ermöglichen, werden dadurch ausgebremst.

Das bedeutet, das Geschäftsmodell aus Smart-Meter und zeitlich gesteuertem Stromverbrauch greift nicht, weil die Anreize für ein solches Geschäftsmodell nicht im ausreichendem Maße existieren. Deshalb sollte die EEG-Abgabe in eine EEG-Steuer umgewandelt werden, die prozentual auf den Endverbraucherpreis oder Einkaufspreis aufgeschlagen wird und ebenso von den fossilen Energieträgern zu entrichten ist.

Mit einer prozentualen EEG-Steuer bekommen Kunden ohne ausgehandeltem Jahresstrompreis einen stark schwankender Endverbraucherpreis, der neue Geschäftsmodelle begünstigt, wie zum Beispiel die Kostensenkung des Gesamtstromverbrauches durch eine zeitliche Steuerung des Stromverbrauchs oder durch die Bereitstellung von Speicherstrom. Personen, die am Tage zu Hause sind, wie z. B. Rentner,

Arbeitslose oder Hausmänner und Hausfrauen, könnten zu den preisgünstigen Tageszeiten, an denen der Strom im Überfluss existiert, z. B. die Wäsche waschen, den Boiler aufheizen, die Speicherbatterien oder das E-Auto aufladen und so vom günstigen Überschussstrom profitieren.

In Zeiten mit Strommangel könnten die Bürger durch die Entladung also für die Einspeisung ihres gespeicherten Stromes in das Netz eine Rückvergütung erhalten, die ihre Stromgesamtkosten weiter reduziert.

Der Umbau der EEG-Abgabe in eine EEG-Steuer, die auch auf die fossilen Energieträger berechnet wird, würde die Belastungen der Bürger im Stromsektor reduzieren, neue Geschäftsmodelle im Energiemarkt ermöglichen und gleichzeitig die Schwankungen des Stromangebotes im Netz reduzieren, was sich natürlich günstig auf den Strompreis, auch für den Kunden mit Jahresfestpreis, auswirkt.

Es geht nicht, dass nur die Stromverbraucher die Kosten für die Energiewende berappen. Gerade die fossilen Energieverbraucher sind an der Finanzierung der Energiewende mit zu beteiligen, zumal zukünftig

auf den Straßen mehr und mehr E-Fahrzeuge fahren sollen und die Infrastruktur dazu aufgebaut werden muss. Die notwendigen Mittel sind auch aus der jeweiligen Branche bereitzustellen. Es geht gar nicht, dass die Kosten beispielsweise für die Mobilitäts-Infrastruktur alleine den Stromkunden und Einkommenssteuerzahlern auferlegt werden.

Der Erfolg der Energiewende basiert auf Milliardeninvestitionen. Für eine erfolgreiche Verkehrswende wird man ähnlich viel aufwenden müssen.

Die wachsenden Belastungen der Haushalte durch eine weiter steigende EEG-Abgabe könnte mit der Umwandlung der EEG-Abgabe in eine EEG Steuer maßgeblich reduziert werden, auch indem die EEG-Steuer auf alle fossilen Energieträger ausgeweitet wird.

Damit schaffen wir eine gerechtere Verteilung der Lasten, entlasten die Haushalte bei gleichzeitiger Erhöhung der EEG-Einnahmen. Wir produzieren neue, für ein Gelingen der Energiewende notwendige Geschäftsmodelle ohne dabei die Haushalte immer mehr zu belasten.

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Max Meisenheimer

Es geht ums Ganze — 5 Thesen zur Lage der Wissenschaft und Hochschulen

«Die Zeit ist aus den Fugen; Fluch der Pein,
Muß ich sie herzustellen geboren sein!»

— *Hamlet*¹

Die Welt scheint aus den Fugen, rechte und regressive Bewegungen und Tendenzen erstarken in Europa und auf der ganzen Welt. Seien es Ressentiments gegen Geflüchtete oder ideologische, theoretische Überlegungen zu kultureller Überlegenheit und zur Abgrenzung vom sogenannten Establishment – die Diskurse und Hetze scheinen politische Grenzen zu ignorieren und finden vermehrt auch in der Mitte der Gesellschaft Zustimmung.

Auf der anderen Seite scheinen sich Hochschulen ihrer Strahlkraft in die Gesellschaft nicht mehr bewusst zu sein. Sie können Orte sein, von denen gesellschaftlicher Wandel ausgeht, Orte, die einen beachtlichen Beitrag dazu leisten können, aktuelle Entwicklungen zu beeinflussen und einen Teil dazu beizutragen, die Welt aus den Fugen wieder zu richten. Der folgende Essay und seine Thesen sollen ein Plädoyer dafür sein, was Wissenschaft leisten kann,

um aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu prägen. Dafür muss sie sich jedoch selbst erst einmal wandeln.

Zur aktuellen Lage der Gesellschaft und der Wissenschaft – Ausgangspunkt

Es ist nicht nur ein Erstarken rechter Parteien und Bewegungen zu verzeichnen – exemplarisch seien hier die AfD, PEGIDA, der BREXIT oder die Wahl Donald Trumps genannt – sondern damit verbunden auch ein Wandel der Gesellschaft. Politische Debatten basieren oft nicht mehr auf Fakten, sondern auf Gefühlen oder Unwahrheiten, verkleidet als sogenannte alternative Fakten. Statt solche objektiv falsifizierbaren Nachrichten zu reflektieren und aufzudecken, werden sie von großen Teilen der Gesellschaft aufgenommen, verarbeitet und als wahr angenommen. Eine kritische Betrachtung und eine Prüfung auf den Wahrheitsgehalt geschehen bei einzelnen Individuen nur selten. Damit einher geht eine Erosion alter gesellschaftlicher Bindungen: Während die Sozialdemokratie spätestens mit der Agenda 2010 durch eine neoliberale Politik und der Abwendung einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Gerechtigkeit immer mehr die

1 William Shakespeare: *Hamlet*. Übersetzt von August Wilhelm von Schlegel. Gütersloh 1832.

Bindung zu ihrem klassischen gesellschaftlichen Milieu, den Arbeiter*innen, verloren hat, treten plötzlich rechte Kräfte auf, die dieses Milieu ansprechen und ihre Sorgen vermeintlich ernst nehmen.

Aber auch die Errungenschaften der Moderne sind in Gefahr, Fortschritte werden in Frage gestellt. Exemplarisch zeigt sich dies im Antifeminismus oder auch im Antintellectualismus. Zu diesen rechten Ideologien gesellen sich auch konservative Kräfte im Einklang im Gesang gegen die Moderne.

Nach Jahren des Erkämpfens von Frauenrechten werden diese aktuell immer wieder in Frage gestellt und antiquierte Geschlechterbilder erfahren eine erneute Renaissance. Mit Donald Trump wurde ein Mann zum Präsident der Vereinigten Staaten gewählt, der offen sexualisierte Übergriffe verherrlicht. Die AfD erzielt in Landtags- und Bundestagswahlen zweistellige Erfolge, während ihr Geschlechterbild davon geprägt ist, dass Frauen reine Reproduktionsarbeit übernehmen sollen und die Selbstbestimmung dieser keinerlei Relevanz besitzt.² Sexualität jenseits der heterosexuellen Beziehung zwischen Mann und Frau wird verteufelt, wie auch die sogenannten «Demos für alle» landesweit zeigen. Dieses gesamtgesellschaftliche Erstarken antifeministischer Tendenzen hat auch Auswirkungen auf Wissenschaft und Hochschulen: Institute für Gender Studies werden zum Objekt der Aggression und müssen verstärkt für ihre Legitimität kämpfen: Dies geschieht nicht aus einer begründeten Kritik an der Lehre, sondern vielmehr aus reaktionärer Angst vor dem Verlust von Geschlechtsiden-

titäten und aus einer tiefsitzenden Misogynie und Ablehnung der Emanzipation von Frauen und queeren Personen.

Neben der Fachrichtung der Gender Studies geraten auch Hochschulen und Wissenschaft an sich immer stärker ins Kreuzfeuer: Gerade rechte Kräfte beschwören eine intellektuelle und politische Elite von «denen da oben», gegen welche die Mehrheit «da unten» gemeinsam kämpfen müsse. Dieses regressive Elitendenken verbunden mit dem bereits beschriebenen Hang zu gefühlten Wahrheiten und sogenannten alternativen Fakten führen dazu, dass wissenschaftliche Erkenntnisse jeder Fachrichtung und ihre Vertreter*innen vermehrt in Frage gestellt werden. Dieses aufkeimende Misstrauen gegenüber Erkenntnis und Fortschritt kann zur Gefahr für Hochschule und Wissenschaft werden. Weltweit sind Phänomene dieses grassierenden Wahns gegen Intellektuelle zu spüren: die AfD leugnet den Klimawandel, die ungarische Regierung möchte eine europäische Hochschule in Budapest schließen und Donald Trump versucht immer wieder, geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen Mittel zu streichen. Alle vereint ein regressives Denken gegen das Fortschrittliche, gegen wissenschaftliche Fakten, die ihnen widersprechen und gegen die vermeintliche intellektuelle Elite. Dieses Denken vereint aber nicht nur Rechte untereinander, sondern auch Teile linker Bewegungen, die sich in ihrem «Kampf gegen das Kapital» Analysen bedienen, die vom selben regressiven Denken geprägt sind: dem Kampf gegen eine vermeintlich profitierende und Entscheidungen treffende Elite, die der Grund allen Übels sei.

Hochschulen und Wissenschaft nehmen ihre gesellschaftliche Rolle aktuell nicht

2 Vgl. Andreas Kemper: *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise*. Berlin 2014.

wahr. Sie scheinen sich in einer neoliberalen Krise zu befinden. Statt die Rolle als gesellschaftliche Akteurinnen wahrzunehmen und kritisches Denken und Forschen zu ermöglichen, sind Hochschulen von einer immer stärkeren Anbiederung an kapitalistische Märkte und Investitionen geprägt. Finanzmittel für Wissenschaftler*innen sind knapp, diese sind wiederum in ihrer eigenen Prekarität darauf angewiesen immer neue und häufig private, Forschungsmittel einzutreiben, die nur selten darauf abzielen gesellschaftliche Tendenzen zu erforschen und einen demokratischen Auftrag wahrzunehmen. Meist sind sie viel mehr darauf gemünzt den Geldgeber*innen Vorteile zu verschaffen. Diesem Teufelskreislauf können sich Wissenschaftler*innen nicht entziehen und sie sind gezwungen das zu erforschen, was erwünscht ist und nicht das, was gesellschaftlich notwendig ist. Gleichzeitig wird ein Studium nicht mehr als Selbstzweck betrachtet, in dem sich Studierende frei bilden können. Stattdessen lautete das Ziel oftmals: möglichst effektive und effiziente Employability. Um diesen Zielen und Prozessen gerecht zu werden, leidet die Demokratie an vielen Hochschulen. Demokratische Mitbestimmung wird zurückgedrängt und eine autoritäre Entscheidungsfindung prägt zunehmend die Hochschulen.

Wissenschaft und Hochschulen müssen Teil davon sein, diese aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche anzugehen. Dafür müssen sie sich aber erst einmal selbst reformieren. Es braucht ein wirkliches Wissenschaftsideal, nach dem fortwährend gehandelt wird. Diese Antworten muss auch eine progressive gesellschaftliche Linke liefern und es ist notwendig für sie zu begreifen, was Wissenschaft kann und

wofür wir sie so dringend brauchen. Die folgenden fünf Thesen können einen Anteil an diesem Ideal haben und einen Denkanstoß dafür darstellen, dass auch eine progressive gesellschaftliche Linke wieder darüber diskutiert, wie sie ihre Wissenschaftspolitik gestalten will.

1 Humboldt ain't dead, he's alive!

Hochschulen müssen nach einem Humboldt'schen Bildungsideal gestaltet sein. Forschung und Lehre müssen im Einklang stehen, um die Mündigkeit von Individuen zu ermöglichen.

Die zentrale Aussage des Humboldt'schen Bildungsideal ist, dass Menschen nicht lernen und studieren, um später bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, sondern um sich selbst zu bilden und zu mündigen Wesen zu werden. Wilhelm von Humboldt beschreibt dies wie folgt:

Im Mittelpunkt aller besonderen Arten der Thätigkeit nemlich steht der Mensch, der ohne alle, auf irgend etwas Einzelnes gerichtete Absicht, nur die Kräfte seiner Natur stärken und erhöhen, seinem Wesen Werth und Dauer verschaffen will. Da jedoch die blosser Kraft einen Gegenstand braucht, an dem sie sich üben, und die blosser Form, der reine Gedanke, einen Stoff, in dem sie, sich darin ausprägend, fort dauern könne, so bedarf auch der Mensch einer Welt ausser sich. Daher entspringt sein Streben, den Kreis seiner Erkenntnis und seiner Wirksamkeit zu erweitern, und ohne dass er sich selbst deutlich dessen bewusst ist, liegt es ihm nicht eigentlich an dem, was er von jener erwirbt, oder vermöge dieser ausser sich hervorbringt, sondern nur an seiner inneren Verbesserung und Veredlung, oder

wenigstens an der Befriedigung der inneren Unruhe, die ihn verzehrt.³

Dem humanistischem Ideal zufolge sollen Menschen urteilsfähig und selbstständig werden. Dies bedeutet insbesondere für ein Studium, dass es nicht nur darauf ausgerichtet sein darf, dass Menschen lernen, um Fakten und praktisches Wissen zu beherrschen. Dieses Verfügungswissen ist einfach zu erlernen und birgt für Menschen nur wenig. Vielmehr sollen sie hingegen zu urteilsfähigen Individuen werden und aktuelle Entwicklungen erkennen und hinterfragen können. Dazu gehört insbesondere das Primat der Einheit von Forschung und Lehre an Hochschulen, wonach Studierende auch immer Teil aktueller Forschungsprozesse sein müssen und von diesen lernen und darüber debattieren sollen. Durch diese Verbindung werden sie urteilsfähig. Doch braucht es dafür Freiräume, damit Studierende diese Debatten führen können und nicht nur Verfügungswissen konsumieren.

Die weitere Verschulung des Studiums, insbesondere im Rahmen der Bologna-Reform, ist ein tiefgreifender Fehler. Ein Studium muss Freiräume schaffen, damit es zu einer Selbstentwicklung kommt und Debatten geführt werden können.

2 Wissenschaft muss kritisch sein!

Hochschulen müssen immer klar gesetzte Freiräume für kritische Wissenschaft ermöglichen.

Wissen muss immer auf wissenschaftlicher, kritischer und freier Grundlage geschaffen

werden. Dieses Prinzip ist unabdingbar für einen Diskurs, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Gesellschaft. Es ist eine Errungenschaft der Aufklärung, dass Diskurse frei geführt werden können, Erkenntnisse diskutiert und Entscheidungen nicht allein aufgrund der Gefühle einzelner Monarchen getroffen werden.

Dieses aufklärerische Gut wird zunehmend in Frage gestellt, wenn die beschriebenen antiintellektualistischen Tendenzen sich zu Wort melden und Gefühle und nicht objektives Wissen Entscheidungen beeinflussen. Doch gerade dieses ist unvermeidlich für einen demokratischen Diskurs. Der damit einhergehende Aushandlungsprozess zwischen Positionen ist zentral in demokratischen Prozessen. Geschieht dies nicht, ist der demokratische Diskurs in Gefahr.

Diese Grundlagen kann Wissenschaft schaffen, wenn sie die Freiräume erhält, ihren Beitrag dazu zu leisten. Dabei darf jedoch nicht der Anspruch erhoben werden, dass alle Antworten einfach sein sollen. Wer den Anspruch hat, einfache und plakative Lösungen und Positionen zu finden, verkennt gesellschaftliche Realitäten und trägt dazu bei, dass antiintellektualistische Tendenzen die Überhand gewinnen. Antworten und Zusammenhänge können und müssen sogar kompliziert sein, um alle Aspekte zu berücksichtigen und eine tiefgreifende nachvollziehbare Positionierung zu schaffen.

Damit Wissenschaft einen Beitrag dazu leisten kann und nicht nur stromlinienförmig handelt, benötigen Wissenschaftler*innen Freiräume, um kritisch und tiefgehend Fragen zu beantworten, sie müssen ermutigt werden kritisch zu hinterfragen und zu forschen. Dafür braucht es ganz besonders ein Primat in der Wissenschaft: Wissenschaft kann und darf nicht neutral sein. Wissen-

3 Wilhelm von Humboldt: Theorie der Bildung des Menschen. Bruchstück [1793]. In: Albert Leitzmann (Hrsg.): *Wilhelm von Humboldts Werke. Erster Band. 1785-1795*. Berlin 1903, S. 282-287, S. 283.

schaft kann und soll auch Positionen und Standpunkte vermitteln, erklären und dafür einstehen. Hierfür braucht es zu allererst ganz praktisch bessere Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen und eine ausreichende öffentliche Finanzierung ganz unabhängig ihrer Forschungsinteressen.

3 Die Antwort auf Antifeminismus ist mehr Feminismus!

Hochschulen müssen feministischer werden. Sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Forschung.

Bildung muss immer den Anspruch haben, alle Lernenden als gleichwertig zu begreifen. Der Zugang zu ihr ist zugleich der Schlüssel zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen: auch unabhängig vom Geschlecht. Hier spielen gerade Hochschulen als Ort der Emanzipation eine tragende Rolle. Erst zwischen 1900 und 1909 wurden Frauen als offizielle Studentinnen an Hochschulen im damaligen Deutschen Kaiserreich zugelassen. Nach knapp 50 Jahren erbitterter Kämpfe der Frauenbewegung war dieser Erfolg möglich. Lange wehrten sich Professoren dagegen, Frauen in ihren Vorlesungen zuzulassen. Damit war das Kaiserreich ein Nachzügler, wenn es um die Zulassung von Frauen zum Studium ging. Andere Staaten, wie Russland oder die Schweiz, waren hier wesentlich fortschrittlicher.⁴

Der Zugang zu Hochschulen bedeutete auch den Zugang zu Partizipation. Als Wis-

senschaftlerinnen konnten Frauen ihrerseits Akzente setzen oder als Lehrende an Schulen und Hochschulen Wissen weitergeben und Lernende prägen. Aber das Ende von Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht. Auch wenn es heute mehr Studentinnen als Studenten gibt, so ist die Zahl der Professorinnen erschreckend niedrig. Strukturelle Diskriminierungen sind auch in der Wissenschaft alltäglich und müssen genau so bekämpft werden. Feminismus muss auch hier Realität werden.

Nicht zuletzt ist es aber auch zentrale Aufgabe von Hochschulen und Wissenschaft, gesellschaftliche Missstände zu erforschen und Antworten zu finden. Dazu gehört auch, dass Antifeminismus in seinen Formen erkundet wird und feministische Gegenentwürfe zu diesen verkrusteten Gesellschaftsvorstellungen formuliert werden.

4 Bildung zur Demokratie

Es braucht Räume für einen demokratischen Diskurs an Hochschulen und das Primat, dass demokratisches Handeln Ziel von Bildung sein muss.

Die Geschichte wiederholt sich nicht, doch wo etwas nicht Geschichte wurde und Geschichte nicht gemacht hat, wiederholt sie sich durchaus. — *Ernst Bloch*⁵

Betrachtet man die Entwicklung von demokratischen Strukturen an Hochschulen lässt sich feststellen, dass insbesondere die Alliierten Kräfte nach dem 2. Weltkrieg die Demokratisierung von Hochschulstrukturen vorangetrieben haben. In dem Wissen, dass Hoch-

4 Vgl. Patricia Mazón: Das akademische Bürgerrecht und die Zulassung von Frauen zu den deutschen Universitäten 1865–1914. In: Gabriele Jähner (Hrsg.): *Zur Geschichte des Frauenstudiums und Wissenschaftlerinnenkarrieren an deutschen Universitäten*. Berlin 2001, S. 1–10.

5 Richard Faber: *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*. Würzburg 2000, S. 33.

schulen eine immense Strahlkraft in die Gesellschaft haben können, wie sie davor als Brutstätten der NS-Ideologie bewiesen hatten, demokratisierten die Alliierten Hochschulen. Ihr Ziel war es, dass Wissenschaft demokratisch geschieht und Studierende Demokratie und Mitbestimmung früh erlernen und so durch praktische politische Partizipation an Hochschulen demokratisiert werden.⁶

Ausgehend von Oskar Negts These, dass Demokratie die einzige Staatsform ist, die immer wieder neu erlernt werden muss, muss Demokratisierung zentrales Anliegen von Bildung und Wissenschaft sein.⁷ Denn kein Mensch wird politisch geboren, sondern es sind erst öffentliche politische Räume, die zu dessen Politisierung führen.

Demokratie braucht Räume für öffentliche Debatten. Dieser Ansatz deliberativer Demokratie nach Habermas ist zentral, wenn es um demokratische Teilhabe geht. Erst der öffentliche Diskurs und eine Entscheidungsabwägung legitimiert letzten Endes eine politische Entscheidung in einer Demokratie.⁸

Sollen Wissenschaft und Hochschulen einen demokratischen Auftrag wahrnehmen und erfüllen, so müssen diese Grundsätze eingehalten werden. Hochschulen müssen auch ihre Mitglieder demokratisieren. Dafür benötigt es öffentliche Räume für Debat-

ten und demokratisch legitimierte Entscheidungen. Außerdem haben Hochschulen mit ihrer Ausstrahlung eine immense Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklungen. Demokratische Hochschulen sind ein erster Schritt zu einer demokratischen Gesellschaft.

Aktuell zeigt sich, dass sowohl tradierte Werte als auch demokratische Werte an Gültigkeit in der Gesellschaft verlieren. Die damit einhergehende Störung der bisherigen sozialen Ordnung und das daraus resultierende Aufkommen individueller Ängste können von demokratiezersetzenden Kräften ausgenutzt werden.⁹

Wird Demokratie, wie aktuell, in Frage gestellt, so müssen auch Hochschulen demokratische Strukturen schaffen und politisierte öffentliche Räume sein, um Demokratie in der Gesellschaft zu fördern. Der demokratische Diskurs zu Wissenschaft an Hochschulen kann damit auch aus Hochschulen herausgetragen werden, um demokratisierend für die ganze Gesellschaft zu wirken. Diese Diskurse dürfen in keinem Elfenbeinturm verharren.

5 Die Mündigkeit der Individuen

Ziel von Wissenschaft und Hochschullehre muss sein, dass Menschen mündig werden.

Eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß arbeiten soll, verlangt mündige Menschen.

– Theodor W. Adorno¹⁰

Mündige Individuen, die ihre Bedürfnisse selbstständig mithilfe ihres Verstandes ä-

6 Vgl. Corine Defrance: Die Westalliierten als Hochschulreformatoren (1945–1949). Ein Vergleich. In: Barbara Wolbring, Andreas Franzmann (Hrsg.): *Zwischen Idee und Zweckorientierung: Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945*. Berlin 2007, S. 35–45.

7 Oskar Negt: *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*. Göttingen 2011.

8 Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M. 1992.

9 Vgl. Émile Durkheim: *Le suicide. Etude de sociologie*. Paris 1897.

10 Theodor W. Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt a.M. 1970.

bern können, sind zentraler Bestandteil einer Demokratie. Aber kein Mensch kann per se mündig oder politisch sein, viel mehr muss man dies werden. Dieses Primat muss aller Bildung innewohnen, aber auch ganz besonders Hochschulen und der Wissenschaft.

Gibt es öffentliche Räume in Hochschulen, in denen sich Menschen austauschen und politisch diskutieren können, so müssen diese auch mit Leben gefüllt werden. Aktuelle Forschung und Wissenschaft müssen hier diskutiert werden und dabei nicht nur auf die passende Methode untersucht werden, sondern auch immer parteiisch behandelt werden. Wissenschaft darf nicht neutral sein, sondern soll Positionen vertreten. Die Debatte darüber befähigt junge Menschen ihre politischen Bedürfnisse zu äußern und zu vermitteln. Dieses Erlernen demokratischer Diskurse und Entscheidungen und nicht zuletzt die Partizipation an Entscheidungen macht aus Menschen mündige Personen, die sich ihrer selbst bewusst sind und ihre Positionen äußern können. Diese Mündigkeit ist elementarer Bestandteil aufklärerischer Errungenschaften:

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. — Immanuel Kant¹¹

11 Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: *Berlinische Monatsschrift* (4). Berlin 1784, S. 481–494, S.481.

Wird die Entwicklung der Mündigkeit nicht gefördert, wie dies u.a. durch eine Verschulung des Studiums und ein fehlendes Bewusstsein für die gesellschaftliche Tragweite von Hochschulen der Fall ist, kann dies für eine ganze Gesellschaft Folgen haben. Äußern sich Menschen nicht mehr mit ihren eigenen Meinungen, kann eine diffuse Mehrheitsmeinung die Debatte übernehmen. Statt in einem demokratischen Diskurs Entscheidungen zu finden, kann eine Masse entstehen, die Entscheidungen plakativ trifft, statt sie abzuwägen. Diese Masse verhindert das Äußern individueller Standpunkte und macht das Aufsteigen autoritärer Kräfte möglich.¹²

Um diese Erosion der Gesellschaft zu verhindern, braucht es mündige Individuen, die in der Lage sind ihre Positionen und Interessen zu äußern und einen demokratischen Diskurs zu pflegen. Dies muss auch das Ziel einer jeden Hochschulbildung sein, genauso wie es Ziel einer jeden anderen Form von Bildung sein muss.

Fazit

Hochschulen haben die Pflicht, sich selbst zu reflektieren und zu reformieren. Sie dürfen kein Produkt neoliberaler Fantasien sein. Sie müssen Raum für demokratische und kritische Auseinandersetzungen sein. Genauso müssen sie Abbild der Gesellschaft sein, gesellschaftliche Entwicklungen widerspiegeln und mit der Gesellschaft verzahnt sein. Dazu gehört, dass Wissenschaft nicht im so oft beschworenen Elfenbeinturm verharren darf, sondern in die Gesellschaft hineinwirken und ihre

12 Vgl. Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München/Zürich 1986.

Erkenntnisse herauszutragen muss. Es gehört aber auch dazu, dass Hochschule sich öffnen muss und nicht nur ein Raum derer bleiben darf, die es sich leisten können zu studieren, sondern für alle da sein muss.

Es bleibt festzustellen, dass Hochschulen keine isolierten Räume sind, sondern Teil einer Gesellschaft und wichtiger Bestandteil der Willensbildung in einer Demokratie. Diese Stellung gilt es zu bewahren, da sie ein Raum unter anderen sind, in dem Menschen Mündigkeit erlangen können und dafür befähigt werden, Demokratie zu gestalten. Bewegungen, die sich gegen

diese Stellung aktuell positionieren, gilt es mit aller Entschiedenheit abzuwenden.

Diese Aufgabe ist keine Aufgabe, die Hochschulen alleine bewältigen können. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung aktuellen Entwicklungen entgegenzutreten, die in allen gesellschaftlichen Bereichen, aber auch in allen Bildungssektoren greift. Dies kann nur geschehen, wenn den aktuellen Entwicklungen eine andere und bessere Idee gegenübergestellt wird, die die Gesellschaft der Freien und Gleichen zum Ziel hat.

Ralf Ludwig

Der Traum von Open Access

Open Access fordert den unmittelbaren, unbeschränkten und freien Zugriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Wissenschaftlerinnen sind darauf angewiesen, die Arbeiten anderer zu rezipieren und ihre eigenen Beiträge optimal verbreiten zu können. Forschung lebt davon, dass Erkenntnisse ausgetauscht und kritisch geprüft werden können. Im Internet könnten Open-Access-Publikationen weltweit ohne Einschränkung zugänglich und erlaubten zudem die Nachnutzung von wissenschaftlichen Roh- und Primärdaten.

Die Open-Access-Bewegung hat eine lange Geschichte, die in die 1990er-Jahre zurückreicht.¹ Allerdings gewann der freie

Zugriff auf wissenschaftliche Informationen erst mit der Entwicklung des Internets an Fahrt. Befeuert wird die Open-Access-Bewegung durch das vorherrschende Subskriptionsmodell der wissenschaftlichen Verlage, die mit horrenden Preisen, hohen Gewinnmargen und mangelnder Transparenz ihre Marktmacht erfolgreich behaupten. Besonders entzündet sich der Konflikt am Verlag Elsevier, der mit Gewinnmargen von 37 Prozent in 2015 profitabler als Google, Apple oder Facebook war.² Und in der Tat ist die aktuelle Situation an Absurdität nicht zu überbieten. Der Steuerzahler wird gleich mehrfach zur Kasse gebeten. Aus öffentli-

1 Open Access, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Open_Access.

2 Der goldene Weg zur freien Wissenschaft, Klara Keutel, 7. Mai 2016, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

chen Mitteln bezahlte Wissenschaftler veröffentlichen Forschungsergebnisse, die in steuerfinanzierten Projekten erzielt wurden. Steuergelder fließen auch in die sorgfältige Ausarbeitung der Manuskripte. Nur gut formulierte und illustrierte Forschungsergebnisse können in renommierten Zeitschriften veröffentlicht werden. Davor steht das Peer-Review-Verfahren, das die Qualität der Veröffentlichung sicherstellen soll. Das inzwischen unter Druck geratene Begutachtungswesen wird ebenfalls aus öffentlichen Kassen finanziert. Weder die Autoren noch die Gutachter werden an den Umsätzen der Verlage beteiligt. Wird die Arbeit dann zur Veröffentlichung angenommen, müssen die aus öffentlichen Mitteln getragenen Bibliotheken horrenden Subskriptionspreise dafür bezahlen, dass Studierende und Wissenschaftler auch Zugang zu diesen Erkenntnissen haben. Vor allem kleinere Universitäten und Forschungseinrichtungen können den Zugang selbst zu den wichtigsten Journalen nicht mehr sicherstellen. Die Bibliotheksbudgets reichen nicht mehr aus, um relevante Zeitschriften zu abonnieren. Zu einer ungeliebten Gewohnheit in den Instituten ist es geworden, den Bibliotheken in immer kürzeren zeitlichen Abständen mitteilen zu müssen, auf welche Zeitschriften sie zukünftig am ehesten verzichten können. Nicht selten kommt es vor, dass Wissenschaftler keinen Zugriff auf ihre eigenen Arbeiten mehr haben. Und die Preise steigen weiter, ein Ende ist nicht abzusehen.

Open Access könnte ein Ausweg sein. Zwei Wege werden diskutiert: ein goldener und ein grüner Weg. Auf dem goldenen Weg wird ein wissenschaftlicher Beitrag direkt unbeschränkt und frei zugänglich veröffentlicht, so etwa in einem qualitätsgesicherten Open-Access-Journal oder als

Open-Access-Artikel in einem traditionellen Journal. Der grüne Weg bedeutet eine meist verzögerte Zweitveröffentlichung eines bereits erschienenen wissenschaftlichen Beitrags. Das unabdingbare Zweitverwertungsrecht wurde zum April 2014 eingeführt. Die mit mindestens zur Hälfte mit öffentlichen Mitteln geförderten Arbeiten können zwölf Monate nach der Erstveröffentlichung der Allgemeinheit zu nicht gewerblichen Zwecken zugänglich gemacht werden.

Gibt es eine nationale Open-Access-Strategie? Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Helmholtz-Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft, der Wissenschaftsrat, die Hochschulrektorenkonferenz und der Deutsche Bibliotheksverband gehörten 2003 zu den ersten Unterzeichnern der «Berliner Erklärung» über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen. Das BMBF bezeichnet diese Erklärung als Meilenstein für die Durchsetzung von Open Access im deutschen Wissenschaftssystem. Die Max-Planck-Gesellschaft hat vorgerechnet, dass ein kompletter Umstieg auf Open Access mit den momentan im Subskriptionsmodell gebundenen Geldern finanzierbar wäre. Sie rät von traditionellen Abo-Zeitschriften auf Open Access umzustellen. Heute werden maximal 20 Prozent aller Beiträge in reinen Open-Access-Zeitschriften veröffentlicht. Die Kosten für reine Open-Access-Zeitschriften liegen bei 1400 Dollar und für ein Hybrid-Journal bei ungefähr 2700 Dollar. Die Universitäten haben dafür einen Publikationsfonds eingerichtet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat Open Access sogar in die Bestimmungen seiner Projektförderung aufgenommen. Die Deutsche Forschungs-

gemeinschaft (DFG) fördert ebenfalls Open Access und macht sich im Rahmen der Allianz-Initiative «Digitale Information» für die Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts stark. Über europäische und globale Netzwerke setzt sich die DFG für die Transformation des wissenschaftlichen Publizierens vom Subskriptions- in das Open-Access-Modell ein. Die von der DFG bewilligten Fördermittel zur Durchführung eines Forschungsvorhabens können, müssen aber nicht zur Finanzierung von Open-Access-Zeitschriftenartikeln oder Open-Access-Monographien eingesetzt werden. Die pro Jahr in der Einzelförderung bereitgestellten 750 € würden dafür auch nicht ausreichen. Allerdings können die Publikationsmittel zu Lasten von Personal- und Sachmitteln aus der gleichen Bewilligung verstärkt werden.

Der lange Weg – Stolpersteine und Hindernisse

Im Prinzip sollte Open Access unterstützt werden, um zukünftig den freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gewährleisten. Doch bis dahin ist es ein langer und beschwerlicher Weg mit noch zu beseitigenden Stolpersteinen. Die seit der «Berliner Erklärung» vor 14 Jahren erzielten Fortschritte sind eher mager. Euphorie ist verfrüht, die berühmte Praxis nicht ausreichend bedacht worden:

- In der *Übergangszeit* müssen die Bibliotheken hohe Subskriptionspreise und die Autoren gleichzeitig beträchtliche «Bearbeitungsgebühren» für die Open-Access-Journale entrichten. Wann hört diese Doppelbezahlung auf? Der Übergang ist mit zusätzlichen Kosten verbunden. Die Einrichtungen zahlen momentan doppelt, für Open Access, in Hybridjourna-

len und für Zeitschriften-Abos. Wer soll die Open-Access-Gebühren bezahlen, die im Mittel 1.500 € betragen? Bei zwischen 15 und 20 veröffentlichten Beiträgen pro Jahr müssten bis zu 30.000 € aufgebracht werden, um sämtliche Beiträge Open Access zu stellen. Dies übersteigt das jährliche Budget einer Professur deutlich. Von diesem Geld sollen eigentlich die Grundausstattung und der Betrieb für Lehre und Forschung getragen werden. Natürlich können Publikationsmittel auch eingeworben werden. Die DFG stellt dafür im Einzelverfahren 750 € pro Jahr zur Verfügung und erlaubt einen weiteren Zugriff auf bewilligte Personal- und Sachmittel.³ Aber wer möchte und kann die knapp bemessenen Sachmittel für die Forschung für Open-Access-Publikation verwenden? In Projekten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erzielte Ergebnisse müssen sogar in Open-Access-Zeitschriften veröffentlicht werden. Ein zunächst sympathischer Vorschlag, der aber die kritische Finanzierungsfrage nicht beantwortet. Das Statement des Bundesministeriums dazu lautet so: «Das BMBF trägt durch die Projektpauschalen Teile der projektassoziierten indirekten Kosten und erlaubt die flexible Nutzung dieser Mittel auch über die Projektlaufzeit hinaus. Daraus können Publikationskosten finanziert werden».⁴ Das staunt der Laie und der Fachmann wundert sich! Handelt es sich nicht um die

3 Deutschen Forschungsgemeinschaft, FAQ: Open Access, Aktualisierungsdatum: 10.01.2017, http://www.dfg.de/foerderung/faq/open_access_faq/index.html.

4 Open Access in Deutschland, Die Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), September 2016.

Projektpauschalen, die von den Universitäten in der Regel voll einbehalten werden und zudem als viel zu niedrig erachtet werden, um den Verwaltungsaufwand solcher Projekte zu decken?

- Solange das Subskriptionsmodell und Open Access neben einander herlaufen, erhöht sich für den einzelnen Autor nicht nur der finanzielle, sondern auch der *bürokratische Aufwand*. Die Unterstützung durch den Open-Access-Fonds der Universitätsbibliotheken muss beantragt und bewilligt werden. Welche Fächer kommen eher zum Zuge? Dürfen Natur- und Ingenieurwissenschaften überhaupt partizipieren, denn die können sich ja die Publikationskosten anderweitig beschaffen? Wird das Geld eher für etablierte Wissenschaftler mit einer großartigen Publikationsvita zur Verfügung gestellt oder sollten vornehmlich Nachwuchswissenschaftler partizipieren?
- Seien wir nicht naiv. Gestandene Wissenschaftler werden ihre Resultate immer in *High-Impact-Journalen* veröffentlichen wollen, all Ihren Beteuerungen zu Open Access zum Trotz. Und wenn sie über BMBF-Projekte zu Open-Access-Veröffentlichungen gezwungen sind, dann werden dort weniger relevante Forschungsergebnisse oder abgehangene Übersichtartikel veröffentlicht, die in den High-Impact-Journalen nicht untergebracht werden können. Auch von Wissenschaftlern der Max-Planck-Institute, die sich besonders für Open Access einsetzen, ist mir kein anderes Publikationsgebaren bekannt. Und bis jetzt reden wir nur von etablierten Wissenschaftlern. Was ist mit den *Nachwuchswissenschaftlern*, die ihre Qualität unter großem Druck stehend erst noch beweisen müssen? Können die

es sich leisten, in kaum gelesenen und zitierten Open-Access-Journalen zu publizieren, während gleichzeitig bei Berufungsverfahren Zahl und Impact der Veröffentlichungen zum Maß aller Dinge erhoben werden? Aus welchen Töpfen sollen die Jungforscher die Open-Access-Beiträge finanzieren? Mein Vorschlag lautet deshalb, dass die Universitätsbibliotheken die schmalen für Open-Access-Beiträge vorgehaltenen Budgets nur an Nachwuchswissenschaftler vergeben.

- Die *Langzeitarchivierung* der Open Access veröffentlichten Arbeiten muss unbedingt sichergestellt werden. Wer übernimmt und bezahlt diese Aufgabe? Wohlmöglich der einzelne Wissenschaftler? Bereits jetzt muss in Projektanträgen (vernünftigerweise) dargestellt werden, wie die Daten sicher aufbewahrt und bereitgestellt werden können. Die DFG hat dazu «Empfehlungen zur gesicherten Aufbewahrung und Bereitstellung digitaler Forschungsprimärdaten» erarbeitet. Dazu könnten auch die veröffentlichten Manuskripte und unterstützenden Materialien gehören. Aber wie können publizierte Forschungsergebnisse sicher gefunden, analysiert und bewertet werden? Diese Aufgabe kann nur von den Verlagen und Konsortien übernommen werden. Wer bezahlt diese Aktivitäten?
- Die *Qualität der Arbeiten* muss durch das bewährte Begutachtungsverfahren (peer-review) gesichert werden. Wer übernimmt und bezahlt das Handling der eingereichten Manuskripte? Bereits heute sieht der Wissenschaftsrat das «peer review» unter Druck und fordert seine Reform. Die Nachfrage steigt ständig, nicht nur für die Begutachtung von Manuskripten für Zeitschriften und Verlage, son-

dern auch für die Sicherstellung der Qualität von Forschungsprojekten, Institutionen und Preisvergaben. Da die Gruppe der Gutachtenden aber nicht strukturiert größer wird, etwa durch systematische Kompetenzvermittlung an den wissenschaftlichen Nachwuchs, sinkt die Qualität der Gutachten zusehends. Uferlos werden neue Gutachten angefragt oder Herausgeberschaften angeboten. In diesem System steckt der Wurm, der durch immer mehr Zeitschriften und Formate auch durch Open Access neue Nahrung erhält. Durch das Gesetz von «publish or perish» nimmt die Publikationsflut weiter zu. Ein funktionierendes Gutachter-system ist aber unverzichtbar für Wissenschaft und Forschung. Meines Erachtens spiegeln sich die Krise von «peer review» besonders in neuen Zeitschriften, häufig Open-Access-Journals wider. Beim Schreiben dieser Zeilen erreicht mich eine Einladung der Open-Access-Zeitschrift *Modern Chemistry*, die über einen Beitrag in der Zeitschrift *ChemPhysChem* auf unsere Arbeiten aufmerksam geworden sei. Die Anrede besteht in der Autorenzeile unseres dort veröffentlichten Beitrags: «Dear Fischer, Steffen; Bokareva, Olga S.; Barsch, Enrico; Bo ...,» Weiter heißt es: «Would you like to *publish the newest paper online in our journal* or, are you interested in sharing some other papers or books with readers in this field. If you have any interest, could you please email us your manuscript in the attachment at any of your convenience ... In order to *expand the editorial board and reviewer group*, we sincerely invite you to be our editorial member or reviewer of our journal.» Ein automatisiertes Angebot für eine angeblich gute

Sache. Aber wer soll diese Flut von immer mehr Papern, Anträgen und Zeitschriften bei gleichbleibender Gutachterqualität noch bewältigen? Darüber haben sich viele Open-Access-Befürworter am «grünen Tisch» wenig Gedanken gemacht.

- Wenn man die jüngsten *Entwicklungen in der Wissenschaftslandschaft* aufmerksam verfolgt hat, dann weiß man, dass unterschiedliche Budgets und Möglichkeiten die Schwere zwischen großen Forschungseinrichtungen wie den Max-Planck-Instituten und den Universitäten einerseits und zwischen «exzellenten Universitäten» und «Landesuniversitäten» andererseits weiter aufgehen lassen. Es wird der Tag kommen, an dem sich nur noch die großen Forschungseinrichtungen und die «exzellenten» Universitäten den umfangreichen Zugriff auf alle Zeitschriften leisten können. Open Access könnte hier helfen, aber nicht mit einem Anteil von maximal 20 Prozent, die zur Hälfte von den größten Verlagen Elsevier, Springer Nature und Wiley bestritten werden, und der Maßgabe hoher Veröffentlichungskosten für den Wissenschaftler selbst. Die Einheit von Forschung und Lehre wird dabei immer mehr in Frage gestellt und in die Frage münden: Warum brauchen in erster Linie auszubildende «Landesuniversitäten» denn einen Zugriff auf neue Forschungsergebnisse?
- Besteht nicht die begründete Sorge, dass die Verlage ein Geschäftsmodell durch *ein anderes Geschäftsmodell* ersetzen? Warum sollen die kommerziellen Verlage die Publikationsgebühren nicht genauso erhöhen wie bisher die Zeitschriftenpreise? Die finanziellen Lasten liegen dann aber nicht mehr bei den großen Institutionen (mit mehr Macht und Möglich-

keiten), sondern bei den kleinen Einheiten, den Universitäten und schließlich den Autoren, die sich mit ihren schmalen Budgets nur ein oder zwei Open-Access-Beiträge pro Jahr erlauben können. Im Vergleich zu Konsortien ist die Verhandlungsposition der Autoren gegenüber den Verlagen gleich null. Die üblichen Verdächtigen werden den Markt weiterhin im Griff behalten. Die drei großen Verlage, Elsevier, Wiley und Springer wissen deshalb auch bereits fast die Hälfte alle Open-Access-Zeitschriften in ihrem Portfolio.

Kurzes Fazit

Solange die Verlage Gewinnmargen von bis zu 40 Prozent erzielen können, werden sie sich auch das interessante und förderwürdige Modell Open Access unter den Nagel reißen. Eine lange Phase der Transformation vom Subskriptionsmodell bis zu Open Access wird die Wissenschafts- und Universitätslandschaft zusätzlich «strukturieren» und die Schere zwischen Lehre und Forschung weiter aufgehen lassen.

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper

Postdemokratische Verhältnisse und autoritäre Regression Überlegungen zur Verwirklichung einer lebendigen Demokratie als Grundlage des Sozialismus

Der Jenaer Soziologe Hartmut Rosa stellte auf einem Vortrag in Berlin im Februar 2017 die folgende Zeitdiagnose: dass sich die moderne Gesellschaft nur dynamisch stabilisieren kann und dadurch strukturell auf Beschleunigung und Wachstum angelegt ist, führt durch ein ungleichmäßiges Dynamisierungspotenzial bestimmter Welt- und Sozialbereiche dazu, dass es zu Desynchronisationen kommt. Da sich nun Märkte und auch die Medienlogik stärker als die Demokratie beschleunigen lassen, kommt es auch zu einer demokratischen Desynchronisation.¹ Neben Hartmut Rosa sehen zudem viele andere zeitdiagnostische Studien und Überlegungen die Demokratie im Zusammenhang mit dem Wirtschaftssystem in der Krise. Beispielsweise wurde im Rahmen des BMBF-Projektes «Postdemokratie und Neoliberalismus»² mit der

Bestätigung der Annahme der Ökonomisierung des politischen Diskurses eine zentrale These der Postdemokratie-Debatte nachgewiesen.

Da diese Ausgabe zugleich die erste Ausgabe nach der Bundestagswahl ist, wollen wir dies – geleitet von der Annahme, dass Sozialismus und Demokratie nicht getrennt voneinander gedacht werden können – zum Anlass nehmen und nach dem Zustand der Demokratie fragen. Denn nicht nur der vergangene Wahlkampf zeigte: die institutionellen Voraussetzungen einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung scheinen zwar intakt zu sein, jedoch lassen sich zahlreiche Krisenphänomene beobachten, die sich etwa in der Verrohung und Eskalation der politischen Kultur, dem Legitimitätsverlust politischer Akteurinnen und Akteure sowie durch eine politische Apathie der Bürgerinnen und Bürger und der Abkehr innerparteilicher Debatten zugunsten einer medienkonformen Inszenierung äußern. Diese Krisenphänomene lassen sich allesamt

1 Das Video des Vortrags, der am 27.2. bei der Heinrich-Böll-Stiftung gehalten wurde, ist auf YouTube abrufbar: *Resonanz: Hartmut Rosa über die Soziologie des guten Lebens*. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=S-bHnM3Uwuk> – zuletzt aufgerufen am 07.12.2017.

2 Die wesentlichen Ergebnisse dieses Projektes sind unter dem URL-Link: <http://www.epol-projekt.de/>

– zuletzt aufgerufen am 07.12.2017 – zusammengefasst.

unter dem angesprochenen, demokratietheoretischen Begriff der Postdemokratie subsumieren oder zumindest daraus ableiten. Was ist also dran an der postdemokratischen These der Abnahme politischer Partizipation zugunsten bloßer Inszenierungen, einer Ökonomisierung der Gesellschaft und dem Verkommen von Wahlkämpfen zu «einem reinen Spektakel»³? Wäre das alleinige Verfehlen einer lebendigen Demokratie mündiger Bürgerinnen und Bürger nicht schon schlimm genug, lässt sich zugleich durch den Aufstieg autoritärer Demagogen und rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern eine autoritäre Regression beobachten. Dabei hat auch die Sozialdemokratie noch keine passenden Antworten gefunden.

Die dritte Ausgabe der «jungen Perspektiven» soll daher sowohl auf die Ursachen und den Kontext verschiedener Krisenphänomene sowie der aktuellen Entwicklungen eingehen als auch Lösungsansätze

und Strategien der Demokratisierung und Politisierung andenken. Ein Interview mit der Philosophieprofessorin Susan Neiman «zum Zustand der Demokratie und der Sozialdemokratie» eröffnet die Debatte. Fedo Hagge-Kubat, Katharina Hellbach, Moritz Rudolph, Merle Stöver und Jöran Klatt folgen mit Beiträgen zu gesellschaftlichen Krisendiagnosen und -phänomenen während Carsten Schwäbe, Robert Budras und Mark Fischer Überlegungen zur Erneuerung der SPD sowie zur (innerparteilichen) Diskussionskultur darlegen. Die Sozialismusdebatte wird diesmal aus Reihen der Juso-Hochschulgruppen fortgeführt. Während Julia Müller aus Freiburg und ein gemeinsamer Text von Hochschulgruppenmitgliedern der FU Berlin nach einem zeitgemäßen demokratischen Sozialismus fragen, beschäftigt sich Mia Thiel als ehemaliges Bundesvorstandsmitglied mit dem Verhältnis von Sozialismus und Feminismus. Die Rezensionen von Mathis Römer, Toni Kraus und Christian Fischer sind ebenfalls Teil dieser Ausgabe der *jungen Perspektiven*.

3 Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2008, S. 10.

Gespräch mit Susan Neiman

«Hoffnung ist der Versuch, Tatsachen zu verändern»

Wie steht es aktuell um die Demokratie? Lassen sich postdemokratische sowie autoritär-regressive Tendenzen zunehmend auch in Deutschland beobachten? Und vor welchen Herausforderungen steht die Sozialdemokratie? Die Philosophieprofessorin Susan Neiman erklärt, was die Demokratie gefährdet, weshalb sie glaubt, dass die Sozialdemokratie mehr Kant und Bernstein braucht und warum nicht pessimistisch in die Zukunft geschaut werden sollte. Die Fragen stellte Hendrik Küpper.

junge Perspektiven: Liebe Frau Neiman, Colin Crouch prägte den Begriff der Postdemokratie, nach dem die Institutionen der parlamentarischen Demokratie formal zwar intakt sind, sich auf der anderen Seite jedoch ein Legitimationsverlust durch eine unzureichende Partizipation des Volkes im Hinblick auf das politische Handeln beobachten lässt. Die Bundestagswahlen liegen nun wenige Monate zurück, auch in vielen anderen Ländern fanden in der letzten Zeit Wahlen statt. Wie steht es derzeit um die Demokratie?

Susan Neiman: Ich sehe das immer komparativ. Wenn ich nur auf Deutschland schauen würde, wäre ich viel ängstlicher im Hinblick auf Deutschland, als ich es derzeit mit einem einschließenden Blick auch auf andere Länder, beispielsweise England, Frankreich, Polen, Holland, Ungarn und die USA, bin. Ich bin nicht glücklich, aber ich sehe keinen Grund hysterisch zu werden, weil mit der AfD eine rechtsnationale Partei in den Bundestag eingezogen ist. Traurig

macht mich allerdings das Abschneiden der SPD bei der letzten Bundestagswahl. Denn meine Wunschkoalition der Zukunft würde unter Beteiligung von der Linkspartei und der SPD stattfinden, da ich glaube, dass der Sozialismus dringend notwendig ist. Colin Crouch hat darüber hinaus recht, wenn er sagt, dass die Demokratie unter einem Legitimationsverlust durch die zunehmende Apathie der Bürgerinnen und Bürger leidet und ein Rückgang der Partizipation im Hinblick auf den politischen Prozess zu beobachten ist. Aber Crouch hat aus meiner Sicht unzureichend betont, dass der Grund für das große Misstrauen in die Demokratie ist – wie Ingo Schulze es ausdrückt – dass wir eine marktconforme Demokratie statt eines demokratiekonformen Marktes haben. Wir alle wissen, wie einflussreich die Industrie ist. Es ist schockierend, wie sich dies äußert. Als Gabriel beispielsweise den Waffenhandel nur ein wenig, und wirklich nicht in dem eigentlich notwendigen Maße, begrenzen wollte, waren die Waffenindustrie und die CDU sofort dagegen. Malala Yousafzai, die Friedensnobelpreisträgerin, hat viel Aufmerksamkeit für ihren Einsatz dafür bekommen, dass Frauen das gleiche Recht auf Bildung haben. Sie hat allerdings viel weniger Aufmerksamkeit dafür bekommen, dass sie vorgerechnet hat, dass man jedes Kind auf der Erde zwölf Jahre Bildung finanzieren könnte, wenn man die Profite der Waffenindustrie für acht Tage dafür nähme. Das wurde mir sogar von dem großen Ökonomen Amartya Sen bestätigt. Und

selbst unabhängig von solchen Statistiken – die Menschen spüren, dass wirtschaftliche Interessen viel mehr Einfluss haben, als ihre eigenen Stimmen.

Denken wir beispielsweise an die FDP-Wahlkampagne, die Fertigstellung der Facebook-Kachel für das Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche vor dem offiziellen Aus der Verhandlungen sowie an das Wahlergebnis der AfD, die zur drittstärksten Kraft im Parlament gewählt wurde – Lässt sich also sagen, dass wir eine zunehmende Postdemokratisierung der Gesellschaft einerseits sowie autoritär-regressive Tendenzen andererseits insbesondere auch in Deutschland wahrnehmen können?

Auf jeden Fall, wengleich die Entwicklungen und Tendenzen in anderen Ländern natürlich noch deutlich schlimmer sind. Schauen wir uns beispielsweise die Medienlandschaft an: auch wenn ich neben den deutschen Medien nur amerikanische, britische und israelische Medien verfolge – die deutsche Medienlandschaft ist verglichen mit anderen vorzüglich. Aber dies muss auch so bleiben und gerade wenn zum Beispiel die Tendenz dahin verläuft, dass es immer weniger Festanstellungen, die dann aber schlecht bezahlt werden, gibt, dann ist das für die Demokratie eine Gefahr. Mit 100 € pro Artikel ist kein investigativer Journalismus möglich. Eine starke Medienlandschaft ist jedoch Voraussetzung für die Demokratie und liegt mir daher auch besonders am Herzen.

Wenn ich Sie richtig verstehe, spielen Sie damit besonders auf die neoliberalen Logiken an, die zunehmend unser Zusammenleben und damit auch die Demokratie, aber auch individuelle Wert- und Weltvorstellungen beeinflussen. In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften gibt es viele Bezeich-

nungen: Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, das Eindringen systemischer Imperative in unser Denken und Handeln, mit Habermas also die Kolonialisierung der Lebenswelten, und einige sprechen sogar von der systematisch-ideologischen Engführung unserer Wert- und Weltvorstellungen durch den Neoliberalismus. Wo liegen die Ursachen für solche Entwicklungen und was bedeutet dies für unsere Moral- und Weltvorstellungen? Das Problem ist, dass der Neoliberalismus seit 1989 nicht einmal als Ideologie angesehen wird. Er gilt als Tatsache, die Menschen werden von Marktvorstellungen und Marktwerten getrieben. Alles andere gilt als Heuchelei oder Überbau. Marx selbst hat durch einen Widerspruch eine Menge dazu beigetragen. Einerseits zieht Marx nämlich mit beeindruckender Leidenschaft gegen soziale Ungerechtigkeit an, andererseits sagt er, Gerechtigkeit, Philosophie und Ideale zählen zum Überbau. Das ist ein Widerspruch im Herzen von Marx' Theorie, der zwar von vielen zu korrigieren versucht wurde, was aber orthodoxen Marxisten letztlich nie gelang. Diese Problematik gibt es hingegen bei dem sozialdemokratischen Theoretiker Eduard Bernstein nicht. Daher finde ich es auch ausgesprochen merkwürdig, dass er als Revisionist stigmatisiert wurde und damit für viele in Vergessenheit geraten ist. Denn er hat den Widerspruch von Marx gelöst und für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft mit demokratischen Mitteln plädiert. Glücklicherweise, denn wer will schon wirklich eine gewaltvolle Revolution? Eine weitere Stärke Bernsteins liegt dann besonders auch darin, dass er Ideale hochgehalten hat, was heute aus der Mode gekommen zu sein scheint. Nationalismus und religiöser Fundamentalismus sind nicht zufälligerweise nach

1989 wieder besonders stark geworden, ist dies doch nichts anderes als hilfloser Protest gegen eine Weltvorstellung, die nicht einmal dafür steht bzw. nicht dafür stehen will, eine Weltvorstellung zu sein und suggeriert: Gib den Menschen mehr und sie werden glücklich. Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Postdemokratie wurde ich sowohl von der damaligen Jusobundesvorsitzenden Johanna Ueckermann als auch von einer Wirtschaftswissenschaftlerin dafür kritisiert, dass ich nicht glaube, dass es den Menschen primär um Jobs und Löhne geht, also um die konkrete Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Nur dadurch, so die Argumentation, würden die Menschen wieder zur Sozialdemokratie finden und nicht ins rechte Lager wandern. Aber ich glaube, dass man sich dem Nationalismus und Fundamentalismus zuwendet, weil es außer Marktwerten keine Werte in dieser Gesellschaft gibt. Ich glaube, dass der Sozialismus – Gott sei Dank – gerade für jüngere Menschen um einiges attraktiver als der Neoliberalismus ist. Doch glaube ich nicht, dass dies daran liegt, dass sie selbst wirtschaftlich prekärer als ihre Eltern gestellt sind. Möglicherweise ist die Prekarität auch ein Fenster in einer größeren Welt, aber geht es ihnen nicht in erster Linie um den Lebensstandard der eigenen Eltern als Zielsetzung. Vielmehr ist eine Empörung junger Menschen festzustellen: «Schau mal, dieses eine Prozent!» «Schau mal, wie viele Menschen im Mittelmeer umkommen.» «Schau mal, wo unser Reichtum eigentlich herkommt.» Dieser Protest ist nicht selbstbezogen, gerade weil man zu den 99% gehört, kann man eine Empathie mit den anderen sehen. Und wenn die Sozialdemokratie das nicht sieht, dann wird sie verlieren – an Nationalisten und Fundamentalisten.

Aus dem rechten bzw. konservativen Flügel der SPD konnte man des Öfteren hören, dass man mit dem Thema der Gerechtigkeit keine Wahlen mehr gewinnt – unter anderem als Konsequenz der Individualisierung. Dem widersprechen Sie also?

Dieses Argument gegen Gerechtigkeit als zentrales Thema ist absoluter Quatsch! Ich glaube eines der gravierenden Probleme der SPD ist, dass sie ihren eigenen Idealen nicht treu geblieben ist. Diese Individualisierung sehe ich einfach nicht. Besonders dass Menschen zunehmend durch Reisen und Fremdsprachen die Welt erfahren können, zeigt doch Potenzial gegen die Individualisierung. Besonders jüngere Menschen, und insbesondere die, die längere Zeit im Ausland waren und Kontakt mit den Menschen auf der ganzen Welt haben, haben viel mehr ein Gespür für die Welt, sind aufgeschlossen und widersprechen der Annahme und der Postulierung von der Individualisierung der Gesellschaft bzw. zeigen zumindest, dass ein Gespür für Gerechtigkeit fortbesteht sowie Empathie und Solidarität weiterhin möglich sind.

Wir haben jetzt lange über gesellschaftliche Entwicklungen und Phänomene gesprochen. Sie forderten auf der angesprochenen Veranstaltung der FES im Oktober 2017 als Antwort mehr Kant und Bernstein für die Sozialdemokratie. Was bedeutet das konkret und was würden Kant und Bernstein der Sozialdemokratie in ihrer aktuellen, prekären Situation empfehlen?

Gerade die soziale Gerechtigkeit stärker zu fordern und auch selbst zu leben wäre die oberste Empfehlung der beiden an die Sozialdemokratie. Lassen Sie mich ein Beispiel aus der Religion bringen. Obwohl ich Jüdin bin, ist die größte moralische Autorität für mich aktuell Papst Franziskus und damit bin

ich nicht allein. Das liegt zunächst daran, dass er soziale Gerechtigkeit absolut in den Mittelpunkt der Religion stellt, benennt was dies bedeutet und die Ursachen sozialer Ungerechtigkeit aufdeckt und erkennt. Darüber hinaus, und das ist der Grund, warum er so viele Menschen anzieht: er lebt, was er predigt. Nun glaube ich nicht, dass wir uns alle der Askese hingeben sollten, aber hinter den eigenen Überzeugungen zu stehen und diese zu leben, ist entscheidend. Das heißt dann aber nicht, wie auch Bernstein betont, dass man keine Kompromisse machen soll. Denn davon lebt die Demokratie. Allerdings sollte man laut und offen zu seinen Überzeugungen und ursprünglichen sozialdemokratischen Idealen stehen und diese auch vorleben. Auch wenn Ideale und Visionen, wahrscheinlich in der gesamten Partei, oft als Sonntagsreden und Schaum angesehen werden – ein solches Denken bedeutet den Sieg der Neoliberalen. Denn ohne Ideale und Überzeugungen würden nur Marktwerte gelten und sonst nichts.

An dieser Stelle bietet sich ein Blick auf die innerparteiliche Diskussionskultur der SPD an. Sie schlagen in einem ihrer Werke vor, den digitalen Medienkonsum für junge Menschen zu begrenzen und sich lieber dem Lesen von Klassikern zuzuwenden und die Welt zu erkunden bzw. zu erfahren. Lässt sich dies vielleicht auch auf die SPD, die zwar keine junge Partei ist, aber in ihrer derzeitigen Verfassung zumindest sehr unbeholfen wirkt, übertragen. Sollte die SPD sich also quasi analog dazu, anstatt Parteitage und ihre Inhalte bloß medienkonform zu inszenieren, wieder mehr Zeit für innerparteilichen Diskurs, theoretische Diskussionen und den Internationalismus nehmen?

Auf jeden Fall für den Internationalismus, denn dieser ist das Herz des Sozialismus

und es ist absolut kein Zufall, dass Nationalisten und Konservative zusammenkommen. Internationale Solidarität reflektiert sozialistische Werte und eben nicht rassistische und nationalistische Werte. Wenn man sich Gedanken über die innerparteiliche Diskussionskultur macht, muss man auch den Medienkonsum kritisch betrachten. Ich glaube, das Gehirn verrottet durch den Medienkonsum zunehmend, ich bin fremdgeleitet und meine Autonomie sinkt, wenn ich dauernd Seitenvorschlägen folge und einen Klick nach dem anderen tätige, weil mir dies schmackhaft gemacht wird. Zudem lässt die Konzentration gravierend nach. Das wirkt sich dann auch auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen und die Diskussionskultur aus. Natürlich geht es heute nicht ohne und viele Dinge werden auch erleichtert, beispielsweise ersetzen zwei Klicks eine Fahrt in die Bibliothek. Aber es ist wie mit dem Alkohol – in Maßen ist er zu genießen, ansonsten ist man auf Dauer ziemlich fertig

Und wie sieht es mit den theoretischen Debatten aus? Wie nimmt man die Wähler*innen mit und welche Rolle kommt den Wissenschaftler*innen zu, verharren diese doch oftmals lieber in ihren akademischen Elfenbeintürmen? Wäre der Dialog, wie ihn beispielsweise damals Albert Einstein durch sein Lehren in Arbeiterkreisen suchte, zwischen Wissenschaftler*innen und Wähler*innen bzw. Arbeiter*innen für die Sozialdemokratie nicht unerlässlich.

Ja, aber mit Vorsicht. Denn Sie haben vollkommen Recht mit ihrem Hinweis auf die akademischen Elfenbeintürme. Dies bedeutet auch, dass viele Menschen, die durch das akademische System gegangen sind, verlernt haben, sich für alle verständlich auszudrücken. Dabei wäre es so wichtig, theo-

retische Debatten auf einem Niveau zu halten, das nicht langweilig ist. Damit einher geht mein Appell an Wissenschaftler*innen anders zu schreiben und zu reden. Das wird bei vielen älteren Wissenschaftler*innen vermutlich nicht mehr funktionieren, aber gerade junge Menschen bräuchten den Mut, für alle zugänglich zu schreiben. Wenn mir beispielsweise meine dreizehnjährige Nichte lieber völlig abstrakt – weil sie es in der Schule so lernt – von ihrem Religionsunterricht erzählt, als persönlich und lebendig davon zu berichten, dann ist das ein Problem. Wir sind alle irgendwann von bestimmten Formen von theoretischen Debatten gelangweilt und übertragen auf Ihre Frage bedeutet dies, dass ein falsch angelegter Dialog die Menschen eher von theoretischen Auseinandersetzungen, von politischen Inhalten, vielleicht von der gesamten Politik abhält.

Zum Abschluss: sein episches Theater *Der gute Mensch von Sezuan* beendet Brecht mit den Worten: «Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluss! Es muss ein guter da sein, muss, muss, muss!» Glauben Sie an ein gutes Ende der Demokratie und der Sozialdemokratie und an welche Bedingungen ist dies geknüpft?

Kant hat den Begriff Vernunftglaube verwendet und meinte damit, dass die Zukunft völlig ungewiss ist. Es gibt gute Gründe, Sorgen mit sich zu tragen. Ich bin selbst keine Optimistin. Optimismus ist eine Verkennung der Tatsachen. Hoffnung hingegen ist der

Versuch, Tatsachen zu verändern. Kant sagt, wenn die Zukunft ungewiss ist, dann soll man an das glauben, was einem erlaubt, moralisch für eine gute Zukunft zu handeln. Wenn ich glaube, dass die Sozialdemokratie nicht mehr möglich ist, dann kann ich die Reste meiner Tage auf einer Insel genießen, weil die Welt eh untergeht. Wenn ich aber ein bisschen dazu beitragen will, dass die Welt und die Sozialdemokratie nicht untergehen, dann muss ich daran glauben, dass dies auch möglich ist. Es geht schließlich um moralischen Fortschritt. Zynismus, Resignation und Pessimismus sind nur Waffen der Rechten. Glauben, dass es besser werden kann, ist die Voraussetzung dafür, dass es besser werden kann. Das muss die politische Linke endlich begreifen. Für die Hoffnung auf eine wiedererstarke SPD sind dann aus meiner Sicht drei Punkte zentral. Erstens muss sich die SPD endlich darum bemühen die Unterschiede zwischen Ost und West aufzuheben – es ist Wahnsinn, was mir noch immer an westdeutschen Vorurteilen gegenüber Ostdeutschen unterkommt. Dann ist zweitens der entschiedene Einsatz gegen wirtschaftliche und industrielle Interessen notwendig. Und damit einher geht dann drittens, dass die SPD endlich wieder stärker nach links rücken muss, um glaubhaft zu sein und gerade junge Menschen von sich zu überzeugen; sie also Sozialismus, Internationalismus und Gerechtigkeit wieder laut vertreten muss.

Alter Wein in neuen Schläuchen? Zur Postdemokratie und Ihren Wurzeln

Ein wenig streichelte Wolfgang Streek die oft geschundene sozialdemokratische Seele, als er kürzlich in der *FAZ* das Ende der Kanzlerinnenschaft Angela Merkels prophezeite und in ihrem Abgang gleich das langersehnte Erwachen der deutschen Politik aus ihrer postdemokratischen Narkose sah.¹ Sieht man einmal von den zweifelhaften Zukunftsvisionen des Kölner Sozialwissenschaftlers ab, zeigt seine nonchalante Nutzung des «Postdemokratischen», wie weit dieser von Colin Crouch geprägt Begriff Einzug in die Diskurse um die Zustandsbeschreibungen der Demokratien westeuropäischer Prägung gehalten hat und zur festen Bezugsgröße geworden zu sein scheint.

Gerade aber der inflationäre Gebrauch dieser bei SozialdemokratInnen erstaunlich populären Krisendiagnose des englischen Soziologen bietet Anlass zur kritischen Reflexion. Im Folgenden soll deshalb der Versuch unternommen werden, einen Vergleich zu einer nicht minder populären Diskussion um den krisenhaften Zustand der Demokratie aus den 1970er-Jahren herzustellen. Damals schuf Jürgen Habermas in seinen Studien über die «Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus» einen Analyserahmen, um dem System inhärente gesell-

schaftliche Krisenphänomene durch eine umfangreiche systematische Kartierung der damaligen Öffentlichkeit aufzudecken. Der Vergleich zwischen Crouch und Habermas lohnt dabei nicht nur wegen der Reichweite der Debatte und der, wie ich behaupten werde, theoretischen Verflechtungen, sondern auch ob des zeitlichen Bezugsrahmens der 1970er-Jahre, der heute oft zu positiv verklärt wird. Schließlich soll danach gefragt werden, welche Ansätze angeboten werden, die aus der Krise in eine lebendige Demokratie führen.

Das Konzept der Postdemokratie bei Colin Crouch²

Was aber meint «Postdemokratie»? Die Grundanalyse hierbei ist relativ simpel: Nach Crouch beschreibt der Terminus einen Zustand, in dem auf formalistischer Ebene alle demokratischen Institutionen vorhanden sind, zum Teil sogar erweitert wurden, aber gleichzeitig immer weiter an Bedeutung verlieren. Medien und ExpertInnen würden die öffentliche Debatte kontrollieren und ließen «die Politik» zu einem reinen Spektakel verkommen. In seiner demokratischen Gegenwartsbeschreibung kommt den StaatsbürgerInnen die Rolle passiver, schweigender, ja apathischer Individuen zu, die nur noch auf extern gesetzte Signale reagieren. Reale Politik werde unter-

1 Streek, Wolfgang. *Merkel – ein Rückblick. Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. November 2017. Online abrufbar, unter: <http://plus.faz.net/feuilleton/2017-11-16/d5637e1d071d2d6c6afa36c6091d3fcc/?GEPC=s3>.

2 Der Abschnitt bezieht sich auf: Crouch, Colin: *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2008.

dessen nur noch hinter verschlossenen Türen gemacht – und zwar einerseits von gewählten Regierungen und andererseits von Eliten, die in erster Linie die Interessen einer entgrenzten (neo-liberalen) Wirtschaft vertreten. Der Souverän verkommt zum Zuschauer seines eigenen Spiels. Die Demokratie würde dabei, so Crouch, eine Parabelform annehmen, die ihren Höhepunkt, den sogenannten «demokratischen Augenblick», je nach Land in der Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten zwischen den 30er- und 1970er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts habe. Für Deutschland macht er diesen Moment in den 60er- und frühen 1970er-Jahren fest.

Das Konzept, dem in der Literatur zu Recht eine gewisse Unschärfe vorgeworfen wird, ist aber gerade wegen dieser, und der damit verbundenen Integrationsfähigkeit von scheinbar diffusen Krisenphänomenen, zum soziologischen Erfolgsmodell geworden. Der Begriff «Postdemokratie» führte somit zur Zuspitzung einer bisweilen undurchsichtigen Debatte, gerade weil er eine qualitative Grenze markiert.

War früher alles besser? – Die Zeitdiagnose Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus von Jürgen Habermas³

Während die oftmals konstatierte Unschärfe der Begrifflichkeit Crouchs zweifelsohne zu Ihrem Erfolg beigetragen hat, so lässt sich der zweite oft vorgebrachte Vorwurf, der Verherrlichung der vorherigen Zustände sozialer Demokratien in Westeuropa, weniger schnell entkräften, welcher dem Theorem gleichzeitig ein wenig seinen

Innovationscharakter abspricht.⁴ An dieser Stelle kommt Habermas ins Spiel, der trotz eines Abstands von mehr als 30 Jahren viele Zustandsbeschreibungen aus der Postdemokratiedebatte von heute vorweggenommen zu haben scheint und die in der deutschen Sozialdemokratie oft verherrlichten Zeiten der 60er- und 1970er-Jahre kritisch einordnet.

So waren die sozialstaatlichen Demokratien der Nachkriegszeit in Westeuropa sicher keine vollendeten *sozialen Demokratien*.⁵ Gleichwohl gelang es durch korporatistisches Wirtschaften ein gewisses Maß an Mitbestimmung auch im wirtschaftlichen Bereich zu etablieren. Diese Konstellation führte dazu, dass viele ZeitgenossInnen glaubten, das Zeitalter der vorher immer immanenten Wirtschaftskrisen sei überhaupt an ein Ende gekommen. Genau aber hier setzt 1973 Habermas mit seiner Schrift über die *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* an. Sein Hauptargument war, dass an die Stelle der wirtschaftlichen Krise eine Reihe von Legitimations- und Motivationskrisen treten würden.

Grundlegend für das Gesellschaftsverständnis von Habermas ist die berühmte

3 Der Abschnitt bezieht sich auf: Habermas, Jürgen: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1973.

4 Die offenbaren gesellschaftlichen Defizite der damaligen Zeit, die dank der unverzichtbaren Emanzipationsbewegungen heute sicherlich abgeschwächt sind, können ob des Umfangs des Artikels nicht reflektiert werden. Aber auch hieran offenbart sich, warum der einfache «der Weg zurück» wenig erstrebenswert erscheint.

5 Ausgehend von einem von Wolfgang Abendroth entworfenen Begriff der *sozialen Demokratie*, welcher in der normativen Debatte um die ideale Typisierung des Gesellschaftssystems der BRD gerade den SozialdemokratInnen als Referenzpunkt dient(e). Vgl. hierzu: Abendroth, Wolfgang: *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie: Aufsätze zur politischen Soziologie*. Vol. 47. H. Luchterhand, 1967.

Trennung von «System» und «Lebenswelt». Auf Grundlage je unterschiedlicher Verständigungsmechanismen kommt es in der «Lebenswelt» zu einer notwendigen symbolischen Reproduktion der Gesellschaft, während es in den «Systemen» zur materiellen Reproduktion kommt. Allerdings sieht er starke Anzeichen dafür, dass Macht und Geld längst in Bereiche symbolischer Reproduktion eingedrungen sind, in denen sie nur stören können.

Außerdem nimmt Habermas an, dass die Systeme Wirtschaft und Staatsverwaltung weiterhin durch Schwierigkeiten gekennzeichnet sind, die sie dem kapitalistischen Zwang zu Kapitalakkumulation verdanken. Der Kapitalismus tendiert nach wie vor zu Krisen, die allerdings keine systemgefährdenden Ausmaße mehr annehmen müssen. Für die Abfederung der systemimmanenten Krisen sorgt nicht zuletzt der Wohlfahrtsstaat.

Der Spätkapitalismus zeichnet sich, so Habermas, durch einen interventionistischen Staat aus, der eine wachsende Funktionslücke des Marktes zu schließen versucht, die sich aus dem immer weiter fortschreitenden Akkumulationsprozess im Kapitalismus selbst ergebe. Hierin liegt dann auch der orthodox-marxistische Rest des Republikaners Habermas. Innerhalb dieser systemischen Konstellation muss der Zuschnitt formaldemokratischer Einrichtungen und Prozeduren dafür sorgen, dass die Entscheidungen der Administration weitgehend unabhängig von bestimmten Motiven der StaatsbürgerInnen gefällt werden können. Hierbei ist von «staatsbürgerlichem Privatismus» die Rede, bei dem der Bürger zu einem Subjekt wird, das an Wahlen teilnimmt, sich aber weitestgehend aus dem Politischen zurückzieht und sich ansons-

ten auf das Privatleben konzentriert. Und so schrumpft der Legitimationsbedarf einer strukturell entpolitisierten Öffentlichkeit zwar, bleibt aber nach wie vor funktional. Dennoch besteht immer die Gefahr einer «Legitimationskrise», etwa wenn der motivatorische Input, die politische Passivität zu rechtfertigen, nicht mehr gegeben ist.

Fazit

Zusammenfassend zeigt sich, dass Habermas von einer systematischen Beschreibung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ausgeht und diese zeitdiagnostisch um die Kategorie der «Legitimationskrise» erweitert. Insofern ist seine Krisendarstellung umfassender und abstrakter als bei Crouch, im Kern jedoch sehr ähnlich. Dieser versucht in viel stärkerem Maße, die konkreten Erscheinungsformen vom Wandel der Demokratie zu beschreiben und in einen kausalen Erklärungszusammenhang zu stellen.

Nach einem Ausweg aus der jeweils diagnostizierten Lage gefragt, bieten die Autoren verschiedene «Lösungsmöglichkeiten» an: Crouch optiert in erster Linie dafür, entweder durch neue soziale Bewegungen die Demokratie zu revitalisieren oder aber die an die Politik gerichteten Ansprüche nach politischer Teilhabe über die Kanäle der Lobbyisten an sie heranzutragen, da postdemokratische Politik nun einmal über Lobbys funktionieren würde. Insbesondere in seinem neuesten Buch zeigt er eindeutig, dass er sich an jene richtet, die in dieser Welt klarkommen müssen, nicht aber an jene, die sie von Grund auf verändern wollen.⁶ Habermas wiederum argumentiert sys-

6 Vgl. hierzu: Crouch, Colin: *Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht*. Berlin: Suhrkamp, 2015.

temisch. Auch wenn er eine die kapitalistischen Strukturen überwindende Systemkrise für unwahrscheinlich hält und sich damit tendenziell vom traditionellen teleologischen marxistischen Weltbild distanziert, werden weitere Alternativen nur angedeutet. Hier gilt es aber vor allem sein «Negativ-Szenario» zu betrachten, in welchem sich der Staat aus seinen Legitimationszwängen befreit, indem er zunehmend autoritär handelt, also ohne Widerstände der Betroffenen zu berücksichtigen und so eine auch heute oft debattierte autoritäre Wende einleitet.

So greifen die vorgeschlagenen Ansätze auf gänzlich verschiedenen Ebenen, betrachten aber im Kern gesellschaftliche Krisen vor dem Hintergrund ökonomischer Gegebenheiten. Während Habermas sehr stark auf einer systemtheoretischen Ebene argumentiert, so scheint Crouch hingegen die Verhältnisse einer postdemokratischen, repräsentativen Demokratie grundsätzlich anzuerkennen und innerhalb der von ihr vorgegeben Grenzen Wandel erreichen zu wollen, sich dabei aber der «neuen Kommunikationsformen» der Politik bedienen zu wollen, um den Interessen der Mehrheit Geltung zu verschaffen.

Folglich muss die Sozialdemokratie ein Zukunftsszenario entwerfen, indem Demokratie auch wirklich als allumfassend demokratisch verstanden wird. Es geht um ein

Narrativ, dass den Verhältnissen entgegensetzen ist. Sozialdemokratie muss in diesem Kontext also mehr sein, als lediglich die Etablierung einer Sozialpolitik, die ökonomische Marktprozesse reguliert und abfedert. Im eigentlichen Wortsinn muss der Begriff vielmehr für eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierung stehen. Die Blaupause hierfür kann etwa Wolfgang Abendroth mit seiner Definition liefern. Für ihn ist *soziale Demokratie* «die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft [...] wird.»⁷ Es geht also nicht nur um die Demokratisierung der politischen Strukturen und Institutionen, sondern um die Demokratisierung der zentralen Organisationen der Produktion und wirtschaftlichen Macht. Nur so lassen sich die gesellschaftlichen Widersprüche, die sich in den post-demokratischen Symptomen äußern, nachhaltig überwinden. Wir müssen daher Demokratisierung als etwas begreifen, das sich nicht auf politischen Institutionen begrenzt, sondern alle Organisationen und Institutionen der Gesellschaft ergreifen muss.

7 Abendroth, Wolfgang. *Demokratie als Institution und Aufgabe*. In: *Gesammelte Schriften* Bd 2, S. 407–416. Hannover: Offizin, 2008.

Ist das Private noch politisch?

Zur Notwendigkeit feministisch formulierter Anliegen in der androkratischen Postdemokratie

«Es kommt doch ohnehin auf dasselbe 'raus.» Ein geflügelter Satz, der die Frustration vieler Bürger*innen vor dem Hintergrund der Bundestagswahl in Deutschland auf den Punkt bringt. Gleichwohl wer nach der Wahl die Fäden auch ziehen mag, Veränderung werde sich nicht einstellen. Der politische Einheitsbrei schmeckt nicht und trotz alledem ist von Aufbruchsstimmung und wachsendem politischen Engagement vonseiten der Wähler*innen wenig zu spüren. Welche Gefahr von dieser wechselseitigen Stagnation – die faktische Entmachtung parlamentarischer Strukturen durch strategische Lobbyarbeit auf der einen sowie die passive Rolle der Bürger*innen auf der anderen Seite – ausgeht, wird rasch deutlich: Die Flucht in den sicheren Hafen des «Eigentlich ist doch alles schön»-Konservatismus wird immer verlockender, Rechtspopulist*innen jubeln über zweistellige Ergebnisse, die sie unter anderem den Einstellungen politikverdrossener Protestwähler*innen verdanken. Vor allem jedoch ist es die nicht enden wollende Trägheit, die die Gesellschaft prägt – und das trotz schwierigster Außen- und innenpolitischer Verhältnisse. Der Diskurs verkommt um eine Debatte der Debatte wegen und vermag die Menschen nicht mehr zu fesseln und zu Widerspruch zu bewegen, sondern hält sie in immer gleichbleibenden Scheindiskussionen fest. Dass derlei Formen post-

demokratischer Phänomene existieren, steht außer Frage – wagt mensch jedoch einen Perspektivenwechsel, werden offenkundige Unterschiede der Auswirkungen dieses Trends für verschiedene Geschlechter sichtbar. Das Ziel der nachfolgenden Analyse wird daher sein, den Begriff der Postdemokratie feministisch zu rezipieren und gleichsam zu verdeutlichen, weshalb ein solches Vorhaben im Grunde ein eigenes Buch beanspruchen müsste.

#metoo – eine Gesellschaft enttarnt sich

Als ein bemerkenswertes und gleichsam erschreckendes Beispiel für die Konsequenzen einer abhanden gekommenen Diskussionskultur müssen wir davon sprechen: *#metoo*, eine Kampagne in den sozialen Netzwerken, mithilfe derer Menschen allerorts die Möglichkeit gegeben wird, ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Tabuthema «sexuelle Belästigung» öffentlich zu machen. Die Resonanz war überwältigend – erschreckend überwältigend. Bei genauerer Betrachtung der Materie wird deutlich, dass die Aktion gleich auf mehrere Problemfelder hinweisen kann: Sexuelle Belästigung (vor allen Dingen gegenüber Frauen*) findet – trotz gleichheitsgebender Rechtslage – noch immer regelmäßig statt. Eine repräsentative Erfassung der Taten ist kaum möglich, sowohl im Berufsumfeld als auch Privat liegen die Dunkel-

ziffern vermutlich noch höher, als wir uns vorstellen möchten. Viele Betroffene entscheiden sich aus Scham, Angst vor etwaigen Konsequenzen oder auch Unsicherheit bezüglich der Rechtslage gegen die Einleitung entsprechender Maßnahmen. Eine EU-Studie aus dem Jahre 2014 besagt: Jede dritte Frau in Europa war mindestens einmal von sexueller, beziehungsweise körperlicher Gewalt betroffen.¹ Angesichts solcher Studienergebnisse stellt sich notwendigerweise die Frage, weshalb derlei Taten nicht schon früher, ohne den Rahmen einer weltweiten Kampagne, öffentlich gemacht wurden. Genau hier liegt die Problematik struktureller Ungleichheit: Eine öffentliche Anprangerung von Täter*innen wird nicht selten mit einer eigennützigen Verunglimpfung gleichgesetzt, ungeachtet der Tatsache, dass nur in den seltensten Fällen unbegründete Anklagen stattfinden. Darüber hinaus wird nach wie vor von «Komplimenten» statt von Belästigungen gesprochen, ein «Stell dich nicht so an!» erscheint wirksam, unterdrückt jedoch klar das Recht einer Person auf ihren Körper.

Es wird deutlich: Anliegen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit sind innerhalb postdemokratische Gefüge nur schwer artikulierbar. In wellenförmigen Abständen werden Skandale laut, die einen scheinbar endgültigen Fokus auf die Problematik legen – im Endeffekt bleibt es jedoch oftmals nur bei einem Strohfeuer. Diese Formen eines medialen Aufschreis bleiben außerdem selten und können eine dauerhafte und zielführende Debatte zu den strukturellen Umständen sexueller Beläs-

tigung nicht ersetzen. Zu den Symptomen einer postdemokratischen Gesellschaft gehört die Androkratie daher *natürlicherweise*, da ein Aufbruch in Richtung einer geschlechtergerechten Gesellschaft nach einer kohärenten feministischen Agenda verlangt. Diese wiederum kann jedoch in Ermangelung eines lebendigen Diskurses nicht verabschiedet werden – aus einer Vielzahl von Gründen.

Feminismus in der Postdemokratie – Sein, Nicht-Sein und Wie-Sein

Zwei Hauptproblembereiche gehen hierzuhand mit der Forderung einer feministischen Agenda einher, die grundsätzlich nach der Etablierung einer geschlechtergerechten Gesellschaft strebt. Zum einen ist es – wie zu erwarten – das Wohlfahrtsystem, welches im Falle eines konservativ-korporatistischen Staatsverständnisses auf die Wahrung eines traditionellen Familienbildes baut. Damit geht unter anderem das sogenannte «Male-Breadwinner-Modell» einher, welches die männlichen* Mitglieder der Gesellschaft zur Erwerbsarbeit, die Frauen* dagegen zur Care-Arbeit ermuntert. Ein Zusammentreffen dieses Systems mit postdemokratischen Tendenzen bedeutet dabei, dass sich gegebene Zustände manifestieren und kaum hinterfragt werden. Wer nun aber glaubt, der Feminismus habe hier als Sprachrohr einer jahrhundertalten Bewegung leichtes Spiel, freut sich zu früh, denn ein weiteres Phänomen steht einer neuen, politisch formulierten Forderung nach mehr Geschlechtergerechtigkeit massiv im Wege. Was ist eigentlich feministisch? Und was nicht? Die Antwort auf die Frage *Was bedeutet Feminismus?* mag für einzelne Personen eine unstrittige sein, jedoch gestaltet sich eine Konsensfin-

1 Vgl.: <http://fra.europa.eu/en/publication/2014/violence-against-women-eu-wide-survey-main-results-report>.

derung im Sinne einer durchführbaren, politischen Agenda als außerordentlich schwierig. Während gesamtgesellschaftlich auch in postdemokratisch geprägten Gebieten bestimmte geschlechtsspezifische Problemfelder und entsprechende Lösungsstrategien bestehen bleiben (dazu gehört unter anderem die geschlechtsspezifische Armutsforschung, die Period-Positivity-Bewegung sowie Pro-Choice-Demonstrationen und Bemühungen zum Beenden sexueller Gewalt), können all diese Felder naturgemäß nur dann behandelt werden, wenn der Feminismus endgültig in Form eines nachhaltigen, konsistenten Policy Making Einzug in die Alltagspolitik findet. Welche Anliegen nun aber feministisch sind und welche nicht, ist eine Frage, über die sich vermutlich endlos gestritten werden kann. Setzt die differenzfeministische Bewegung vor allem auf eine Aufwertung des weiblichen Geschlechts, gehen Feminist*Innen nach Butler auf die Barrikaden, wenn es um ein «natürliches» Geschlecht geht. Auch auf regionale und kulturelle Unterschiede ist hier zu achten: Die Kritik am vornehmlich weißen, westlichen Feminismus und dessen Vereinnahmung der Frauen*bewegungen weltweit kommt nicht von ungefähr und ist zu beachten, um in der internationalen Zusammenarbeit künftig derartige Hegemonien einzudämmen. Damit steht fest: Die Integration von einem wie auch immer gearteten Feminismus in eine eingeschlafene politische Diskussions-

kultur gestaltet sich aus mehreren Gründen als schwierig und ist von einer Konsensfindung abhängig, die wiederum den Diskurs voraussetzt – ein Teufelskreis.

Mainstream-Feminismus oder die schwierige Frage nach dem Label

Es gilt also zunächst einmal herauszufinden, was Feminismus bedeuten kann, um sein Potenzial vollends ausschöpfen zu können. Ein wichtiger Zwischenschritt dabei ist, von *Feminismen* zu sprechen, um einzelnen Anliegen, die allesamt im Sinne einer gerechteren Geschlechterpolitik zu erreichen sind, gerecht zu werden. Sind wir in der Lage, abseits von feministischen Bildern im Mainstream zu sprechen, können verschiedene Feminismen endlich vollends als Plattform für (geschlechter-)politischen Diskurs dienen. Der dahinterstehende Prozess des individuellen Sich-Aneignens feministischer Denkart muss jedoch einhergehen mit einem tiefen Gefühl der Toleranz gegenüber jenen, die andere feministische Konzepte für sinnvoller halten. Zwar wird die Streitfrage, was dann als «Kernelemente» des Feminismus gehandelt werden muss, an anderer Stelle erörtert werden müssen – nichtsdestotrotz verdeutlicht die Komplexität der Thematik, welchen Herausforderungen wir uns nicht entziehen dürfen. Nur so hat «der» Feminismus die Chance, glaubhaft und nachhaltig innerhalb postdemokratischer Verhältnisse zu wirken und diese schlussendlich wieder zu einem lebendigen Diskurs zu bewegen.

Moritz Rudolph

Multipolare Weltordnung

Internationale Politik bei Chantal Mouffe

In ihrem Buch *Über das Politische* (2007) gibt es ein Kapitel, in dem sich Chantal Mouffe, weit weniger beachtet als ihr demokratietheoretischer Grundlagenteil, für die Schaffung einer multipolaren Weltordnung ausspricht. Mit Carl Schmitt, der 1952 einen Aufsatz über «Die Einheit der Welt» (Schmitt 1952) geschrieben hat, umreißt sie drei Weltordnungen, die nach dem Kalten Krieg möglich sind: ein Ende der Geschichte, das uns die liberale Welt einigung bringt, eine US-Hegemonie oder die Konkurrenz mehrerer autonomer regionaler Blöcke. Bekommen haben wir, so Mouffe, die US-Hegemonie. Das Problem dieser Ordnung ist aber, und das ist nun die Verbindung zu Mouffes Grundlagenteil, dass sie keine Kanäle für die Artikulation von Unbehagen am Weltzustand zulässt. Was der postpolitische Zustand im Staat hervorbringt, wiederholt sich auf internationaler Ebene: Es gibt keine Möglichkeit legitimer Konfliktaustragung innerhalb der Ordnung. Gegnerschaft ist nur als absolute Feindschaft möglich, daher die scharfe anti-westliche Rhetorik in Teheran, Moskau und Pjöngjang, daher auch der Terrorismus.

Mouffe plädiert dafür, dem Wunsch nach Gegnerschaft, der nun einmal nicht verschwindet, ein politisches Ventil zu geben. Dafür greift sie auf Carl Schmitts dritte Option – eine multipolare Weltordnung, die auf autonomen regionalen Blöcken mit *Interventionsverbot für raumfremde Mächte*

(Schmitt 1995) beruht – zurück und empfiehlt der politischen Linken, «auf die Schaffung eines internationalen Rechtssystems hinzuwirken, das auf der Idee regionaler Pole und kultureller Identität basiert, die in Anerkennung ihrer vollen Autonomie miteinander vereint wären.» (Mouffe 2007: 153).

Verschobenes Problem

Schon bei Schmitt selbst ist die Gemengelage jedoch komplizierter. Es gibt nicht nur drei mögliche Weltordnungen, sondern, zumindest im Übergang von einer Ordnung zur nächsten, noch eine vierte – Schmitt schreibt von einem «Durchgang zu einer neuen Vielheit» (Schmitt 1952: 11). Dieser Durchgang ist instabil und ungeordnet, er kommt dem ziemlich nahe, was Schmitt an anderer Stelle als «Bürgerkrieg» bezeichnet hat: eine «Beziehung von Ordnung zu Unordnung» (Schmitt 1995: 301). Zu den Kennzeichen dieses Bürgerkriegs zählt die Radikalisierung der Feindschaft, also genau das, was Mouffe verhindern will. Die linke Arbeit an der «Pluralisierung von Hegemonie» (Mouffe 2007), die Mouffe empfiehlt, könnte also nicht der erhofften multipolaren Weltordnung, sondern einer Weltordnung Vorschub leisten.

Carlo Masala (2016) vertritt die These, dass sich diese «Weltordnung» bereits abzeichnet und dass sie, wenn sie einmal da ist, sehr lange bleiben wird. Sie ist freilich nur ein Übergang, aber ein unendlich zäher.

Warum ist nun auch diese Welt, in der die «Hegemonie» tatsächlich «pluralisiert» ist, notorisch instabil? Die Mouffe-Schmittsche Großraumordnung verschiebt das Problem des Apolitizismus nur um eine Stufe nach unten: Ob nun die Welt eine erdrückende Vormacht hat oder die Großräume, macht keinen so großen Unterschied. Es wird dann künftig eben mehr Antibrasilianismus oder Antigermanismus geben, wenn der Teufel Amerika wegfällt. In Europa, wo die Großraumeinigung unter einer führenden Macht am weitesten fortgeschritten ist, sehen wir, wie diese führende Macht erstens nicht nur als wohlwollender Hegemon auftritt, sondern sein Partikulares universalisiert – etwa die deutsche Sparlogik, die sich in die institutionelle Architektur der Eurozone eingeschrieben hat. Diese Universalisierung des Partikularen schürt Misstrauen, das die Ordnung destabilisiert. Noch gibt es überwiegend «Loyalty», aber es regt sich bereits Widerstand in Form von «Exit» (BREXIT) und «Voice». Giorgio Agamben etwa plädiert in seinem vieldiskutierten Libération-Artikel für die Schaffung eines lateinischen Reiches gegen die deutsche Vorherrschaft. Der katholische Süden, so Agamben, muss seine mußevoll-poetische Existenz gegen die kalte, berechnende Protestantenkraft des Nordens verteidigen (Agamben 2013). Deutlich wird hier, wie zwar das Geld das Geschäft im Staatenverkehr bestimmt, dieser sich aber seine Ausdrucksform in der Kultur sucht, die so stabil eben doch nicht ist. Daraus lässt sich ein wichtiger Einwand gegen Mouffes Modell eines Kulturgroßraums ableiten: Mouffes Affirmation «gewachsener kultureller Pole» scheint kaum mehr als ein «kommunitaristischer Fetisch» (Habermas 2013: 152) zu sein. Die kulturellen Pole sind erstens nicht gewach-

sen, sondern gemacht, zweitens können sie auch ganz schnell ganz anders gemacht werden und drittens sind sie nicht homogen, sondern bestehen aus Kulturgeflechten, die sich überlagern und auch unterhalb der Ebene des Kulturgroßraums angesiedelt sind. Sie können rasch aufbrechen, sobald sich die politische Gelegenheit dazu ergibt. Eine kontinentale Leitkultur ist ständig umkämpft und selbst wenn wir die kulturelle Einheit des Kontinents Europa unterstellen wollen, so können wir doch an der Eurokrise sehr gut beobachten, wie darunter neue Gräben aufbrechen, die der Ordnungsstiftung im Wege stehen.

Machterosion im Zeitalter der Negativität

Es gibt noch einen zweiten wichtigen Einwand gegen eine stabile multipolare Weltordnung: Mouffes Hoffnung auf eine weltumspannende Wiederherstellung des Wiener Systems verkennt, dass sich die Natur der Macht fundamental geändert hat: Nach Carlo Masala (2016) fällt es Staaten heute schwerer, Machtmittel gezielt zur Verfolgung ihrer Interessen einzusetzen. Sie können sich zwar noch immer verteidigen, also den Gegner negieren, aber kaum noch etwas Positives schaffen, das über die eigenen Grenzen hinausreicht (vgl. Naím 2013: 52). Damit sinkt auch die Möglichkeit für Großmächte, Ordnung zu stiften – sowohl global als auch regional.

Die Machtmittel der Großen, schreibt Masala, erodieren auf drei Ebenen: militärisch, wirtschaftlich und ideologisch. Weil die globale Hauptbedrohung nach dem Kalten Krieg weggefallen ist, verlieren Sicherheitsgarantien an Bedeutung. Das vermindert die Abhängigkeit kleinerer Staaten von den Großmächten. So konnte etwa die Türkei 2003 ein US-Gesuch ablehnen,

62.000 Soldaten auf ihrem Gebiet zur Führung des Irakkriegs zu stationieren. Auch dass sich Deutschland 2011 in der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat zur Libyen-Resolution enthalten konnte, ist die Folge verminderter Abhängigkeit von den USA und vom westlichen Militärbündnis allgemein. Die Abhängigkeit vom Sicherheitsschirm sinkt, die Kosten, ihn aufzuspannen, steigen. Ordnungskriege sind für Großmächte ungeheuer kostspielig geworden. Die Verbreitung und Verbilligung von Technologien erleichtert die Gegenwehr. Al-Kaida hatte für die Anschläge vom 11. September 2001 eine halbe Million US \$ aufwenden müssen, die US-Reaktionen kosteten bis heute etwa 3 Billionen US\$. Natürlich sind die Großmächte noch immer in der Lage, diese Kriege (militärisch) zu gewinnen. Aber die Kosten werden durch die erleichterte Gegenwehr in die Höhe getrieben, wodurch die Hürden, sich auf einen Krieg einzulassen und ihn auch zu Ende zu führen, größer werden.

Zweitens gelingt es Großmächten immer weniger, ihre wirtschaftliche Macht gezielt einzusetzen. Ökonomisch potente Zwergstaaten entziehen sich ihrem Einfluss und stiften selbst kleine Ordnungen und Unordnungen. Katars Unterstützung der Muslimbrüder in Ägypten oder des Islamischen Staats in Syrien und im Irak unterminiert die Ordnungsversuche der Großmächte USA, Russland und der Europäischen Union.

Aber nicht nur jenseits, bereits innerhalb der eigenen Grenzen verlieren Großmächte die ökonomische Kontrolle – transnationale Unternehmen entziehen sich ihrem Einfluss, Ratingagenturen lenken Investitionsströme gegen den Willen ihrer Ankerstaaten. Die London City drohte 2010 erfolgreich damit, abzuwandern, falls die britische Regierung

einer zu weitgehenden EU-Bankenregulierung zustimmen würde.

Schließlich, und das ist die dritte Macht-erosion, gibt es einen neuen, digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Jürgen Habermas bezeichnet die vernetzte Kommunikationsform über soziale Medien als «hierarchielose Aufwallung» (Habermas 2008: 160), die den Regierungen das Leben schwermacht. Ihnen gelingt es immer weniger, den politischen Konsens zu organisieren. Die öffentliche Meinung wird erratisch gebildet und zerfällt ebenso schnell wieder. Ihr schwankender Kurs macht außenpolitische Kontinuität, die Voraussetzung für Ordnungstiftung, deutlich schwerer.

Soll man stoßen, was fällt?

Stimmt Masalas Analyse, dann gleichen die Großmächte heute eher gigantischen, brachliegenden Machtbündeln, die zwar von Zeit zu Zeit mobilisiert werden können, aber schnell wieder zerfallen. Vielleicht müssen wir also mit einer sehr langen Übergangsphase rechnen, die eher ungeordnet als geordnet ist und in der sich die Grenzen und Machtzentren rasch verschieben. Die territoriale Umordnung in Afrika und im Nahen Osten ist noch nicht abgeschlossen. Und auch Osteuropa scheint seine endgültige Form noch nicht gefunden zu haben. Selbst der Kern Europas ist vor einer Spaltung nicht sicher. Ein neuer Nationalismus macht sich breit, der aber nicht aus kleinen Teilen ein Großes schmieden, sondern aus einem Großen etwas Kleines herauslösen will. Der Nationalstaat rebelliert gegen Brüssel (Brexit) und die Region gegen den Nationalstaat (Katalonien) – beides könnte eine Phase der europäischen Desintegration einleiten. Auf die Pole der multipolaren Weltordnung ist kein Verlass.

Aber was heißt es eigentlich, unter diesen Voraussetzungen, an der «Schaffung» einer multipolaren Weltordnung mitzuarbeiten, wie Mouffe es der politischen Linken empfiehlt? Einen Übergangskrieg vorzubereiten? Ein Bündnis einzugehen mit allen Kräften, die sich den USA widersetzen? Also mit Russland, dem Iran, Venezuela und vielleicht der Hamas, die Judith Butler immerhin als Teil einer globalen Linken bezeichnet hat. Ist das Chantal Mouffes Programm? Eine solche Allianz könnte tatsächlich allerhand bewegen: sie kann zerstören, ohne etwas aufzubauen. Aber Mouffe hält es da wohl mit Zarathustra, der stoßen will, was fällt – hinein in den Orkus der Multipolarität. Ob man den Zerfall der Weltordnung aufhalten oder ihn nur verzögern kann, ist noch einmal eine andere Frage, aber ihn mutwillig zu beschleunigen, ist wohl doch ein wenig zu abenteuerlich.

Literatur

Giorgio Agamben: Que l'Empire latin contre-attaque!
In: *Libération*, 24.03.2013. In: [\[ration.fr/planete/2013/03/24/que-l-empire-latin-contre-attaque_890916\]\(http://ration.fr/planete/2013/03/24/que-l-empire-latin-contre-attaque_890916\) \[21.11.2017\].](http://www.libe-</p></div><div data-bbox=)

Jürgen Habermas : Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Demokratie. In: Ders.: *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt a.M. 2008, S. 138–191.

Jürgen Habermas: Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer politisch integrierten Weltgesellschaft. In: Ders.: *Im Sog der Technokratie. Kleine politische Schriften XII*, Berlin 2013, S. 138–157.

Carlo Masala: Weltunordnung. *Die globalen Krisen und das Versagen des Westens*, München 2016.

Chantal Mouffe: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M. 2007.

Moisés Naím: *The end of power. From boardrooms and battlefields and churches to states, why being in charge isn't what it used to be*, New York 2013.

Carl Schmitt: Die Einheit der Welt. In: *Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken*, Januar 1952, S. 1–11.

Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht. In: Ders.: *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969*, hg. v. Günther Maschke, Berlin 1995, S. 269–371, S. 301.

Merle Stöver

Zum Verhältnis von Kritik und Demokratie

Wider das Postulat des «Positiven»

Differenzieren, bis nichts mehr klar ist,
Formulieren, bis nichts mehr wahr ist.
Was bleibt, ist die Erkenntnis, es ist alles
gar nicht leicht.
Und ich denke – es reicht.

– *Marcus Wiebusch*

Als die ersten Ergebnisse der Bundestagswahl am 24. September um 18 Uhr bekannt gegeben wurden, organisierten nicht nur die üblichen antifaschistischen Gruppen auf der Straße vor der AfD-Wahlparty eine Kundgebung. Nach und nach fanden sich nach der ersten Prognose zudem etwa tausend Menschen auf dem Alexanderplatz in Berlin ein – sie wussten nicht, wohin mit der Wut und dem drückenden Gefühl der Ohnmacht. Zwar war das Wahlergebnis der AfD in Anbetracht etlicher Einzüge in Landtage nicht sonderlich verwunderlich, doch markierte es die tiefsitzende Handlungsunfähigkeit und die einhellige Ratlosigkeit aufs Neue: Obwohl man sowohl die AfD als Partei als auch die faschistoiden und antidemokratischen Bewegungen in ihrem Umfeld über Jahre hatte wachsen sehen, fehlt es bis heute an Konzepten und Strategien, die diesen entgegengesetzt werden können.

Dieser Abend, an dem die Menschen sich vor der Wahlparty der AfD versammelten, war jedoch nicht der Moment, in dem Lösungen formuliert oder Strategien vorgeschlagen werden mussten: Es zählten einzig der Protest und das Unbehagen – es ging

darum, da zu sein und den Einzug in den Bundestag nicht unwidersprochen hinzunehmen.

Demokratie lebt von Kritik. Sowohl von dem Versprechen der Freiheit der Kritik und der Meinungsäußerung sowie davon, durch Kritik neue Impulse zu bekommen, als auch davon, den Widerspruch jener zwei Voraussetzungen auszuhalten. Kritik ist aller Demokratie wesentlich.

Das magisierte Postulat des Positiven

Doch auch wenn diese Annahmen nahezu überall auf Zustimmung trafen, dauerte es nach der Bundestagswahl nicht lange, bis allorts Aufforderungen formuliert wurden, konstruktiv zu sein: Von der Huffington Post bis zur SPD teilte man die Auffassung, dass man – gerade jetzt! – in Parteien eintreten solle, sich einbringen und Vorschläge machen solle.

Fortan war die alleinige Kritik der Verhältnisse weder ausreichend noch schien sie förderlich. Sich des eigenen Verstandes zu bedienen und daraus resultierend Kritik zu üben, muss sich an der Konstruktivität ebenjener Kritik messen lassen. Dass Konstruktivität immer den direkten Bezug zum Status Quo voraussetzt, zeigt die Grenzen dessen, was Gehör findet und als gute, konstruktive oder positive Kritik angenommen wird, einmal mehr auf.

In seinem 1969 in der Wochenzeitung *Die Zeit* erschienenen Essay beschreibt

Theodor W. Adorno jene Voraussetzung an Kritik, «daß nur der Kritik üben könne, der etwas Besseres anstelle des Kritisierten vorzuschlagen habe [...] Durch die Auflage des Positiven wird Kritik von vornherein gezähmt und um ihre Vehemenz gebracht.» Im Verlauf benennt er jene Zählung der Kritik noch deutlicher: als eine Magisierung des Wortes «positiv».

Diese Entwicklung hat fatale Folgen: Darf nur bequeme Kritik geäußert werden, weil nur sie direkte Maßnahmen zur Folge haben kann, verzichtet die Demokratie auf das Herzstück der Mündigkeit derer, die sie am Leben halten. Kritik und Mündigkeit bedingen sich. Gleichsam ist jene Entwicklung das Eingeständnis des eigenen Pessimismus, dass eine andere Gesellschaft tatsächlich möglich sein könnte. Sie bleibt abstrakt.

Leistungszwang und Nützlichkeit

Gleichermaßen zeigt sich an dieser Stelle, wie sehr die Gesellschaft bis in die Tiefen der Ökonomisierung unterworfen ist und jeden Prozess auf seine Verwertbarkeit untersucht. Die Aufforderung, Parteien beizutreten, um *wirklich* etwas bewirken zu können, verstärkt den Eindruck einer Re-Institutionalisierung des Diskurses: Kritik soll nicht auf der Straße formuliert werden oder gar neue Räume erschließen und ihr subversives Potenzial entfalten. Sie soll in bestehende Strukturen integriert werden, in denen ihr deutliche Umrahmungen gegeben sind, innerhalb derer sie verwertbar ist. Nur die Kritik, die innerhalb der engen Fassungen von Parteien eine Weiterverwendung finden kann, ist in kapitalistischen Strukturen tatsächlich wertvoll.

Sowohl durch das Postulat des «Positiven» und den Zwang zur Konstruktivität

als auch durch die deutliche Verortung und Begrenzung dessen, was als Kritik an den Verhältnissen geäußert werden soll, wird eines deutlich: Nur bestimmte Formen der Kritik sind legitim. Dass auch die alleinige Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen eine Form der Partizipation ist und dennoch nicht als solche wahrgenommen wird, scheint in Anbetracht des Leistungszwanges an eine lange Tradition des Hasses auf Intellektuelle anzuknüpfen: «Wollte man eine Anatomie der deutschen Kritikfeindschaft entwerfen, so fände man sie fraglos mit der Rancune¹ gegen den Intellektuellen verbunden. Wahrscheinlich», so Adorno weiter, «wird in der öffentlichen oder [...] der nichtöffentlichen Meinung der beargwönte Intellektuelle mit dem Kritisierenden gleichgesetzt.»

Angst vor dem Abstrakten

Den Einen gelten Intellektuelle neidend als freischwebend und in ihren Äußerungen zu abstrakt, um sich einer Verpflichtung wie einer Partei anschließen zu können, die Anderen zeichnen das Bild von «denen da oben». Gemein sind ihnen jedoch die antisemitischen Ressentiments, aus denen sich der Antiintellektualismus speist. Die Feindschaft gegenüber Intellektuellen ist kein Phänomen der politischen Rechten, sondern eine Querfront gegen die Moderne.

Den Kritisierenden wird stets der Vorwurf der «Zersetzung» vorgetragen: Sie würden nicht ihren Beitrag zum gemeinsamen Projekt, dem Staat, indem sie förderliche Anstöße geben, leisten. Vielmehr seien sie es, die nicht in der Lage seien, konstruktive Gegenvorschläge zu liefern und denen durch ihre Abkehr vom Konkreten zumin-

1 Rancune (frz.): Boshaftigkeit.

dest eine Mitschuld an der Fragilität der Verhältnisse zuzurechnen sei. Damit sind sie nicht nur zu abstrakt, sondern zudem nicht in kapitalistische Verwertungslogiken einzubeziehen. Mit ihnen ist kein Staat zu machen.

«...denn Rettung der Aufklärung ist unser Anliegen»

Als Horkheimer und Adorno Anfang der 1940er-Jahre die *Dialektik der Aufklärung*, ihr vielleicht einflussreichstes gemeinsames Werk, verfassten, taten sie dies aus einer tiefen Enttäuschung heraus: Die marxistische Voraussagung hatte sich nicht erfüllt, anstatt an seiner Befreiung zu arbeiten, hatte sich das Proletariat auf die Seite des Faschismus gestellt und das Grauen der Shoa sollte die Welt erschüttern. Zwar wurde zwischen der Erstausgabe 1944 und der Erscheinung im Querido-Verlag 1947 das marxistische Vokabular durch weniger eindeutige Begriffe ersetzt, doch enthält selbst das dunkelste Buch der Kritischen Theorie den Funken Hoffnung auf das «Reich der Freiheit».

Es soll an dieser Stelle kein Vergleich angestrengt werden, der vor dem eigenen Revisionismus kaum zu retten ist, doch soll eine strukturelle Parallele aufgezeigt werden: Den höchsten Stimmenteil erlangte die AfD bei den Arbeitslosen und Arbeiter*innen. Hier erhielt sie über zwanzig Prozent der Stimmen. Erneut scheint die marxistische Analyse, in der die Arbeiter*innenschaft die Revolution hervorbringen muss, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu erkämpfen, mit sich selbst zu brechen.

Auch hier gilt es, den Bezug zu Horkheimer und Adorno zu suchen und mit ihren Befunden an das Heute zu appellieren: Nicht die für die Herausbildung der Klassenstruktur grundlegende Akkumulationstheorie im Marxismus ging fehl, sondern die daran anschließende Revolutionstheorie. Die Kritische Theorie distanziert sich nicht von der marxistischen Analyse, sondern nimmt mit ihrer Wertkritik von der Gewissheit der kommenden Revolution der Arbeiter*innenklasse Abstand. Die marxistische Analyse bleibt diejenige, die eine Kritik der Verhältnisse möglich macht und das Verständnis kapitalistischer Strukturen überhaupt erst erwirken kann.

Die Kritische Theorie äußert nicht den Anspruch, Politik zu machen und jenen verzweifelten Wunsch nach konstruktiven und verwertbaren Anstößen erfüllen zu können, sondern betreibt Ideologiekritik. Wenn also heute Unrecht geschieht und die Demokratie antidemokratische Kräfte in den Parlamenten stark werden lässt und Menschen sich ihres Verstandes bedienen und aufschreien, dann kann es nicht gelten, ihre Kritik zu lenken und ihnen ein magisches Postulat des «Positiven» naheulegen. Kritik und Mündigkeit sind so sehr miteinander verwoben und bedingen sich in einem solchen Ausmaß, dass ihre Notwendigkeit für die Demokratie auch von denen, die in allem die Verwertbarkeit messen, nicht zu übersehen ist.

Mit einer auf den Grund gehenden Kritik der Verhältnisse mag kein demokratischer Staat zu machen sein – ohne sie jedoch ebenso wenig. Schlimmer noch: Ohne sie verkommt er zur leblosen Hülle.

Online-Strategien ersetzen keine politische Botschaft Die Digitalisierung als Herausforderung für die Parteien des linken Spektrums

Es ist die Binsenweisheit unserer Tage: Digitalisierung und Internet verändern die Gesellschaft und das politische Leben. Dabei schwankt das Verhältnis linker Parteien, Institutionen und Bewegungen zwischen Kulturpessimismus und Unbehagen auf der einen, sowie erwartungsvollem Enthusiasmus und naiver Verklärung des Digitalen auf der anderen Seite.

Prototypisch für beide Extremhaltungen gegenüber dem Netz ist ein Ende 2016 erschienener und ironischerweise selbst über soziale Netzwerke vielfach geteilter Artikel mit dem Titel «Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt».¹ Die Autoren berichten darin von der Datenanalyse-Methode des Psychologen Michal Kosinski und behaupten, dass es vor allem mithilfe des Einsatzes von Big Data im US-Wahlkampf den Republikanern möglich gewesen sei, einen erfolgreichen, weil personalisierten Wahlkampf zu führen. Zielgerichtete Werbung, so die Hauptthese des Artikels, sei entscheidend für Donald Trumps Wahlsieg gewesen.

Der Artikel stieß auf große Resonanz, vor allem bei denjenigen, die sich immer noch nicht erklären konnten, was eigentlich

passiert war. Nach dem Wahlsieg des polternden Milliardärs wirkte der Frust offenbar tief und so erscheint die Wirkung des Artikels nur verständlich. Es schien geradezu tröstlich, die Ursache der Siegeszüge der neuen und alten Rechten in der Erzählung eines technologiekritischen Kulturpessimismus zu suchen.² Dabei ist die Haltung der Demokraten und des enttäuschten liberalen Bürgertums weltweit janusköpfig. Die Schnelligkeit des Internets, offenbart nämlich zweierlei: Einerseits fürchtet das liberale und mitte-links orientierte Spektrum – sowohl in Amerika als auch in Europa – das Internet als Ort der *Fake News* und Propaganda der Demagogen; andererseits schwingt aber auch immer die Frage mit, wie man ggf. die internettypische Kommunikation für sich selbst nutzbar machen könne: Wenn doch nur *wir* solche «Bomben» einsetzen könnten – so lautet die Devise des Mitte-Links Spektrums – dann sollten wir das auch. So hat zum Beispiel auch die deutsche Sozialdemokratie unter anderem auf die Kommunikationsrezepte und digi-

1 Grasseger, Hannes; Grogerus, Mikael: Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt, in: Das Magazin (48), 3.12.2016, online unter: <https://www.dasmagazin.ch/2016/12/03/ich-habe-nur-gezeigt-dass-es-die-bombe-gibt/>.

2 Der Artikel weckte indes noch andere Kritik, bspw. vom Online-Experten Sascha Lobo. Siehe hierzu: Lobo, Sascha: «Trump hat mit Big Data gewonnen». Wie unser Technik-Aberglaube allen schadet, in: Spiegel-Online, 7.12.2016, online unter: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/magischer-digitalismus-wie-unser-technik-aberglaube-uns-allen-schadet-a-1124836.html>.

talen Zauberformeln des einstigen Barack Obama und Theresa May Wahlkämpfers Jim Messina vertraut.

Missinterpretationen des Internets

Dabei wird oftmals vergessen: Ein gut gemachter Online-Wahlkampf ersetzt keine politische Botschaft. Und überhaupt: das Internet lediglich als Trägermedium und Werkzeug der eigenen Interessen zu verstehen, bedeutet die eigentliche Tragweite der Digitalisierung zu übersehen. Vor allem die sozialen Medien werden von den meisten Parteien heute nach wie vor als bloße Mittel zum Zweck verstanden. Die Erwartung mit möglichst guter Strategie – in der Regel verstehen darunter die meisten teure PR-Agenturen – ein hohes Ergebnis zu erzielen, wird dabei oft enttäuscht. Es werden Expert_innen in die Parteizentralen eingeladen, die dort ein wenig den Silicon-Valley-Scharm versprühen sollen. Oft haben sie aber nicht mehr zu bieten, als die Form *vor* Inhalten zu predigen. Wenig überraschend ist, dass nicht selten die Wahlkämpfe derjenigen, die am stärksten auf die professionellen scheinbaren Innovatoren setzen, am Ende besonders konformistisch und beliebig wirken.

Durchaus, das Netz kann ein wichtiges Werkzeug für Politik sein. Aber hierzu ist – leider immer noch – eins zu sagen: die (nicht mehr ganz so) neuen Medien dürfen nicht als neue Methoden einer alten top-down-Kommunikation gedacht werden. Wenn Parteien etwa lediglich Emails ihrer Führungsriege an das Wählervolk zu verschicken gedenken, werden diese und ihre Führungsfiguren schnell in den windigen Rückkopplungseffekten der Netz-Communities zerrieben. Die Aufmerksamkeitsökonomien der sozialen Netzwerke sind an die-

ser Stelle gnadenlos. Immer wieder erleben wir die eben nicht steuerbaren Erregungsmechanismen von sozialen Medien, etwa im Falle Thomas de Maizières unglücklicher Äußerung «Ein Teil meiner Antwort würde die Bevölkerung verunsichern»³ oder Peter Taubers Empfehlungen über eine «ordentliche» Berufsausbildung, mit denen offensichtlich nicht nur er, sondern auch der damalige Kanzlerkandidat Martin Schulz nicht umzugehen wusste.⁴ Wenn die Parteien links der Mitte die Digitalisierung wirklich für sich nutzen möchten, müssen sie davon Abschied nehmen, die digitalen Möglichkeiten aus einer rein funktionellen Logik für ihren Organisationsalltag und als bloße nutzbare Kommunikationswege zu betrachten. Es ergeben sich dabei zwei Aufgaben, die es zu meistern gilt.

Zwei Aufgaben für die Politik im digitalen Zeitalter

Die erste Aufgabe besteht darin, die Struktur der Öffentlichkeiten des Netzes besser zu analysieren und sich entsprechend zu positionieren. Soziale Medien sind eben nicht nur *vermittelnde* Medien, sondern auch partizipative politische Räume und soziale Infrastruktur. Die Politikwissenschaft diskutiert hier inzwischen in den Mainstream eingedrungene Begriffe wie «Filterblasen» und «Echokammern». Diese Begriffe stünden – so der Tenor – für das Problem, das sozi-

3 Vgl. Klatt, Jöran: Der paternalistische Minister, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 20.11.2015, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/de-maiziere-der-paternalistische-minister>.

4 Vgl. Ders.: Empörung ohne Widerspruch, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 5.7.2017, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/empörung-ohne-widerspruch>.

ale Medien den politischen deliberativen Diskurs nahezu unmöglich machen würden – und die Individuen des Digitalzeitalters sich lieber alternativer Fakten und für sie maßgeschneiderter Meinungen bedienen, als den Austausch und die Diskussion suchen würden.

Indes ist dieses Phänomen nicht allein ein Kennzeichen der Digitalisierung. Die Forschung zu analogen Echokammern zeigt uns dies. Der Politikwissenschaftler Torben Lütjen beschreibt in seiner Habilitationsschrift anhand der US-amerikanischen Städte Madison und Waukesha, dass Echokammern lebensweltliche Ausmaße annehmen und durchaus auch sehr analog sind.⁵ Die demokratische Hochburg Madison auf der einen, die republikanische Bastion Waukesha auf der anderen Seite, stünden dabei für die Homogenisierungs-Bewegung der Amerikaner, sich immer häufiger in sozial und habituell entsprechenden Lebenswelten niederzulassen, ohne den Kontakt mit politisch Andersdenkenden suchen zu müssen. Lütjen spricht dabei von einem Prozess «paradoxe[r] Individualisierung: Man wählt, nicht ständig die Wahl zu haben.»⁶ In ihrem bereits 2008 erschienenen Buch über den Begriff der Echokammer stellten Jamieson und Cappella den US-amerikanischen Radiomoderator Raush Limbaugh ins Zentrum und wendeten sich dezidiert den vordigitalen Medien zu, mit deren Hilfe die Republikaner – in lokalen Radios, mit Flugblättern und Zeitschriften – gezielt auf

die rhizomatischen Geflechte der traditionell und konservativ eingestellten Milieus abzielten.⁷ Die zeitgenössische Echokammer ist folglich weitaus älter als die Digitalisierung, hat ihre Wurzel ausgerechnet in der Zeit, die heute nostalgisch verklärend oft als Hochphase der deliberativen Öffentlichkeit angepriesen wird. Weiter darf im Klagen über Echokammern und Filterblasen auch nicht vergessen werden, dass generell die Hausmedien der deutschen Parteien, bspw. der sozialdemokratische *Vorwärts*, in gewisser Weise von Natur aus Echokammer-Charakter – mindestens ein gegenkulturelles Potenzial – haben sollten. Das Klagen über mosaikartige multiple Öffentlichkeiten sollte also immer auch vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Schwunds der linksliberalen Hegemonie betrachtet werden, dass also Sozialdemokratien und allgemein das linksliberale Spektrum generell an Sprache, Erzählungen und Utopien verloren haben. Daran ist nicht alleine die Digitalisierung schuld.⁸

Denn was uns die Lektüre von bspw. Lütjen und Jamieson/Cappella lehrt, ist, dass – vorausgesetzt man wollte überhaupt so etwas wie linksliberale Echokammern errichten, dieses Unterfangen vermutlich gar nicht (mehr) funktionieren würde. Denn sie entstehen in einem wechselseitigen Verhältnis von politischen Parteien und Politiker_innen auf der einen Seite, die vorhandene Wünsche und Bedürfnisse eines Milieus auf der anderen Seite geschickt zu kanalisieren wissen. Linke Netzpolitik muss

5 Lütjen, Torben: *Die Politik der Echokammer. Wisconsin und die ideologische Polarisierung der USA*, Bielefeld 2016.

6 Ders.: «Monologe in der Echokammer. Wisconsin und die ideologisch-geographische Balkanisierung Amerikas», in: *INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 3|2013 (1), S.116–127, hier S. 127.

7 Jamieson, Kathleen H.; Cappella, Joseph N.: *Echokammer. Rush Limbaugh und die konservative Medien-Establishment*, Oxford 2008.

8 Vgl. Klatt, Jöran: Gemeinsam sprechen wir Seit an Seit? Überlegungen zu einer Hegemonie der Solidarität, in: *perspektivends* 34|2017 (1), S. 249–253.

daher zuerst fragen, wen sie *vertreten* will, bevor sie fragen sollte, wen sie wie *erreichen* möchte.

Dies führt zur zweiten Aufgabe die darin besteht, die eigenen von der Digitalisierung betroffenen Zielgruppen auszumachen. Es bietet sich an, hier von einem Proletariat der Digitalisierung zu sprechen. Mit der Digitalisierung einher geht eine Fragmentierung politischer und sozialer Gruppen, in der die Individuen gegeneinander ausgespielt werden. Digitalisierung und Neoliberalismus harmonieren dabei perfekt miteinander, wie der Wirtschaftshistoriker Philip Mirwoski es beschreibt:

«Die Ausbreitung des Internets ist für die Neoliberalen selbstredend ein Segen gewesen. Chatrooms, Online-Spiele, virtuelle soziale Netzwerke und elektronische Finanzgeschäfte haben selbst geistig Minderbemittelte zum Experimentieren mit der neuen neoliberalen Subjektivität ermuntert. Eine Welt, die es dem Subjekt ermöglicht, virtuell das Geschlecht zu wechseln, beliebige Eigenschaften anzunehmen, sein Sozialleben auf die Statistiken auf einer Social-Networking-Website zu reduzieren oder zu meinen, es könne sein Wesen abgetrennt vom Körper im Netz hochladen, ist ein neoliberaler Spielplatz. Die in den Massenmedien so beliebten Geschichten über IT-Millionäre lehren unterdessen, dass man keine materiellen Gegenstände herstellen muss, um am globalen Markt der Köpfe teilzunehmen.»⁹

So wird das Spiel mit der eigenen Identität, wie wir es alle im Internet erlernen, heute in allen Bereichen des sozialen Lebens erwartet. Aus den Möglichkeiten

wird ein Zwang und die strukturellen Ursachen von Armut und Arbeitslosigkeit auf den/die Einzelne/n verlagert. Denn: Wer modern und online ist, gehört nicht automatisch zu den Gewinner_innen – manchmal ist es genau umgekehrt und die besonders fleißigen sind dennoch prekär beschäftigt, trotz bester Vernetzung und neuestem Applegerät.

Im Zeitalter «kommunikativ verflüssigter Identitäten»¹⁰ mag es möglich sein, frei zwischen den Ichs zu wechseln, was vom Gros der Beteiligten des Digitalismus als befreiend erfahren wird. Dennoch verdeckt die Möglichkeit morgens Lehrer und abends Paladin in einem digitalen Videospiel sein zu können, dass von den (post)modernen Subjekten permanent jene Anpassungsfähigkeit auch im Berufsleben erwartet wird, sowie unbedingte Flexibilität, Mobilität und hohe Risikobereitschaft. Dabei erodiert die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit mehr und mehr. Solidarität und Klassenbewusstsein wirken dabei anachronistisch im Zeitalter des «Kult des Starke Ichs», wie der Soziologe Heinz Bude treffend den Wesenskern des Neoliberalismus beschreibt.¹¹

Fazit

Die Herausforderung für eine demokratische Linke besteht nun darin, diese Interessen wieder gemeinschaftlich und solidarisch zu artikulieren, und dabei nicht der Mär der Digitalisierung als Lösung der Digi-

9 Mirwoski, Philip: *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*, Berlin 2015, hier S. 65.

10 Straub, Jürgen: «Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs», in: Assmann, Aleida; Friese, Heidrun (Hrsg.): *Identitäten, Erinnerung, Geschichte, Identität*, Frankfurt a.M. 1999, S. 73–104, hier S. 77.

11 Bude, Heinz: *Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen*, Bonn 2017, hier S. 13.

talisierung anheimzufallen. Linke Netzpolitik darf sich nicht im Reden über den *digital divide*, also der Frage nach dem Zugang zum Netz erschöpfen (gleichwohl mag dies auch ein Problem sein). Mit dem Zugang zum *schnellen* Internet ist selbst noch keine Chancen- und Verteilungsgleichheit erreicht – der digitale Arbeitsmarkt ist und bleibt ein Markt, der nach Marktlogik operiert, Ausbeutung und Entfremdung eingeschlossen. Ein Laptop für jede/n Schüler_in wird daher weder die Marktkräfte zügeln,

genauso wenig wird es helfen, den Betroffenen zu raten, ihr digitales (und analoges) Ich besser zu pflegen und sich immer weiter zu optimieren. Kurzum: Die Digitalisierung mag Chancen für die *politische Kommunikation* bieten; aber sie ersetzt nicht die viel wichtigere Aufgabe für linke Parteien, wieder über Ungleichheit, Verteilungsfragen und Solidaritätsstrukturen in der analogen Welt nachzudenken und eigene Problemdiagnosen sowie politische Lösungansätze anzubieten.

Carsten Schwäbe

Nach der Bundestagswahl 2017 – Die SPD und den Demokratischen Sozialismus kann es ohne Streit nicht geben

Direkt nach der Bundestagswahl 2017 nahm Martin Schulz die Oppositionsrolle für die SPD offensiv an und schloss eine Großen Koalition aus. Die SPD soll als «Bollwerk der Demokratie» die parlamentarische Debatte als starke Opposition wiederbeleben. Erste Vorstöße lieferte die SPD-Bundestagsfraktion bei der konstituierenden Sitzung des Bundestages: Vier mal im Jahr solle die Bundeskanzlerin durch das Parlament direkt befragt werden – im Stile des britischen Unterhauses, das bekannt für einen konfrontativen Debattenstil ist. Aber reicht ein konfrontativerer Debattenstil aus, um eine demokratische Streitkultur im Sinne des Demokratischen Sozialismus aufzubauen?

«Demokratie als Aufhebung der Klassenherrschaft»

Hierzu bedarf es zunächst einer Definition von Demokratie. Im Kontrast zum begriffsbezogenen Verständnis der «Volksherrschaft» schlug Eduard Bernstein vor, Demokratie auch negativ – im Sinne der Abgrenzung von etwas – als «Abwesenheit von Klassenherrschaft» bzw. als Gesellschaftszustand zu definieren, in dem «keiner Klasse ein politisches Privilegium gegenüber einer anderen zusteht» (Bernstein 1899: 151).

Dieses Demokratieverständnis erklärt die Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit für undemokratisch und setzt der «Herrschaft der Mehrheit» eine Grenze im

Recht auf Gleichberechtigung für alle Angehörigen des Gemeinwesens. Gleichberechtigung in diesem Sinne bedeutet gleiche und freie Teilhabe durch die Garantie negativer Freiheitsrechte als Abwehr von Eingriffen anderer (auch des Staates) und positiver Freiheitsrechte der Befähigung des Individuums zur gleichberechtigten Teilhabe an der durch die Gesellschaft geschaffene Freiheit. In einer Demokratie dieser Prägung wird eine Mehrheit keine Gesetze gegen die Freiheitsrechte der Minderheit durchsetzen, da die Mehrheit von heute schon morgen in der Minderheit sein kann (Bernstein 1899: 151–158).

Mit dem Prinzip «one man – one vote» überwindet Demokratie zwar die Klassenherrschaft, es findet aber keine faktische Aufhebung der Klassen im Sinne des Demokratischen Sozialismus statt. Dabei soll aus Sicht von Bernstein die Sozialdemokratie nicht die Gesellschaft proletarisieren, sondern jeden Menschen auf die gleiche soziale Stellung erheben, um die kapitalistische durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung abzulösen. Dabei ist Demokratie «Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Er kämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.» (Bernstein 1899: 154)

Antagonistische Dimension von Politik auch im Demokratischen Sozialismus

Wenn der Demokratische Sozialismus laut Bernstein eine Form braucht, in der sich weiterhin viele unterschiedliche Identitäten und damit auch Interessen mit gleichen politischen Rechten versammeln, wird auch im Demokratischen Sozialismus weiterhin gestritten werden – über die Höchstarbeitszeit, die Wohlstandsverteilung oder wie gesellschaftlicher Wandel (Digitalisierung!)

gestaltet werden soll. Für Chantal Mouffe liegt darin der Wesenskern des Politischen – ein vollständiger Konsens ist nicht möglich, denn in ihrer antagonistischen Dimension findet Politik im Streit sich widersprechender Interessen und Ideologien statt.

Ihr Demokratieverständnis fußt auf dem Einhegen des Pluralismus der Interessen und Ideologien in eine Konfliktform, die nicht antagonistisch eigene Vorstellungen durch das Auslöschen anderer Ideen – die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit – umsetzt. Politik sollte vielmehr in einer agonistischen Konfrontation stattfinden. Agonismus bedeutet, dass gesellschaftliche Widersprüche nicht überdeckt, sondern man ihnen Raum und Stimme gibt. Dazu zählen auch die existierenden Klassengegensätze, die nicht überdeckt, sondern offengelegt werden müssen.

Auch nach verlorener Wahl muss die Minderheit ihre Meinung nicht ändern, denn die Interessengegensätze zwischen unterschiedlichen Gruppen bleiben auch nach Wahlen erhalten. Stattdessen muss die Minderheit weiterhin ihre Gruppeninteressen verfolgen – ob in Opposition zur Regierung im Parlament oder im gesellschaftlichen Diskurs. «Eine gut funktionierende Demokratie braucht den Zusammenstoß legitimer demokratischer Positionen – genau darum muß es bei der Konfrontation zwischen rechts und links gehen. Diese sollten kollektive Formen der Identifikation ermöglichen, die stark genug sind, politische Leidenschaften zu mobilisieren.» (Mouffe 2007: 42)

Konsens sollte lediglich über fundamentale Rechte jedes Individuums und demokratische Regeln herrschen, die die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit verhindern, aber Konfrontation von Interessen

und Ideologien ermöglichen. Jenseits des Konsenses haben Parteien die Aufgabe, Ideologien und Interessen Geltung zu verschaffen und Widersprüche zur Realität und zu politischen Gegner*innen aufzuzeigen. Ohne die politische Konfrontation – zum Beispiel durch den unmöglichen Versuch Konsens in konfliktbehafteten politischen Fragen zu erreichen – verwischen politische Grenzen. Im Falle sich widersprechender Interessen und Ideologien kann Konsens nur zur Unterrepräsentation von Interessen führen, die einer Mobilisierung hinter legitimen politischen Vorstellungen entgegensteht. Stattdessen «erstarken andere Formen kollektiver Identitäten, etwa im Bereich nationalistischer, religiöser oder ethnischer Identifikationsformen», die eine agonistische Konfrontation verhindern, indem sie antagonistisch das «System» als solches und der «Political Correctness» (oder anders formuliert: dem Grundkonsens agonistischer Konfrontation) ablehnen (Mouffe 2007: 85–100).

Mouffes theoretische Abhandlung beschreibt klar die Herausforderung durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa: Wie können Menschen wieder für eine agonistische Konfrontation in der Politik mobilisiert werden und Identitätsformen einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – ob gegen Flüchtlinge, Muslime oder Gutmenschen – überwunden werden? Wenn die SPD die politische Debatte revitalisieren möchte, dann muss sie sich fragen, ob sie im politischen Stil und in ihrer ideologischen Ausrichtung zu einer postdemokratischen Demobilisierung des demokratischen Diskurses in Deutschland und Europa beigetragen hat.

Agonistische Konfrontation fehlte in politischem Stil und Programm

Trivial ist es Große Koalitionen als Behinderung der agonistischen Konfrontation und Debatte zu sehen. Große Koalitionen sollten daher die Ausnahme bleiben. Rechtfertigten die Umstände des Wahljahres 2013 eine Große Koalition? Durch den Wahlsieg und die beinahe absolute Mehrheit der Union erschien Rot-Rot-Grün zurecht nicht als Alternative. Eine Minderheitsregierung der Union hätte aber durchaus eine Alternative sein können.¹

In der Großen Koalition propagierte die SPD die «sozialdemokratischen Handschrift des Koalitionsvertrages», obwohl dies angesichts des Übergewichts der Union und der offensichtlichen Diskrepanz zum SPD-Wahlprogramm von 2013 ungläubwürdig erschien und suggerierte, dass die SPD sich damit schon zufriedengab.² Zwar ist die Demokratie die «Hochschule des Kompromisses» (Bernstein, 1899: 155), allerdings darf dieser nicht mit der eigenen politischen Ideologie verwechselt werden. Die SPD hätte viel stärker in innerer Opposition zur von ihr getragenen Regierungspolitik deutlich machen müssen, dass SPD pur eigentlich mehr will, als es der Kompromiss der Großen Koalition bedeutet. Das Einge-

1 Überhaupt ist zu diskutieren, ob Minderheitsregierungen in einer zunehmend zersplitterten Parteienlandschaft eine Alternative jenseits Großer Koalitionen und lagerübergreifender Bündnisse wie der Ampel oder Jamaika darstellen.

2 Zwar konnte die SPD den Mindestlohn und die «Rente 63» durchsetzen, allerdings wurde die «Rente 63» nicht wie gefordert aus Steuermitteln, sondern aus den Beiträgen zur Rentenversicherung finanziert. Außerdem seien beispielhaft nur die solidarische Bürgerversicherung und die Steuerpolitik als Beispiele für die vielen Projekte benannt, die die Union in der Koalition blockierte.

ständnis, der kleinere Partner in der Großen Koalition zu sein, aber den Anspruch zu haben, viel mehr erreichen zu wollen, hätte der SPD die Möglichkeit gegeben, eine agonistische Konfrontation in der öffentlichen Debatte trotz Großer Koalition aufrechtzuerhalten und im Wahlkampf als Alternative zur Union erkennbar zu bleiben.

Dass nun aber mit dem Gang in die Opposition noch keine neue agonistische Konfrontation zwischen links und rechts entsteht, haben die Oppositionsjahre von 2009 bis 2013 gezeigt, in denen die SPD sich weder ideologisch noch strategisch in ihrer Bündnisfähigkeit zum Beispiel mit den Linken weiterentwickelte. Die SPD gewann bisher nicht das nach der Agenda 2010 verlorene Vertrauen zurück. Als Interessenvertretung der unteren Hälfte wirkt sie für viele weiterhin unglaubwürdig. Kein Einzelfall: Nancy Fraser attestiert sozialdemokratischen Parteien seit den 1990er-Jahren einen progressiven Neoliberalismus, der ideologisch zwar stark die Interessen von Benachteiligten wie Frauen, LGBTIQ oder Flüchtlingen, aber statt Verteilungsgerechtigkeit eine im Kern neoliberale Wirtschaftspolitik vertritt (Fraser 2017).

Nicht ganz zu Unrecht fühlen sich viele einkommensschwache Menschen nicht mehr von den linken Volksparteien vertreten und ebneten aus Protest Donald Trump und anderen rechtspopulistischen Parteien den Weg. Fraser (2017) rät daher sozialdemokratischen Bewegungen, der Unzufriedenheit vieler Menschen mit den bestehenden Verhältnissen durch eine alternative, linke Erzählung Geltung zu verschaffen und diese mit dem Thema Verteilungsgerechtigkeit zu mobilisieren.

Gruppenbezogene Menschlichkeit muss dabei auch in Zukunft konsequent bekämpft

werden. Aber darüber hinaus brauchen die linken Volksparteien eine alternative Erzählung jenseits zur neoliberalen Globalisierung, die über durch die Sachzwanglogik der Alternativlosigkeit jede Forderung nach einer besseren Verteilung des Wohlstands in der Welt und in den Gesellschaften unterminierte. Für die SPD bedeutet das, dass sie die eigenen Regierungsjahre gerade in der Steuer- und der Sozialpolitik kritischer betrachten muss, um darauf aufbauend eine glaubwürdige Alternative auch auf diesen Politikfeldern darzustellen.

«Verweigert die unmögliche Wahl zwischen progressivem Neoliberalismus und reaktionären Populismus.» (Fraser 2017: 75)

Klare Kante gegen die AfD zu zeigen ist in der Politik und auf der Straße zum Identitätssymbol des Konsenses geworden. Für eine Wiederbelebung des demokratischen Diskurses bedarf es jedoch mehr als die Mobilisierung gegen Rechtspopulismus. Es braucht die konfrontative Auseinandersetzung zwischen den etablierten Parteien, zwischen links und rechts, zwischen liberalen und konservativen, um durch die sichtbare Vertretung aller legitimen Interessen die Politikverdrossenen wieder von Politik zu begeistern. Konfrontativere Debattenformate im Parlament helfen dabei allerdings nur, wenn die Konfrontation auch eine klare inhaltliche Grundlage besitzt.

Um Bollwerk der Demokratie zu sein, muss die SPD daher den Anspruch haben, mehr als nur gegen Rechts zu sein. Der Demokratische Sozialismus als Gesellschaft der Freien und Gleichen kann als Leitbild der Erneuerung dienen, um wieder eine glaubwürdige Interessenvertretung der sozial Benachteiligten und die Partei des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sein.

Literatur

Bernstein, Eduard (1899 [1984]): *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*
Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder. Das

Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017, 71–76.

Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt: Suhrkamp.

Robert Budras

Die SPD auf der Suche nach dem roten Faden

Mit der krachenden Niederlage bei den Wahlen zum deutschen Bundestag haben die Wähler*innen die deutsche Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung entlassen. Nach der wichtigen Landtagswahl in Niedersachsen öffnet sich nun ein erfahrungsgemäß kurzes Zeitfenster, indem es der Partei möglich ist, grundsätzliche Fragen über Inhalte, Struktur und Personal zu diskutieren. Sollte die Partei es dieses Mal erneut nicht schaffen, sich in allen drei Bereichen glaubhaft zu erneuern, so läuft sie Gefahr den Weg ihrer Schwesterparteien in Frankreich, den Niederlanden oder Griechenland zu gehen oder zu einer Regionalpartei deklassiert zu werden. Die größte Gefahr besteht darin, sich im Pragmatismus und Kleinklein zu verlieren. Stattdessen muss die SPD einen neuen roten Faden zu knüpfen, an dem sich konkrete Politik ausrichten und messen lassen kann.

Die Sozialdemokratie seit dem Ende der Systemkonkurrenz

Um eine grundlegende Debatte führen zu können, wird man nicht um eine Diskussion über die gesellschaftliche Entwicklung seit

dem Ende der Systemkonkurrenz und die Rolle der Sozialdemokratie herumkommen. Der letzte und seitdem einzige vollumfängliche Sieg der Sozialdemokratie ist bald 20 Jahre her und nicht nur das Land, sondern auch die SPD war eine andere. Sie stellte mit Gerhard Schröder einen Kanzlerkandidaten, dem das Amt von den Menschen zugebraut wurde. Ihre gesellschaftlichen und politischen Bündnisse waren stark und scheinbar unzerbrechlich. Die Partei hatte in den 1990ern innerparteiliche Auseinandersetzungen geführt und in ihren Konflikten eine Synthese aus den Positionen der Parteiflügel gefunden, mit der sie erfolgreich und geeint in den Wahlkampf gehen konnte. Die Synthese lag in einem mitreißenden Zukunftsoptimismus als Gegensatz zur Lethargie der Kohl-Ära und dem gleichzeitigen Versprechen, alle mitzunehmen, die in der neuen Zeit noch keinen Platz gefunden haben. Der Konflikt ruhte nicht lange und trat später auf destruktive und parteierstörende Weise in der Regierung wieder auf, hielt aber lang genug für den ersten Regierungswechsel durch die vollständige Abwahl einer Bundesregierung und die Übernahme der Regie-

rungsgeschäfte durch Parteien des linken Lagers in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die SPD hat mit einer Ausnahme seit 1998 bei jeder Bundestagswahl prozentual an Zustimmung verloren. Die Ausnahme bildet das Jahr 2013, indem sich eine linke Opposition unter Führung der SPD und eine schwarz-gelbe Bundesregierung gegenüberstanden. Doch auch in diesem Jahr galt, was ausnahmslos seit 1998 gilt: der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für das linke Lager insgesamt sank. Von 52,7 Prozent der Stimmen für SPD, Grüne und PDS 1998 nahm der Zuspruch auf nur noch 39 Prozent in diesem Jahr ab.

Dieser Fakt bedeutet zwei Dinge. Einerseits muss konstatiert werden, dass der Niedergang der Sozialdemokratie nicht erst nach Schröder oder zum Ende der Rot-Grünen Bundesregierung begann. Die SPD wurde 1998 durch große Hoffnungen aus der organisierten Arbeiterklasse genauso getragen, wie aus den zukunftsgerichteten Großstadt- und aufstrebenden Mittelschichtsmilieus. Dieses Tandem aus «Innovation und Gerechtigkeit» wurde wie kein zweites durch Lafontaine und Schröder symbolisiert. Zusammen mit den Grünen wurde ein Projekt zur regierenden Wirklichkeit, das Deutschland verändern sollte. Was aber kam, war viel Innovation und ohne Zweifel gesellschaftspolitische Fortschritte, aber keine Gerechtigkeit. Grund dafür war der vollständige Niedergang – man könnte auch von Demontage sprechen – des linken Parteiflügels in mehreren Schritten. Es sollen fünf Schritte zur Beschreibung ausreichen:

1. Der Abgang von der Symbolfigur des linken Parteiflügels, Oskar Lafontaine
2. Basta-Politik gegen Parteibasis und Gewerkschaften von Gerhard Schröder

gepaart mit einer nahezu vollständigen Übernahme neoliberaler wirtschaftspolitischer Vorstellungen. Der «Genosse der Bosse» ist den Beschäftigten im Gedächtnis geblieben.

3. Die Abstimmung mit den Füßen nicht nur von Millionen Wähler*innen, sondern auch der Hälfte der Parteimitglieder mit Rückzug aus der Politik oder Engagement in der WASG und späteren LINKEN
4. Die offene Sabotage der verbliebenen linken Strukturen und Personen, vielleicht am deutlichsten symbolisiert durch die – entgegen aller Wahrscheinlichkeiten – Wahlgewinnerin mit linken Themen und doch zu Fall gebrachte Andrea Ypsilanti.
5. Die weitere Spaltung der ohnehin einflusslosen Parteilinken in «Regierungslinke» und «Parteilinke» die auch nicht mit der Magdeburger Plattform überwunden wurde, sondern nun vorerst mit dem Ende der Regierungszeit

Der Niedergang des linken Lagers insgesamt bedeutet zweitens, dass auch die Abspaltung aus der Sozialdemokratie, die WASG und später die Fusion aus PDS und WASG zur Partei DIE LINKE nicht in der Lage war, das linke Lager zu stabilisieren. Mit einer kleinen Ausnahme der Wahl 2005¹ konnten SPD und PDS/LINKE seit 1998 in keinem Jahr zusammengerechnet Zugewinne verbuchen. Die zwei Parteien in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung, in der eine die kalte neoliberale Politik verkörperte und die andere pure Verteidigungskämpfe führte, war und ist für wenige Wähler*innen eine glaubhafte Anwältin ihrer Interessen.

1 Die Parteien kamen zusammen auf 0,3 Prozentpunkte mehr als in der vorherigen Wahl.

Die Rolle der Parteilinken im Erneuerungsprozess

Es ist nicht zu erwarten, dass sich dieser Zustand in näherer Zukunft ändert, wenn nicht auch die bestehenden Machtstrukturen aufgebrochen werden. Der Prozess der «Erneuerung» der SPD ist bisher weitgehend im Sande verlaufen, da weiterhin eine Spaltung der Parteilinken besteht. Andrea Nahles, als Symbol der harmlosen «Regierungslinken», wurde mit dem Posten der Fraktionsvorsitzenden belohnt und soll gleichzeitig den linken Teil der Basis beruhigen. Ihre Machtbasis in Fraktion und Partei beruht jedoch weder auf der Zuneigung einer linken Basis, noch auf einem linken Netzwerk, sondern ist vom Wohlwollen der post-schröderianischen Parteirechten abhängig. Der Rest der vergebenen Positionen ist ohnehin nicht von der Parteilinken besetzt. Selbst die Repräsentation von gesellschaftlichen Gruppen an der Spitze der Partei, welche Grüne und selbst die CDU mittlerweile erfolgreich – und oft anstelle materieller Politik für diese Gruppen – betreiben, schafft die Parteispitze mit der «Erneuerung von oben» nicht. Sie ist alt, weiß und überwiegend männlich.

Die SPD braucht eine Parteilinke, die bereit ist, einen offenen Machtanspruch zu stellen. Diese Parteilinke muss in der Lage sein, Neumitglieder zu organisieren und ihre Impulse, Ideen und Emotionen in die Partei zu tragen. Eine allzu pragmatische Parteilinke der «konstruktiven Opposition» braucht dagegen niemand. Zu Regierungszeiten mag der Versuch einer Einigung des linken Parteiflügels noch als einzige Option erschienen sein. Heute schadet jeder falsche Kompromiss der Fähigkeit zur Begeisterung für einen echten Neuanfang.

Herausforderungen der Sozialdemokratie und das Verhältnis von SPD und LINKE

Die LINKE wird aus der desaströsen Lage der SPD zumindest kurzfristig kein Kapital schlagen können. LINKE und SPD sind bis heute getrennte und aufgehetzte Scheidungskinder einer zerbrochenen Ehe von Lafontaine und Schröder. Jede progressive Politik wird in der Linse des alten Konfliktes gesehen. Jede radikale Position der LINKEN wird entweder ignoriert, verzerrt dargestellt oder als Abgrenzung zur SPD wahrgenommen. Jede reformistische Position wird dagegen als Annäherung an die SPD interpretiert. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Themen der Partei findet darüber hinaus kaum statt. Auch innerparteilich macht die Partei nicht den Eindruck sicher zu sein, ob sie die Lücke linkssozialdemokratischer Politik füllen, die jedoch stets durch eine Linkswende der SPD gefährdet wäre, oder die Rolle einer linksradikalen Partei einnehmen will. Die geringe Mitgliederzahl der LINKEN macht es Kleingruppen einfach, sich mit partikulären und zum Teil sektiererischen Positionen Gehör zu verschaffen. SPD-Politik wird spiegelbildlich an der Abgrenzung zur «Agenda-Politik» gemessen. Der Mindestlohn ist in der Wahrnehmung kein echter Fortschritt, weil er einen Niedriglohnssektor bekämpft, den die SPD erst eingeführt hat. Die Rente mit 63 ist «nur» eine Korrektur der Rente mit 67. Die Beschränkung von Leiharbeit, besserer Zugang zu Betriebsrenten und so weiter, die Liste ließe sich lange fortsetzen. Der Schlusstrich unter diese Debatte kann keine der Parteien ziehen, da ihre heutige Identität an dieser Auseinandersetzung hängt.

Der Stammbaum der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung hat viele Verästelungen. Der Kampf für eine Gesellschaft der

Freien und Gleichen veränderte sich in jeder Dekade seiner Geschichte. Feminismus, Internationalismus, Antirassismus und Antikolonialismus heißen einige der Zweige, die sich aus dem starken Stamm entwickelten und die auch die Einflüsse der Gesellschaft auf die Bewegung, auf die Geschichte des Stammbaums, widerspiegeln. Fast jede Verästelung hat radikale und pragmatische Zweige. Manchmal ist der eine und manchmal der andere Zweig stärker gewachsen. Es gibt aber auch viele verdorrte Äste von Fehlentwicklungen, wie den Stalinismus oder die Burgfriedenspolitik bei Ausbruch des ersten Weltkrieges. Will die Bewegung in Deutschland nicht auf solch einem trockenen und verdorrten Ast sitzen, dann muss sie sich erneut weiterentwickeln. Die weitgehend erfolglose Aufspaltung in zwei Parteien und die dadurch wach gehaltene Erinnerung an die Niederlage gegen die Etablierung neoliberaler Politik in der SPD durch die «Schröderianer» ist dieser Ast, auf dem beide Parteien zusammen sitzen.

Die Zukunft liegt im Bruch mit den bestehenden Verhältnissen. In aller Konsequenz heißt das, den in beiden Parteiprogrammen festgeschriebenen Grundsatz des demokratischen Sozialismus aus dem Dasein als Worthülle zu befreien und mit neuem Leben zu füllen. Das kann in der SPD nicht vorrangig von oben kommen, wie der bisherige Erneuerungsprozess gezeigt hat. Stattdessen braucht es eine Basis-Bewegung, wie Momentum für Labour im Vereinten Königreich ist, die neuen Schwung in die Partei bringt. Ein erster Schritt dahin waren diverse Basis-Initiativen nach der Wahl, worunter die Initiative #CorbynEinladen besonders hervorzuheben ist, die Jeremy Corbyn als Redner zum Bundesparteitag einladen wollte. Jeremy Corbyn steht in Europa, wie Bernie

Sanders in den USA, für eine echte Alternative zum herrschenden System von links. Die Initiatoren sahen, dass eine Einladung an ihn deutliche Symbolkraft haben würde.

Zudem sollten die durch die Parteispitze veranstalteten Basiskonferenzen ernst genommen werden. Vor allen Dingen bedeutet dies, dass man es nicht der Parteiführung allein überlassen sollte, die Schlüsse aus den Veranstaltungen zu ziehen. Die SPD verzeichnet seit Trump immer wieder neue Eintrittswellen; ein politisches Projekt dieser neuen Generation in der Partei lässt sich jedoch noch nicht erkennen. Diesen vielen Neumitgliedern fehlt vielleicht ein Angebot, wirklich etwas zu bewegen.

Sollte es gelingen, aus dem Zündfunken der vielen Aktivitäten zur Erneuerung der SPD mehr als nur ein Strohofer zu entfachen, so darf sich die Partei auch nicht über eine Diskussion zur Zusammenarbeit mit der LINKEN über die Regierungsarbeit hinaus scheuen. Es gibt keinen Platz für zwei sozialdemokratische Parteien. Entweder man kommt zu einer Aufgabenteilung zwischen radikal-linker und reformistischer Politik bei Erhalt der Bündnisfähigkeit oder die zerstrittene Familie rauft sich zusammen und geht den Weg an der einen oder anderen Stelle gemeinsam.

Während diese Zeilen geschrieben werden, sind die Verhandlungen zur Bildung einer sogenannten Jamaika-Koalition geplatzt. Sollten sich die alten Kräfte in der Parteiführung durchsetzen und eine neue Große Koalition angestrebt werden, so sollte eine Parteilinke die Verhinderung der «GroKo» als ihre Chance auf Wiedergeburt betrachten. Mit allen Mitteln muss diese Koalition verhindert werden, weil die Beharrungskräfte von Regierungsalltag und Ministerinnen und Ministern jede wirkliche Neuaufstellung der Partei sabotieren würden.

Reformvorstellungen für die Sozialdemokratie am Beispiel der Initiative SPD++ und Sektion 8 der SPÖ Alsergrund/Wien

Nach dem für die deutsche Sozialdemokratie überwiegend schlecht verlaufenen Wahljahr 2017 wird erneut deutlich, dass grundlegende Strukturen der Parteiarbeit innerhalb der SPD nicht mehr tragfähig sind. Schlussfolgerungen daraus könnten aber auf vielfältige Weise gezogen werden. Schulz scheint vor allem personelle Entscheidungen in seinem Sinne als Voraussetzung für Erneuerungen zu halten. Aus dem Parteimittebau und der Parteibasis kommen hingegen vor allem Wünsche zur Strukturreform. Die Notwendigkeit der Synthese beider Vorgehensweisen liegt nahe, wird aber ebenfalls nicht ausreichend sein. Stattdessen bräuchte es eine Fokussierung auf innerparteiliche Willensbildungsprozesse und Handlungsermächtigung der Mitglieder.

Strukturforderungen der Initiative SPD++

Die prominenteste Initiative für Struktur reformen bisher heißt SPD++.¹ Die hier versammelten Positionen verlangen in Ansätzen eine Stärkung demokratischer Partizipation innerhalb der SPD. Als Vorschläge werden genannt: eine Jugendquote, Online-Beteiligungsmöglichkeiten, Quoten bei Wahlen und Nominierungen für Neueinsteiger*innen. Hinzu kommen Vorschläge zur Öffnung der Ortsvereinsarbeit, eine Stärkung der Hauptamtlichen in Bezug auf direkte politische Tätigkeit vor

Ort sowie eine allgemeine Willenserklärung zur Abfrage und Nutzung von Kompetenzen der SPD-Mitglieder.

Einerseits entspricht der Grundtenor dieser Forderungen dem Mindeststandard offener Parteiarbeit. Damit drückt sich zugleich ein gewisses Misstrauen gegenüber der bestehenden Parteiordnung und dem Reformwillen durch führende Funktionär*innen aus. Andererseits wirken diese Positionen recht punktuell und ohne verbindendes Gesamtkonzept. Weder ändern die genannten Maßnahmen faktisch die Zusammensetzung und Abläufe von Parteitagen, noch die Hinterzimmerbeschlüsse über Spitzenpersonal oder gar fundamental die Arbeit innerhalb der Parteistrukturen. Eine Steigerung der Attraktivität von SPD-Partei politik und parteipolitischer Partizipation im Vergleich zu NGOs oder gegenüber den Grünen in Universitätsstädten wird so kaum möglich werden.

Best Practice Modell – SPÖ-Sektion mit NGO-Charakter

Als Beispiel eines weitergehenden Ansatzes werden im Folgenden Positionen und Arbeitsweise der Sektion 8 im Bezirk Alsergrund innerhalb der SPÖ Wien vorgestellt. Diese Sektion wirbt bereits seit zehn Jahren für eine Reformstrategie zum Umbau der Sozialdemokratie in Österreich. Es wird ein Organisationsansatz vertreten, der eine Kombination aus NGO und Parteigliede-

1 <https://spdplusplus.de/>.

rung anstrebt. Zentrales Thema der Sektion ist die Partizipationsmöglichkeit von Mitgliedern und Sympathisant*innen innerhalb der SPÖ. In einem 2010 verfassten und sehr lesenswerten Grundsatzpapier zum Selbstverständnis der Arbeitsweise wird dies als «Möglichkeit der Unterstützung Beitrag zur Verbesserung der österreichischen Sozialdemokratie im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Hegemonieprojekts»² gesehen. Offene und partizipative Strukturen werden verbunden mit dem Etablieren einer neuen «Logik» innerhalb der Parteiarbeit, die sich von bisherigen Prinzipien abhebt. Diesem Vorhaben liegt die Annahme zugrunde, dass etablierte Strukturen relativ geringe Handlungsspielräume für Veränderungen durch Einzelpersonen selbst in verantwortlichen Positionen zulassen. Tiefgehende Reformen, so die These, werden also nicht durch den bloßen Austausch von Personal erreicht. Sie müssen innerhalb eines organisatorischen Gesamtprozesses von unten nach oben grundlegend erarbeitet und erstritten werden.

Der Aufbau neuer Strukturen und Formen politischer Arbeitsweisen soll sich dabei nicht auf Fragen wie Fraktionsbildung, strategische Strukturentscheidungen, Personaldebatten usw. konzentrieren. Im Mittelpunkt steht die konkrete Ausgestaltung von Parteiarbeit sowie die Attraktivität für gesellschaftlich Aktive auch außerhalb der Parteipolitik.

Ein interessanter Ansatz ist dabei außerdem der interne Anspruch positiver Leis-

tungsgerechtigkeit bei Personalwahlen. Dazu zählt das Papier: «Die fachliche und persönliche Qualifikation einer Person, die Früchte ihres bisherigen und ihres aktuellen Engagements in der Sozialdemokratie sowie die Nützlichkeit der Erfahrungen aus ihrem zivilen Leben.»³ Was wie eine Selbstverständlichkeit für erfolgreiche Politik und der Auswahl von Personal klingt, scheitert in der Praxis leider zu oft an sozialen Unzulänglichkeiten.

Wie aber sollen grundlegende Veränderungsimpulse innerhalb der Parteiarbeit überhaupt möglich sein? Dazu gehören Durchlässigkeit von Strukturen, Leistungsgerechtigkeit, Mitbestimmung auf Augenhöhe auch gegenüber Mandatsträger*innen und eine Verbreiterung konkreter Einflussmöglichkeiten auf Politik.

In der konkreten Praxis der Sektion 8 scheint dies gut zu funktionieren. Die Zusammensetzung der Sektion im Aktivist*innenbereich weist einen hohen Anteil der sonst vielgesuchten Gruppe Berufstätiger zwischen 30–45 Jahren auf. Offenbar sind die Mitglieder hier bereit, neben ihrem Berufsleben eine erhebliche Investition an Zeit in Parteiarbeit vorzunehmen. Dass diese Bereitschaft an der Betonung von positivem Output der eigenen Arbeit und realer Einflussmöglichkeit der Aktiven gekoppelt ist, liegt nahe. Kompetenzen der Mitgliedschaft werden systematisch abgerufen und umgekehrt auch gewürdigt. Damit verbunden ist einerseits eine moderne und mit digitalen Hilfsmitteln flankierte Arbeitsweise. Andererseits kommen auch ganz altmodisch wöchentliche Sitzungen hinzu. Debatten werden hier möglichst hierarchiefrei aber stringent geführt und in konkrete

2 Selbstverständnispapier der SPÖ Sektion 8, Wien/Alsergrund: *Die Sektion 8 als sozialdemokratische NGO*. (2010), online verfügbar unter: <http://www.sektionacht.at/487/strategiepapier-der-sektion-8/>, zuletzt abgerufen am 22.10.2017 um 14:49 Uhr.

3 ebd., S.5.

politische Handlungen umgesetzt. Dabei wird bewusst der lokale Handlungsrahmen der Sektionsgrenzen überschritten.

Die Arbeit der Sektion 8 für weitgehende Strukturreformen und Demokratisierungsprozesse innerhalb der SPÖ wird begleitet von kontinuierlicher aber dabei immer wieder überraschender und moderner Medienarbeit. Ein aktuelles Beispiel ist eine Social-Media Gegenkampagne zur Österreichischen Industriellenvereinigung und ihrer öffentlichen Werbung für eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Mit relativ geringen finanziellen Mitteln, aber hohem persönlichen Einsatz, hat sich die Sektion 8 mit einem solchen Vorgehen in der öffentlichen Wahrnehmung und Presseberichterstattung etabliert. Sie nimmt sichtbaren Einfluss auf den landesweiten politischen Diskurs. Ein anderes Beispiel ist ein diskutierter Vorstoß für eine Einführung von Vorwahlen zu Kandidierenden für den Nationalrat. Diese Präsenz und Initiativen ermöglichen eine weit größer als übliche Wahrnehmung einer Sektion als kleinster Organisationseinheit auf SPÖ-Parteebene.

Interessant in Hinblick auf die Attraktivität eines solchen Ansatzes ist auch die Mitgliederentwicklung der Sektion. Von 150 Mitgliedern im Jahr 2010 wuchs die Sektion auf 330 Mitglieder im Oktober 2017. Insgesamt scheint die Sektion 8 damit eine Art modernisierte Wunschvorstellung von attraktiver Sozialdemokratie als Graswurzelbewegung darzustellen.

Konkrete Ansätze für SPD-Reformen?

Ein Selbstverständnis von Parteiarbeit wie bei der Sektion 8 kann nicht von oben verordnet werden. Ein ganzheitlicher Ansatz einer «Bottom-Up»-Reform gibt aber eine vielversprechende Perspektive für eine Zukunft der Sozialdemokratie in Europa und Deutschland. In der Praxis kann sich dies auch in Form von Englands Labour Party und ihrer dauerhaften Kampagnenführung für Sachthemen angesehen werden. Ein Schlüssel für die Zukunft der SPD als Mitglieder- und Volkspartei liegt nach diesen Vorbildern in der Ermächtigung der SPD-Basis zur Gestaltung von Politik. Statt politischer Verwaltung müsste konkretes Campaigning und politische Selbstorganisation in den Vordergrund rücken. Erstzunehmende Reformbestrebungen werden bestehende Verteilungs- und Machtkonstellationen auch gegenüber Funktionär*innen und Mitarbeiter*innen der SPD sehr weitgehend in Frage stellen. Der Beitrag von SPD++ weist in die richtige Richtung. Eine Belebung der politischen Meinungsbildung allein durch technische und strukturelle Mittel wird aber nicht ausreichend sein.

Links

<https://spdplusplus.de/>

<http://www.sektionacht.at/>

<http://blog.sektionacht.at/>

Julia Müller

Analyse und Vision

Demokratischer Sozialismus für das 21. Jahrhundert

Das Schlagwort «Demokratischer Sozialismus» ist nicht neu. Dennoch entfaltet es neue Anziehungskraft in einer Gegenwart, in welcher die Notwendigkeit eines linken Gegenentwurfes sowohl zum Neoliberalismus als auch zur erstarkenden Rechten offensichtlich ist. Doch wofür steht die Idee heute?

Eigentlich ist «demokratischer Sozialismus» beinahe schon eine Tautologie. Die «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist»¹, beinhaltet auch eine Form von Demokratie. Rosa Luxemburg schrieb: «Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, [...] an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.»²

Missverständnisse

Warum es Sinn ergibt, heute ausdrücklich vom «demokratischen Sozialismus» zu sprechen, erklärt sich aus dem Bedürfnis nach Abgrenzung vom sogenannten real existierenden Sozialismus. Im Bewusstsein vieler Menschen ist Sozialismus gleichbedeutend mit Stalinismus, was von verbreiteten Totalitarismus- und Extremismuskonzepten noch gefördert wird. Gegen diese Auffas-

sung ankämpfend müssen Sozialist*innen deutlich machen, dass demokratische Freiheit und Sozialismus keine Gegensätze sind, sondern in der Befreiung der Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung zusammengehören. In diesem Kontext hat die Rede vom demokratischen Sozialismus ihren guten Sinn.

Allerdings begehen reformistische Linke den Fehler, «demokratisch» zu interpretieren als auf den bürgerlichen Staat und dessen Institutionen beschränkt. Dann ergibt sich in der Tat ein Widerspruch zwischen «Demokratie» und «Sozialismus». Sozialismus ist nämlich mehr als eine graduelle Verbesserung der Lebensbedingungen durch Reformpolitik. Diese hat zwar durchaus ihren Wert, kann aber die kapitalistischen Grundlagen Lohnarbeit und Privateigentum an Produktionsmitteln nicht überwinden. Sie bekämpfen Symptome, nicht Ursachen. Sozialismus hingegen ist eine radikal neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, welche die Grenzen des bisherigen Systems sprengen muss.

Konkrete Utopie in schwierigen Zeiten

Augenblicklich steht die gesellschaftliche Linke jedoch vor einer ganz anderen Herausforderung. Wir müssen der Wahrheit ins Auge blicken: Linke transformative Kräfte sind in der Minderheit, während die Gesellschaft deutlich nach rechts rückt. Rassismus und Geschichtsrevisionismus werden wieder salonfähig, feministische Bestrebun-

1 Marx/Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, S. 482, 1848.

2 Zitiert nach: Frölich, *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat*, 3. Aufl. 1967, S. 294.

gen sehen sich mit einem Rollback ausgesetzt und sozialpolitische Errungenschaften sind vor der Liberalisierung der Wirtschaft nicht sicher. Schon der Umgang mit rechtem Terror zeigt überdeutlich, dass wir nicht schlicht auf den Staat vertrauen können. Was also tun? Verzweiflung ist verständlich, kann aber unsere Sache nicht sein. Oft heißt es heute schlicht, Verteidigungskämpfe sowohl gegen den Neofaschismus als auch gegen den Neoliberalismus zu führen. Aber das reicht nicht. Erst recht können wir nicht bei liberalem Optimismus à la «love trumps hate» stehenbleiben. Wir brauchen die konkrete Utopie des demokratischen Sozialismus, weil wir eine positive, Hoffnung stiftende Zukunftsidee brauchen und weil Vieles an der gegenwärtigen Misere einer inneren Logik folgt, die wie verstehen müssen, um sie zu überwinden. Ein marxistisch fundiertes Konzept des demokratischen Sozialismus wäre beides: Hoffnung auf eine menschliche Gesellschaft jenseits des Zwangs der Kapitalakkumulation, aber eben wesentlich – und diesen Aspekt müssen wir stärken – Analyse der kapitalistischen Ordnung. Dass diese beiden Elemente zusammengehören, hat der marxistische Philosoph Ernst Bloch zu Recht betont.

Das Elend der gesellschaftlichen Linken besteht jedoch auch darin, dass sie kaum tragende Zukunftsvisionen mehr formuliert und es ihr häufig an theoretisch fundiertem Verständnis der heutigen Verhältnisse mangelt, gerade im Hinblick auf ihre ökonomischen Grundlagen. Diese beiden Probleme hängen durchaus zusammen. Die Hegemonie des Neoliberalismus hat Theoriearbeit als irrelevantes Beiwerk des politischen Tagesgeschäfts diskreditiert und Alternativen zum Kapitalismus für historisch erledigt erklärt. Die Sprachlosigkeit in der Theorie

zu überwinden ist eine große Aufgabe, aber notwendig, wenn wir den Kapitalismus in der Praxis überwinden wollen.

Keimende Möglichkeiten

Unser wichtigstes Kampfmittel für eine neue Gesellschaft ist wohl kaum der universitäre «Kapital»-Lesekreis. Aber es gibt vielversprechende Ansätze sozialer Bewegungen, beispielsweise das Bündnis «Mehr für uns ist besser für alle» für mehr Personal in Krankenhäusern, dass das Potenzial besitzen könnte, die Profitorientierung zumindest für den Gesundheitsbereich grundsätzlich in Frage zu stellen. Ein weiteres wichtiges Thema wäre die Arbeitszeitverkürzung. Eine Kampagne für den Sechsstundentag könnte dazu dienen, die herrschende Ideologie, welche die Arbeit vergöttlicht, anzugreifen. Denn Sozialismus bedeutet, nicht nur für bessere Arbeit im Kapitalismus zu streiten, sondern für die Überwindung der Lohnarbeit selbst. Die systemische Kritik am Kapitalismus ergibt sich jedoch nicht als einfacher Automatismus aus gewerkschaftlicher Arbeit und dergleichen. Dies anzunehmen wäre naiv und würde den Charakter solcher Auseinandersetzungen überdehnen. Ohne die größere Perspektive auf das Ziel des demokratischen Sozialismus und ein Grundverständnis für die Funktionsweise des Kapitalismus bleiben vieler solcher Initiativen partikular und auf Reformen innerhalb des Systems beschränkt. Die verschiedenen sozialen Bewegungen zu verbinden und theoretisch fundiert weiterzutreiben, ist Aufgabe der Partei, nicht im Sinne eines oktroyierten starren Dogmas, sondern im Sinne einer lebendigen Diskussionsplattform. So sollen sich Theorie und Praxis wechselseitig aneinander orientieren und dialektisch entwickeln.

Grundsteine der Analyse

Befasst man sich mit marxistischer Theorie, kommt man am Klassengegensatz nicht vorbei. Doch was bedeutet «Klasse» heute? Es liegt auf der Hand, dass sich die sozialen Verhältnisse in den 150 Jahren seit Erscheinen des «Kapitals» stark gewandelt haben. Allerdings ist Klasse eine andere Kategorie als lebensweltliches Milieu. Das Klassenverhältnis bestimmt sich grundlegend als das Verhältnis zur Warenproduktion. Das Proletariat ist nach wie vor die Mehrheit, welche keine Verfügungsmacht über Produktionsmittel genießt und zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf eigene Lohnarbeit angewiesen ist. Das trifft auch auf den überwiegenden Teil der vielgenannten Mittelschicht zu. Unter Sozialpartnerschaft, Standortpolitik und Aufstiegsversprechen ist der Klassenkonflikt oft allzu gut verdeckt. Aber er ist nach wie vor ein fundamentaler Konflikt, der sich aus dem weiterhin bestehenden Fundament des Kapitalismus ergibt – dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der formal freien Arbeit. Den Sinn für diese Tatsache müssen wir wieder wecken. Das bedeutet nicht, das Proletariat an sich zu verklären oder neuere soziale Entwicklungen zu ignorieren. Es bedeutet ebenso wenig, andere Herrschaftsverhältnisse zu vernachlässigen.

Für die Schaffung einer freien Gesellschaft aller ist es unerlässlich, Unterdrückungsmechanismen wie Sexismus und Rassismus zu thematisieren und überall zu bekämpfen. Dabei wäre es jedoch ein Fehler, Klassenverhältnisse nur als einen weiteren Aspekt zu respektierender individueller Identität zu begreifen, der in der liberalen Lesart eher auf Anerkennung und Teilhabe im System statt auf Überwindung des Systems zielt. Radikalere antirassistische, queere und feministische Strömungen sehen und sehen die Notwendigkeit, die gesamten herrschenden Verhältnisse in Relation zum Kapitalismus zu beleuchten und schließlich zu überwinden. Dabei gibt es keinen Vorrang für die Emanzipation einer bestimmten Gruppe gegenüber anderen.

Demokratischer Sozialismus als Leitstern politischer Arbeit ist nur dann sinnvoll, wenn er mehr ist als leere Phrase. Es geht um eine «konkrete Utopie» im Sinne Blochs, die auf einer klaren Analyse der bestehenden kapitalistischen Ordnung beruht und deren Überwindung vorantreibt. Schon die Idee der neuen Gesellschaft ist schwierig, unerhört schwieriger noch ihre Umsetzung. Aber der demokratische Sozialismus bleibt die beste Hoffnung auf eine menschliche Gesellschaft, die wir haben.

Für die Juso-Hochschulgruppe an der FU Berlin: Gabriele Schraudolf, Aleksandra Petkovic, Dorian Baganz, Nico Gerschler, Ann-Kristin Dinsel, Constantin Berlage, Filiz Laura Batiran, Marius Reisch und Hendrik Küpper

Wie gelingt ein neuer linker Aufbruch im 21. Jahrhundert? Für die Überwindung postdemokratischer Tendenzen und theoriedefizitärer Entwicklungen zur Erneuerung des demokratischen Sozialismus

Zahlreiche zeitdiagnostische Schriften stellen fest: Die Demokratie befindet sich in einer Krise. Besonders einflussreich in der Debatte um den Zustand der Demokratie ist der von dem britischen Soziologen Colin Crouch geprägte Begriff «Postdemokratie». Mit diesem Begriff wird insbesondere der Legitimationsverlust politischen Handelns durch eine zunehmende Apathie der Bürger*innen und das Verkommen von Wahlkämpfen und demokratischen Prozessen zu bloßen Inszenierungen beschrieben. Crouch denkt den Übergang von einer damals noch lebendigeren Demokratie hin zu der Postdemokratie darüber hinaus aber besonders auch im Zusammenhang mit der Schwächung der Arbeiter*innenbewegung sowie ihrer Organisationsformen. Es stellt sich also – nicht nur, aber auch – vor dem Hintergrund demokratietheoretischer Über-

legungen die Frage, wie die Sozialdemokratie zu alter Stärke zurückfinden und zu neuer Stärke aufbrechen kann sowie nicht zuletzt, wofür sie überhaupt steht. Oder anders: Wofür steht der Begriff des demokratischen Sozialismus³ im 21. Jahrhundert und wie kann ein neuer linker Aufbruch gelingen?

Der vorliegende Artikel sieht auf der einen Seite die Notwendigkeit, dem bestehenden, durch das Mantra der Alternativlosigkeit geprägtem, Diskurs eine theoriegeleitete Position und Vision, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet sieht, entgegenzusetzen. Auf der anderen Seite ist er sich darüber bewusst, nicht im Einzelnen beantworten zu können, wie diese Vision aussieht. Dennoch sollen zumindest grundsätzliche Herausforderungen aufgezeigt und Überlegungen dazu angestellt werden, wie sich auf die Suche nach einer linken Vision im 21. Jahrhundert begeben werden kann.

- 1 Zahlreiche Anregungen verdankt der Artikel einer Diskussion der Juso-Hochschulgruppe an der FU Berlin mit Horst Heimann am 9. November 2017.
- 2 Unter dem gleichen Titel startete das Theorieprojekt der Juso-Hochschulgruppe an der FU Berlin mit dem Ziel, die Diskussion um den demokratischen Sozialismus neu zu entfachen. An der Auftaktveranstaltung am 22. Juni 2017 haben als Referenten Horst Heimann, Simon Obenhuber und Klaus-Jürgen Scherer teilgenommen. Der vorliegende Artikel soll die Grundzüge und grundsätzlichen Überlegungen im Rahmen unseres Projektes als Kompromiss widerspiegeln.

Herausforderungen eines zeitgemäßen demokratischen Sozialismus

Die erste Herausforderung betrifft den Begriff des demokratischen Sozialismus selbst. Nicht selten wird betont, dass der Begriff zumindest semantisch problema-

- 3 Wir verstehen den Begriff «demokratischer Sozialismus» als einheitlichen, zusammenhängenden Begriff.

tisch ist: «Der Begriff scheint seither in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit eher Verdacht zu wecken, als Hoffnungen zu beflügeln, auch wenn die sozialdemokratische Substanz des traditionellen Programms des demokratischen Sozialismus sich als ungeschmälert aktuell erweist. Das gilt nicht allein für Europa, sondern mit geringen Ausnahmen überall in der Welt der Gegenwart.»⁴ Scheint dies zunächst ein legitimer Einwand für die Zeit nach 1989 und den Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus zu sein, so hat eine zweite Gruppe der Gegner*innen dieses Begriffes, zu der auch die Mehrheit der Parteielite der SPD gehört, die Idee des demokratischen Sozialismus selbst verworfen und beschränkt sich visionsfrei und theoriedefizitär auf kleinere Reformen als Korrektivmaßnahmen und eine «Verschönerung des Kapitalismus». Während der Kurs dieser zweiten Gruppe hinsichtlich der miserablen Entwicklung der Sozialdemokratie und dem ihr drohenden Niedergang vor dem Hintergrund der letzten Wahlergebnisse und der wachsenden Ungerechtigkeit einfach widerlegt werden kann und deren Visionsfreiheit und Prinzipienvergessenheit als Problem der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert gesehen werden müssen, lässt sich der semantische Einwand zumindest ein Stück weit dadurch widerlegen, dass der Begriff für eine klare Alternative zu den bestehenden Verhältnissen steht und Wahlprogramme, die den Begriff im letzten Jahrhundert verwendet haben, deutlich erfolgreicher waren als aktuellere Programme. Darüber hinaus hat es einen demokratischen Sozialismus noch nie gegeben, weshalb der Begriff

auch nicht verbrannt sein kann. Politische Bewegungen und Initiativen zeigen immer wieder, dass die Vision des demokratischen Sozialismus eine enorme Anziehungskraft entfalten kann. Wenn Martin Schulz sich also für mehr Kapitalismuskritik ausspricht, dann muss der demokratische Sozialismus, den es inhaltlich zu füllen gilt, als konstruktive, sozialdemokratische Alternative zum Kapitalismus verstanden werden. In Anknüpfung an Jean Jaures und eine Fortentwicklung seines Zitates von Horst Heimann lässt sich auch sagen: Die Tradition des demokratischen Sozialismus fortzuführen heißt nicht, alte Asche zu verwahren, sondern eine Flamme am Brennen zu halten und dem könnte man gar hinzufügen, dass es darum geht, die Flamme gemeinsam überhaupt erst wieder neu zu entzünden!

Dies führt zu der zweiten Herausforderung einer inhaltlichen Neubestimmung des demokratischen Sozialismus: Nämlich, dass dieser als ein sich vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen immer wieder selbst revidierendes und für die Empirie offenes Konzept sein muss. Vor dem Hintergrund von Globalisierung, Digitalisierung, ökologischen Krisen und anderen politischen und historischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, die sich exemplarisch in der Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, einer Verrohung und Eskalation der politischen Kultur und der Ästhetik der Ware äußern, wird schnell deutlich, dass das Vorhaben, den Begriff des demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert inhaltlich füllen und so zu einem linken Aufbruch beitragen zu wollen, vor gewissen Herausforderungen steht und eine zu orthodox-dogmatische Lesart Marx' zwangsläufig ins Leere führt.

Eine zusätzliche und dritte Herausforderung besteht dann darin, dass es ein zeit-

4 Meyer, Thomas: *Sozialismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 148.

gemäß demokratischer Sozialismus verstehen muss, einzelne, in sozialistischer Tradition stehende Bewegungen, relevante Terminologien und besonders auch traditionelle sozialdemokratische Werte, Prinzipien und Ideale unter seinem Namen (selbst-)reflektiert zu vereinen. Eine absolute Wahrheit kann es nicht geben. Es gibt vielmehr zahlreiche interdisziplinäre und aus verschiedenen Denkschulen kommende Überlegungen, deren Existenz in der Definition eines zeitgemäßen demokratischen Sozialismus ihre Berechtigung haben. Sich mit verschiedenen Begrifflichkeiten, Werten, politischen Ideen und philosophischen Überlegungen im Kontext des demokratischen Sozialismus überhaupt auseinanderzusetzen, stellt damit eine Maxime demokratisch-sozialistischen Handelns und Denkens dar, scheint aber zugleich – nicht zuletzt durch eine fehlende innerparteiliche Diskussionskultur – aus der Mode gekommen zu sein. Blickt man auf die Lage der SPD, ist festzustellen: Es gibt keine klaren Vorstellungen einer Wirtschaftsdemokratie oder eines demokratiekonformen Marktes, statt Keynes unter den Bedingungen einer globalisierten Welt zu denken, wird lieber das eigene Profil neoliberalisiert. Die ökosozialistische Diskussion, die Ende des letzten Jahrhunderts aufflammte, ist vollständig abgeflacht, Eduard Bernstein scheint völlig in Vergessenheit geraten zu sein und die hervorragenden gesellschaftsanalytischen Ansätze der Kritischen Theorie scheinen kaum Eingang in den Diskurs zu finden. Und dies sind nur einige Beispiele. Der Professor für politische Ideengeschichte an der FU, Klaus Roth, hat also Recht, wenn er in seinen Seminaren sagt: «Die Sozialdemokratie scheint wie eine windschiefe Fahne in der Landschaft zu stehen.» In der Ausei-

nersetzung um einen gelungenen linken Aufbruch muss dann besonders auch die Beschäftigung mit der Grundwertetriade Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Zentrum stehen, wie auch die Beschäftigung mit den Säulen Sozialismus, Querfeminismus, Internationalismus und Antifaschismus. Worin besteht also beispielsweise aktuell der Zusammenhang zwischen Internationalismus, Sozialismus und vielleicht auch Kosmopolitismus? Ist Internationalismus nicht gerade genau nicht die im Alltagsverständnis vorherrschende «Kultur im Weltmaßstab»? Und darüber hinaus: Der emanzipatorische Charakter eines linken Aufbruchs geht nicht zuletzt daraus hervor, dass sich der Mensch verschiedensten Diskriminierungsformen entgegengesetzt. Dabei ist zu beachten, dass Erfahrungs- und Analyse-kategorien wie beispielsweise Geschlecht, Ethnie oder sexuelle Orientierung, nicht als sich gegenseitig ausschließend betrachtet werden dürfen. Über den Ansatz der Intersektionalität ist daher festzustellen, dass Diskriminierung durchaus mehrdimensional sein kann. Dabei bedarf es keiner Hierarchisierung von Diskriminierungsformen, sondern lediglich der Erkenntnis, dass es eine Erweiterung dieser geben kann. Die notwendige Frage nach dem Menschenbild vor dem Hintergrund von Entfremdung und Emanzipation muss daher jegliche Überlegungen permanent begleiten.

Fasst man die bisherigen Herausforderungen und Überlegungen zusammen, dann ist der Grundtenor unserer Überlegungen, dass es an einer Vision fehlt, die aus einer Diesseitsorientierung und einer theoretischen Reflexion heraus eine klare Alternative zu den bestehenden Verhältnissen anbietet. Das Fehlen einer solchen Alternative bedeutet aber zugleich den aktuellen

Sieg des Neoliberalismus, der für sich selbst beansprucht, alternativlos und keine Ideologie zu sein, sondern auf vermeintlich objektiven, unwiderlegbaren Annahmen zu beruhen und den ständigen Wunsch nach Profit- und Interessenmaximierung suggeriert. Es geht somit darum, den Menschen im Sinne Blochs eine konkrete Utopie samt fester politischer Zielvorstellungen und einem undogmatischen Idealismus anzubieten.

Transformative Überlegungen – Revolution oder Reform?

Wenn wir uns an dieser Stelle entschieden für einen revisionistischen Reformsozialismus aussprechen, also dafür, den Kapitalismus lieber sukzessiv-demokratisch zu überwinden als ihn revolutionär in die Luft zu jagen, basiert das auf den folgenden fünf Überlegungen: Erstens ist aktuell und auch langfristig kein revolutionäres Subjekt in Sicht. Es ist schon schwierig genug aus der aktuellen Lage Hoffnungen zu ziehen, dass es eine politische Kraft gibt, die den demokratischen Sozialismus organisieren kann. Zweitens ist grundsätzlich fraglich, wie sich Befürworter*innen die Gesellschaft unmittelbar nach der Revolution vorstellen. Eine alternative Gesellschaft ohne in diese gradualistisch-evolutionär hineingewachsen zu sein, erscheint unvorstellbar womit sich drittens auch anschließt, dass wir für einen gelungenen Transformationsprozess Dialog statt Dogmatismus brauchen. Wenn Menschen sich beispielsweise dem rechten Rand zuwenden, dann sind soziale Ursachen aufzudecken und Gründe zu erforschen. Abgesehen von den Rechtsextremen, die absolut dogmatisch in ihrem Hass verharren, ist ein häufiger Grund für einen individuellen Rechtsruck, dass keine Alternative zur Marktkonformität glaubhaft kommuni-

ziert werden kann. Viertens müssen Demokratie und Sozialismus zusammengedacht werden, wenn das Ziel demokratischer Sozialismus lauten soll. Eine Transformation auf undemokratischem Wege, die die Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche will, widerspricht sich selbst. Und schließlich lässt sich daran anschließend fünftens nennen, dass gelebt werden sollte, was gewollt wird. Eine humanistische, gewaltfreie, solidarische und auf Liebe basierende Gesellschaft der Freien und Gleichen lässt sich nicht mit Mitteln erreichen, die der Perspektive einer besseren Welt schon im Transformationsprozess selbst grundlegend widersprechen.

Fazit

Das Ziel muss zunächst die Bewegung selbst sein: die Diskussion um den demokratischen Sozialismus und dessen inhaltliche Füllung überhaupt erst neu zu entfachen und sich gemeinsam und (selbst)reflektiert auf die Suche nach einem Telos, einem gemeinsamen linken Narrativ zu begeben. Dafür ist es zwingend notwendig, dass sich Politik und Wissenschaft ändern. Während Wissenschaft sich nicht in akademische Elfenbeintürme zurückziehen darf, müssen sozialdemokratische Politiker*innen endlich wieder zum Begriff des demokratischen Sozialismus vor dem Hintergrund der skizzierten Überlegungen zurückfinden. Vielleicht hat Wolfgang Thierse diese Überlegungen auf den Punkt gebracht: «Wenn ich den Begriff demokratischer Sozialismus aus angeführten Gründen nur zögernd, aber dennoch verwenden will, muss er demnach weit mehr aussagen als die Beschreibung einer Gesellschaftsordnung. Er muss vielmehr unsere Visionen, unsere Grundwerte und unsere Strategie zusammenfas-

sen. Sozialismus verstehe ich nicht als Ziel im Sinne eines Endzustandes, sondern als eine sich permanent verändernde und sich entwickelnde Idee von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, von Mitbestimmung und Emanzipation, von Menschenrechten und

einem jeweils neu zu definierenden Begriff von Arbeit und Lebenswelt.»⁵

- 5 Diese Worte wählte Wolfgang Thierse auf dem Vereinigungsparteitag der SPD vom 26.–28.9.1990.

Mia Thiel

Es ist Zeit für Grundsätzlichkeit

Zum Verhältnis von Sozialismus und Feminismus innerhalb des Erneuerungsprozesses der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie befindet sich im Umbruch – hoffentlich. Eine Erneuerung ist in aller Munde und sie wäre der SPD nicht nur zuträglich, sondern ist im Lichte der bestehenden Verhältnisse schlichtweg notwendig. Dabei sind es nicht unbedingt in erster Linie der historische Tiefstand in den Wahlergebnissen der SPD und auch nicht unmittelbar der Einzug der AfD in den aktuellen Bundestag, die eine Rückkehr zur Grundsätzlichkeit in der Debatte erforderlich machen (auch wenn beide Herausforderungen ihrer jeweiligen Symptomatik Zeug*innen sind), es ist vielmehr die politische Diskussion als Ganze. Nicht zuletzt die gescheiterten Koalitionsverhandlungen und die in Aussicht stehenden Neuwahlen treffen ihre ganz eigene Aussage über den Zustand des politischen Diskurses: Er schlingert und mit ihm die Lebendigkeit der Demokratie.

Eine sich neu ordnende SPD muss die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich in Frage stellen, auf ihr theoretisches Funda-

ment zurückblicken und analysieren, wie eine Gesellschaft der Freien und Gleichen auszusehen hat. Ich möchte dabei auf eine Dimension hinweisen, die sowohl die sozialistische Theorie als auch die sozialdemokratische Praxis der letzten Jahrzehnte zumindest nicht in ihrer Grundsätzlichkeit angemessen gefasst hat: Die Frage des Patriarchats.¹ Wer Gesellschaft neu ordnen möchte – und diesen Mut möchte ich der Sozialdemokratie nahelegen – muss verstehen, wie die jetzige funktioniert, welche Konflikte gesellschaftlich verknüpft sind, sich zwar nicht zwangsläufig bedingen, aber in Wechselwirkung miteinander stehen. Wer Sozialismus ohne Feminismus dis-

- 1 Auf den Begriff «Frauenfrage», wie er in der sozialistischen Theorie häufig verwendet wurde, wird hier bewusst verzichtet. Er ist nicht mehr zeitgemäß. So geht es nicht um die lästige Gruppe der Frauen*, die mit einer Antwort bedient werden müssen, sondern um gesellschaftliche Wirkmechanismen und deren Zusammenhänge.

kutiert, wird die bestehenden Verhältnisse in keiner Weise überwinden können.

Feminismus im Verhältnis zu sozialistischer Theorie in der Realität des Kapitalismus – eine Standortbestimmung

Feminismus und Sozialistische Theorie stehen gewissermaßen schon immer in einem – zugegeben ambivalenten – Verhältnis zueinander. Lange Zeit überhaupt nicht behandelt und im Anschluss häufig als Nebenwiderspruch abgetan, wurde der gesellschaftliche Mechanismus «Patriarchat» in der Regel als Nebensächlichlichkeit qualifiziert, wie bei Karl Marx und auch den sozialistischen Frauen, allen voran Clara Zetkin und Luise Zietz, erkennbar². Dass geschlechtsbedingte gesellschaftliche Hierarchien nicht nur Auswuchs des Kapitalismus oder bei August Bebel «der sozialen Frage» sind, wurde auch zur Zeit der frühen sozialistischen Theoretiker*innen immer wieder angebracht – wenn auch überwiegend außerhalb des sich als sozialistisch begreifenden Spektrums.

Wie es um die Sache mit dem Patriarchat steht, ist bis heute Streitpunkt unter Marxist*innen.

2 Auf dem Blog Störenfriedas weist Mira Sigel zurecht darauf hin, dass sich die Frauen in der frühen sozialistischen Bewegung vor allem als Genossinnen beweisen mussten und daher die Fassung der Subjektbildung als Frau ggf. zunächst hintenanstehen musste. Vgl. hierzu Sigel, Mira: *Feminismus und Marxismus – ein ungewöhnlicher Gegensatz*, URL: <https://diestoerenfriedas.de/feminismus-und-marxismus-ein-unversoehnllicher-gegenatz/>, Stand: 3.12.2017. Die Verdienste Zetkins, Zietz und anderer sind darum nicht geschmälert – haben sie die Frau doch erst ins Bewusstsein des sozialistischen Diskurses gerückt. Insbesondere Clara Zetkin schaffte mit ihrer Arbeit ganz wesentliche Grundlagen für den weiteren feministischen Diskurs in der sozialistischen Bewegung, wenngleich auch sie im Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken verhaftet blieb.

Der Marxismus konnte keine Antwort darauf geben. War er doch selbst eine von Männern geschriebene und bis heute von überwiegend männlichen Theoretikern geprägte Ausrichtung – außerstande sich selbst in diesem Missstand zu erfassen. Dabei stünde es dem Marxismus und seiner analytischen Methodik gut, sich dem Patriarchat als eigenständigen Wirkmechanismus zuzuwenden und die Wechselwirkungen mit der Ökonomik genauer zu untersuchen. Freilich haben Feministinnen, wie Kate Millett, Catharine MacKinnon und ganz aktuell Laurie Penny Marxismus und Feminismus gegenübergestellt, die Kontinuität geschlechtsspezifischer Abhängigkeits- und Unterdrückungsmuster herausgestellt und – insbesondere Penny – die Spezifika des Patriarchats in der kapitalistisch geordneten Gesellschaft herausgestellt. Von einer konsensualen Übernahme in die sozialistische Theorie kann dennoch keine Rede sein. Feministische Theorie bezieht zwar, abhängig von Diskurs und Strömung, mittlerweile fast standardmäßig die Analyse der kapitalistisch-ökonomischen Verhältnisse ein, umgekehrt ist das aber nicht der Fall.

Dabei hat sich das Patriarchat nicht nur an die kapitalistische Produktionsweise angepasst, der Kapitalismus speist sich auch zu großen Teilen aus den Anpassungsmechanismen. Penny ist mit ihrer Theorie des patriarchalen Kapitalismus Recht zu geben, mit der sie vor allem die Ambivalenz aus unterdrückter, entfremdeter Sexualität und übermäßiger Sexualisierung von Frauen*, die unbezahlte und Heimarbeit, sowie die Vermarktung von «Weiblichkeit» ins Feld führt. «Die neoliberale Ablehnung des weiblichen Körpers ist ein fundamentaler Bestandteil der Arbeits- und Kapitalstrukturen, die weltweit Produktion ermöglichen.» schreibt sie

in *Fleischmarkt*. Tatsächlich ist kaum vorstellbar, dass der Kapitalismus mit einer so lebenserhaltenden Quelle, wie der unbezahlten Arbeit der Gruppe, die gleichzeitig auch die größte Konsumkraft im kapitalistischen Markt entfaltet, überwunden werden könnte. Umgekehrt ist auch die endgültige Befreiung der Frau*, ihre Subjektwerdung in Emanzipation, schwer vorstellbar, solange sie infolge kapitalistischer Strategie ihres eigenen Körperbewusstseins systematisch entfremdet wird und das Streben nach sexualisiertem Kapital nicht nur Überlebensstrategie, sondern auch Ausdruck des tiefen Wunsches nach gesellschaftlich bestätigter Selbstzufriedenheit ist. Die Frage nach dem Patriarchat wird durch die getätigte Analyse keinesfalls zum Nebenkriegsschauplatz – Im Gegenteil: Die warenproduzierende Gesellschaft und das Patriarchat produzieren sowohl für sich, als auch in Wechselwirkung miteinander Widersprüche. Das Patriarchat hat sich mit der Überwindung des Kapitalismus sicher nicht zwangsläufig erledigt – zeigen Wirkweise, Verwurzelung und historische Kontinuität doch das Gegenteil. Geschlechterspezifische Abhängigkeits- und Ausbeutungsmuster erfahren durch die kapitalistische Logik allerdings Verwikelungen.

Das kapitalistische System hat seine Anpassungsfähigkeit über zahlreiche Krisen und gesellschaftliche Modernisierungsphasen gezeigt. Die Kämpfe der Frauen*, die stets eine unabhängige Berechtigung für sich beanspruchen können, waren – trotz ihrer hoch zu schätzenden Erfolge – nicht in der Lage den allgegenwärtigen neoliberalen Konformismus zu durchbrechen, sondern haben ihm in Teilen sogar neue Handlungsfelder eröffnet. Ein Beispiel für diesen Umstand zeigt sich in der »sexuellen Revo-

lution« der Frauenbewegung der 1970er, in dessen Zentrum das Recht auf sexuelle Lust und Selbstbestimmung standen³. Die Verdienste der 1970er-Frauenbewegung hinsichtlich der weiblichen Emanzipation zu selbstbestimmten, aktiven sexuellen Subjekten sollen an dieser Stelle unbestritten sein. Und dennoch haben sich aus ihr neue Disziplinierungs- und Vermarktungsmechanismen ergeben. Das sexuelle Leistungsprinzip erfordert es jetzt für Frauen nicht nur, den heterosexuellen Counterpart möglichst effektiv zu beglücken, sondern dabei auch selbst nach Möglichkeit den krasssten Orgasmus zu erleben oder wenigstens vorzutäuschen. Begrenzt wird diese Befreiung durch eine systematische Frigidität⁴. Durch den Gegensatz hat sich ein idealer Nährboden der ursprünglichen Akkumulation für sexuelles Kapital im Patriarchat gebildet: Die weibliche Sexualität und das weibliche Körperbewusstsein sind nämlich nach wie vor gesellschaftlich schambehaftet und doch weit genug anerkannt, um Werbe- und Konsumfläche des kapitalistischen Marktes zu sein.

Ein anderes Beispiel für die Verstrickung und Wechselwirkung zwischen feministischen Diskursen und kapitalistischer Gesellschaftsordnung bildet eine Diskussion der aktuelleren feministischen Theorie: Die Identitätenpolitik. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität in den bestehenden Verhältnissen und eine neue Fokussierung auf den Stellenwert individueller Diskriminierungserfahrung hat den femi-

3 Weiter ausgeführt von Andrea Trumann in: Trumann, Andrea: *Feministische Theorie – Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus*. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 2002.

4 Im Sinne von Laurie Pennys Frigiditäts-Begriff in: Penny, Laurie: *Fleischmarkt*. Hamburg: Verlag Nautilus Flugschrift, 2015.

nistischen Diskurs in eine notwendige Spannung getrieben. Die Differenzierung zwischen individuellen Diskriminierungserfahrungen war als Anstoß auch notwendig. In den jüngsten Diskursen läuft dieser Anstoß aber Gefahr sich von seiner ursprünglichen Intention weg und hin zur den theoretischen Diskurs überlagernden reinen Sprachpolitik zu entwickeln. Die Einordnung in sozio-ökonomische Zusammenhänge, wie es beispielsweise Koschka Linkerhand⁵ wagt, entlarvt den neoliberalen Reflex: Wo die krampfhaft Zuordnung zu einer bestimmten, mehr oder weniger diskursiv herausgebildeten Gruppe die Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen Diskriminierung stattfindet, überlagert, stellt sich die Frage, woher die redundante Kritik an binären Kategorien (durch die Neuzuteilung in andere Kategorien) rührt. Im Einklang mit Linkerhand und Roswitha Scholz' Adorno-Interpretation in ihrem Vortrag⁶ «Das Abstraktionsverbot im Feminismus» vom 01. Juni 2016 an der TU Darmstadt scheint es hierbei nämlich schon lange nicht mehr um (die berechnete) Kritik an der biologistischen Grundlage von Geschlechtskategorien zu gehen, sondern bedient vielmehr das Bedürfnis der individuellen Abgrenzung von der gesellschaftlichen Masse. Denn die bestehenden Verhältnisse – angelegt auf eine gleichlaufende Stromlinienförmigkeit, in der individuelle

Interessen, Begabung und Perspektive nur dann Raum finden, wenn ihnen ein substanzieller Marktvorteil abzugewinnen ist – sind für den*die nach freier Entfaltung strebende*n Einzelne*n kaum zu ertragen. Das Bedürfnis nach dem nach Linkerhand «ganz persönlichen Identity-Ticket» bedient den Wunsch auszubrechen und ist letztendlich doch zur reinen Illusion verdammt – sind im Streben nach Abgrenzung doch wieder alle im konformistischen Mainstream vereint. Der Hang zur nahezu aggressiven Ausdifferenzierung und Verteidigung sprachpolitisch geformter Gruppen kann so als Teil der Selbstoptimierung betrachtet werden, zu welcher der Spätkapitalismus in seiner spezifischen Ausgestaltung antreibt.

Was für die sozialistische Theorie und die Sozialdemokratie folgt

Wichtig ist: Sowohl die sexuelle Revolution der 1970er, als auch die Identitätenpolitik haben Erfolge für die jeweiligen Zielgruppen erstreiten können⁷. Es ist auch nicht die Aufgabe der Frauen* Patriarchat und Kapitalismus aus eigener Kraft zu überwinden. Die Beispiele zeigen die Verstrickung von Patriarchat und kapitalistischer Gesellschaftsordnung dennoch bestechend deutlich auf und mit ihr die Notwendigkeit der sozialistischen Theorie sich neu aufzustellen. Die Sozialdemokratie muss in ihrer Neuaufstellung die gleiche Richtung einschlagen: Gesellschaft ist von Grund auf neu zu denken. Weder der Kapitalismus, noch das Patriarchat allein beschreiben die Zustände für sich. Sie stehen in Wechselwirkung, bedingen einander zwar nicht zwangsläufig, aber sind in jedem Fall gemeinsam zu diskutieren.

5 Vgl. hierzu: Linkerhand, Koschka: *Treffpunkt im Unendlichen – Das Problem mit der Identität*. In: Patsy l'Amour laLove (Hg.): *Beissreflexe*. Berlin: Querverlag, 2017.

6 Vgl. hierzu: Asta der TU Darmstadt: *Emanzipation und Identität – Über das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus in der spätbürgerlichen Gesellschaft*. URL: <https://www.asta.tu-darmstadt.de/asta/de/node/2700>, Stand 03.12.2017.

7 Wenn auch letztere trotz berechtigter Anliegen ihren emanzipatorischen Ansatz zu verlieren droht.

REZENSIONEN

Mathis Römer

Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung?

Rezension zu: Ulrike Herrmann, *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können*, Frankfurt a.M. 2016 (Westend Verlag), 288 S., 18€.

Fast schon euphorisch mutet das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an, das Anfang November dieses Jahres vorgestellt wurde: Blumige Wachstumsprognosen und Haushaltsüberschüsse für die Bundesrepublik und eine florierende EU-Binnenwirtschaft¹ lassen Ökonom*innenherzen höherschlagen, sollte man meinen.

Die Wirtschaftsredakteurin und Buchautorin Ulrike Herrmann sieht das jedoch deziert anders. Nicht von ungefähr kommt ihre harsche Kritik: «Das Gutachten war nicht billig. Man sollte den Vorschlag der fünf Ökonomen ernst nehmen, überflüssige Ausgaben zu streichen – und bei ihnen anfangen.»²

Das Gutachten ist ein Paradebeispiel der neoklassischen Theorie und wer wissen will, warum die Autorin so hart mit dem Sach-

verständigenrat ins Gericht zieht, wird nach der Lektüre ihres 2016 erschienenen Werkes «Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung – Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können» wissen, woher dieser Wind weht.

Nachdem Ulrike Herrmann 2013 mit *Der Sieg des Kapitals* eine Art Genese des Kapitalismus oder zumindest der kapitalistischen Produktionsweise veröffentlichten, widmet sie sich nun der Erforschung dieses Gegenstands: der Wirtschaftswissenschaft. Sie wirft den heutigen Mainstream-Ökonom*innen vor «in eine Art fiktives Mittelalter zurückgekehrt» zu sein. Es geht ihr um eine Kritik der in der Wirtschaftswissenschaft vorherrschenden Neoklassischen Theorie, die sich durch ihre Vorherrschaft in der universitären Lehre selbst perpetuiert und kaum andere Denkschulen zulässt – Denkschulen, die das blinde Auge der Neoklassik gegenüber ihren eigenen Annahmen zu öffnen suchen.

Größter Kritikpunkt Herrmanns ist die Konstruktion der neoklassischen Modelle nach einem Wochenmarkt, «als würde die Wirtschaft nur aus Tauschhandel bestehen und als hätte es die Industrialisierung nie gegeben.» (S.13) Damit spielt sie vor allem auf die simple Skalierung mikroökonomischer Prozesse auf makroökonomischer Ebene an, denn die Neoklassik versteht beispielsweise eine nationale oder auch eine globale Ökonomie bloß als Ansammlung mikroökonomischer Prozesse, wie den Kauf von Kartoffeln auf einem Wochenmarkt.

1 Jahresgutachten/Sachverständigenrat Zur Begutachtung Der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2017.

2 Herrmann, U. (2017). Ulrike Herrmann über Gutachten der «Fünf Weisen»: Expertise nur für Reiche. Taz.de. <http://www.taz.de/Archiv-Suche/?!5458863&s=&SuchRahmen=Print/> 19. November 2017.

Dass eine solche Theorie Schwierigkeiten mit der Beschreibung gewaltiger globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen hat, sollte dann nicht mehr überraschen.

Die Neoklassik verschließt sich wichtigen Faktoren, die beispielsweise zum Ausbruch von Wirtschafts- und Finanzkrisen beitragen. Nur deshalb konnten Ökonom*innen wie Robert Lucas 2003, fünf Jahre vor der großen Wirtschafts- und Finanzkrise konstatieren: «[...] the central problem of depression-prevention has been solved, for all practical purposes, and has in fact been solved for many decades.»³

Zwar wäre es falsch, der Neoklassik die Alleinschuld an einer Finanzkrise wie der im Jahr 2008 zuzuschreiben, dennoch stellt Herrmann plausiblerweise die Frage nach der Existenzberechtigung einer Denkschule, die nicht das Instrumentarium besitzt, um eines ihrer wichtigsten Einsatzfelder zu untersuchen.

Für ihren blinden Fleck auf der Makroebene verschreibt sie den Neoklassiker*innen die Lektüre von Adam Smith, Karl Marx und Maynard Keynes und macht sich für den Großteil des restlichen Buches daran, aufzuzeigen, dass die Ökonomie schon mal weit aus fortgeschrittener als das zwar mathematisch glänzende jedoch über seine eigenen Grundannahmen stolpernde Modell der Neoklassik war.

Vor dem der Neoklassik vorgeworfenen Fehlschluss von Mikro- auf Makroebene warnte schon Adam Smith in seinem Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen*. Hier befürwortete er die egoistische Nutzenmaximierung des Individuums auf der Mikro-Ebene. Allerdings nur, weil er wusste,

dass das Aggregat dieser einzelnen Handlungen auf Makroebene nicht nur dem Individuum, sondern der Gesellschaft als Ganzes zugutekäme.

Marx' Analyse, dass der Markt nicht wie von der Neoklassik angenommen zum Gleichgewicht, sondern zum Monopol neigt, gilt bis heute. So belegt Herrmann die Prognose Smiths mit aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes (S.126): die «Großkonzerne machen zwar nur ein Prozent der deutschen Firmen aus, aber im Jahr 2012 generierten sie 68 Prozent des gesamten Umsatzes».

Und obwohl der Keynesianismus im 20. Jahrhundert im Gegensatz zur Neoklassik echte staatliche Gegenmaßnahmen gegen die international wütende Wirtschaftskrise der 20er- und 1930er-Jahre vorzuschlagen wusste, anstatt das hilflose Warten auf die heilende Kraft des freien Marktes, auf dessen Fähigkeiten die Neoklassiker nur zu verweisen im Stande waren, fiel seine Theorie unter Thatcher und Reagan in Ungunst und wurde durch neoklassische Wirtschaftspolitik verdrängt.

Es gibt also eine Menge, «was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können». Doch warum ist die Neoklassik zumindest der deutschen Wirtschaftspolitik, wie der eingangs erwähnte Bericht des Sachverständigenrates zeigt, noch so populär? Auch hier liefert Herrmann unter Zuhilfenahme von Keynes Antworten. Denn das neoklassische Postulat der freien Märkte lässt enorme Spielräume für die reiche Bevölkerung, grade auf dem Finanzmarkt, offen. «Allein mit dem Derivatehandel haben die US-Investmentbanken im Jahr 2015 knapp 22,8 Milliarden Dollar verdient, wobei sich 91 Prozent dieses Geschäfts auf nur vier Großbanken konzentrieren.» (S.224) Das

3 Lucas, R. (2003). *Macroeconomic Priorities*. *American Economic Review*, 93(1), S. 1.

sind mächtige Interessen, die auf die Politik einwirken können. Und selbst die Politik hat ein Interesse an der mathematischen Ausrichtung der Neoklassik. Denn Keynes würde vor einer allzu gewagten Wirtschaftsprognose sicherlich zurückschrecken, während die Neoklassik mit ihrer Annahme des homo oeconomicus eine mathematische Planungssicherheit für die Zukunft vorgaukeln kann.

So gelingt Herrmann auf rund zweihundert Seiten ein einsteiger*innenfreundlicher Abriss der ökonomischen Ideengeschichte der letzten 250 Jahre und sie kann so die Mängel des heute vorherrschenden Verständnisses von Ökonomie aufzeigen. Doch während dieses ökonomische Grundverständnis sicherlich hilft, aktuelle wirtschaftspolitische Geschehnisse einzuordnen, ist damit noch nicht garantiert, dass ein Sachverständigenrat, der durch Smith und Keynes wieder seine vollständige makroökonomische Sehkraft zurückerhalten hat, in Zukunft jegliche Krisen zu vermeiden weiß.

Marx ist an dieser Stelle bewusst ausgelassen, denn er hatte bekanntermaßen nicht das Ziel, dem Kapitalismus einen Weg aus der Krise zu weisen. Ganz im Gegenteil beschrieb er die Krisen-Anfälligkeit des kapitalistischen Systems und arbeitete an der Theorie eines möglichen und für ihn logisch notwendigen Nachfolgers, dem Kommunismus. Auch wenn es schließlich nicht zum endgültigen Kollaps des Kapitalismus kam, sind immer noch zum Alltag des Kapitalismus gehörenden Wirtschaftskrisen vielleicht dennoch ein Anlass, um über Alternativen nachzudenken. An dieser Stelle greift Herrmann ein wenig kurz und begnügt sich damit, Fehlannahmen von Marx aufzuzeigen (auch wenn sie ihm seine Bedeutsam-

keit nicht abspricht), anstatt wie im Titel versprochen wirklich von ihm zu lernen.

Und während zu hoffen ist, dass Ökonom*innen mit Strategien außerhalb der neoklassischen Theorie zukünftige Krisen – wenn schon nicht ganz vermeiden – zumindest abschwächen können, so bleibt doch die auch im Buchtitel gestellte Frage nach einer Lösung nicht bloß auf die Reform des bestehenden Systems begrenzt; einem System, das neben seiner Krisenanfälligkeit Katalysator für Ungleichheit, Kinderarbeit, Umwelterstörung und Unterdrückung ist. Im Abschnitt zu Marx muten Kapitelüberschriften wie «Irrtum I: die Arbeiter sind nicht verelendet» etwas euphemistisch an, denn selbst wenn sich seit Marx Zeiten viel verändert hat, gehört Verarmung verschiedenen Ausmaßes weltweit zum Tagesgeschäft des Kapitalismus. Natürlich krepelt man nicht mal eben von heute auf morgen die Weltwirtschaft um, doch wäre es nicht naiv, sich auf das bloße notdürftige Reparieren eines Systems zu verlassen, dass in seiner Destruktivität nicht einmal vor sich selbst haltmacht? So behält Herrmann zwar recht, wenn sie im Titel des Buches sagt, dass die bloße Abwesenheit von Kapitalismus ohne neue Perspektiven keine Lösung sein kann, doch ist es die Abwesenheit von Kapitalismuskritik dann sicherlich auch nicht.

Toni Kraus

Den Kapitalismus überwinden – aber wie?

Die Nische als Chance zur Überwindung des Kapitalismus

Rezension zu: Erik Olin Wright, *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*, Berlin 2017 (Suhrkamp), 530 S., 24€.

Glaubte Marx selbst basierend auf seiner geschichtsphilosophischen Perspektive noch daran, dass sich der Kapitalismus anhand seiner Krisenhaftigkeit von allein überwinden und seine «eigenen Totengräber» selbst erschaffen könnte, ist die Frage nach der richtigen politischen Transformationsstrategie seither stark umstritten. Umso größer ist die Erwartungshaltung an das Buch von Erik Olin Wright, das den vielversprechenden Titel *Reale Utopien – Wege aus dem Kapitalismus* trägt und Anfang 2017 vom Suhrkamp Verlag ins Deutsche übersetzt wurde. Anders als zusammenbruchstheoretische Überlegungen beschreibt es, wie gesellschaftliche Nischen zur Überwindung des bestehenden kapitalistischen Systems ausgenutzt werden können, um eine egalitäre, demokratische und solidarische Gesellschaft zu generieren.

Erschienen ist das Buch bereits 2010 für den angelsächsischen Raum und hatte im Zuge der Finanzkrise durch seine beeindruckende Aktualität hohe Resonanz erfahren.

Das Buch von Wright, der aktuell an der University of Wisconsin lehrt und dessen Forschungsschwerpunkt auf der marxistischen Klassentheorie liegt, lässt sich grob in drei Abschnitte unterteilen: die theoretische Kritik am aktuellen kapitalistischen Status Quo, das Darstellen der real existierenden, nicht kapitalistischen Nischen, welche eine Überwindung eben jener Kritikpunkte beschreibt sowie schließlich eine Einordnung und Beschreibung transformati-

ver und soziologischer Effekte samt Darstellung verschiedener Gesellschaftsmodelle.

Hierbei gestaltet sich der Einstieg in die Lektüre selbst für Anfänger auf dem Gebiet der marxistischen Theorie überaus leserfreundlich. So wirft Wright in seinem ersten Abschnitt zwar einen aktuellen, aber sprachlich dennoch leicht zugänglichen, marxistischen Blick auf die kapitalistische Gesellschaft und stößt dabei auf elf Kernprobleme, die er am Kapitalismus kritisiert. Zusätzlich bemerkt Wright in diesem Abschnitt richtigerweise, dass es kein kapitalistisches System in Reinform gibt, sondern überall sozialistische und etatistische Tendenzen verankert sind. Der Abschnitt endet mit einer wirksamen Metapher, wie man dem kapitalistischen System entgegen könnte – dem sozialistischen Kompass. Dieser wird von Wright in Kontrast zu einer Karte gesetzt, auf der man genau den Weg zum Ziel nachverfolgen könnte. Wright stellt hierbei völlig korrekt fest, dass wir über keine Gesellschaftstheorie verfügen, die einen solchen Maßstab liefern könnte. Allerdings, so der Autor, haben wir zumindest ein formuliertes Ziel, den demokratischen Sozialismus, sowie erkennbare Tendenzen und Richtungen, die anhand Wertorientierungen die Überwindung des Kapitalismus anleiten können.

In seinem nächsten Abschnitt beschreibt Wright dann strukturiert die *realen Utopien*. Er macht deutlich, welche Formen sozialistischen Wirtschaftens denkbar sind und welche Folgen dies auf die Macht vom Staat, der Ökonomie und Zivilgesellschaft hat. Dabei verfolgt er aufeinanderfolgend zwei Ansätze der Analyse: Erstens die Konzentration auf real vorliegende Fälle, die die vorher beschriebenen Prinzipien verfolgen, und zweitens die Gestaltung theoretischer

Modelle neuer Institutionsgestaltung. Hierbei legt Wright erfreulicherweise einen konkreten Fokus auf die Ausgestaltung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten. Während sich, wie häufig in marxistischen Analysen, die vorherigen Kapitel eher mit ökonomischer Hegemonie beschäftigten, rückt Wright so den legitimierenden, zivilgesellschaftlichen Part in den Fokus. Während sich die Analyse bis hierhin als gewinnbringend darstellt, scheinen die exemplarisch aufgeführten real existierenden Fälle wenig überzeugend zu sein und damit die Metapher des sozialistischen Kompasses an Wirkmächtigkeit bei Wright selbst verloren zu haben. Denn sind zwar die beschriebenen Tendenzen wie Wikipedia, die Quebecker Sozialwirtschaft oder Mondragon in ihren Ansätzen gute Beispiele dafür, auch innerhalb des Kapitalismus sozial und partizipativ zu wirtschaften, so scheinen diese Kooperativen das Rad des Kapitalismus nicht annähernd stoppen zu können.

Eine weitere Ambivalenz hinsichtlich des Buches kommt bezüglich der realen Utopien auf: Zwar geht Wright überzeugend auf Schwachstellen der realen Utopien ein, was einem zwar einerseits ein gesamtes Bild der Situation vermittelt, andererseits aber auch Hoffnung auf das Erlangen des sozialistischen Ziels schwinden lässt. Man könnte argumentieren, dass dies ein kühler Blick sei, frei von jeglichem Wunsdenken, der einen sachlichen Umgang mit der Thematik zulässt. Jedoch ist fraglich, ob Wright mit dieser pessimistischen Grundhaltung wirkliche Auswege aus dem Kapitalismus aufzeigen kann.

Zudem erscheinen die dargestellten Szenarien, die im Ziel irgendwo zwischen Deutschland und Schweden der 1980er liegen, abgesehen vom bedingungslo-

sen Grundeinkommen, bereits Status-Quo europäischer Demokratien zu sein. Was beispielsweise für unsere Gesellschaft im Bereich Arbeitnehmerschutz und Sozialstaatlichkeit vorherrscht, erscheint für den US-amerikanischen Arbeitnehmer wahrscheinlich wirklich wie reale Utopien.

Trotz der hervorragenden theoretischen Arbeit von Wright bezüglich der institutionellen Neugestaltung stellt sich so die Frage, was das Buch aus europäischer bzw. deutscher Perspektive zum Ziel des demokratischen Sozialismus beitragen kann. Wer mit diesem Buch also eine futuristische Darstellung ala Paul Mason erwartet, wird leider enttäuscht werden.

Auch im letzten, eher soziologischen Abschnitt seines Werks bleibt der permanente Pessimismus in Wrights Denken als ständiges Hintergrundrauschen bestehen.

Nachdem sich Wright der Frage «Was ist gut?» im ersten Abschnitt stellte, und sie im zweiten Abschnitt mit «Was existiert?» ergänzte, folgt nun die Frage, was möglich sei. Dabei unterteilt er in drei Ansätze: die Transformation als Bruch, die Transformation durch Freiräume, und die symbiotische Transformation. Diese können, beziehungsweise werden nicht einzeln betrachtet, sondern begünstigen einander und müssen zusammen gedacht werden, da die kapitalistische Wirtschaft ein komplexes Gebilde darstellt. Leider postuliert Wright auch hier wiederum als Ergebnis, dass sozialdemokratisch-symbiotische Ansätze den Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten eher in seiner Hegemonialposition stärkten, als ihn zu überwinden, was Wrights Aussicht auf einen erfolgreichen Bruch mit dem System schwächt.

Insgesamt bleibt so ein ambivalentes Gefühl nach der Lektüre. Einerseits wird

eine scharfsinnige Analyse über sozialistische Tendenzen, Freiräume und Perspektiven, sowie deren Umsetzung geliefert. Andererseits scheint das Buch an seinen Untertitel selbst nicht ganz zu glauben und den Eindruck zu vermitteln, dass das eigene Handeln den Kapitalismus eher stärkt als schwächt. Es spricht für sich, wenn man sich nach der Lektüre den Worten Adornos in seiner *Negativen Dialektik* hinwendet: «Nur wenn, was ist, sich ändern läßt, ist das, was ist, nicht alles.»

Christian Fischer

Alternativen zum Kapitalismus und ihre Überprüfung

Rezension zu: Giacomo Corneo, *Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme*, Berlin 2014 (Goldegg Verlag), 368 S., 24,90 €.

Viele Menschen in Deutschland und in anderen Ländern der Welt sind unzufrieden mit dem Kapitalismus. An genau dieses verbreitete Grundgefühl knüpft Giacomo Corneo, Professor für Volkswirtschaftslehre (Lehrstuhl für öffentliche Finanzen) an der Freien Universität Berlin, in seinem Buch *Bessere Welt* an. Corneo sieht in der «Sehnsucht nach einem menschlichen, gerechten und effizienten Wirtschaftssystem» ein «riesiges gesellschaftliches Energiepotenzial» (S. 6). Geschickt plädiert er aber dafür, zunächst mögliche Alternativen zu untersuchen, bevor man eine Systemänderung anstrebt. So entwickelt er die richtunggebende Frage seines Buches: «Gibt es überhaupt eine überlegene Alternative zum Kapitalismus und, falls ja, wie sähe sie denn aus?» (S. 5). Corneo lädt den Leser dazu ein, mit ihm eine «ideelle Rundreise

zu den aussichtsreichsten Alternativen» zu unternehmen, «die bis dato erdacht worden sind» (S. 5). Dieser Einladung sollte man unbedingt folgen, denn Corneo führt reflektiert und abgewogen in die Funktionsweise, Chancen und möglichen Probleme von alternativen Wirtschaftssystemen ein.

Seine Suche beginnt bei Platons Idealstaat, richtet den Blick auf die Gütergemeinschaft der Insel Utopia, findet den Weg zu Modellen kooperativen Wirtschaftens wie Kropotkins anarchistischem Kommunismus, führt dann zur Sozialistischen Planwirtschaft sowie zum Marktsozialismus und reicht schließlich bis zur Idee des Aktienmarktsozialismus und der des Grundeinkommens und der Sozialerbschaft. Auf diese Weise wird ein breites Spektrum politisch-ökonomischer Ideen beachtet und der Anspruch von Kontroversität erfüllt. Überzeugend ist die offene Haltung, mit der Corneo den Alternativen begegnet und sich mit ihnen auseinandersetzt. Diese offene Haltung lädt direkt zum Mitdenken ein. Corneo betreibt auch keine dogmatische Kapitalismuskritik. Über die Kontrastierung mit möglichen Alternativen werden die positiven Potenziale marktwirtschaftlicher Ordnung deutlich. Mit einem eigenen Kapitel betrachtet und würdigt Corneo dementsprechend auch die Marktwirtschaft mit Wohlfahrtsstaat.

Beachtung verdient die intelligente Inszenierung des Buches: Das Buch beginnt mit einem Prolog, der den E-Mail-Austausch zwischen Vater und seiner kapitalismuskritischen Tochter enthält und aus dem das Vorhaben, Alternativen zum Kapitalismus zu überprüfen, entwickelt wird. Am Ende des Buches findet sich ein Epilog, der den Austausch zwischen Vater und Tochter wieder aufnimmt und die Ergebnisse des

Buches diskutiert. Diese Einbettung vermittelt eine authentische Suchbewegung. Ferner gelingt es dem Autor in allen Kapiteln, ökonomische und soziale Zusammenhänge sprachlich so dazustellen, dass sie vor dem geistigen Auge des Lesers lebendig werden und gut verstanden werden können.

Gleichzeitig überzeugt das Buch auf analytischer Ebene. Corneo unterzieht jedes der betrachteten alternativen Wirtschaftssysteme zwei Tests, um seine Funktions- und Leistungsfähigkeit zu beurteilen: dem «Kooperationstest» und dem «Allokationstest». Der Kooperationstest überprüft die Anreize der Menschen, wirtschaftlich miteinander zu kooperieren und sich in den Produktionsprozess einzubringen. Der Allokationstest bezieht sich auf die Frage des ökonomisch sinnvollen Einsatzes von Ressourcen und der Verteilung der produzierten Güter und Dienstleistungen. Dabei reflektiert Corneo auch das Menschenbild, von dem die jeweiligen Modelle ausgehen. Auf diese Weise führt das Buch in Grundzüge des ökonomischen Ordnungsdenkens ein.

Die Lektüre des Buches ist unbedingt zu empfehlen, denn sie macht Lust, über Ordnungsfragen und die weitere Aus- und Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung nachzudenken. Aus meiner Sicht trägt das Buch ein großes Potenzial für die Politische und Ökonomische Bildung in sich, denn Corneo demonstriert beispielgebend, wie man sich kontrovers und offen mit Wirtschaftsordnungen auseinandersetzen kann.

Siegfried Heimann

Herausforderungen an die Sozialdemokratie

Rezension zu: Uli Schöler, *Herausforderungen an die Sozialdemokratie*, Essen 2016, Klartext Verlag, 440 Seiten, 29,95 €.

Jüngst erinnerte Peter Merseburger an den 25. Todestag von Willy Brandt und empfahl einer ratlos gewordenen Sozialdemokratie, sich Willy Brandts «Mut zum Wagnis» zum Vorbild zu nehmen, denn nur «wer wagt, kann gewinnen». Aber – so fügte er hinzu – «vorausgesetzt allerdings, er ist auf der Höhe der Zeit und hat die richtigen Antworten auf ihre brennenden Fragen parat».

Uli Schöler, Jurist und Politikwissenschaftler, Abteilungsleiter beim Deutschen Bundestag und Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, maß sich nicht an, die richtigen Antworten parat zu haben, aber ein gewichtiger Sammelband, der Schölers Aufsätze zwischen 1984 und 2015 enthält, belegt, dass er um diese Antworten immer wieder ringt.

Der Autor sah die SPD schon 2016 in einer «Sinn- und Existenzkrise» – wer möchte ihm da nach der Bundestagswahl im September 2017 widersprechen. Und wieder sind die Ratgeber schnell zur Hand: ein Personenwechsel – der Spitzenkandidat, der Vorsitzende muss ja nur ausgetauscht werden und es kann weiter gehen wie bisher. Das aber konnte es nie sein, wie Uli Schöler konstatiert und er präsentiert seine zwischen 1984 und 2015 geschriebenen Aufsätze als höchst aktuelle «Herausforderungen an die Sozialdemokratie».

Schöler begründet das in seiner Einleitung, wenn er sich gegen ein Diktum von Olaf Scholz – wohlgermerkt: 2016 – wendet, das einen sicher oft notwendigen «Pragmatismus» zur sozialdemokratischen «Urtu-

gend» verklärt, der weiteres Nachdenken über programmatische Ziele überflüssig mache.

Freilich verschweigt Schöler im Rückblick auch nicht seine – selbstkritischen – Zweifel, wenn er einige seiner Aufsätze als «aus der Zeit gefallen» sieht, etwa wenn er in einem Aufsatz über den «Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten» die – auch seine eigene – Geschichte der Jungsozialisten der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als eine «Geschichte der anhaltenden Fraktionskämpfe, von stark divergierenden Auffassungen über Theorie und Praxis sozialistischer Politik», beschreibt, die viele umfangreiche Programme» verfasst hätten, die meist Papier geblieben sind.

Die Titel vieler Aufsätze lesen sich – auch in dieser Hinsicht aktuell – als frühe Überlegungen zu den anstehenden historischen Jubiläen: 100 Jahre Oktoberrevolution und 100 Jahre deutsche Revolution von 1918/19. Mehrere seiner Aufsätze sind in dem Zusammenhang dem «Schisma der Arbeiterbewegung» gewidmet. Seit geraumer Zeit werden in SPD und Linkspartei Möglichkeiten einer politischen Zusammenarbeit ausgelotet. Manche Diskutanten meinen, dass es nur darum geht, einige tagespolitische Differenzen auszuräumen oder Reizthemen wie «Bluthund Noske» und «Zwangsvereinigung» ad acta zu legen. So einfach ist es nicht. Schöler beruft sich in seinem 1999 erstmals veröffentlichten Aufsatz über «Sozialdemokratie und Kommunismus» auf Paul Levi, den Weggefährten von Rosa Luxemburg, der schon 1923 konstatierte, dass Sozialdemokratie und Kommunismus durch eine «gegensätzliche Weltanschauung» geprägt seien. Die «Demokratie-Diktatur-Frage», so betont Schöler, sei die dauerhafte Scheidelinie zwischen den

beiden Lagern geworden. Wie schwer das für nicht wenige Mitglieder der Linkspartei ist, daraus Konsequenzen für die heutige Praxis zu ziehen, macht ein Gespräch deutlich, das Schöler im Jahre 1990 mit Jürgen Kuczynski, sicher kein «Betonkopf», führte und unter dem Titel «Der Sozialismus als Fehlgeburt?» in seinen Sammelband aufgenommen hat. Schöler fragte nach der Kollektivierung und Industrialisierung in der Sowjetunion der dreißiger Jahre und Kuczynski nannte beide Konzepte richtig, wenn auch der Zwang falsch gewesen sei. Und dann kam er explizit zu Stalin: «Ich bin immer noch im Zweifel, ob die Verbrechen Stalins stärker zu werten sind als jene Industrialisierungspolitik, denn sie war die Basis dafür, dass die Sowjetunion eine Rüstungsindustrie hatte, die es ihr ermöglichte, den Hitlerfaschismus zu besiegen.»

Auch heute noch werden die Verbrechen Stalins mit diesem Pseudo-Argument entschuldigt. Dabei muss, wie Schöler deutlich macht, endlich auch klar sein, dass, wer von Stalin spricht, auch von Lenin nicht schweigen darf. Auch das Wirken von Lenin sei, wie Schöler 2005 schrieb, einer radikalen Kritik zu unterziehen, denn dieser habe die marxistische Theorie instrumentalisiert, um «verabscheuenswürdige politische Zwecke» zu rechtfertigen.

Gerade wegen dieses Missbrauchs der marxistischen Theorie gelten die ersten in dem Sammelband wieder veröffentlichten Aufsätze Schölers der «Aktualität und der Zukunft des Marxschen Denkens». Der 200. Geburtstag von Karl ist 2018 zu begehen und die Zahl der Biographien von Marx wird langsam unübersichtlich. Aber nicht wegen eines anstehenden Geburtstages wird Marx aus Nostalgie wieder gelesen, sondern weil die Krisen des Finanzkapitals und

der scheinbar undurchschaubare digitale Kapitalismus anregen, bei der Suche nach «Wegen aus der Gefahr» (Eppler) auch mal wieder bei Marx nachzuschlagen, nicht weil erneut «Säulenheilige» helfen sollen, sondern weil Marx und Engels eine «Methode kritischer Wirklichkeitsaneignung» entwickelt haben, die, wie Schöler betont, jenseits all ihrer Irrtümer hochaktuell ist.

In dem Zusammenhang verweist Schöler auch auf eine ganze Reihe von «eigensinnigen Köpfen», die mit ihrem Werk versucht haben, Alternativen zum krisenhaften Kapitalismus aufzuzeigen. Die Namen Wolfgang Abendroth oder Otto Bauer fehlen dabei natürlich nicht, über deren Wirken Uli Schöler wichtige Bücher geschrieben hat, aber auch Anna Siemsen, Susanne Miller, Peter von Oertzen und noch einige mehr werden als eigensinnige Köpfe gewürdigt. Schöler verweist in dem Zusammenhang auf die verschiedenen linken Organisationen und Gruppen, in denen diese Mitglied waren und die fast alle den Weg zur Sozialdemokratie (wieder)gefunden haben.

Aber natürlich bleibt auch für Schöler im Jahre 2016 – und heute erst recht – die Frage: «Sozialdemokratie wohin?» In mehreren Aufsätzen ging Schöler in den letzten 20 Jahren schon auf Fragen ein, die die heutige Gesellschaft und die Sozialdemokratie noch lange beschäftigen werden. So die Frage nach den «politischen Antworten auf die Globalisierung», nach dem «Segen oder Fluch» des Internets und schließlich auch auf das «Elend der Demoskopie», das mitverantwortlich dafür sei, dass die Politik der SPD von einem tagespolitischen Ereignis zum anderen hechelt und die langfristigen Ziele der SPD aus den Augen verliert. Schöler zitiert den ehrwürdigen Parteienforscher Otto Kirchheimer, der schon im Jahre

1965 der SPD eine Mahnung ins Stammbuch schrieb: «Wenn die Partei eine Organisation ist, die weder Schutz für eine gesellschaftliche Position bietet noch als Ankerplatz für intellektuelle Anliegen gilt und kein Bild für die Gestaltung der Zukunft besitzt, wenn sie stattdessen eine Maschine für kurzfristige und nur von Fall zu Fall auftauchende politische Alternativen wird, dann setzt sie sich den Risiken aus, denen sich alle Hersteller von Verbrauchsgütern gegenübersehen: die Konkurrenz bringt fast den gleichen Artikel heraus – in noch besserer Verpackung.»

Gegen diese Risiken hat Uli Schöler mit allen in diesem Sammelband veröffentlichten Aufsätzen angeschrieben, sie sind – leider – hochaktuell und daher sehr lesenswert.

Kira Ludwig

Mit Migration leben

Rezension zu Philipp Ther: *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*. Berlin (Suhrkamp) 2017; 436 S., 26,- €/E-Book 21,99€.

Das Zusammenleben von hier Geborenen und Zugewanderten, Integration – wie immer diese aussehen mag – ist von vielen Unmöglichkeiten, Verlangsamungen und Behinderungen begleitet. Der letzte große Rückschlag war das Bundestagswahlergebnis vom 24. September 2017. Die dezidiert ausländerfeindliche Partei AfD wurde in den deutschen Bundestag gewählt. In manchem Landstrich Deutschlands ist die AfD die stärkste Partei geworden. Die SPD ist derart erschreckt und kleingewählt, dass sie in Teilen vergisst, auch eine Partei der verfolgten Minderheiten, der Geflüchteten

und Entrechteten, des Humanismus und vor allem der gesellschaftlichen Integration ohne Ansehen der Herkunft oder Religion zu sein. Sie schaut leider mancherorts den Falschen, nämlich denen, die am lautesten schreien, aufs Maul und murmelt Verständnis oder rührt sich gar nicht.

Da wird es Zeit für dieses Buch des Wiener Osteuropa-Historikers Philipp Ther. Er macht neben den vielen detaillierten und gut geschriebenen Kapiteln nebenher einen wichtigen Unterschied zwischen dem keineswegs zu idealisierenden, wenngleich manchmal erfolgreichen (national-)staatlichen Handeln zur Integration und den tatsächlichen Einstellungen der Aufnahmegesellschaft, die sich hier in unschöner Weise offenbaren.

2015 wurde er mit dem Preis der Leipziger Buchmesse bedacht, damals begeisterte er seine Leserschaft mit dem Buch «Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent – Eine Geschichte des neoliberalen Europa». In diesem neuen Buch *Die Außenseiter* schafft er es, die Spannung zwischen detailreicher historisch vergleichender Forschung und vieler biografischer Geschichten zu halten. Dabei zeichnet er ein Bild von Europa, in dem seit der Vormoderne, der Vertreibung der Muslime aus Spanien, permanent Millionen Menschen unterwegs sind.

Thers Programm steht im Vorwort: «Entgegen allen Integrationsängsten waren Flüchtlinge (und andere Migrantinnen) historisch betrachtet fast immer eine Bereicherung für die Länder, die sie aufnahmen, und ein Motor wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen. Das vorliegende Buch sieht seine Aufgabe darin, an dieses Potenzial zu erinnern.» (S. 29) Die Politik daraus müssen andere machen. In der Konsequenz bedeutet das

an die Adresse von Martin Schulz gerichtet, dass es eben nicht ausreicht, Migration nur als eine Frage «geordneter Einwanderung» von brauchbaren Arbeitskräften zu begreifen. Vielmehr führt Ther uns vor Augen, dass unser Europa ein Kontinent ist, der durch dauernde Migration sehr stark geprägt wurde, eine wirkliche gesellschaftliche Integration, Offenheit und Bewegung auch der Sesshaften sind also gefragt.

Anhand von 4 Indikatoren wird Integration beurteilt. Rechtlicher Status, Arbeit, Wohnen und Mobilität sowie das Heiratsverhalten. Ther kommt auf diese Dimensionen immer wieder zurück und verknüpft sie geschickt mit den großen Wandermotiven Religion, Nationalismus und Politik. In diesen Hauptkapiteln entfaltet der Autor seine Geschichte. Von Anfang an wird klar, dass sein Europa weit über die Grenzen der EU hinausgeht, Richtung Süden und Richtung Osten, weil der europäische Westen an den Entwicklungen seiner Umgebung nicht unbeteiligt ist. Der Zerfall des Osmanischen Reiches, Syrien, Israel, Palästina sind nur einige Beispiele.

Wenn sich die SPD aufmacht, jetzt ein neues Grundsatzprogramm zu schreiben, tun ihre Mitglieder gut daran, das eine oder andere historische Werk zu lesen. Denn nach Lektüre dieses Buches fragt man sich, wann und wie lang eigentlich mal Phasen der Ruhe und Sesshaftigkeit vorherrschend waren. Sie sind rar, aber für die jetzt lebenden und aktiven Generationen im zentralen Europa bzw. der EU sehr präsent. Bei vielen nach 1989 im Osten Deutschlands Gebliebenen scheint er der überpräzente Normalfall zumindest ihrer eigenen Geschichte. Vielleicht liegt darin ein Grund für die mancherorts herrschende Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer. Wobei selbst aus

Sachsen, wenn wir uns diese etwas satirische Bemerkung erlauben dürfen, zu hören ist, dass die rege Reise- und Wandertätigkeit schon zu DDR-Zeiten das Volk der Sachsen möglicherweise vor dem inzestuösen Zusammenbruch gerettet hat.

Im Ernst legen wir dieses Buch ans Herz, weil es helfen kann, Einstellungen begründet zu verändern und einer Politik der konsequenten gesellschaftlichen Integration aller Menschen ein kluges Unterfutter zu geben.

AUTORINNEN UND AUTOREN

Peter Brandt (*1948), Prof. Dr., Historiker und Professor i. R. für Neuere und Neueste Geschichte an der Fernuniversität in Hagen. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zuletzt: *Freiheit und Einheit. Zwei Bände*, Neuruppin 2017.

Robert Budras (*1988), Volkswirt (M.Sc.), studierte an der FU Berlin und der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Makroökonomie und Arbeitsmarktpolitik; Sachgebietsleiter der VGR und Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen am Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Mitarbeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zu atypischer Beschäftigung und in der Prognos AG zum Rentensystem und der Makroökonomie der Eurozone. War Vorsitzender der SPD Berlin-Lichterfelde Ost und Süd und stellvertretender Vorsitzender der Jusos Berlin.

Marco Bülow (*1971), MdB, freier Journalist/Publizist, seit 2002 direkt gewählter Abgeordneter im Bundestagswahlkreis Dortmund I, seine politischen Schwerpunkte sind Transparenz und Lobbyismus sowie Bau- und Umweltpolitik.

Nils Diederich (*1934), Prof. Dr. rer. pol., em. Professor für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, leitete 1971-1976 die Planungsleitstelle beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, war Geschäftsführender Direktor des Zentralins-

tituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, war MdB: 1976-1987 vertrat er den Wahlkreis Zehlendorf, 1990-94 direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Berlin-Friedrichshain-Treptow-Lichtenberg.

Klaus Faber (*1940), Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam; Vors. des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern; Vors. des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus; Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam und des Zentrums für jüdische Studien Berlin-Brandenburg; Kuratoriumsvors. der Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt; Publikationen zu juristischen Themen, zur Föderalismus-, EU- und Bildungspolitik, zu Nahost-, Islam- und Antisemitismusfragen.

Christian Fischer (* 1980), Dr. des., Lehrer für Sozialkunde und Geschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Rostock, Bereich: Politische Bildung/Didaktik der Politischen Bildung, Titel der Dissertation: «Wirtschaftsordnungen simulativ verstehen und beurteilen lernen. Grundlagen, Planspielkonzeption und die Rekonstruktion von Lernwegen als Beitrag zur politikdidaktischen Unterrichtsforschung», Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Mark Fischer (*1987), Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Philosophisches Seminar, Dissertationsvorhaben im Bereich Wissenschaftstheorie, Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, ehemals stellv. Juso-Landesvorsitzender Baden-Württemberg.

Fedo Hagge-Kubat (*1992), studierte Politik- und Verwaltungswissenschaften in Konstanz und am Otto-Suhr-Institut in Berlin; ist SPD Mitglied; und arbeitet seit 2014 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Beschäftigt sich akademisch wie beruflich schwerpunktmäßig mit Außen- und Sicherheitsfragen, Kulturpolitik und politischer Theorie.

Horst Heimann (*1933), Dr., Politikwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zum Reformismus, zu Eduard Bernstein und zur Begründung des «Demokratischen Sozialismus».

Siegfried Heimann (*1939) PD Dr. phil., Historiker und Politikwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, der Parteien nach 1945 und zur Berliner Nachkriegsgeschichte.

Katharina Hellbach (*1995), seit 2015 Studentin der Politikwissenschaft und der Katholischen Theologie an der Freien Universität Berlin. Studentische Mitarbeiterin von Detlev Pilger, MdB (SPD) und Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes. Feministin mit Studienschwerpunkten u.a. in der pluralfeministischen Theorie, den Gender Studies, der internationalen Zusammenarbeit und der Menschenrechtsforschung sowie der feministischen Theologie und der Religionskritik.

Dierk Hirschel (*1970), Dr., Studium der Volkswirtschaft, war DGB-Chefökonom, jetzt Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, Europa, Internationales der Gewerkschaft Ver.di. Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Jöran Klatt (*1986), hat Geschichte und Germanistik in Göttingen studiert und promoviert in den Sprach- und Kommunikationswissenschaften. Er arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung in der Redaktion von INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft.

Carsten Koschmieder, Dr. rer. pol., Diplompolitologe, wissenschaftl. Mitarbeiter an der Arbeitsstelle Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Forscht u.a. zu Parteien, Wahlen, politischer Partizipation und Rechtsextrémismus. Veröffentlichung zuletzt: (*Hg.*): *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge zur Parteienforschung, Heidelberg 2017.*

Toni Kraus (*1996) studiert seit 2015 Politikwissenschaften und Philosophie an der FU Berlin. Er ist engagiert in der Linkspartei und dem SDS. Seine aktuellen Interessen gelten vor allem der marxistischen Theorie und der Gerechtigkeitstheorie nach Rawls sowie der Digitalisierung und Technisierung.

Christian Krell (*1977), Dr., Politikwissenschaftler, leitet das nordische Büro der FES mit Sitz in Stockholm, ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD und Lehrbeauftragter der Universität Bonn.

Hendrik Küpper (*1997), studiert seit 2015 Politikwissenschaft und Philosophie mit Lehramtsoption an der Freien Universität Berlin und ist Sprecher der Juso-Hochschulgruppe an der FU Berlin, Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Berlin, kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin und Vorstandsmitglied der HDS. Zudem ist er Mitglied der GEW und Stipendiat der FES. Seine wissenschaftlichen Interessen gelten besonders der Politischen Theorie und Philosophie, der Anthropologie, bildungspolitischen Themen sowie der Gesellschafts- und Kapitalismuskritik.

Philipp Kufferath (*1980), Dr., geschäftsführender Herausgeber des Archivs für Sozialgeschichte und Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung im Referat Public History. Wissenschaftl. Mitarbeiter am Institut für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung, Deutsche Sporthochschule Köln (Prof. Dr. Jürgen Mittag), mit einem Projekt zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Kira Ludwig (*1965), Historikerin, Industriekauffrau, Projektmitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Rostock.

Ralf Ludwig (*1961), Prof. Dr. rer. nat., Professor für allgemeine physikalische und theoretische Chemie an der Universität Rostock. Von 1991 bis 1993 war er Juso-Bundesvorsitzender.

Max Meisenheimer (*1992), Masterstudium der Governance & Public Policy an der TU Darmstadt mit Schwerpunkt auf Wissenschaftspolitik und Föderalismusforschung, Bachelorstudium der Politikwissenschaft & Soziologie an der Universität Mannheim,

Stipendiat der FES, verschiedene hochschulpolitische Ämter, ehem. Mitglied des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen, ehem. beratendes Mitglied der AG Bildung & Forschung der SPD-Bundestagsfraktion.

Richard Meng (*1954), Dr., Sozialwissenschaftler, war stellv. Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, 2007-2014 Sprecher des Berliner Senats. Zahlreiche Veröffentlichung zur SPD, Rot-Grün, politische Kultur in der Bundesrepublik.

Julia Müller (*1996), seit 2014 Studentin der Rechtswissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit dem Schwerpunkt Rechtsphilosophie und Rechtstheorie, Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes. Aktiv bei der Juso-Hochschulgruppe Freiburg. Beschäftigt sich privat insbesondere mit marxistischer sowie feministischer Theorie und Theoriegeschichte.

Susan Neiman (*1955), Prof. Dr., Direktorin des Einstein Forums. Geboren in Atlanta, Georgia, studierte sie Philosophie an der Harvard Universität und der Freien Universität Berlin. Bevor sie 2000 die Leitung des Einstein Forums übernahm, war sie Professorin für Philosophie an der Yale Universität und der Tel Aviv Universität. Autorin zahlreicher Publikationen, insbesondere zur Moralphilosophie und politischen Philosophie. Zuletzt erschienen: *Widerstand der Vernunft – ein Manifest in postfaktischen Zeiten*, Wals bei Salzburg (2017).

Gero Neugebauer (*1941), Dr. Politikwissenschaftler, ehem. Otto-Stammer-Zentrum des Otto-Suhr-Institutes der FU Berlin, Arbeitsstelle empirische Soziologie. Zahl-

reiche Veröffentlichungen zur Parteienforschung in Deutschland und zur politischen Kultur.

Alexander Petring (*1976), Dr., Politikwissenschaftler HU zu Berlin, hat am WZB Berlin geforscht, derz. zuständig für Analyse und Forschung beim SPD-Parteivorstand, Veröffentlichung u.a. *Reformen in Wohlfahrtsstaaten Akteure, Institutionen, Konstellationen* 2010.

Armin Pfahl-Traugber (*1963), Prof. Dr., Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn, Hrsg. des *Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung*.

Lisa Price (*1962), Wirtschaftswissenschaftlerin, ehemals Werbeberaterin in Frankfurt a.M., jetzt im Land Brandenburg, berät Unternehmen in der Energiebranche, aktiv in der SPD.

Volker Riegger (*1942), Professor, war Campaign Manager von Willy Brandt und Helmut Schmidt, Meinungsforscher und politischer Berater. Lehrt strategische Kommunikationsplanung im Studiengang Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste in Berlin.

Mathis Römer (*1995), studiert seit 2014 Politikwissenschaft und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Er ist zudem Mit-herausgeber von phoenix philosophy, einem studentischen Journal der politischen Philosophie (phoenix-philosophy.com).

Moritz Rudolph (*1989) promoviert in politischer Ideengeschichte an der Universität

Leipzig. Zuvor hat er Politikwissenschaft, Geschichte, politische Ökonomie und Philosophie in Leipzig, Berlin, Lyon, Paris Brügge und Tübingen studiert.

Richard Saage (*1941), Prof. Dr., (em.) Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Schwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte der politischen Ideen, Sozialutopien, Demokratietheorien, Theorien über den Faschismus, Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland und Österreich sowie Deutscher Konservatismus.

Klaus-Jürgen Scherer (*1956), Dr. phil., Diplompolitologe FU Berlin, war u.a. Geschäftsführer des Wissenschafts- und Kulturforums der Sozialdemokratie beim SPD-Parteivorstand. Redakteur Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte und geschäftsführender Vorstand der HDS e.V.

Stefanie Schüler-Springorum (*1962), Prof. Dr., Historikerin, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin. Arbeitsgebiete: deutsche und deutsch-jüdische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie Geschlechtergeschichte und spanische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Carsten Schwäbe (*1988) studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Münster, Aix-en-Provence und Berlin. Arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Lehre und Forschung zu Themen der Innovationsökonomie und -politik an der Freien Universität Berlin, ist derzeit in der Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung und leitet Seminare zu den Themen Wirtschaft, Globalisierung und Sozialstaat im

In- und Ausland für die Akademie für Soziale Demokratie.

Ralf Stegner (*1959), Dr. phil., Master of Public Administration, MdL, hat Politikwissenschaften, Geschichte und Germanistik studiert, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

Merle Stöver (*1994) studierte Soziale Arbeit B.A. an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin. Zwischenstationen in Budapest und Jerusalem. Schreibt, arbeitet und referiert zu feministischer Theorie und Praxis und zu Antisemitismus.

Dietmar Süß (*1973), Prof. Dr., Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Gewalt,

Geschichte der Arbeit und der sozialen Bewegungen, Zeitgeschichte der Religion.

Mia Thiel (*1994), studiert Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin; aktive Jungsozialistin und Mitglied der SPD; war Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen 2015–2017, sowie kooptiertes Mitglied der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion 2015–2016 bzw. kooptiertes Mitglied im SPD-Parteivorstand 2016–2017; Schwerpunkte: sozialistische und feministische Theorie, Demokratisierung, Erinnerungs- und Aufarbeitungspolitik und Antidiskriminierungsansätze.

Wolfgang Wiemer (*1951), Politologe, war Büroleiter von Wolfgang Thierse im Bundestag, war Leiter des Presse zentrums des Deutschen Bundestages, 2006–2008 Büroleiter des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck.